Dienstag, 25. März 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 71 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 85 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Renten: Bei den Freien Demokraten gibt es nach den Worten der FDP-Abgeordneten Irmgard Adam-Schwaetzer (Foto) „kontroverse Diskussionen" um die künftige Rentenpolitik. Während die Programmkommission jetzt den Vorschlag für eine staatliche, aus Bundesmitteln finanzierte Renten-„Grundsicherung" vorlegte, lehnt der Bundesfachausschuß der FDP dies ab. (S. 4)



Fälschung: *Ein Brief*, mit dem die Empfänger aufgefordert werden, ihren Personalausweis an die Meldestelle zurückzugeben, ist in Berlin im Umlauf. Wie die Innenbehörden gestern mitteilten, ist das Schreiben mit dem Briefkopf des Polizeipräsidenten eine eindeutige Fälschung. Mit dem Schreiben wird die Zusendung einer neuen Identitätskarte angekündigt.

Frankreich: Die Parteien der neuen bürgerlich-konservativen Regierung und die Sozialisten gewannen bei der Stichwahl in den Überseegebieten Wallis et Futuna und St. Pierre et Miquelon jeweils *einen Sitz im Parlament hinzu.* In den beiden Überseegebieten wurde noch nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. (S. 5)

Libyen: Kampfflugzeuge der 6. US-Flotte sind während der derzeitigen Manöver im Mittelmeer zum ersten Mal in den Luftraum über der Großen Syrte vor der libyschen Küste eingeflogen. Bei der Operation gab es keine Zwischenfällen, obwohl Libyen das Seegebiet als eigenes Hoheitsgewässer beansprucht.

Menschenrechte: Die österreichische Sektion von „Amnesty International" hat den Besuch der *jugoslawischen Ministerpräsidentin* Milka Planinc in Wien zum Anlaß genommen, auf die Verletzung der Menschenrechte in Jugoslawien hinzuweisen. Seit 1979 seien dort 29 Todesurteile gefällt und 10 Personen hingerichtet worden.

Tschad: Vor dem Hintergrund wiederaufgeflammter Kämpfe im Norden des Landes hat Präsident Hissen Habre die Regierung umgebildet. Dabei holte er auch Politiker in das Kabinett, die früher zu der von Libyen unterstützten *bewaffneten Opposition* gehörten.

HEUTE IN DER WELT

„Eine Blickwende nach vorn"

40 Jahre nach „jenem unvergeßlichen Massenmord ist die Zeit reif für eine Blickwende nach vorn". Diese Meinung vertritt der Frankfurter Schriftsteller und jüdische Theologe Pinchas Lapide in einem Interview mit der WELT. Erinnern bedeute aber nicht „dauernd mit erhobenem *Zeigefinger* mahnen, rügen und bemäkeln". Seite 7

WIRTSCHAFT

Weltwirtschaft: Das reale Sozialprodukt in den Industrieländern wird nach Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel *1986 durchschnittlich um deutlich* mehr als drei Prozent wachsen. Gleichzeitig werde die Arbeitslosenquote sinken. (S. 13)

Opec: Auf der Sonderkonferenz des Öl-Kartells konnten sich die Mitglieder nicht über die Förderquoten für die einzelnen Mitgliedsländer einigen. Ein neues Treffen ist für den 15. April wieder *in Genf geplant.* (S. 13)

Börse: Bei schleppendem Geschäft gingen die Notierungen an den Aktienmärkten weiter zurück. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 285,78 (287,19). BHF Rentenindex 107,037 (107,096). BHF Performance Index 103,425 (103,425). Dollarmittelkurs 2,2887 (2,2513) Mark. *Goldpreis pro Feinunze 350,20 (352,90) Dollar.*

KULTUR

Theater: Arthur Miller wollte mit seiner „Hexenjagd" die Kommunistenjagd der McCarthy-Kommission treffen. Doch was bei der Frankfurter Inszenierung unter der Regie von Dietrich Hilsdorf zustande kam, ist wenig geeignet zur Erhellung heutiger Massenwahnideen. (S. 25)

Carl Schuch: Erstmals seit 1912 wird das Schaffen des Malers wieder in einer größeren Ausstellung gewürdigt, die Mannheimer Kunsthalle zeigt 124 Arbeiten. Auch in dem umfassenden Katalog wird das Schuchsche Œuvre von mehreren Seiten gründlich durchleuchtet. (S. 25)

SPORT

Tennis: Martina Navratilova gewann durch einen 6:2, 6:0, 3:6, 6:1-Sieg über Hana Mandlikova zum dritten Mal hintereinander das Masters-Turnier. (S. 10)

Fußball: Der Hamburger SV führt mit dem früheren deutschen Nationalspieler Bernd Schuster vom FC Barcelona Verhandlungen über einen Wechsel. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Mode: Im Ehrenhof des Pariser Louvre zeigen Frankreichs Couturiers und Kreateure ihre Prêt-à-porter-Kollektionen für den Winter 1986/87. Generell bleibt die Pariser Winterlinie schmal, lang und figurbetont. Die Eieruhr-Silhouette (Foto) mit betonten runden Schultern, schmaler, durch Gürtel markierter Taille und runder Hüfte bleibt en vogue. (S. 26)



Weinskandal: Durch den in Italien *entdeckten giftigen* Wein sind bereits sieben Menschen getötet worden, nachdem gestern zwei weitere Todesfälle bekannt wurden. Der Wein stammte ebenfalls aus dem Mailänder Abfüllbetrieb Odore, dessen zwei Unternehmer festgenommen worden waren. (S. 26)

Sehr geehrter Leser

Durch einen Ausfall unseres elektronischen Satzsystems hat gestern leider ein Teil unserer Abonnenten keine Zeitung oder nur eine Notausgabe erhalten. Wir bedauern diese Panne und bitten um Verständnis und Entschuldigung. Leser, die eine Nachlieferung der Montagausgabe wünschen, bitten wir, sich an unseren Vertrieb (Telefonnummer 02054/101554) zu wenden.

Neue Heimat: Zusammenspiel mit Bank für Gemeinwirtschaft

Betriebsräte protestieren mit schwarzen Fahnen gegen Unternehmensspitze

Go./ab./DW. Bonn

Ein neues Beispiel für die ungewöhnlichen Geschäftspraktiken des unter starkem Beschuß stehenden gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat wurde gestern bekannt. Bei diesem Fall, der sich nach *Informationen der WELT 1979* in Hannover ereignete, bot die Neue Heimat der Käuferin einer rund 300 000 Mark teuren Eigentumswohnung die Übernahme der Zinsen für den Fall an, daß die Finanzierung des Kaufobjektes über die – ebenfalls *gewerkschaftseigene* – Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) vorgenommen würde.

Obwohl – wie üblich – in Paragraph 2, Absatz 3 des Kaufvertrages die Kosten der Fremd- und Zwischenfinanzierung als gesonderte Last des Käufers ausgewiesen sind, wurde die Zinsvergütung nebst Bedingungen in die notariellen Kaufverträge unter Paragraph 4, Absatz 2 als Verpflichtung der NH gegenüber der Käuferin aufgenommen („falls der Käufer eine Kaufkreditvereinbarung mit BfG-Niederlassung Hannover abschließen sollte, hält ihn das Wohnungsunternehmen von den von der BfG berechneten Zinsen frei ..."). Die Abwicklung wurde dann in der Weise vorgenommen, daß die Käuferin die ihr von der BfG-Bank zugesandten Zinsbelastungen ohne Kommentar an die Neue Heimat zum Ausgleich weiterleitete.

Wie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesbauminister, Friedrich-Adolf Jahn, in einer ersten Stellungnahme gegenüber der WELT erklärte, handele es sich hierbei um einen eindeutigen Verstoß gegen die Vorschriften der Wohnungsgemeinnützigkeit. Es finde eine Vermögensverschiebung zu Lasten der NH und zugunsten eines DGB-Unternehmens statt. „Das gemeinnützige Unternehmen zahlt, und das nichtgemeinnützige kassiert."

Der Aufsichtsrat des angeschlagenen Gewerkschaftskonzerns Neue Heimat sieht sich jetzt massiven Vorwürfen konfrontiert, die aus dem eigenen Hause kommen: Empörte Betriebsräte und Mitarbeiter beschuldigten gestern, nur einen Tag vor der Krisensitzung in Neuss, die NH-Geschäftsführung unter Diether Hoffmann auf Flugblättern, eine Mitschuld am maroden Zustand des Bauriesen zu tragen. Auf einer Konferenz aller Neue-Heimat-Betriebsräte aus der Holding und den Regionalgesellschaften im Hamburger Gewerkschaftshaus zeigten sich Sprecher konsterniert über Diether Hoffmann. Der NH-Chef habe sich, so Teilnehmer, „nicht in der Lage gesehen, uns zu sagen, wohin die Reise eigentlich gehen soll".

Das hatte es bisher noch nicht gegeben: Rund 300 Betriebsräte und Mitarbeiter des gewerkschaftseigenen Konzerns protestierten mit schwarzen Fahnen gegen die Unternehmenspolitik der Neuen Heimat. Die Mitarbeiter befürchten offenkundig, daß die Sanierung zu ihren Lasten betrieben wird. So forderte der *Konzern-Betriebsratschef Manfred* Franz, der die Zusammenkunft in der Hansestadt leitete, die Gewerkschaften als Anteilseigner der Neuen Heimat auf, im Hinblick auf die eigenen Arbeitnehmer „die selben Rechte zu achten, die der DGB von anderen Unternehmen fordert".

DER KOMMENTAR

Heimat Weltraum

GÜNTER ZEHM

Einer der klassischen zwischen Magdeburg und Wladiwostok kursierenden Witze handelt von jenem Parteilehrjahr-Teilnehmer, der im Abschlußseminar bekennt, er habe gut aufgepaßt und auch alles verstanden – bis auf eine winzige noch ungeklärte Frage, nämlich: „Ist der Marx nun eigentlich bewohnt oder ist er unbewohnt?"

Der Pointe kommt tiefere Bedeutung zu, ist doch die „Bewohnbarkeit" (von Gegenden wie von Theorien) allererste Voraussetzung zur Erzeugung von Heimatgefühl und menschlichem Wärmestrom. Die Weltraumfahrt zum Beispiel hat sehr an öffentlichem Interesse verloren, seitdem sich der Mond und die Planeten bei näherem Augenschein einer nach dem anderen als tote, unwirtliche Gefilde entpuppten, die schlechthin unbewohnbar zu sein schienen.

Wenn jetzt die seinerzeit von Ronald Reagan berufene Weltraumkommission in einem sorgfältig erarbeiteten Szenario die Besiedlung des Mars bis zum Jahre 2027 in Aussicht stellt und von „künftig täglich einer Million Weltraumreisenden" spricht, so eröffnet das spektakuläre Perspektiven. Die gegenwärtig laufende Tendenz, den Weltraum als Heimat für alle Zeiten abzuschreiben und sich nur noch dem „blauen" Planeten, der Erde, zu widmen, wird möglicherweise wieder umgekehrt, es kommt wieder Schwung in eine schon vielfach *desavouierte Sache.*

Voraussetzung dafür ist natürlich, daß es gelingt, auch wirklich wohnliche Bedingungen zu schaffen. Weltraumreisende möchten gewiß keine wandelnden Checklisten sein, sie möchten Weite zum Spazieren und viel Luft zum Atmen, und hin und wieder möchten sie auch den Schlips lockern, um es sich gemütlich zu machen. Unter ewigen Laborbedingungen läßt sich kein Heimatgefühl entwickeln, das ist beim Mars nicht anders als beim Marx.

Postminister plant Gebührensenkung

„Umstrukturierungen" im Fernmeldebereich / Satellit „Kopernikus" wird billiger

ARNULF GOSCH, Bonn

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) wird morgen Gebührensenkungen im Fernmeldewesen ankündigen. Es wird sich nach WELT-Informationen um ein ganzes Gebührenpaket für verschiedene Dienstleistungen auf dem Fernmeldesektor (nicht nur im Telefonbereich) handeln, das per Saldo nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Reduzierung der Gesamtbelastung führen soll. Kabelfernsehgebühren werden nicht betroffen sein. Grundlage für dieses „Paket" ist die 29. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung. Schwarz-Schilling hatte am 22. Oktober vergangenen Jahres *erklärt*, Gebührenerhöhungen seien nicht zu befürchten, eher würden „weitere Vergünstigungen" eintreten.

Schwarz-Schillings Pressesprecher wollte zu den „Gebührenumstrukturierungen" keine Angaben machen, er bestätigte aber, daß der Bundespostminister für morgen eine Pressekonferenz vorbereite. Der Minister werde bei dieser Gelegenheit auch zu Entwicklung und Bau des deutschen Fernmeldesatelliten „Kopernikus" Stellung nehmen, für den bereits die *SPD/FDP*-Koalition das technische Konzept und das Einkaufskonzept festgelegt hatte. Schwarz-Schilling sei es gelungen, den Preis von ursprünglich über einer Milliarde Mark auf 800 Millionen Mark zu drücken.

Mit Nachdruck dementierte der Sprecher einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung", wonach die Bundespost zum 1. März 1988 Gebührenerhöhungen für den Standardbrief von 80 Pfennig auf eine Mark und für die Telefoneinheit von 23 auf 28 Pfennig plane. Derartige Meldungen seien schlichtweg falsch. Es gebe weder konkrete Planungen und Entscheidungsvorbereitungen, noch gar *Entscheidungen.*

Wie jedes gutgeführte Unternehmen stelle auch die Post periodisch Überlegungen über die Gewinnentwicklung an. Es handele sich hier um Planspiele und fiktive Rechenexempel, die sich auf geschätzte wirtschaftliche Entwicklungen (Lebenshaltungskosten, Gehalts- und Preisentwicklung) bezögen. Im übrigen stelle sich die wirtschaftliche Entwicklung der Bundespost nach den bisherigen Erkenntnissen aus 1985 und dem ersten Quartal 1986 günstiger dar, als bisherigen Modellrechnungen zugrunde gelegt worden sei.

Der Sprecher erinnerte daran, daß die Post unter der Leitung von Schwarz-Schilling absolute „Sendepause" bei den Postgebühren eingelegt habe. Die laufende Legislaturperiode sei die erste seit 20 Jahren ohne jede Portoerhöhung. Die sozialdemokratischen Vorgänger Gscheidle und Matthöfer hatten das Briefporto 1979 noch von 50 auf 60 Pfennig (20 Prozent) und Mitte 1982 von 60 auf 80 Pfennig (33,3 Prozent) heraufgesetzt. Schwarz-Schilling *hatte* bei Verkündung der Gebührenstabilität für 1986 darauf hingewiesen, daß auch künftig „kein unmäßiger Schluck aus der Gebührenpulle" genommen werden soll.

Polen sucht den Dialog mit Bonn

DW. Bonn

Der polnische Außenminister Orzechowski kommt am 7. und 8. April zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland. Wie das Auswärtige Amt mitteilte, folgt Orzechowski damit einer Einladung von Bundesaußenminister Genscher. Im Vordergrund dürfte für Orzechowski *das Ziel stehen, die politische Isolierung* Polens nach dem Verbot der Gewerkschaft „Solidarität" zu überwinden. Ungeklärt ist bisher, wann Genscher seinerseits Warschau einen Besuch abstatten wird.

Handwerk erwartet Umsatz-Steigerung

A.G. Bonn

Das deutsche Handwerk erwartet für das laufende Jahr wieder Wachstum bei Umsatz und Beschäftigung, allerdings noch keinen Anschluß an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, sagte Handwerkspräsident Paul Schnitker gestern in Bonn. Nach einem Umsatzrückgang von real 2,5 *Prozent* dürfte der Umsatz *1986* um real 1,5 und nominal um rund drei Prozent steigen. Die Ertragskraft des Handwerks bleibt aber weiter besorgniserregend.

Seite 13: Vorsichtiger Optimismus

Benda bleibt bei seinem Verdikt

DW. Düsseldorf

Das Gutachten des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU), zur Neuregelung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz ist gestern in Düsseldorf vorgelegt worden. Er kommt darin zu der Auffassung, daß die vom Bundestag beschlossene Neufassung teilweise gegen das Grundgesetz verstößt. Er stellt auch fest, daß die Neufassung die Rechtslage zum Nachteil der Arbeitnehmer ändert.

Seite 12: Appell an Weizsäcker

Volkszählung stößt weiter auf Skepsis

gur, Wiesbaden

Die für Mai 1987 geplante Volkszählung stößt in der Bevölkerung weiterhin auf Skepsis. Nur 57 Prozent der Bürger halten sie nach einer Umfrage im Auftrag des Statistischen *Bundesamtes für notwendig.* Zwölf Prozent wollen ihre Teilnahme selbst dann verweigern, wenn sie dafür mit Bußgeldern belangt werden können. Das Statistische Bundesamt will deshalb jetzt eine Aufklärungskampagne starten.

Seite 4: Volkszählung unbeliebt

Waigel: Kohl schafft Klarheit bei SDI

Beide Abkommen werden voraussichtlich am Mittwoch in Washington unterzeichnet

GÜNTHER BADING, Bonn

Einer der wichtigsten Punkte in den letzten Detailverhandlungen über die beiden Rahmenabkommen zur deutschen Beteiligung an der SDI-Forschung und über den Technologietransfer, die Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) im Auftrag des Kabinetts seit gestern *in Washington führt, ist die Einbeziehung* Berlins in das „Memorandum of Understanding" zu SDI.

Zwar hat die amerikanische Seite, auch Verteidigungsminister Weinberger in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler am vergangenen Mittwoch, zugestimmt, diese Einbeziehung in Form eines Briefes als Anlage zur SDI-Rahmenvereinbarung zuzusichern. Bisher liegt jedoch noch keine endgültige amerikanische Stellungnahme zu den inhaltlichen Wünschen Bonns vor.

Weiter müssen nach Angaben aus Regierungskreisen die am vergangenen Freitag von einer Ministerrunde unter Vorsitz von Kanzler Kohl gebilligten Textentwürfe noch zu einem geschlossenen Vertragswerk zusammengeführt werden.

Ernste Probleme in den Schlußverhandlungen werden in Bonn nicht erwartet. Man rechnet mit einer Unterzeichnung der beiden *Abkommen am* Mittwoch. Die Abkommen werden voraussichtlich von Bangemann und dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger unterzeichnet. Auch dies spricht für die richtige Einschätzung beim Koalitionspartner CDU/CSU, daß der Vertrag über die Beteiligung an der SDI-Forschung durchaus militärischen Charakter habe. Von der FDP, auch dem ehemaligen Vorsitzenden Außenminister Genscher, wird dies in Abrede gestellt. Regierungssprecher Ost erklärte dazu: „Es gibt einige Aspekte, die sich auf militärische Forschungsbereiche beziehen."

SEITE 2:
Koalitionskrieg der Sterne

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, forderte die FDP auf, ihre widersprüchliche Äußerungen zu den vor der Unterzeichnung stehenden Abkommen einzustellen." Ohne FDP-Generalsekretär Haussmann zu nennen, sagte Waigel zu dessen geringschätziger Bemerkung über das Treffen Kohl–Weinberger, der Kanzler habe „sehr wohl das Recht, sich in Verhandlungen einzuschalten und mit seiner Autorität für Klarheit zu sorgen."

Ungeachtet dieser Mahnung sagte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), es sei eine „politische Torheit", wenn den USA *vorzeitig gesagt werde, daß bei* dem Abkommen schon jetzt alles klar sei. Damit werde die Verhandlungsposition von Bangemann geschwächt.

Der scheidende sowjetische Botschafter Wladimir Semjonow erklärte in Bonn, trotz des Abkommens wolle die UdSSR die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik nicht einstellen.

Südwestfunk klagt wegen „Eins Plus"

DW. Baden-Baden

Der Streit zwischen der baden-württembergischen Landesregierung und dem Südwestfunk um das ARD-Satellitenprogramm „Ein Plus" soll nun vor Gericht entschieden werden. Der Sender, der die Federführung für die Ausstrahlung des Programms hat, *kündigte gestern in einer Mitteilung* an, gegen den Bescheid der baden-württembergischen Landesregierung zu klagen, in dem der Anstalt verboten *wird, an dem Programm mitzuwirken.*

IG Chemie fordert sieben Prozent

dl. Hannover

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik strebt für die rund 600 000 Beschäftigten der Chemie-Industrie eine Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um sieben Prozent an. Diese Empfehlung legte der Vorstand *der IG Chemie in Hannover vor.* Außerdem soll ein „entscheidender erster Schritt" zu einem einheitlichen Entgelttarifvertrag für die gewerblichen *Arbeitnehmer und die* Angestellten erreicht werden.

Eine neue Welt auf Mars und Mond

DW. Washington

Das Projekt regt die Phantasie an: eine von US-Präsident Ronald Reagan berufene Weltraumkommission will dem Weißen Haus ein langfristiges, 700 Milliarden Dollar teures Raumfahrtprogramm vorschlagen, das für die kommenden 30 Jahre nicht nur bemannte Siedlungen auf dem Mond, sondern auch täglich eine Million Weltraumreisende vorsieht. Wie das Magazin „Aviation Week and Space Technology" in seiner gestrigen Ausgabe schreibt, umfaßt das ehrgeizige Programm einen Zeitraum von 50 Jahren.

Nach den Plänen sollen neuartige Raumfahrzeuge Unterkünfte für Menschen auf den Mond und sogar auf den Mars bringen, wo sie von interplanetarischen Fabriken und ständigen Weltraumhäfen und Depots aus versorgt werden solen. Der Kommission gehören der frühere Verwaltungschef der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa, Thomas Paine, Neil Armstrong, der als erster Mensch den Mond betreten hat, die Astronautin Kathryn Sullivan und der Brigadegeneral der Luftwaffe Chuck Yeager an der als erster Mensch schneller als der Schall geflogen ist.

In seinem frühen Stadium sieht das Programm bis zum Jahr 2000 die Entwicklung eines in niedriger Erdumlaufbahn fliegenden Raumfrachters vor, eine Raumfähre für Reisen von der Erde in eine niedrige Umlaufbahn, und die Entwicklung eines Raumkreuzers für Reisen von Menschen über den Mond hinaus vor. Zwischen Erde, Mond und Mars soll eine Reihe von Weltraumbahnhöfen entstehen. Bis zum Jahr 2027 soll eine von Menschen besiedelte Kolonie auf dem Mars entstehen. In dem Bericht wird außerdem die verstärkte Suche nach Asteroiden empfohlen, die Minerale und andere wichtige Rohstoffe enthalten könnten. Beschleunigt werden soll die Entwicklung von Robotern zum Einsatz im Weltraum.

Zwei wichtige Aspekte des Programms: Aus Mondgestein kann jener Stoff gewonnen werden, der für das Überleben der Menschheit unerläßlich ist: Sauerstoff. Auf dem Mond läßt sich auch Sonnenenergie sammeln, ein wichtiger Energieträger für *die Erde nach dem Jahr 2000.* Vorgesehen ist, daß die Mondstation von sechs bis acht Wissenschaftlern bewohnt werden soll. Sie werden in Druckkammern ihr eigenes Gemüse anpflanzen. Große Solarkollektoren sammeln die Sonnenstrahlen, die dann, in elektrische Energie umgesetzt, per Mikrowellen zur Erde gestrahlt und dort zur Nutzung in privaten Haushalten von Antennenfeldern aufgefangenen werden.

Mondstaub und -gestein sollen chemisch verarbeitet und mit Hilfe eines mit einem elektromagnetischen Motor betriebenen Katapults auf eine Sammelstelle ins All und dann zur Erde geschickt, wo daraus dann Baustoffe, Glas und reiner Sauerstoff rückgewonnen werden können.

Waldheim spricht von Zumutung und Frechheit

Vorwürfe des Jüdischen Weltkongresses zurückgewiesen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der „Fall Waldheim" hat in Österreich und in den USA zu weiteren Eskalationen geführt. Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal sagte gestern, es seien schon im Dezember 1985 Personen an ihn herangetreten, die belastendes Material aus der Zeit des Dritten Reiches gegen deb ÖVP-Präsidentschafts-Kandidaten Waldheim haben wollten. Es habe sich bei diesen Personen, die *Österreicher* waren, „nicht um Leute von der Straße" gehandelt. Er, Wiesenthal, habe den Leuten mitgeteilt, daß bei ihm nichts gegen Waldheim vorliege.

In einem Interview mit dem österreichische Magazin „Profil" erklärten zwei führende Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses, Generalsekretär Israel Singer und Exekutiv-Direktor Elan Steinberg, die österreichische Bevölkerung solle wissen, daß die nächsten Jahre für Österreich „nicht einfach" sein würden, falls Waldheim zum Bundespräsidenten ihres Landes gewählt werde. Nach einer Wahl Waldheims werde der Jüdische Weltkongreß weiter nach *belastenden Momenten aus dessen* Vergangenheit suchen. Steinberg: „Dann wird man in der ganzen Welt davon sprechen, daß ein ehemaliger Nazi und Lügner der Vertreter Österreichs ist." Jeder Inhaber eines österreichischen Passes werde „mit dieser Wolke der Unklarheit unterwegs sein". Er könne sich nicht vorstellen, daß dies die Österreicher wollten. Auf einer Pressekonferenz in New York soll am 28. März weiteres Material gegen Waldheim vorgelegt werden.

Präsidentschaftskandidat Waldheim reagierte scharf auf diese Vorwürfe. Es sei eine Zumutung und eine Frechheit, ihn als Kriegsverbrecher abstempeln zu wollen. „Mir tut das alles sehr leid, weil gewisse – nicht alle – jüdischen Kreise immer wieder versuchen, das Image Österreichs anzuschlagen." Er habe nicht den geringsten Anlaß, sich von seiner Kandidatur zurückzuziehen. „Ich denke nicht daran", diesen Leuten noch die Freude zu machen, daß sie bestimmen, wer der Bundespräsident in Österreich wird."

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Parallel-Ermittlungen

Von Enno v. Loewenstern

Zum Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler durch die nordrhein-westfälische Justiz kann man jetzt den Einwand hören: Gewiß, die Öffentlichkeit wurde belogen. Gewiß, es hat sich erst allmählich herausgestellt, daß die Staatsanwaltschaft Bonn keineswegs ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl einleiten wollte, sondern der Generalstaatsanwalt Schmitz in Köln sie dazu genötigt hat. Gewiß, es hat sich herausgestellt, daß der SPD-Justizminister Krumsiek dazu die Weisung gegeben hat, was zunächst bestritten worden war. Aber „formal" sei doch alles in Ordnung; Generalstaatsanwalt und Justizminister hätten das Weisungsrecht. Man könne nicht bloß deshalb negative Schlüsse ziehen, weil sie als Mitarbeiter des SPD-Gegenkandidaten auch davon Gebrauch machten.

In Wahrheit ist formal nichts in Ordnung. Der Generalstaatsanwalt hat in krasser Weise gegen das Gesetz verstoßen.

Der Generalstaatsanwalt hat nämlich eingestanden, daß er „parallel" zur Staatsanwaltschaft Bonn ermittelt hat. Das ist gesetzwidrig. Die Zuständigkeiten sind zwingend geregelt. Der Generalstaatsanwalt hat abzuwarten, bis ihm die Staatsanwaltschaft ihr Ermittlungsergebnis vorlegt. Erst dann darf er prüfen, ob er zu einer anderen Entscheidung gelangt.

Warum hat Schmitz „parallel", also gleichzeitig geprüft? Eine Erklärung drängt sich auf: Er wußte, daß angesichts der völligen Haltlosigkeit der Anzeige das Verfahren eingestellt werden mußte, und wollte das verhindern. Hätte er – ein politischer Beamter der Düsseldorfer SPD-Regierung – die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft abgewartet und sie Tage später aufgehoben, dann hätte der Skandal jedermann alarmiert. Der SPD lag offensichtlich daran, den Eindruck völliger Einstimmigkeit in der Justiz zu erwecken. Dies konnte nur vorgetäuscht werden, indem die Staatsanwaltschaft sozusagen im Augenblick ihrer Vorlage schon den Gegenbefehl erhielt; das mußte Schmitz „parallel" vorbereiten.

Das Spiel hätte vielleicht sogar geklappt – wenn die Öffentlichkeit nicht erfahren hätte, daß die Staatsanwaltschaft Bonn entgegen den ersten falschen Behauptungen aus Düsseldorf doch einstellen wollte. Was geschieht nun mit Schmitz?

Bulldozer am Werk

Von Peter Ruge

Jacques Chirac, der neue französische Premierminister, zeigte sich hemdsärmelig auf Wahlplakaten. Der Zupacker Chirac ließ sich auch von Mitterrand nicht dessen feinen Stil aufzwingen. Er zäumte den Regierungsgaul auf gaullistische Weise und bestimmte die Gangart: Auf seiner Seine-Seite, im Hôtel Matignon, wird regiert. Drüben im Elysée-Palast darf Frankreichs Staatschef repräsentieren.

Damit aber nicht genug: Chirac räumt in den eigenen Reihen auf. Erstes Opfer ist Giscard d'Estaing. Es geht um eine alte Rechnung mit dem früheren Staatspräsidenten. Vor zehn Jahren kündigte Chirac, damals schon einmal Premierminister, dem nach links abdriftenden Republikaner die Zusammenarbeit auf. Das blieb bei beiden in der Erinnerung haften, zumal der eine zum anderen in Konkurrenz trat: Chirac kandidierte 1981 gegen Giscard d'Estaing um die Präsidentschaft – die sie beide verloren. Giscard stellte bei der Wahl des Pariser Bürgermeisters seinen Kandidaten gegen Chirac. Hier gewann der Gaullist knapp.

Die verbliebenen Gemeinsamkeiten reichten zwar für ein Zweckbündnis zwischen der gaullistischen RPR und der liberal-republikanischen UDF gegen die Sozialisten bei den Parlamentswahlen. Nun aber machte Giscard die Rechnung auf: Der Zahl nach seien seine Leute zu wenig in der Regierung vertreten, und nachdem Chirac auf Wunsch Mitterrands den UDF-Präsidenten Lecanuet zurückgezogen habe, beanspruche Giscard daher selbst den Sitz des Parlamentspräsidenten.

Darauf ließ Chirac durch Jacques Toubon antworten: „Das ist eine ganz ausgewogene Regierung, sie entspricht den tatsächlichen Machtverhältnissen."

Es weht ein rauher Märzwind aus der gaullistischen Ecke. Viele UDF-Leute sind bereits verschnupft. Aber Giscard vermag auch keinen mehr so recht zu erwärmen. Das eigene Hemd aufzureißen, Chirac die Brust zu bieten, das könnte jetzt gefährlich werden – für die Einheit im bürgerlichen Lager, für die eigene Zukunft. Die Ellbogentaktik des Premiers macht daher den Weg zum Parlamentsvorsitz für einen anderen frei: für Chaban-Delmas, den RPR-Bürgermeister von Bordeaux.

Ein Amerikaner in Ankara

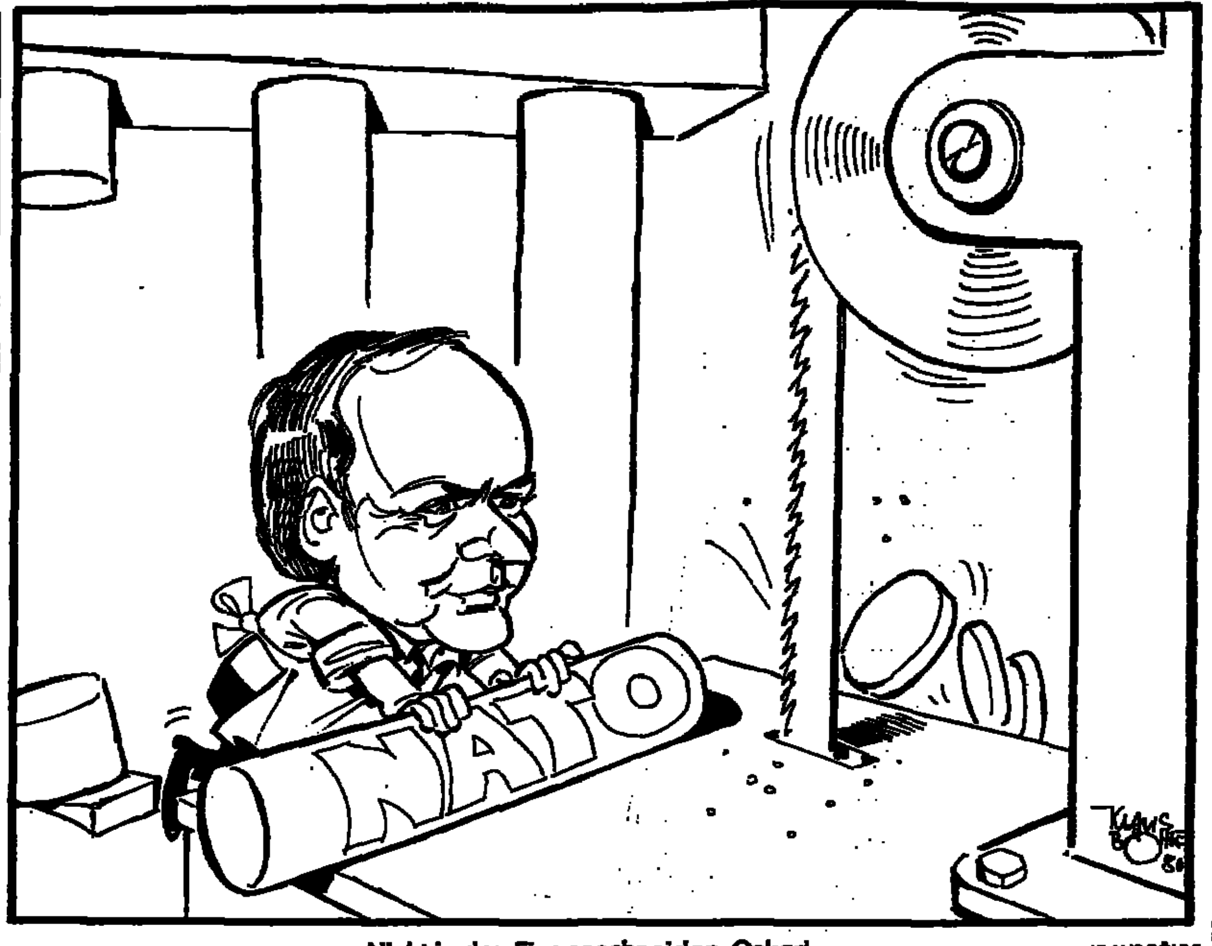
Von Evangelos Antonaros

Besonders stolz dürfen die Amerikaner auf ihre bisherigen Bemühungen nicht sein, den griechisch-türkischen Streit an der Südostflanke der Allianz zu entschärfen. Jahrelang hat Washington die Brisanz dieses Konflikts anscheinend unterschätzt, sich jedenfalls nicht energisch genug um eine wirksame Schlichtung zwischen Griechenland und der Türkei bemüht. Die Reise des amerikanischen Außenministers George Shultz nach Ankara und Athen zeigt ein Umdenken.

In den letzten Monaten hat fast die gesamte Führungsspitze des State Department zur Vorbereitung dieser Reise Gespräche in beiden Hauptstädten geführt. Es liegt auf der Hand, daß die Amerikaner vermitteln müssen, weil ihnen dieser Konflikt auf die Dauer lästig ist und die Verteidigungsbereitschaft an einer hochempfindlichen Stelle der Allianz belastet.

Einfach können die Gespräche der US-Chefdiplomaten weder mit den Griechen noch mit den Türken sein. In Ankara herrscht größte Unzufriedenheit darüber, daß die Reagan-Administration keinen höheren Militärhilfe-Betrag für die Türken beim Kongreß durchzusetzen vermag. Die Griechen wiederum sind verärgert, weil die Amerikaner ihrer Ansicht nach nicht entschieden genug ihren Einfluß bei den Türken geltend machen, um eine Lösung des Zypern-Konfliktes herbeizuführen.

Dennoch befinden sich die Amerikaner, denen es in erster Linie ja um die Erhaltung ihrer Stützpunkte in beiden Ländern geht, in einer günstigen Ausgangslage: Griechenlands notorisch amerikakritischer Premier Papandreou hat sich in eine derart verzweifelte Wirtschaftslage hineinmanövriert, daß er mittlerweile eingesehen hat, ohne Amerikas Wohlwollen die Krise nicht überwinden zu können. Daher hält er sich neuerdings zurück. In Ankara wiederum scheint die Einsicht herangereift zu sein, daß ohne Entgegenkommen in der Zypern-Frage mit größeren US-Hilfsbeträgen nicht gerechnet werden kann. Kurzum: Harte Realitäten machen die beiden verfeindeten NATO-Nachbarn kompromißbereit – bis zu einem gewissen Grade. Die Amerikaner haben recht mit dem Versuch, diese Chance zu nutzen.



Nicht in den Finger schneiden, Oskar! KLAUS BÖHLE

Koalitionskrieg der Sterne

Von Herbert Kremp

Wirtschaftsminister Bangemann unterzeichnet in Washington zwei Dokumente, den Rahmen über die deutsche Beteiligung am Forschungs-Projekt der Raketenabwehr und eine allgemeine Vereinbarung über Technologie-Austausch. Die Texte stehen fest. Für die USA setzt Verteidigungsminister Weinberger seinen Namen unter die Abmachungen. Damit wird ihr militärischer Charakter signalisiert. Nach einem quälenden Prozeß ist der Weg für die Interessen der deutschen Industrie geebnet. Die Informationskontakte laufen formal über das Bundeswirtschaftsministerium, faktisch zu achtzig Prozent über den Verteidigungsminister. Die Asymmetrie geht auf das deutsche Konto. Sie ist eine Folge des Koalitionskriegs der Sterne.

Wer die Diskussionen über die Beteiligung an SDI bis in die letzten Tage verfolgte, konnte den Eindruck gewinnen, daß die Regierung sich ein Jahr lang weniger mit der Sachfrage, auch weniger mit den Einwänden der Opposition, als mit Widersprüchen im eigenen Lager auseinandergesetzt hat. Bis heute wirkt die Koalition in einer wichtigen, die Sicherheitspolitik betreffenden Frage gespalten. Außenminister Genscher hält die Beteiligung an SDI für ein hohes außenpolitisches Risiko. Er hat intern und vor allem gegenüber seiner Partei von Anfang darauf hingewiesen, daß mit dem Projekt eine Teilung der Allianz in Zonen unterschiedlicher Sicherheit, Nachteile für die Abrüstungsgespräche und eine Verschlechterung der Beziehungen zur Sowjetunion in Europa verbunden sein könnten.

Auf offener Szene hat der Außenminister seinen Widerspruch zur entgegengesetzten Haltung des Bundeskanzlers nie zweifelsfrei deutlich gemacht. Er bediente sich administrativer Mittel, um den Anschein einer deutschen Beteiligung möglichst minimal zu halten. Die Diplomatie, mit den Amerikanern nur über Technologie-Austausch zu verhandeln, SDI dabei lediglich am Rande zu erwähnen, auf jeden Fall die Bundesrepublik „als Staat" an dem militärischen Projekt nicht zu beteiligen und in der Konsequenz überhaupt kein gesondertes SDI-Abkommen zu vereinbaren – dieser Eingrenzungs-Versuch Genschers ist, wie heute jeder sieht, gescheitert. Er hat aber, da die Absicht nicht zu verheimlichen war, zu Reibungsverlusten in der Koalition und in den Beziehungen zu Washington geführt. Der Kanzler mußte, um die Gärung nicht zu weit fortschreiten zu lassen, am Ende mit einem Brief an Ronald Reagan die aufgestauten Widerstände der amerikanischen Unterhändler überwinden. Dort hatte man die Bezeichnung einer militärischen Sache mit dem Etikett „Wirtschaft" nie verstanden und, wie die Unterschrift Weinbergers anzeigt, auch nicht akzeptiert.

Das Abkommen, das gegen den Willen des Außenministers zustande kommt, bietet interessierten deutschen Firmen einen Rahmen des Austauschs und der Mitarbeit, den die Fachleute für besser halten als die Bedingungen der Engländer und Italiener. Ob damit ein „Technologie-Schub" verbunden sein wird, wie Helmut Kohl einmal erklärte, kann nur die Praxis zeigen. Wichtiger ist der politische Aspekt. Die amerikanische Weltmacht treibt die Erforschung einer gegen Raketen gerichteten Abwehr mit großer Energie voran. Sie läßt sich von dem Vorhaben nicht abbringen und lehnt es ab, SDI als „bargaining chip", als verhandelbares Objekt im Saldo von Abrüstungs-Vereinbarungen, verschwinden zu lassen. Das ist eine Tatsache, an der kein Widerspruch etwas ändern kann.

Vor allem zwei Gründe bewegen die Amerikaner: 1. Die Sowjets arbeiten mit Hochdruck, wenn auch mit weniger technologischer Raffinesse, an einer eigenen Raketen-



Reibungsverluste: Kohl, Weinberger, Wörner in Grafenwöhr FOTO: DPA

Abwehr (von den entsprechenden Erkenntnissen macht die Bundesregierung seltsamerweise wenig Gebrauch). 2. Die USA suchen nach einem Weg, die Strategie der gegenseitig versicherten Verwundbarkeit mit nuklearen Offensivwaffen durch eine weniger riskante Form der Abschreckung zu ersetzen.

Beide Motive vereinen eine strategische und eine humane Komponente, die durch technologische Fortschritte denkbar geworden ist. Die reine Möglichkeit (mehr stellt das Projekt noch nicht dar) verursacht in den USA eine gewaltige politische Schubkraft. Mehr als dreißig Jahre lang wurde der Nicht-Krieg der Weltmächte (und damit in Europa) durch potenzierte Todesandrohung erhalten. Diese Vorstellung ist unangenehm, denn sie gründet auf der Berechenbarkeit des menschlichen Handelns, die nach philosophischen und religiösen Einsichten nicht zuverlässig angenommen werden kann.

Auf derartige Einsichten haben sich bisher alle diejenigen berufen, die gegen atomare Strategien Front machten. Man sollte meinen, daß eine Strategie der Raketenabwehr, *also ein im Kern defensives Konzept*, ihre lebhafteste Zustimmung finden müßte. Das Gegenteil ist der Fall. Diejenigen, die der heute noch gültigen Offensiv-Abschreckung widersprechen – in der SPD neben Oskar Lafontaine auch Johannes Rau –, wehren sich in der gleichen gefühlvollen Art gegen die Anfänge eines reinen Defensiv-Planes. Auf solche Wallungen der Unlogik kann man Politik nicht gründen.

Die Außenpolitik der Regierung Kohl hat sich einer solchen „Logik des Gefühls" nie hingegeben. Doch hat man sich dort unter dem Schutzschirm der gewohnten Atom-Abschreckung so kommod eingerichtet, daß man auf Veränderungen, wie sie historisch nun einmal eintreten, nervös und mit Vorwänden, ja mit Tricks reagiert. Das während der *SDI-Debatte* immer wieder eingeflößte Argument, eine deutsche Beteiligung werde die Beziehungen zu Moskau schwer beeinträchtigen, gehört zu den erstarrten „Eiszeit"-Gerüchten. Die Sowjets sind auf dem Schachbrett der Strategie bewandert. Sie versuchen den Westen durcheinanderzubringen, so gut und so lange es geht, verhalten sich aber gegenüber *Tatsachen ungemein pragmatisch*.

IM GESPRÄCH François Léotard

Chiracs junger Wolf

Von Elisabeth Ruge

Er wird „junger Wolf" genannt, dieser vierundvierzigjährige Senkrechtstarter unter den neuernannten Ministern im Kabinett von Jacques Chirac, und das ist als Kompliment gemeint; denn François Léotard platzt vor Energie, schlafende Herden in Unruhe zu versetzen. Die Bürgerlichen müssen sich nämlich heute den Vorwurf anhören, sie hätten Kultur immer ein bißchen von oben herab betrachtet, so daß die Sozialisten daraus „ihre" Domäne machen konnten.

Jacques Lang, der emsige Vorgänger des sportlichen Bürgermeisters von Fréjus, hat die Gunst von Staatspräsident Mitterrand zu nutzen gewußt und die zehn Milliarden Franc im Kulturfonds umgemünzt in Projekte, die von der bürgerlichen Opposition zum Teil als „architektonischer Größenwahn" bezeichnet wurden und die man als „Kuckuckseier" nach der Regierungswende aus dem Nest zu stoßen versprach. Was Jacques Lang ahnte, denn er schlug mit seinen roten Kulturhäusern Pflöcke in ganz Frankreich ein: „Wenn die Rechte gewinnt, wird unser kulturelles Werk zum Teil ausgelöscht."

Das „Werk" umfaßt in Paris allein vier Großprojekte, mit denen die Sozialisten sich bleibende Denkmalgröße schaffen wollten, wie das Wissenschaftszentrum „Villette". Die anderen drei sind nur noch mit erheblichen Kosten zu stoppen: Die „Bastille-Oper", die „gläserne Louvre-Pyramide" sowie der „Défense-Triumphbogen" – Milliardenbauvorhaben, die in den Augen traditionsbewußter Franzosen uralte Kulturbastionen unterhöhlen. Das weltberühmte klassische Pariser Opernhaus muß in Konkurrenz zu der entstehenden „demokratischen" Oper Mitterrands um seine Existenz bangen, wie der in letzter Minute vor dem Machtwechsel ernannte vierzigjährige Opernchef Jean-Louis Martinot schon durchblicken ließ.



Hatte Mitterrand Angst vor ihm? Neuer Kulturminister Léotard FOTO: AVENTURIER / STUDIO X

François Léotard wird auch das Siechtum der Comédie Française als Erbe übernehmen und den Rechtsstreit um die schwarzweißen Betonsäulen vor dem Palais Royal, die sicher mancherorts ins Bild passen, nur nicht in die geschlossene Architektur eines der schönsten Bauten von Paris.

Der neue Kulturminister, gleichzeitig Chef der gaullistischen Partei RPR – ein Benediktinerzögling und ENA-Schüler –, ist Präsident Mitterrand sicher nicht gram dafür, daß er ihn als Verteidigungsminister ablehnte; „das zeigt die Angst vor dieser Hoffnung der neuen Generation", feixten Léotards Freunde. Während er im *Verteidigungsministerium* zum Schweigen verdammt wäre, bekommt das Redetalent nun mit dem Superministerium für Kultur und Kommunikation das mächtige Sprachrohr der Zukunft – Audiovision, Privatfernsehen, Kabel und Satellitenprogramme – in die Hand. Léotards Widersacher unken bereits, daß der liberale Jungminister über der Faszination am neuen Spielzeug das traditionelle Instrument der Politik in Frankreich, die Kultur, bald aus dem Blickfeld verlieren könnte. Für die Bundesrepublik als Partner Frankreichs im eben begonnenen „Jahr der kulturellen Beziehungen" ist Léotard jedenfalls eine der interessantesten Neuerscheinungen in der politischen Szene von Paris.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DEISTER- UND WESERZEITUNG

Das Hamelner Blatt meint zu Strauß:

Eine Regierung, die – so in der *Wirtschaftspolitik – beweisbar tüchtig ist* und dennoch ein übles, ja katastrophales Bild bietet. Ein erfolgreicher Kanzler, der zur Zeit von manchen Parteifreunden lieber versteckt wird – ein Paradox und Kuriosum ersten Ranges. Dem Bürger drängt sich eben genau der Eindruck auf, den Franz Josef Strauß nun als „Hü-und-hott"-Politik charakterisierte. Wobei man freilich daran zweifeln mag, ob der CSU-Chef der berufene Mahner ist, denn als geborener Hüter bürgerlicher Einigkeit kann er doch wohl beim besten Willen nicht gefeiert werden. Aber seine Analyse stimmt.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Hier heißt es zu Demonstrationsplänen für Wackersdorf:

Axel Wernitz, einer der besonnenen SPD-Politiker, hat seine Partei-Freunde aufgefordert, nicht am Bauzaun zu demonstrieren ... Gewalt und Rechtsbruch keinen Vorschub zu leisten ist Pflicht jedes Bürgers, selbst wenn das einmal den Verzicht auf eine Demonstration bedeutet. Über die WAA kann man sehr wohl anders denken als die *Münchner Regierung. Aber daß* Bauvorhaben wie das Wackersdorfer nur unter Polizeischutz verwirklicht werden können, ist eine Schande.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung kommentiert Lafontaines Ankündigung, nach einem SPD-Wahlsieg einseitig die Nachrüstung rückgängig zu machen:

Produziert Lafontaine wirklich auf eigene Rechnung, oder wird er von Willy Brandt als Kanzlerkandidat bereitgehalten für den Fall, daß es dem Kandidaten Rau zur absoluten Mehrheit erwartungsgemäß nicht reicht? ... Die Parteiführung der SPD hält Personen und Programme für alle denkbaren Fälle bereit. Johannes Rau spielt gewiß nicht mit gezinkten Karten. Es ist schlimmer: Mit ihm selbst wird falsch gespielt.

LES ECHOS

Zur ersten Kabinettssitzung der französischen Regierung in Gegenwart des Präsidenten schreibt die Pariser Wirtschaftszeitung:

Ein schockierendes Bild, das Millionen Franzosen am Bildschirm sahen, zeigte das wahre Ausmaß des Phänomens der Cohabitation: Samstag morgen empfing ein einsamer, besiegter, steifer und erstarrter François Mitterrand am Tisch des Ministerrats seine *politischen* Gegner. Wie verwundbar dieser Präsident aussah! Und wie die Demokratie, die mit ihren Gesetzestafeln die einen und anderen vor Exzessen schützt, schön dastand! Diese Szene wird auf jeden Fall im kollektiven Gedächtnis des Landes haften bleiben.

Manila: Muß eine Revolutionsregierung sein?

Frau Aquino könnte es vielleicht auch mit Ople schaffen / Von Fred de La Trobe

Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino hält an dem Plan fest, ihre Regierung als „Revolutionsregierung" zu proklamieren, die über der Marcos-Verfassung stünde und damit den Bruch mit der Ära des gestürzten Präsidenten besonders deutlich akzentuieren würde. Wegen Bedenken gegen dieses Vorhaben im eigenen Kabinett hat sich die Entscheidung darüber hinausgezögert und wird erst *Anfang dieser Woche erwartet*.

Hinter der Diskussion um diese Frage steht der Wunsch, der Regierung eine legale Grundlage zu geben. Dazu gehört auch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

Nach den Wahlen vom 7. Februar wurde Marcos mit der Mehrheit der damals noch regierenden Partei KBL zum Präsidenten proklamiert. Wenn das Parlament nicht aufgelöst wird, müßte die Volksvertretung diesen Beschluß rückgängig machen und statt dessen Frau Aquino zur Präsidentin wählen. Ohne Legitimität der Präsidentin und ihrer Regierung besteht die Gefahr, daß schwer zu kontrollierende Machtzentren innerhalb und außerhalb des Kabinetts entstehen und die rechtsstaatlichen Fundamente unterhöhlt würden.

Andererseits stellt sich die Frage, ob ein Sonderrecht, wie es mit einer Revolutionsregierung gegeben wäre, ein guter Start für die Aquino-Administration ist. Revolutionen können gefährliche Folgen haben. Allerdings traut kaum ein Filipino der Präsidentin diktatorische Neigungen zu. *Der neue Justizminister* in ihrem Kabinett, Gonzáles, stellte auch gleich fest, daß eine Revolutionsregierung zur Aufrechterhaltung der Grundrechte und des Schutzes von Privateigentum verpflichtet sei. Die bestehenden Gesetze des bürgerlichen und des Strafrechts würden nicht angetastet – abgesehen von Gesetzen im Zusammenhang mit politischen Verbrechen. Außerdem soll die Revolutionsregierung auf eine Frist begrenzt bleiben, voraussichtlich sechs Monate. In dieser Zeit sollen die Grundlagen für ein solides demokratisches System gelegt werden.

Diese Bemerkung des Ministers stieß allerdings nicht ausschließlich auf Beifall: Kritiker fragten, ob der Schutz des Privateigentums auch bedeute, daß die Rechte und Privilegien von Marcos-Günstlingen und von ausländischen Kapitalinteressen, die der Expräsident durch Dekrete geschaffen habe, nicht angetastet werden sollen. Damit könnte ein wichtiger Teil des geplanten Reformprogramms nicht verwirklicht werden. *Die Revolutionsregierung* soll auch gerade deshalb proklamiert werden, um freie Hand für nötige politische und wirtschaftliche Reformen zu geben. Dazu müßte auch die unter Kriegsrecht verabschiedete und auf Marcos maßgeschneiderte Verfassung von 1973 abgeschafft werden.

Damit könnte auch der gesamte Regierungsapparat ohne verfassungsmäßige oder rechtliche Hürden neu organisiert und mit neuem Personal besetzt werden. Das würde ferner bedeuten, daß das Parlament, das ein Produkt der Verfassung von 1973 ist, aufgelöst würde. Nach Fertigstellung der neuen Verfassung würden dann Neuwahlen für die Nationalversammlung anberaumt werden.

Ein anderer Vorteil einer Revolutionsregierung wäre, daß die parlamentarische Immunität der Abgeordneten der Marcos-Partei KBL nicht mehr gegeben wäre und damit die Anhänger des Expräsidenten, die ihm bei der Plünderung des Landes und der Zerstörung der *demokratischen Einrichtungen* halfen, nicht straffrei ausgehen würden.

Einige Mitglieder der Regierung Aquino, darunter offenbar auch der Vizepräsident Salvador Laurel, sind allerdings dafür, auf die Proklamation einer Revolutionsregierung zu verzichten und den Abbau der Marcos-Strukturen über das jetzige Parlament vorzunehmen. Die Anhänger dieser Lösung weisen darauf hin, daß sich eine Mehrheit für Frau Aquino und ihre Mannschaft durchaus abzeichnet. Anlaß zu diesem Optimismus ist die Bildung einer neuen Nationalen Partei der Philippinen unter dem ehemaligen langjährigen *Finanzminister* von Marcos, Blas Ople, der eine „Regierung der nationalen Union" vorgeschlagen hat. Ople und seine Gruppe sind von der KBL abgesplittert und stark genug, um Frau Aquino und ihren Anhängern zu einer Majorität im Parlament zu verhelfen.

Die Präsidentin steht allerdings noch auf dem Standpunkt, daß sie die Unterstützung von Abgeordneten, die während der letzten Wahlen vor Terror und betrügerischen Methoden nicht zurückschreckten, nicht annehmen könne. Diese Kreise seien nur daran interessiert, ihre politische Haut zu retten. Die Nationale Partei unter Ople weist dennoch darauf hin, daß sie bereit ist, die erklärten Ziele von Frau Aquino – nationale Solidarität, Friede und *Stabilität*, rasche wirtschaftliche Erholung und Stärkung der demokratischen Einrichtungen – mit zu verwirklichen. Frau Aquino wird in der Tat zu prüfen haben, ob sie nicht mit einer Politik der Versöhnung am Ende mehr erreichen kann.



Bonn und SDI – der lange Weg nach Washington

Mit großer Delegation ist Bundeswirtschaftsminister Bangemann gestern in Washington angekommen. Sein einziger Auftrag: Unterzeichnung zweier Abkommen zur Zusammenarbeit im technologischen Bereich und bei der Erforschung einer Raketenabwehr, Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) genannt.

Von RÜDIGER MONIAC

Helmut Kohl mochte sich die ihm bevorstehende österliche *Urlaubsfreude im österreichischen* Bad Gastein *nicht mehr* trüben lassen. Deshalb gab er, bevor er zur alljährlichen Fastenkur Bonn verließ, seinem Sprecher Order, nachfragenden Journalisten lediglich zu sagen, er sei „sauer", mehr aber nicht. Als Ursache der Verstimmung des Regie*rungschefs* war FDP-Generalsekretär Herbert Haussmann gemeint, der Kohl vorgehalten hatte, es reiche nicht aus, sich mit US-Verteidigungsminister Weinberger auf einem Truppenübungsplatz zu treffen, um wichtige Fragen der SDI- und Technolgie-Kooperation zu klären. Das gehe eben nur „vor Ort" mit den Fachleuten, also in Washington.

Die Version der FDP über die Mission Bangemanns jenseits des Atlantiks ist damit klar: Haussmann versucht den Eindruck zu erwecken, sein Parteivorsitzender, gleichzeitig der *Bonner Wirtschaftsminister*, werde „in letzten Verhandlungen" den gordischen Knoten zerschlagen und dann, geschmückt mit zwei unterschriebenen Abkommen, nach Bonn zurückkehren. Das Interessante an diesem Vorgang ist, daß der Kanzler gar nichts dagegen hat, wenn die FDP fleißig diese Ansicht über die Verteilung von Erfolgen und Mißerfolgen bei den deutsch-amerikanischen Verhandlungen über SDI und damit verwandte technologische Fragen verbreitet.

Helmut Kohl weiß, daß sein liberaler Koalitionspartner in größten Schwierigkeiten steckt, das Ergebnis dieser Verhandlungen positiv zu interpretieren, *ohne daß* bei *entscheidenden* Politikern aus dem liberalen Lager schlimme Blessuren bleiben. Besonders denkt er dabei an Außenminister Genscher, der aus für die Öffentlichkeit kaum durchsichtig gewordenen Motiven letztlich alles versuchte, die deutsch-amerikanische *Zusammenarbeit bei der Erforschung* eines SDI-Systems in einem sehr viel größeren und umfangreicheren bilateralen Abkommen über die generelle technologische Kooperation beider Länder untergehen zu lassen und somit unsichtbar zu machen.

Diese Taktik des Außenministers *scheint nicht aufgegangen zu sein.* Franz Josef Strauß verteilt entsprechende Noten. Herr Bangemann ist sehr kooperativ, sagt der CSU-Vorsitzende, Herr Genscher macht die Schwierigkeiten. Es ist demnach nicht nur Kohls Interesse, wenn Bangemann jetzt in Washington als der *„starke und weitsichtige Politiker"* dasteht.

Die Vorgeschichte des Ereignisses am morgigen Mittwoch, an dem Bangemann und Weinberger die Vertragstexte in Washington unterschreiben werden, reicht in Bonn weit zurück. Sie beginnt mit der öffentlichen Aufforderung des US-Verteidigungsministers nicht nur an die NATO-Staaten, sie sollten sich an der SDI-Forschung der USA beteiligen. Bevor dies geschah, hatte der Kanzler bei der Münchener Wehrkundetagung vor mehr als einem Jahr bereits die Bedingungen gesetzt.

Im Grundsatz, sagte Kohl damals, ist Bonn an einer Teilhabe an der *SDI-Forschung interessiert, vor allem* aber unterstütze die Bundesregierung politisch, was das amerikanische Ziel dieser Forschung sei, nämlich eventuell einen Ausweg aus dem sicherheitspolitischen Dilemma entdecken zu helfen, in dem sich die Welt bei der Sicherung des Friedens durch die Androhung gegenseitiger totaler Vernichtung der Supermächte in West und Ost befinde. Mit dieser verheißungsvollen Formel hatte der amerikanische Präsident Reagan *schon am 23. März 1983 im* Fernsehen seinen Landsleuten erläutert, warum er die „Strategische Verteidigungs-Initiative" voranzutreiben gedachte.

Von solch hochfliegenden Erwartungen an die technischen Möglichkeiten von SDI, einen hundertprozentig dichten Schutzschirm im All gegen *sowjetische* Atomraketen *aufzuspannen*, ist selbst in den konservativsten Kreisen der Partei des Präsidenten kaum noch die Rede. Heute beurteilt man in Amerika die denkbaren militärischen Erfolge, die sich mit der SDI-Forschung einstellen könnten, sehr viel *nüchterner*. Und nicht *anders ist das in den Zirkeln der Bun*desrepublik, die, anders als die SPD, nicht in völliger Anti-Haltung das Projekt beobachten und mit realistischer Einstellung zu werten versuchen. Mit dieser Voraussetzung ist auch die Bundesregierung letztlich an SDI herangegangen, mit der einen *Ausnahme – Genscher.*

Belastet durch diesen Zwiespalt zwischen dem Außenminister und dem Wirtschaftsminister, der die FDP für den Kanzler und die gesamte Union schwer berechenbar machte, begannen die SDI-Verhandlungen mit den USA. Weinberger, in Washington für sie verantwortlich, begriff nicht, warum aus Bonner Koalitionserwägungen nicht Wörner, sondern eben Bangemann mit der Verhandlungsführung beauftragt war. *Dieses Nichtverstehen auf amerikanischer* Seite dauerte bis in die letzten Wochen hinein an, und erst Kohls dringliches Fernschreiben an Reagan vor rund zwei Wochen machte den Weg *dafür frei, neben dem SDI-Rahmenabkommen* auch einen allgemeinen Vertrag über die technologische Kooperation abschließen zu können.

So entstand die Basis dafür, daß sich sowohl die SDI-Befürworter in Bonn zufriedengeben konnten, aber *zusammen mit Genscher auch* diejenigen, die der deutschen Industrie ausschließlich den Bonner Regierungsschutz für deren Beteiligung an der SDI-Forschung und einer erhoff*ten Verbesserung* ihrer technischen Wettbewerbsfähigkeit gewähren wollten, die sicherheitspolitische Komponente *dieses* Manövers aber zu ignorieren gedachten.

Verteidigungsminister Wörner hielt sich in diesem Bonner Gerangel auffällig zurück. Doch wußte er wohl, *daß eben die eigentlich von ihm zu* vertretenden Interessen sicherheitspolitischer Art wohl beim Kanzler und dessen Steuerung der Verhandlungen mit den USA in besten *Händen waren. Nachträglich hat er* damit recht gehabt, denn jetzt sagt Wörner: „Ich bin mit dem Ergebnis sehr zufrieden."

Für den Verteidigungsminister steht fest, deutsche Firmen und Forschungs-Einrichtungen werden *„gleichberechtigt"* neben amerikanischen an dem US-Projekt beteiligt werden können. Die jetzt von Bangemann zu unterzeichnenden Absprachen mit den USA, die letzten Don*nerstag am Rande der in Würzburg* tagenden Nuklearen Planungsgruppe der NATO zwischen Weinbergers Staatssekretär Richard Perle und hohen deutschen Beamten und Offizieren unterschriftsreif vorformuliert worden waren, sollen nicht nur sicherstellen, daß die deutschen Unternehmen bei der Vergabe der amerikanischen Forschungsgelder nicht zweitrangig behandelt werden. Bonn hat in den Verhandlungen auch durchgesetzt, daß – so Wörner – eine „Dauerdiskussion" *zwischen* Hardthöhe und Pentagon institutionell etabliert wird, durch die Bonn Einblick erhält in das Gesamtvorhaben SDI und auf diese Weise auch auf die US-Planungen nicht unerheblichen Einfluß gewinnen könnte.



SDI-Partner in Washington: Martin Bangemann, Caspar Weinberger
FOTO: DPA

Auch der Umgang mit „Bakschisch" will gelernt sein

Es ist so alltäglich, daß man in Ägypten schon von einem „Bakschisch-System" spricht. Auch wenn es um Staatsaufträge geht, ist das „Maschinenöl des Orients" oft im Spiel. Daß dieses System jedoch erlernt sein will, zeigt ein Fall, in den auch ein Deutscher verwickelt ist.

Von PETER M. RANKE

Der Wasserbau-Ingenieur Salah Salama verdient für seine sechsköpfige Familie in Staatsdiensten monatlich 180 ägyptische Pfund, das sind nicht mehr als 300 Mark. In seiner Freizeit fährt er daher den Familien-Fiat als Taxi. Nach *Möglichkeit* nimmt er *Ausländer* als Kunden, denn schließlich spricht Salah Salama ein gutes Englisch. Aber um vor den großen Kairoer Hotels „zugelassen" zu werden, muß er den zwei Polizisten und dem Portier am Hotel-Eingang wöchentlich je zwei Pfund zahlen.

„Bestechung ist so ein häßliches Wort", sagt Salah Salama, „sagen wir lieber Bakschisch." Seine regelmäßigen Zahlungen an die beiden Polizisten und den Portier – die auch auf Zuverdienst angewiesen sind – beklagt der Ingenieur nicht. Sie gehören für ihn selbstverständlich zum Preis fürs Überleben, zum „System", das weit unten beginnt und bis in die Ministerien, in die Wirtschafts-Bürokratie und die staatlichen Industrie-Unternehmen reicht. Ohne „Bakschisch" läuft der ganze Staatsbetrieb nicht, denn „Bakschisch" ist das Maschinenöl des Orients.

Präsident Mubarak hatte schon vor den Unruhen Ende Februar einen scharfen Kampf gegen Korruption und Bestechung angekündigt und damit den neuen Generalstaatsanwalt Abdul Aziz el Gindi beauftragt. Obwohl „Bakschisch" an der Tagesordnung ist – das Volk murrt, überall sind Geschichten über Bestechlichkeit höchster Funktionäre und Beamter in Umlauf.

„Kontrolleure drücken beide Augen zu"

Ibrahim Saada, Chefredakteur von „Akhbar el Yom" mit einer Millionenauflage, schrieb: „Jedermann weiß, *daß Leute heimlich Geschäfte* machen und mit Millionen ins Ausland gehen, wobei die Kontrolleure beide Augen zudrücken. Da werden minderwertige Nahrungsmittel importiert und hier teuer verkauft. Aus billigem Zement werden Wohn-Blocks errichtet, die bald zusammenfallen. Aber der Bauherr hat erst einmal Millionen für Eigentums-Wohnungen kassiert und sich dann abgesetzt.

Nicht zu Unrecht vermuten die Ägypter, daß ausländische Firmen hohe *Besteckungssummen zahlen*, um wichtige Staatsaufträge zu erhalten. Die jüngste Polizei-Aktion, wobei Mitte Februar 32 Bürokraten des Industrie-Ministeriums, ägyptische Vermittler und *ein deutscher* Industriekaufmann von der deutschen Niederlassung des schweizerischen Maschinenfabrikanten Sulzer-Escher-Wyss verhaftet wurden, hat in der Ministerial-Bürokratie und bei den ausländischen Firmen-Vertretern Unsicherheit und Unruhe ausgelöst. Doch auf die Frage „wird denn weiter Geld genommen?", bekamen wir aus Industrie-Kreisen die Antwort: „Schlimmer denn je."

Man muß es ja nicht gerade so machen wie es nach dem Stand der bisherigen Ermittlungen der landesunkundige Deutsche machte: Bei seiner Verhaftung trug er eine Liste der Namen und der einzelnen Bestechungssummen bei sich, die ihm sein ägyptischer Mitarbeiter vorgelegt hatte. Die Namensliste war zwar mit Decknamen geführt worden, aber der *„Schlüssel" mit den richtigen Namen* lag dabei. Der Mann wollte für sein Unternehmen den Staatsauftrag für eine Papierfabrik in Qena sichern. Auftragswert rund 200 Millionen Dollar.

Verraten wurde die Sache von der japanischen Konkurrenz, der der Auftrag für die Papierfabrik trotz eines billigeren Angebots entgangen war. Daß der japanische Tip, bei der Auftragsvergabe habe es „Unregelmäßigkeiten" gegeben, sofort bei der *Staatsanwaltschaft landete, zeigte* deutlich, daß die Falschen bestochen worden waren. Die „Richtigen" in den oberen Etagen der Ministerien sind viel zu vorsichtig und machen keine „Bakschisch-Geschäfte" mit fremden Ausländern.

Empört über den „Verrat" der Konkurrenz aus Japan

„Die Japaner unterbieten uns und schlagen dann die ihnen fehlenden Summen auf die Ersatzteile auf, wenn sie den Auftrag erst einmal haben", klagen deutsche Industrie-Vertreter. In der überwiegenden Mehrzahl lehnen sie Bestechungszahlungen strikt ab. „Das macht man doch nicht so ungeschickt", ist in diesen Kreisen zu hören, die über den „Verrat" der japanischen Konkurrenz dennoch empört sind.

Unauffälliger und wirksamer ist es, die zuständigen Wirtschaftsbürokraten etwa nach Deutschland einzuladen und ihren Wünschen gerecht zu werden, ohne daß der ägyptische Zoll oder eine ägyptische Bank eingeschaltet werden. *Das Mitreisen der* Ehefrau ist allerdings jetzt untersagt, seitdem eine Ägypterin in München sich auf Firmenkosten Ohrringe für 90 000 Mark bestellt hatte. Die deutsche Firma lehnte die Zahlung ab. In anderen Fällen ist es üblich, daß etwa der Studienaufenthalt eines Sohnes in der Bundesrepublik oder in den USA über Firmen-Kosten verrechnet wird.

Nach den Verhaftungen im Industrie-Ministerium, einschließlich einiger Direktoren und des Assistenten des Ministers, die Bargeld genommen hatten, fürchten die ägyptische Wirtschafts-Bürokratie und ausländische Firmen-Vertreter nun einen Schauprozeß. Präsident *Mubarak* kann in der Gunst der breiten Bevölkerung nur gewinnen, der „Krieg gegen die Korruption" scheint ihm nach den blutigen Unruhen in Kairo und anderen *Städten ein wichtiges Ventil* zu sein. Die Schuld kann er zudem auf Ausländer abwälzen, was ihm auch den Beifall der islamischen Fundamentalisten einbringen dürfte, die die ganze westliche Industrie zum Teufel jagen möchten. (SAD)

Rendezvous bei „Lafayette" – mit Blick in die Seele

Manches erinnert an einen Arztbesuch: die telefonische Termin-Absprache, das vorbereitende Gespräch mit einem psychologisch geschulten Gegenüber. Doch es geht nicht um Krankheit, sondern um Kleidung. Im ersten Pariser Mode-Service à la carte wird die Dame – sozusagen auf wissenschaftlicher Basis – von Kopf bis Fuß eingekleidet.

Von ELISABETH RUGE

In Paris muß der weibliche Wunsch, in einem Minimum an Zeitaufwand das Garderobenproblem für die nächste Saison zu lösen, nicht mehr länger nur heimliche Sehnsucht bleiben. Während überall in der Stadt die großen Modeschöpfer und Prêt-à-porter-Fabrikanten ihre *Modelle auf den Laufsteg schicken* und der modebewußten Frau schon jetzt Appetit machen auf die Verlokkungen der neuen Winter-Kollektionen (siehe dazu Aus aller Welt), hat eines der größten Kaufhäuser von Paris, die „Galeries Lafayette", eine Lösung gefunden, die der „eiligen, aktiven" Frau *das zeitraubende* und ermüdende Stöbern in den endlosen Weiten der verschiedenen Abteilungen abnimmt: einen V. I. P.-Salon „Mode Plus" mit Individualservice nach telefonischer Verabredung.

Die Einrichtung, erstmalig und brandneu in Frankreich, hat die Pariserinnen mobilisiert, die Telefonnummer ist scheinbar ständig belegt. Nach langen Versuchen klappt dann doch die erste Kontaktaufnahme.

Mein Rendezvous ist für *16.30 Uhr* vereinbart. „Aber verzweifeln Sie nicht, wenn Sie ein paar Minuten warten müssen", hatte eine nette Stimme am anderen Ende des Drahts gesagt, „*Marie* Christine empfängt drei bis vier Kundinnen am Tag, sie widmet sich Ihnen dann allerdings ausschließlich." Und das stimmt. Ich bin schon vor der Zeit da. Im „Lafayette" ist Hochbetrieb. Touristinnen aus aller Welt drängen sich auf sämtlichen Etagen dieses Superkaufhauses, das auch all das unter seiner riesigen Kuppel birgt, was die Modenschauen versprechen und das Portemonnaie zu akzeptieren bereit ist.

Pariser Schick für den kleinen und den großen Anspruch – wer die Wahl hat, hat die Qual; mancher kann Stunden, wenn nicht Tage verbringen und hat das Gefühl, immer noch nicht alles entdeckt zu haben, was ihm vielleicht stehen könnte. Außerdem – welcher Stil paßt zu welchem Typ; manches, was auf dem Bügel umwerfend aussieht, macht die Blonde rundlich oder die Brünette fahl. Genau auf *dieses Dilemma* ist der Service „Mode Plus" abgestimmt.

Der Salon *ist diskret versteckt* hinter der Abteilung „Imperméable" im zweiten Stock des Haupthauses. Marie Christine steht an der Tür, blond, schlank und attraktiv wie aus dem Modejournal. Sie hat mich erwartet und begleitet mich nun in das kleine „Sesam-öffne-dich" der Pariser Modewelt: dezent beleuchteter Raum, gedämpfte Musik, weiche Polstermöbel, Wohlbehagen stellt sich sogleich ein – die psychologische Strategie beginnt.

Denn das ist die Methode, die hinter dem aus Amerika importierten Novum steckt. Jacqueline Murray, psychologische Modeberaterin aus Minneapolis, erprobt seit sieben Jahren erfolgreich ein System, mit dem sie nun auch die Französinnen erobern möchte. Das Motto lautet: „Ihre Kleidung verrät Sie, denn sie spricht für Sie, bevor Sie selbst reden. Wir finden Ihren Geschmack, *Ihren* Stil, Ihre Aktivitäten heraus, dann analysieren wir, was Sie brauchen – wir suchen für Sie aus, und Sie können in Ruhe anprobieren."

Marie Christine, die Pariser Modistin, ist bei der Amerikanerin monatelang in die Schule gegangen, hat ihre Methoden sorgfältig studiert; nun sitzt sie vor mir mit einem Fragebogen, *auf dem sie eifrig* Notizen macht. Kaffee dampft zwischen uns, Service – ich hätte auch Orangen- oder Tomatensaft haben können. Nach den ersten Fragen über mein persönliches Umfeld, nach Konfektions- und Schuhgröße, vorhandener Grundgarderobe und bevorzugten Farben dann die *Gretchenfrage*: Wie hoch ist das Kleiderbudget? „Manche Kundinnen kaufen am liebsten alles auf einmal und zahlen dann in Raten", sagt Marie Christine, und dann *plötzlich* will sie *ganz unvermutet* wissen: „Wieviele Geschwister haben Sie? Sind Sie die Älteste?" Als psychologisch Geschulte wird sie aus meiner Geschwisterstellung nun wohl schließen, ob ich als verantwortungsbeladenes Erstgeborenes eher dem strengen Modelook zuneige oder als verhätscheltes Nesthäkchen mehr den verspielten Anstrich suche.

Nach einer halben Stunde tastenden und testenden Gesprächs erhebt sie sich schließlich. Nun wird sie all das für mich erstöbern, wozu ich Stunden brauchen würde. Ich könnte inzwischen lesen, arbeiten oder, wenn ich wollte, das Telefon benutzen; der Service will auch die Geschäftsfrauen *anlocken*, die für alles und jeden Zeit haben müssen, nur nicht für sich selbst. Sogar an den Parkplatz ist gedacht, eine Gratiszugabe, und an die prompte Erledigung von Änderungen, die eventuell notwendig werden. Während ich noch die *geschmackvoll* dekorierten Accessoires an den Wänden betrachte, geht die Tür auf, und Marie Christine *erscheint mit einem rollenden* Kleiderständer. In den nächsten Minuten kann ich nach Herzenslust alles anprobieren, was sie für mich ausgesucht hat; das meiste paßt wie zugeschnitten. *Sie hat ein gutes Augenmaß*, Marie Christine, harmonisch hat sie alles abgestimmt, vom Schuh bis zum modischen Halsband.

Mein Problem ist freilich weniger, ob mir die Sachen stehen, vielmehr, ob sie dem Maß meines Kleiderbudgets entsprechen. Und genau darin liegt das Verflixte, Verführerische, *Schöne* dieses so angenehm verkauften Mode-Service à la carte.

Apel gegen die geplante Steuerreform

AP, Saarbrücken

Die Finanzierung der von der Bundesregierung angekündigten Steuerreform durch den Abbau von Subventionen hat der frühere Bundesfinanzminister und jetzige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, gestern im Saarländischen Rundfunk als „Etiketten-Schwindel" bezeichnet. Apel ging damit auf das WELT-Interview (v. 24. März) mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ein. Stoltenberg hatte Steuerentlastungen von 40 bis 45 Milliarden Mark in Aussicht gestellt, falls die Subventionen massiv abgebaut würden. Der von Stoltenberg angekündigte durchgehende lineare Progressionstarif für Einkommen zwischen 30 000 und 50 000 Mark im Jahr soll durch kräftige Anhebung der Mehrwertsteuer finanziert werden. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, hatte zur Finanzierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht ausgeschlossen. Apel sprach sich gegen eine solche Erhöhung aus.

In den vergangenen Jahren, so Apel, seien die Steuersubventionen, vor allem im Agrarbereich, um zehn Milliarden Mark „nach oben gejagt" worden. „Und nun sollen plötzlich die Subventionen abgebaut werden. Ich halte das für Etiketten-Schwindel", erklärte der SPD-Politiker. Die Mehrwertsteuer sei eine Steuer, „die wir alle bezahlen, die zahlt der Rentner genauso wie der Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger." Apel kündigte den entschiedenen Widerstand der SPD gegen die Steuerkonzeption von Stoltenberg an.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Streit in der FDP um die „Grundsicherung"

Fachausschuß lehnt staatlich finanzierte Grundrente ab

GÜNTHER BADING, Bonn

In der FDP gibt es „kontroverse Diskussionen" um die künftige Rentenpolitik. Dies erklärte die FDP-Abgeordnete Irmgard Adam-Schwaetzer bei der Vorstellung des Programmentwurfs „Schwerpunkte liberaler Sozialpolitik" für den FDP-Bundesparteitag Ende Mai. Auf der Sitzung des FDP-Bundesvorstands am vergangenen Freitag konnte keine Einigung darüber erzielt werden, wie die Rentenproblematik zu lösen sei. Während die Programmkommission jetzt den Vorschlag für eine staatlich aus Bundesmitteln finanzierte Renten-„Grundsicherung" vorlegte, lehnt der Bundesfachausschuß der FDP dies ab.

Der Streit um die Rentensicherung – von der FDP-Sozialexpertin Adam-Schwaetzer als Zeichen der Lebhaftigkeit ihrer Partei gewertet – hatte ebenfalls zu Ostern vor einem Jahr schon einmal zu Unruhe in der Koalition geführt. Der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann hatte damals seinen Vorschlag in die Öffentlichkeit gebracht, aus Steuermitteln eine Grundrente für alle älteren Bürger zu finanzieren. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hatte sich damals von dem Vorstoß seines freidemokratischen Kabinettskollegen mit der Bemerkung distanziert, es werde mit der CDU/CSU „keine sozialpolitischen Amokläufe" geben.

Diskussionspapier

Diesmal findet der Streit zunächst allerdings innerhalb der FDP statt. An der Sachauseinandersetzung hat die Umbenennung von „Grundrente" in „Grundsicherung" nichts geändert.

Frau Adam-Schwaetzer begründete vor der Presse die Forderung nach der Grundsicherung mit der hohen Zahl von Rentnern, die heute auf Sozialhilfe angewiesen seien. Ihnen solle der Weg zum Sozialamt erspart werden. Wenn die Altersversorgung aus gesetzlicher Rentenversicherung und eventuellen eigenen anderen Einkünften nicht ausreiche, so müsse die jeweilige Wohnortgemeinde des alten Menschen einspringen und Sozialhilfe leisten. Eigentliche Aufgabe der Sozialhilfe, so heißt es in dem Diskussionspapier, aber sei es, nur in besonderen Notlagen zu helfen. Es könne nicht Aufgabe der Sozialhilfe sein, eine Grundsicherung im Alter zu gewährleisten. Diese dem Grundgesetz entsprechende Existenzsicherung zähle zu den Aufgaben des Staates, nicht der Gemeinden.

Keine Mehrkosten

Zusätzliche Kosten würden nach den Vorstellungen der FDP-Abgeordneten nur dadurch entstehen, daß es keinen Rückgriff auf unterhaltspflichtige Kinder geben solle. Ansonsten blieben die Ansprüche – heute auf Sozialhilfe, später auf eine vergleichbare Grundsicherung – in der Höhe gleich.

Neben dem Thema der Rentensicherung, zu dem Frau Adam-Schwaetzer noch den Vorschlag machte, über eine eventuelle freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit nachzudenken, sind in dem sozialpolitischen Programmentwurf auch fünf Prinzipien für eine Strukturreform des Gesundheitswesens genannt:

- Sparsamer Umgang mit den Ressourcen. Dazu seien Solidarität und Eigenverantwortung aller Beteiligten gefragt. Die Krankenversicherung dürfe nicht zum Selbstbedienungsladen werden.
- Mehr Wettbewerb in der Krankenversicherung.
- Mehr Transparenz als Voraussetzung für sparsame Nutzung der Leistungen.
- So viel ambulante Behandlung wie möglich, so viel stationäre wie nötig.
- Solidarische Absicherung all jener Krankheitsrisiken, die für den Einzelnen nicht tragbar sind.

Strauß wirft Salzburg Unkenntnis vor

lz. München

In herbem Ton und jede diplomatische Höflichkeitsfloskel vermeidend, reagierte Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß jetzt auf den Beschluß der Salzburger Landesregierung, in dem Bedenken gegen die 180 Kilometer von der Grenze entfernt entstehende Wiederaufarbeitungsanlage geäußert wurden. In einem Schreiben an den ÖVP-Landeshauptmann Wilfried Haslauer wirft Strauß der Salzburger Regierung vor, als „unzuständige Stelle mit unzutreffenden Argumenten gegen eine ungefährliche Anlage" völkerrechtliche Einwendungen erhoben zu haben.

Haslauers Kabinett hatte sich bei seinem Beschluß, über den die bayerische Regierung verwundert und die SPD begeistert war, auf „eindringliche Schilderungen" des Salzburger Landesanwalts für Ökologie und Landschaftsschutz, Professor Eberhard Stüber, gestützt, dem Strauß einen „erschreckenden Mangel an Sachkenntnis und ein enormes Informationsdefizit" attestiert. Der Biologe habe unzutreffende Fakten zusammengelegt, sei daher zu falschen Bewertungen gekommen und habe damit die technischen Sachverhalte total verdreht wiedergegeben. „Es handelt sich", schreibt Strauß, „um eine äußerst undifferenzierte und laienhafte Auflistung längst widerlegter Vorwürfe und Beschuldigungen aus dem Kreis bundesdeutscher Kernenergie-Kritiker."

Unter anderem wirft der bayerische Regierungschef dem Professor vor, einen Emissionswert um den Faktor 60 falsch angegeben zu haben. Auch sei seine Behauptung falsch, das Plutonium der WAA sei militärisch nutzbar. Es dränge sich, so fährt Strauß fort, die Vermutung auf, die sach- und problemunkundige Salzburger Landesregierung habe sich für die politische Kampagne der SPD einspannen lassen. Er sei sicher, daß Salzburg zu „einer richtigen Einschätzung der Situation" komme und den Beschluß revidiere.



Die bayerische SPD steckt in der Klemme. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes sollte die Ablehnung der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf stehen. Die Sozialdemokraten fühlen sich aber immer stärker in die Phalanx gewalttätiger Demonstranten gedrängt. Jetzt fürchten sie um Wählerstimmen. Ein Brief des Landesvorsitzenden Rudolf Schöfberger (li.) an den Staatssekretär im Münchner Innenministerium, Heinz Rosenbauer, deutet den Rückzug an. FOTOS: AP / DPA



SPD fragt wegen Wackersdorf nach: Rechnet die Regierung mit Gewalt?

Von PETER SCHMALZ

In der bayerischen SPD mehren sich die Bedenken gegen die geplante Teilnahme an der Osterdemonstration am Baugelände der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf. Vor der außerordentlichen Landesvorstandssitzung heute in Nürnberg, bei der entschieden wird, ob der Parteivorstand den Aufruf zur Demonstrationsteilnahme vom 17. Februar widerruft, hat der bayerische SPD-Vorsitzende Rudolf Schöfberger das Münchner Innenministerium um einschlägige Erkenntnisse über den mutmaßlichen Demonstrationsverlauf gebeten.

Schöfberger begründet seine Bitte um Informationshilfe mit Meldungen aus den vergangenen Tagen, wonach „Gruppen, die nicht die Nutzung der Kernenergie in Frage stellen, sondern Demokratie und Rechtsstaat bekämpfen", im Zusammenhang mit der Wackersdorfer Demonstration Gewalttaten planen. Davon aber distanziere sich die SPD entschieden. Man werde deshalb sorgfältig prüfen, „ob wir unter den neuen Umständen weiterhin zur Demonstration in der Hoffnung aufrufen können, daß sie friedlich verläuft, oder ob wir angesichts der Gefahr des unfriedlichen Verlaufs vor der Teilnahme warnen sollen".

In seinem Antwortschreiben betont Innenstaatssekretär Heinz Rosenbauer, die Polizei habe zwar alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um einen friedlichen Verlauf zu gewährleisten und Gewalttätern mit den gebotenen rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen, in welchem Umfang dies jedoch gelingen werde, hänge nicht zuletzt davon ab, ob die Demonstrationsteilnehmer bereit sind, sich – auch räumlich – von den Chaoten und Krawallmachern zu distanzieren.

Rosenbauer zitiert eine Fülle von Aufrufen, die gewalttätige Ausschreitungen befürchten lassen. So hat das linke Szenenblatt „TAZ" für den Ostermontag zum „Ostermarsch 86 Wackerland" aufgerufen und die Teilnehmer aufgefordert, „geeignetes Werkzeug zur Demontage des Zaunes, z. B. Eisensägen" mitzubringen. Der Schwarzsender „Radio Dreyecksland" im Raum Freiburg rief dazu auf, „die Bauzäune niederzureißen, um der Polizei auf diesem Gebiet größere Schwierigkeiten zu bereiten". Die Zeitung „Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes schrieb am 10. März, eine Aktion, „an der sich viele beteiligen können", sei die Demontage des Bauzauns. Ein Flugblatt ohne Impressum liefert detaillierte Anweisungen zur Zaun-Demontage (WELT vom 22. März).

Außerdem verweist Staatssekretär Rosenbauer darauf, daß bereits mehrere von WAA-Gegnern versteckt angelegte Depots mit Werkzeug, Stahlleitern und Brandsätzen gefunden wurden und daß Erkenntnisse vorliegen, wonach möglicherweise die Absicht besteht, ein „Osterfeuer" in einem Betrieb zu legen. Rosenbauer: „Dieser Information kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil in der Nacht zum 17. März bereits ein Brandanschlag auf das Betriebsgelände einer Firma versucht wurde, die am Bau der WAA beteiligt ist."

Die Brutalität, mit der Gewalttäter gegen die Anlage und die das Gelände schützenden Polizisten vorgehen, wurde am Sonntag vergangener Woche deutlich, als Chaoten die Beamten mit horizontal abgeschossenen Leuchtkugeln, mit Knüppeln, Steinen und Knallkörpern angriffen und 22 verletzten. Auf Seiten der Angreifer wurde nur einer verletzt. Rosenbauer spricht von einer Eskalation der Gewalt, die erschreckend sei und die für die Demonstration am Ostermontag Schlimmes befürchten lasse.

Volkszählung unbeliebt

Nur 57 Prozent der Bürger halten sie für notwendig / Umfrage

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die für den 25. Mai 1987 geplante Volkszählung stößt bei einem überraschend großen Teil der Bevölkerung noch immer auf Skepsis. Wie der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, gestern in Wiesbaden bekanntgab, halten nur 57 Prozent aller Bürger der Bundesrepublik Deutschland die Volkszählung für notwendig. Das ist das Ergebnis einer Meinungsumfrage der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, Köln (Forsa-Anlaysen), die sie im November und Dezember 1985 im Auftrag der Bundesbehörde gemacht hat. Dabei wurden im erstmals angewandten telefonischen Interview-Verfahren 1204 Bürger befragt.

Wie Hölder berichtete, ist das Ergebnis der Umfrage schon deshalb erstaunlich, weil 82 Prozent der Bürger die Sammlung und Auswertung statistischer Daten an und für sich befürworten – und zwar quer durch alle Parteien. Die Volkszählung jedoch akzeptieren auch nach der Abstimmung im Bundestag, bei der alle Parteien außer den Grünen ihre Zustimmung gaben, nur 77 Prozent der CDU/CSU-Stammwähler, 56 Prozent der SPD-Anhänger, 64 Prozent der FDP-Anhänger und lediglich 29 Prozent von den Anhängern der Grünen. Besonders auffällig: CDU/CSU-Anhänger blieben mit 63 Prozent Zustimmung skeptischer als die Stammwähler der Unionsparteien.

Nach der Umfrage ließen 32 Prozent der Befragten eine „Tendenz" zur Beteiligung an der Volkszählung überhaupt erst dann erkennen, nachdem sie auf die gesetzlich verankerte Auskunftspflicht und auf drohende Bußgelder hingewiesen worden waren. 12 Prozent wollten sich noch nicht einmal durch diesen Hinweis zur Teilnahme bewegen lassen. Am höchsten ist die Ablehnung bei den Jugendlichen. Von den 16- bis 29jährigen wollten sich 39 Prozent mit ziemlicher Sicherheit beteiligen.

Präsident Hölder äußerte sich überzeugt, daß seine Behörde die Mitbürger gleichwohl noch für die Teilnahme an der Volkszählung gewinnen könne. Dafür solle ein Werbeetat von 16 Millionen Mark eingesetzt werden. Man wolle sich dabei besonders auch auf die Zweifler und Ängstlichen einstellen. Allerdings solle nicht bis zur Bundestagswahl 1987 gewartet werden".

Wie Professor Manfred Güllner von dem Kölner Befragungsinstitut erläuterte, diskutieren über die Volkszählung „besonders intensiv" Bürger mit höherem Schulabschluß, Beamte aus Bildungs-, Justiz- und Sozialbereich sowie Anhänger der Grünen.

Die Richter entscheiden über „Eins Plus'

dpa, Karlsruhe

Im Rechtsstreit um den für 29. März geplanten Start des neuen ARD-Satellitenprogramms „Eins Plus" wird spätestens bis Donnerstag (27. März) eine gerichtliche Entscheidung fallen. Dies teilte der Pressereferent des Karlsruher Verwaltungsgerichts, Vorsitzender Richter Eberhard Hayn, am Montag mit.

Dem Gericht liegen ein Eilantrag der CDU-Landesregierung auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung sowie eine Klage des SWF gegen die Abmahnung der Regierung vor. Mit der Einstweiligen Anordnung will die die Rechtsaufsicht ausübende Landesregierung dem für die europaweite Abstrahlung von „Eins Plus" federführenden Sender den Start untersagen. Anlaß sind die umstrittenen Rechtsgrundlagen für „Eins Plus" in den geltenden Landesrundfunkgesetzen und Staatsverträgen. Hiergegen hat der Baden-Badener Sender Klage erhoben und zugleich Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gestellt. Über den letztgenannten Antrag wird zusammen mit dem Antrag der Landesregierung entschieden werden. Über die Klage selbst werde das Gericht, so Hayn, zu einem späteren Zeitpunkt befinden.

Die Schildbürger leben in Großpösna

DIETER DOSE, Berlin

Die mit Metall-Orden, Ehrenzeichen, Medaillen-behangenen Uniformjacken der Generale und Offiziere der Nationalen Volksarmee (NVA) haben einen Leser des Soldatenmagazins „Armeerundschau" zu der Frage veranlaßt: „Warum gibt es in der NVA militärische Orden, wenn gar keine Schlachten ausgetragen wurden?"

„Ihr Oberst", Karl-Heinz Freitag, heißt er, weiß die Antwort. Denn seit ihrer Geburtsstunde, vor 30 Jahren, stehe auch die Nationale Volksarmee „in der militärischen Friedensfront des Sozialismus".

Für den Briefkastenonkel der vom „DDR"-Verteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift gab es „Gefechte" und „Schlachten". Auch oder vielleicht gerade, weil sie „unblutig" ausgegangen seien. „Wenn unsere Soldaten gemeinsam mit ihren Waffenbrüdern ins Feld(lager) zogen oder bereitstanden zum Gefecht, dann um es nicht führen zu müssen und dem Kriege zu wehren." Die „unblutigen Schlachten" sind für Oberst F. die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956 und die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten 1968 in der CSSR. Als sei da kein Blut geflossen!

Total werden die Tatsachen bei einem weiteren Beispiel verdreht: „Das war so im August 1961, als sich die Bundeswehr zum Marsch durch das Brandenburger Tor rüstete." Dabei weiß doch jeder bis in den letzten Winkel der „DDR", daß die Mauer gebaut wurde, um den Strom der Flüchtlinge durch das Brandenburger Tor in den Westen zu verhindern.

Auf friedlichen „Kriegspfad" begibt sich in diesem Jahr die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Das Reisebüro der kommunistischen Jugendorganisation „Jugendtourist" lädt zum „Urlaub mit Old Shatterhand" ein.

Aus der Presse von drüben

„Pulverdampf und Hufedonner, Präriewind und Wüstensand – in diese Welt der mitreißenden Karl-May-Erzählungen werden künftig Mädchen und Jungen tiefer eindringen, die mit dem FDJ-Reisebüro „Jugendtourist" eine Reise in die Heimat des bekannten Autors buchen konnten", berichtet die von der NDPD herausgegebene „National-Zeitung". Erstmals werden in diesem Jahr die Reisen nach Radebeul bei Dresden veranstaltet.

Rund 219 000 Mädchen und Jungen, 14jährige, nehmen in diesen Wochen in der „DDR" an der Jugendweihe teil, der kommunistischen Ersatz-Konfirmation. Das seien, laut der in Ost-Berlin erscheinenden „BZ am Abend", fast 100 Prozent des Jahrganges. 1955, bei der ersten Jugendweihe, seien es nur 18 Prozent gewesen. „Aller Anfang ist schwer", bemerkt dazu die einzige im Boulevard-Stil aufgemachte „DDR"-Zeitung. „Der der Jugendweihe war es auch. Zahlreich sammelten sich ihre Gegner, drängten die Eltern, ihre Kinder nicht zur Jugendweihe zu schicken." 1986 sei das alles anders, „weil es das Jahr des XI. Parteitages der SED ist."

Daß es viele Jugendliche in der „DDR" gibt, die zwar an der Jugendweihe teilnehmen, sich aber dennoch konfirmieren lassen, erwähnt die „BZ am Abend" nicht.

Die Schildbürger leben noch. Zwar handelt es sich nicht wie einst im sächsischen Schilda um ein Rathaus ohne Türen und Fenster, aber der sozialistische Schildbürgerstreich, den die satirische Zeitschrift „Eulenspiegel" anprangert, passierte auch in Sachsen. In dem kleinen Ort Großpösna bei Leipzig.

Dort sind 37 Eigenheime gebaut worden, zum Teil schon bezugsfertig. Nur einziehen können die Mieter nicht. Strom- und Wasseranschluß wurden vergessen. Jetzt werden die Schuldigen gesucht. So viel aber ermittelte der „Eulenspiegel" schon: Die Maurer und Zimmerleute erschienen vor der Tiefbaubrigade auf der Baustelle. Weil sich die Tiefbauer behindert fühlten, zogen sie einfach wieder ab. Planwirtschaft ...

Private Handwerker und Geschäftsleute sind wieder gefragt. Anzeige im LDPD-Blatt „Der Morgen", aufgegeben vom Rat der Stadt Lengefeld im Erzgebirge:

„Kleinstadt im Erzgebirge (staatlich anerkannter Erholungsort) sucht Bäcker-/Konditor-Ehepaar zur Wiedereröffnung eines Bäckereibetriebes mit Tagescafé."



dorf nach … t Gewalt?

Die Richter entscheiden über ‚Eins Plus

Großpösna

Immer unverhohlener dringt Moskau auf einen Machtwechsel in Sofia

E. ANTONAROS, Athen

Knapp zwei Wochen vor dem Beginn des 13. Parteitags der bulgarischen KP gibt es nicht den geringsten Zweifel , daß die Tage des Staats- und Parteichefs Todor Schiwkow gezählt sind. Nun mußte auch einer seiner langjährigsten und engsten Mitarbeiter, Ministerpräsident Grischa Filipow, den Hut nehmen. Er wurde vom bisher im Ausland kaum bekannten Georgi Atanasow abgelöst, der erst 24 Stunden vorher zum stimmberechtigten Mitglied des bulgarischen Politbüros gemacht worden war. Atanasow war bisher lediglich einer von neun Sekretären des Zentralkomitees der bulgarischen KP.

Filipows Ablösung war zwar seit einiger Zeit erwartet worden, zumal zahlreiche Parteigremien und der sowjetische Botschafter in Sofia, Leonid Grekow, die Wirtschaftspolitik der Regierung kritisiert hatten. Doch die gleichzeitig vom bulgarischen Parlament beschlossene Straffung des Kabinetts durch die Abschaffung von sechs Ministerien sowie die Neubesetzung von zahlreichen Ressorts lassen erkennen, daß ein weitreichender Verjüngungs- und Modernisierungsprozeß im Gange ist.

Das bulgarische Regime, seit 1954 von Schiwkow beherrscht, ist in den vergangenen sechs Monaten so radikal wie noch nie zuvor personell umgekrempelt worden. Es gibt kaum ein Parteigremium, wo die einst einflußreichen Mitarbeiter des Staats- und Parteichefs keine Niederlage erlitten haben. Westliche Diplomaten in Sofia sprechen bereits von einer „Götterdämmerung": Sie schließen sogar nicht aus, daß Schiwkow und seine Mannschaft möglicherweise noch in diesem Jahr von Vertretern der jüngeren Generation abgelöst werden könnten. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß Schiwkows Ablösung bereits im Laufe des Parteitags stattfindet.

Bulgarien gilt seit Jahrzehnten als der treueste Alliierte der Sowjetunion und bekommt daher schneller und deutlicher als jeder andere Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes die Auswirkungen jeder Änderung an der Kreml-Spitze zu spüren: Bereits unter der kurzlebigen Herrschaft von Jurij Andropow wurde Kritik an Schiwkow und der bulgarischen Partei- und Regierungsspitze hörbar. Doch als Michail Gorbatschow an die Macht

BULGARIEN

kam, gaben die Russen ihrer Unzufriedenheit über die Mißwirtschaft, die Korruptionsskandale und die niedrige Produktivität der Bulgaren freien Lauf. In einem Interview mit einer bulgarischen Zeitschrift rügte der sowjetische Botschafter Grekow die „schlechte Qualität" der in die UdSSR gelieferten bulgarischen Produkte.

Seit Gorbatschow im Kreml regiert und seine Macht gefestigt hat, hat auch Schiwkow gemerkt, daß seine alten Freunde in Moskau nichts mehr zu sagen haben. Die Folge: Die Bulgaren müssen sich damit abfinden, daß sie nicht mehr der Lieblingspartner des „großen sowjetischen Brudervolkes" sind. Bulgarische Exportgüter sind in der Sowjetunion immer schwieriger abzusetzen, nur ungern springen die Russen ein, um den Bulgaren bei der Überwindung ihrer Energieknappheit zu helfen.

Es ist ganz bestimmt nicht nur der große Altersunterschied zwischen dem dynamischen 55jährigen Sowjetführer und dem 75jährigen Bulgaren, der die Verständigung zwischen Moskau und Sofia erschwert. Die Sowjetführung scheint fest davon überzeugt zu sein, daß die in Bulgarien regierenden Politiker mit der Wirtschaftskrise nicht mehr fertig werden. Hinzu kommen außenpolitische Reibereien und auch der in Moskau festverwurzelte Verdacht, daß die Sofioter Führung weder die Kraft noch den Willen hat, der Korruption den Kampf anzusagen und die prowestlichen Tendenzen in der bulgarischen Jugend wirksam zu bekämpfen.

Es ist schwer zu sagen, ob die Neubesetzungen der vergangenen Monate auf Druckausübung durch den Kreml zustande gekommen oder aber eine Defensiv-Maßnahme von Schiwkow sind. Es könnte nämlich sein, daß der an der Spitze der Partei ergraute Bulgare durch die Beförderung von jüngeren, vermutlich den Sowjets angenehmeren Politikern seinen Kopf retten will.

Auf lange Sicht hat er allerdings so gut wie keine Chancen, diesen Kampf zu überleben. Möglicherweise schon auf dem Parteitag Anfang April wird es Signale dafür geben, wer die Favoriten der Sowjets für Schiwkows Nachfolge sind. Schon jetzt werden einige Namen genannt, so die der Politbüro-Mitglieder Ognyan Doynow, der als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Regierung bereits sehr einflußreich ist, und Chudomir Alexandrow, der vor allem in Parteiangelegenheiten versiert ist. Als ein Vertrauensmann der Russen gilt schließlich der in der UdSSR geborene und dort ausgebildete stellvertretende Ministerpräsident Andrei Lukanow (48), der dem Politbüro als nicht stimmberechtigtes Mitglied angehört.

(SAD)

„Thatcher soll private Geschäfte jetzt offenlegen"

rtr. London

Die britische Opposition hat die konservative Premierministerin Margaret Thatcher aufgefordert, dem Parlament umgehend alle Einzelheiten über ihre Aktiengeschäfte mitzuteilen. Der für Finanzfragen zuständige Sprecher der Labour-Partei, Roy Hattersley, sagte, Frau Thatcher müsse im Interesse ihrer eigenen Integrität an die Öffentlichkeit gehen.

Die „Mail on Sunday" hatte berichtet, die Regierungschefin habe mit dem Handel von Aktien der australischen Gesellschaft Broken Hill Proprietary einen Gewinn von 2300 Pfund (rund 7750 DM) gemacht. Die Regeln für Finanzgeschäfte, meinte das Amt der Premierministerin dazu, seien eingehalten worden. Es sei zu keinem Interessenkonflikt zwischen Frau Thatchers privatem Interesse und den öffentlichen Verpflichtungen gekommen.

Die Premierministerin, so hieß es in dem Zeitungsbericht, habe die Aktien auf ihren Namen registrieren lassen, zu Händen ihres Privatsekretärs. Nach Angaben aus politischen Kreisen hätten sich die Premierminister bislang fast immer eines unabhängigen privaten Treuhänders bedient. Die Geschäfte von Frau Thatcher, schrieb die „Mail on Sunday", seien in der britischen Nachkriegsgeschichte jedoch ohne Beispiel.

Polnischer Bischof rügt die Regierung

KNA, Przemysl

Den Kampf der polnischen Regierung gegen die katholische Kirche hat der Bischof von Przemysl, Ignacy Tokarczuk, scharf verurteilt. „Die Maßnahmen gegen die Religion, gegen Gott und die Gläubigen sind blanker Unsinn und tragen in keiner Weise zur Entwicklung unseres Landes bei", betonte Tokarczuk bei einem Gottesdienst vor mehr als 3000 Gläubigen in Przemysl. Gleichzeitig verurteilte der Bischof die behördlich angeordnete Entfernung von Kreuzen aus Schulräumen. Er erklärte, es sei nicht richtig „alle, die sich zum Namen Christi bekennen, mit marxistischer Ideologie zu bekämpfen". Wie wenig erfolgreich diese Ideologie sei, beweise die Tatsache, „daß es 40 Jahre nach Kriegsende immer noch Lebensmittelmarken gibt und der Lebensstandard in Polen ständig weiter absinkt".

Wahlen in Bangladesch: Opposition nimmt teil

General Erschad sicherte seine Macht schon vorher ab

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

Nach vier Jahren Militärherrschaft bald Demokratie und ein Parlament? Keiner will es so recht glauben in Bangladesch. General-Präsident Erschad scheint jetzt entschlossen, die bereits dreimal verschobenen Parlamentswahlen am 7. Mai abzuhalten.

Ursprünglich setzte er den Termin für den 26. April an, verschob sie, um der Opposition zu ermöglichen, termingerecht ihre Kandidaten zu nominieren, wie inoffiziell aus Dhaka verlautet.

Denn die beiden Oppositionsgruppierungen, die Sieben-Parteien-Allianz unter der Führung der Awami-Liga von Begum Khalida Zia und die 15-Parteien-Gruppierung, angeführt von der Präsidentin der größten Oppositionspartei, der Bangladesch-National-Partei, Sheikh Hasina Wajed, haben am Wochenende erklärt, sie nähmen an den Wahlen teil. Dies setze jedoch voraus, daß Erschad der Bevölkerung die Grundrechte garantiere, Oppositionspolitiker aus der Haft entlasse und die Gerichtsurteile und Anklagen gegen sie aufhebe.

Verschob die Wahlen dreimal: Staatschef Erschad FOTO: CAMERA PRESS

Die Entscheidung der 22 Oppositionsparteien, nun doch an den Wahlen teilzunehmen, nachdem sie erst eine Woche zuvor einen Wahlboykott verkündet hatten, kommt überraschend. Denn bisher hatten sie geschlossen zur Bedingung für ihre Wahlteilnahme die Absetzung der gegenwärtigen Regierung Erschad und Einsetzung einer neutralen Übergangsregierung gemacht. Faire Wahlen, so ihr Argument, seien unter dem Militärregime nicht möglich.

Das plötzliche Umdenken begründet Sheikh Hasina Wajed mit der „kritischen Situation", in der sich das Land befinde, und der „Taktik der Regierung, die Opposition von den Wahlen fernzuhalten". Ausschlaggebend für eine Teilnahme an der Wahl war aber eher die zunehmende Isolierung der Oppositionsparteien.

Zwar wären die Städter dem Aufruf gefolgt, nicht an den Wahlen teilzunehmen, aber die mehrheitlich ländliche Bevölkerung hätte, wie politische Beobachter meinen, ihre Stimme abgegeben – für die Jatiya-Partei Erschads.

Die Jatiya-Partei, gegründet am 1. Januar, ist ebenso wie die Jana-Dal-Partei eine Schöpfung Erschads und ein Sammelbecken jener Oppositionellen in Bangladesch, die den 22 Oppositionsparteien weniger aus ideologischen Gründen als aus persönlichem Machtstreben heraus den Rücken gekehrt hatten. Erschad versorgte sie mit einflußreichen Regierungsposten und entsprechendem Salär. Jetzt sind die ehemaligen Oppositionspolitiker Erschad-Fürsprecher und Stimmen-Magneten.

Gleichzeitig zeigt die Opposition „Abnutzungserscheinungen". Zwar kann sie immer noch auf die linksgerichteten militanten Studenten vornehmlich der Universität Dhaka rechnen, die erst am Wochenende zum zwölfstündigen Generalstreik der Polizei blutige Straßenschlachten geliefert hatten, doch ziehen die Oppositionsblöcke, geschwächt durch die Dissidenten, schon längst nicht mehr an einem Strang. Die Parteiführerinnen sehen sich als Konkurrentinnen um das höchste Amt im Staat; keine von beiden kann jedoch ein alternatives Regierungsprogramm vorlegen.

Wie immer die Wahlen ausgehen, General Erschad hat sich als Herrscher abgesichert. Anfang 1985 ließ er sich per Referendum in seinem Präsidentenamt bestätigen. Zahlreiche Kriegsrechtsverordnungen sind jetzt Bestandteil der Verfassung und geben Erschad weitreichende Befugnisse.

Dem Präsidenten sind die Parlamentswahlen ein „Herzenswunsch" und, wie ein westlicher Beobachter meint, dienen dazu, sein Regime nachträglich zu legitimieren. Und die Teilnahme der Opposition an den Wahlen gibt ihm dazu unerwartete Schützenhilfe. 16 seiner Minister sind inzwischen zurückgetreten, um als Kandidaten bei den Wahlen teilzunehmen.

Verstimmung in der neuen Koalition in Paris

AFP, Paris

Die Regierungskoalition in Frankreich ist nur wenige Tage nach ihrem Antritt einer ersten Belastungsprobe ausgesetzt. Im Tauziehen mit dem liberalen Regierungspartner UDF um die Besetzung des Amtes des Parlamentspräsidenten hat sich die neogaullistische RPR entschlossen, mit dem Altgaullisten Jacques Chaban-Delmas einen Mann aus den eigenen Reihen aufzustellen.

Diese RPR-Kandidatur stellt eine Kampfansage an den Koalitionspartner UDF dar, die hoffte, dieses Amt mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing besetzen zu können. Während die Funktion des Vorsitzenden der Nationalversammlung bei klaren Mehrheitsverhältnissen und politischer Übereinstimmung zwischen der Mehrheitsfraktion und dem Staatschef vorwiegend den Charakter eines Ehrenamts hat, fällt dem Parlamentspräsidenten bei der aus den jüngsten Wahlen entstandenen „Cohabitation" und bei den äußerst knappen Mehrheitsverhältnissen eine stärkere Rolle zu. Der Vorsitzende der Nationalversammlung wird für die Dauer der normalerweise fünfjährigen Legislaturperiode gewählt. Die Wahl erfolgt in höchstens drei Durchgängen, beim letzten mit relativer Mehrheit.

Die französischen Parlamentswahlen waren am Sonntag mit einem zweiten Wahlgang in den Überseegebieten Wallis-et-Futuna und St-Pierre-et-Miquelon abgeschlossen worden. RPR und UDF verfügen mit der Unterstützung verschiedener rechter Abgeordneter – mit Ausnahme der rechtsradikalen Nationalen Front – in der Nationalversammlung über 291 der 577 Sitze. Das sind zwei Mandate mehr, als zur absoluten Mehrheit (289) nötig sind.

Das Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei (KPF) ist gestern zu einer zweitägigen Analyse der Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 16. März zusammengetreten. Die KPF war dabei unter die Zehn-Prozent-Marke abgefallen und hatte das schlechteste Wahlergebnis seit über einem halben Jahrhundert erzielt.

Es wird nicht erwartet, daß die „Reformer" in der KPF Gehör finden werden, die am Samstag in einer Zeitungsanzeige nach einem Sonderparteitag verlangt hatten, „um endlich die notwendige demokratische Debatte über die wirklichen Ursachen" des Stimmenschwunds der KPF herbeizuführen.

Mit strafferem Asylrecht wehrt sich Bern gegen „falsche Flüchtlinge"

Mehrheit sucht bessere Lebensbedingungen / Zulauf bei fremdenfeindlichen Parteien

ALFRED ZÄNKER, Bern

Rascher als die Bundesrepublik Deutschland wird nun die Schweiz den überbordenden Zustrom von Asylanten aus der Dritten Welt eindämmen. Eine entsprechende Änderung des Asylgesetzes ist jetzt vom Nationalrat, dem schweizerischen Parlament, angenommen worden und soll nach Beratungen im Ständerat im Herbst in Kraft treten. Seit einiger Zeit schon suchen die Behörden die Einreise „falscher Flüchtlinge" durch eine straffere Asylpraxis zu verhindern.

Das neue Asylrecht wird die Bundesregierung ermächtigen, notfalls auch in Friedenszeiten die Asylantenflut durch außerordentliche Maßnahmen zu stoppen. Die Berner Behörden können künftig schon auf der Grundlage der ersten kantonalen Überprüfung Asylanträge abweisen und auf eine zweite persönliche Anhörung verzichten. So soll das Verfahren beschleunigt werden.

Gegen Globalregelung

Außerdem werden Asylbewerber künftig nur an bestimmten Grenzübergängen in die Schweiz einreisen können, damit Schlepperorganisationen das Handwerk gelegt wird. Abgelehnt wurde der Vorschlag, alle vor dem 1. Januar 1983 eingereisten Flüchtlinge durch eine „Globalregelung" aufzunehmen. Etwa 9000 bis 12 000 Personen einschließlich Familienmitgliedern wären betroffen.

Das heißt nicht, daß die Schweiz die Tore schließt, betont die für Flüchtlingsfragen zuständige Bundesrätin Elisabeth Kopp. Echte Flüchtlinge, politisch Verfolgte, sind nach wie vor willkommen. Aber sie sind eine kleine Minderheit im heutigen Flüchtlingsstrom. Etwa 80 bis 90 Prozent kämen in die Schweiz, weil sie vor allem bessere Lebensbedingungen suchten, betont Frau Kopp. Bern steht unter wachsendem politischen Druck einer besorgten Bevölkerung. Schon haben Lokalwahlen in mehreren Städten „fremdenfeindlichen" Parteien erheblichen Stimmenzuwachs gebracht. In Genf, mit einem Ausländeranteil von über einem Drittel, wurden die „Vigilants", die schärfsten Gegner der „Überfremdung", im vergangenen Oktober zur stimmenmäßig größten Partei.

Zwar gibt es auch Gruppen, vor allem in linken und kirchlichen Kreisen, die sich auf Schweizer Asyltradition und Humanität berufen und zum Widerstand gegen eine härtere Flüchtlingspolitik auffordern. Aber die Mehrheit der Schweizer steht hinter dem neuen Kurs der Berner Politik.

Noch hat das Asylantenproblem in der Schweiz nicht die gleichen Ausmaße wie in der Bundesrepublik erreicht. Zu rund 32 000 anerkannten Flüchtlingen kamen Ende 1985 noch 21 000 Bewerber, die auf einen Entscheid warten. Zusammen weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Beunruhigend aber ist ihre rasche Zunahme um abermals 30 Prozent auf 9700 im vergangenen Jahr, darunter vor allem Türken, Tamilen und Afrikaner.

Auch ist zu berücksichtigen, daß nahezu 15 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung Ausländer sind, doppelt soviel wie in der Bundesrepublik, und daß die Gastarbeiterzahl hierzulande bei 20 Prozent aller Arbeitskräfte liegt. Damit ist offenbar die „Toleranzschwelle" erreicht.

Ausländerzahl abbauen

In der Praxis hat sich bereits eine viel restriktivere Politik durchgesetzt. 1985 wurden nur noch 14 Prozent der bearbeiteten Asylgesuche bewilligt. 1980 waren es noch 80, 1978 sogar 90 Prozent gewesen. In verschiedenen Fällen sind abgewiesene Flüchtlinge, die sich weigern, die Schweiz zu verlassen, auch schon zwangsweise in ihre Heimat (Zaire und Chile) zurückgeführt worden.

„In der Asylpolitik stehen Bundesrat und Parlament unter starkem Druck." Der Ruf nach „Taten" ist nicht zu überhören, meint die „Neue Zürcher Zeitung". Erst kürzlich hat die rechtsextreme „Nationale Aktion" in Winterthur eine neue Volksinitiative gegen die „Überfremdung" angekündigt. Ziel ist ein schrittweiser Abbau der Ausländerzahl auf nur 500 000, kaum mehr als der Hälfte des gegenwärtigen Bestandes.

Ankara will Kurdengebiet befrieden

Gewalttaten kommunistischer Separatisten nehmen zu / Aufwendige Grenzsicherung

E. ANTONAROS, Ankara

Die Plakate in türkischer Sprache sind in jedem Dorf, in jeder Kleinstadt, an jeder Straßenkreuzung Ostanatoliens zu sehen: „PKK-Mitglieder, nun müßt Ihr Euch entscheiden. Wenn Ihr mit Eurem Banditentum weitermacht, so habt Ihr keine Überlebenschance. Die türkischen Sicherheitskräfte werden Euch früher oder später erwischen. Wenn Ihr Euch aber ergebt und von den neuen gesetzlichen Regelungen Gebrauch macht, so werdet Ihr zumindest einen Teil Eures Lebens wie normale Menschen leben können."

Gerichtet ist dieser Aufruf an die Mitglieder der moskautreuen „Kommunistischen Partei Kurdistans" (PKK), auf deren Konto ein Großteil der Terroranschläge seit Beginn des Kurdenaufstandes im August 1984 geht.

Hunderte von Festnahmen

Mindestens 50 führende Parteimitglieder, unter ihnen auch der PKK-Chef der Provinz Elazig, haben sich in den vergangenen Monaten tatsächlich gestellt und sind straffrei davongekommen. Dank ihrer Aussagen wurden ein paar hundert PKK-Terroristen festgenommen.

Dennoch ist diese separatistische Organisation lange noch nicht zerschlagen: Der Schnee in Südostanatoliens unwegsamen Provinzen ist noch nicht getaut, aber die kurdischen Aufständischen haben bereits ihre ersten spektakulären Anschläge verübt: In der Provinz Adiyaman, unweit der Grenze zu Syrien, wurden vier Soldaten bei einem Überfall ermordet. Einige Tage später brachten PKK-Angehörige in der Provinz Siirt am Länderdreieck Türkei–Syrien–Irak drei Bauern um.

Jetzt schon zeichnet sich ein heißer Sommer ab. Daher will Ankara die Provinzen in Ostanatolien, wo schätzungsweise sechs bis acht Millionen Kurden leben, so schnell wie möglich befrieden: Seit einigen Monaten ist eine gigantische Grenzsicherungsoperation im Gange. Ein Drahtzaun soll von Iskenderun an der Mittelmeerküste bis zum Kars-Gebiet entlang der Grenze zur Sowjetunion gezogen werden. Bis zu 50 Kilometer breite Landstreifen sollen evakuiert und vermint werden. Entlang der Wüstengrenze zu Syrien (Länge: 877 Kilometer) haben die Türken Wachtürme aufgestellt. Etwa 50 000 Gendarmen und 10 000 wehrpflichtige Soldaten sind in den Kurdengebieten stationiert. Wichtige Teile des Grenzgebietes werden in der Nacht mit gewaltigen Scheinwerfern ausgeleuchtet.

Doch ausgerechnet dort, wo die Guerrillas am aktivsten sind, ist ein wirksamer Schutz so gut wie unmöglich: Das Gebiet unmittelbar hinter der 331 Kilometer langen Grenze zu Irak ist so gebirgig, daß eine Sicherung nicht in Frage kommt. Daher wollen die Türken dort ein knappes Dutzend Dörfer evakuieren, weil sie den Verdacht haben, daß die Bevölkerung mit den Guerrillas zusammenarbeitet.

Guerrilla-Training in Syrien

Gerade dieses durchlässige Gebiet benutzen die Terroristen der PKK und der armenischen Asala, um aus Syrien, wo sie ausgebildet werden, in die Türkei zu gelangen. Den klarsten Beweis, daß die Aufständischen von Syrien und der Sowjetunion unterstützt werden, erhielten die Türken vor einigen Wochen, als sie im Grenzgebiet eine Maultierkarawane mit insgesamt drei Tonnen Sprengstoff abfingen. Außerdem beschlagnahmten sie als Füllfederhalter und Kinderspielzeug getarnte Bomben sowie Zünder und Waffen – alles aus sowjetischer Herstellung.

Westliche Beobachter in Ankara vertreten die Ansicht, daß trotz des enormen militärischen Engagements der Türken im Südosten eine Befriedung dieses Gebiets nicht möglich ist, solange die Separatisten die volle Rückendeckung Syriens genießen.

(SAD)

Der HYPO-Beitrag zur Rentensicherheit: Wir investieren in junge Ideen!



Das Geld, das morgen die Renten sichert, kommt nicht allein durch Sparen zusammen.

Wir glauben an die Investition ins intelligente Kapital der Bundesrepublik.

Denn wenn aus intelligenten Ideen Unternehmen werden können, wird dieses Kapital zu Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen. Und von diesen Arbeitsplätzen fließt es bar in den Rententopf.

Deshalb finanzieren wir junge, unternehmerische Ideen.

Und diskutieren dabei nicht nur die üblichen Sicherheiten, sondern vertrauen auch der Qualität einer Idee.

Das beteiligt uns gewissermaßen am Risiko.

Aber das gemeinsame Interesse verlangt eben auch gemeinsame Anstrengungen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Horst Rachinger
HYPO-BANK

40 Jahre nach jenem unvergeßlichen Massenmord ist die Zeit reif für „eine Blickwende nach vorn". Diese Meinung vertritt der Frankfurter Schriftsteller und jüdische Theologe Pinchas Lapide in einem Interview mit der WELT. Kein Jude wolle und könne jemals das alles vergessen, was im Holocaust geschah. Erinnern bedeute aber nicht, „dauernd mit erhobenem Zeigefinger mahnen, rügen und bemäkeln". Man habe versäumt, auch die vielen tapferen Menschen, die Hitler widerstanden, als Vorbilder stärker herauszustellen. Lapide zur WELT: „Als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaß zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihren Hals riskierten, um einen, zwei oder mehr Juden zu retten. Wir waren Zeugen eines unglaublichen Nebeneinanders von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte. Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und allen Zeiten will, Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft." Mit Pinchas Lapide sprach Jens-Martin Lüddeke.

„Erinnern bedeutet nicht dauernd mahnen und bemäkeln"

WELT: Herr Professor Lapide, warum meinen Sie, daß die Frage der deutsch-jüdischen Beziehungen gerade jetzt so an Aktualität gewonnen hat?

Lapide: Der Hauptgrund liegt in den Gedenktagen zur Befreiung der KZs vor 40 Jahren, die vieles wieder hochbrachten und den Holocaust erneut in den Mittelpunkt des Denkens und des Fühlens gesetzt haben. Steigende *Sensibilität* auf beiden Seiten war die Folge. Bei den überlebenden Juden, deren Gedächtnis mit zunehmendem Alter empfindsamer und verletzbarer wird, und bei den deutschen Nachgeborenen, sprich allen bis 50jährigen, das heißt über 80 Prozent der heutigen Bevölkerung der Bundesrepublik, zeigt sich eine steigende Sensibilität gegen erhobene Zeigefinger, die Schuld oder Teilschuld an NS-Verbrechen anzudeuten scheinen. Beide Sensibilitäten schaukeln einander hoch mit steigender, *völlig* unnötiger Spannung. David Ben Gurion sagte *schon einmal, 1961: Ja, es gibt ein* neues Deutschland, mit dem Israel kulturelle, menschliche und diplomatische Beziehungen fördern sollte. Das geschah auch anno 1965. In den 20 Jahren seit damals wächst die Breite menschlicher Kontakte zwischen den beiden Ländern von Jahr zu Jahr.

WELT: Glauben Sie denn in diesem Zusammenhang, daß auf deutscher Seite die Sensibilität gegenüber jüdischen Empfindlichkeiten nachgelassen hat?

Lapide: Es gibt zwei Arten, diese Welt zu konfrontieren. *Die einen zählen* traurig die vielen Löcher im Emmentaler und beklagen den Käseverlust, die anderen freuen sich am Käse zwischen den Löchern und genießen das Gute am Vorhandenen. Da ich zu den Käsegenießern gehöre, muß ich mit klarem Nein antworten, um so mehr, als jedwede Pauschalisierung hier unmöglich ist. Es gibt drei Phänomene im christlich-jüdischen Bereich in diesem *Lande:*

1. Antisemitismus uralter oder *neuer Prägung*, wobei es sich meistens um Randgruppen, Einzelgänger, Randalierer oder götzendienerische Personenkultler handelt, denen diese Demokratie „zu bunt" ist und die den starken Mann herbeiwünschen, der sie von der Last des eigenen Denkens befreit.

> „Es gibt zwei Arten, diese Welt zu konfrontieren. Die einen zählen traurig die vielen Löcher im Emmentaler und beklagen den Käseverlust, die anderen freuen sich am Käse *zwischen den* Löchern und genießen das Gute am Vorhandenen"

2. Philosemitismus, teilweise aus Schuldgefühlen, aus christologischem *Zionismus* oder aus Überschwang. So wie die Antisemiten die Juden verteufeln, so himmeln die Philosemiten sie an, beide sind Extrempositionen, *die an der Realität* vorbeisehen. Juden sind weder Jesus noch Judas, sondern einfache, fehlbare Menschen und wollen als solche geachtet werden.

3. Aber nicht zuletzt gibt es das Novum der jungen, unbefangenen Wißbegierde. Was ist das, ein Jude? Wie konnte so ein kleines Volk die längste Kette von Verfolgungen der Weltgeschichte überleben, um heute *neu eine nationale Renaissance* anzubahnen? Wie kam es dazu, daß diese *winzige Religion* zwei der größten Religionen der Erde, Christentum und Islam, *entscheidend* geprägt und viele andere Ideologien mitgestaltet hat?

In meiner Erfahrung überwiegt das dritte Phänomen, was mich *mit Optimismus* füllt.

WELT: Sie sprachen einmal von der Gnade des Neubesinnens. Ist diese Chance schon vertan?

Lapide: Keineswegs, sie beginnt erst heute, im 41. Jahr nach jener langen *Gottesfinsternis*, wie Martin Buber sie nannte. 40 Jahre sind im biblischen Denken eine *in sich* geschlossene Epoche, ein Zeitabschnitt, der zu einer Neubesinnung *aufruft*. 40 Jahre der Wüstenwanderung, 40 Jahre der Herrschaft Davids, 40 Jahre herrschten die Philister über Israel und so weiter. 40 Jahre nach jenem unvergeßlichen *Massenmord* ist die Zeit reif für eine Blickwende nach vorn. Kein Jude kann noch will er vergessen, was im Holocaust geschah, denn wir sind ja das Volk des Gedächtnisses, das seine Geschichte im Festkalender alljährlich vergegenwärtigt und verewigt. *Erinnern* aber heißt nicht dauernd mit erhobenem Zeigefinger mahnen, rügen und bemäkeln, sondern erinnern im Sinne einer Verinnerlichung von prägenden Erfahrungen und Erlebnissen, die Teil des innersten Volksbewußtseins werden, wie zum Beispiel das Exodus-Erlebnis als der Auszug aus der *Knechtschaft in die Freiheit, Purim* als die Errettung aus Not und Tod *und viele andere Feste.* Wir Juden haben die längste Kette von *Unmenschlichkeiten* überlebt, weil wir aus dem Leid niemals den Haß, sondern eher das Mitleid erlernt haben. In Ägypten geschah der erste Versuch eines Völkermordes, als Pharao alle Knaben *im Nil ertränken wollte*, und dennoch heißt es im 5. Buche *Moses: „Du sollst den Ägypter nicht* verabscheuen, denn ein Gast warst du in seinem Land!" Babylon zerstörte ganz Jerusalem und ermordete die Blüte seiner Jugend, dennoch schrieb Jeremia den Verbannten in Babylon: Betet für den Frieden der Stadt, auf daß ihr in ihr erbaut werdet, und die Verbannten beteten in der Tat für die Stadt ihrer Feinde.

WELT: Herr Lapide, welche privaten und individuellen Wege sollte man neben den institutionellen zur Vertiefung des deutsch-jüdischen Verständnisses einschlagen?

Lapide: Zum Beispiel die kleine Stadt Viernheim, *die einen* Schülerwettbewerb alljährlich organisiert, wo die Oberstufe über die Geschichte und die Schicksale der Juden in ihrer Stadt berichten, Aufsätze schreiben, drei Preise bekommen, und während Wochen die ganze Stadt vom Thema „Juden in Viernheim" spricht. *Zum Beispiel die Mitglieder* des Bundestages *sollten nicht* nur brillante Reden in Bonn halten, sondern auch in ihren Wahlkreisen Aufklärungsarbeit leisten, wobei Juden nicht nur als Opfer geschildert werden, sondern als Leuchten der deutschen Wissenschaft, der Technik, der Forschung und der Künste. Ja, es gibt kein Gebiet deutschen Strebens und Wissens, das nicht in den *letzten hundert* Jahren durch deutsche Juden befruchtet und bereichert worden ist. Das wären zwei von vielen Wegen, um endlich dem Antisemitismus konstruktiv entgegenzutreten.



Der in Frankfurt lebende Schriftsteller und jüdische Theologe Pinchas Lapide (64), der zunächst an der Hebräischen *Universität in Jerusalem* Frühchristentum, Vergleichende Religionswissenschaft und Geschichte des Mittelalters *studierte, wurde in Köln im Fach Judaistik* promoviert. Der ehemalige Offizier der jüdischen Brigade in der britischen Armee war Gastprofessor in Göttingen, Tübingen und Bern. Seit Jahrzehnten steht der ehemalige KZ-Häftling, der in Auschwitz sieben Verwandte verlor, im christlich-jüdischen Dialog und ist Autor zahlreicher Bücher, die sich insbesondere mit der jüdischen Auslegung der Evangelien befassen. FOTO FRANK RUMPENHORST

WELT: Sind Sie der Überzeugung, daß es noch *einmal eine* ähnlich fruchtbare deutsch-jüdische Symbiose *geben* kann wie vor dem „Tausendjährigen Reich"?

Lapide: Als *im* Jahre 1348/49 beim sogenannten „Judenbrand" zur Zeit der *Pest Dutzende von jüdischen* Gemeinden ausgerottet wurden und die Überlebenden nach Polen *auswanderten*, war jeder überzeugt, daß kein Jude je hierhin zurückkommen werde. Das Gegenteil ist wahr. Die Blütezeit deutsch-jüdischer Beziehungen begann erst Jahrhunderte danach. Ich bin der Überzeugung, daß es einige Generationen dauern wird, bis dieses kleine, armselige Judentum hier sich erholen kann und zur geistigen Blüte kommen wird. Ich würde eine geistige fruchtbare Symbiose Deutscher und Juden in der Zukunft keineswegs ausschließen.

WELT: Herr Lapide, noch einmal *zur Jugend*. Die junge deutsche Generation, so sagten Sie kürzlich in einem *Fernseh-Interview*, sei durch die Medien mit Leichenhaufen, Gaskammern und *Greuelszenen* überhäuft. Man habe versäumt, auch die *vielen tapferen* Menschen, die Hitler widerstanden, als Vorbilder größer herauszustellen. Führte das zu Trotzreaktionen, zu Verdrängungen, macht auch das die Versöhnung so schwer?

Lapide: Rabbiner *Kook hat uns* in Jerusalem gelehrt, es sei besser, eine einzige Kerze anzuzünden als die Finsternis zu verfluchen. Wir haben in Deutschland 40 Jahre lang die *Finsternis verflucht*, die Leichenhaufen, die Massengräber und die Unmenschlichkeiten; *die kleinen Kerzen* sind aber dabei zu kurz gekommen, obwohl die Greuelszenen leider Gottes alle wahr waren. Es ist an der Zeit, auch die Kerzen hier wieder anzuzünden. Denn als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaß zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten. Wir waren Zeugen eines unglaublichen Nebeneinanders von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte. Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und allen Zeiten will: Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft. Von den vielen selbstlosen Helden, die verstreut uns gerettet haben, könnte eine neue deutsche Tradition geboren werden, die die Menschenwerte „über alles auf der Welt" stellt.

WELT: Meinen Sie, daß viele mit Bewältigung *der* Vergangenheit auch Beseitigung der Vergangenheit *meinen?*

Lapide: Manche mögen sie als „Entsorgung" des *dunkelsten Kapitels in* der deutschen Geschichte erachten. Viele andere, die meiner Generation angehören, wissen, daß Schuldgefühle, Scham und Trauer, sofern sie reflektiert werden, die seelischen Bausteine zum Wachstum jeder mündigen Individualität und jeder nationalen Kultur werden können.

WELT: *Antisemitismus ist keine* spezifisch deutsche Angelegenheit, wohl aber der Holocaust. *Kann* man Schuld vererben?

Lapide: Dreimal heißt es in der hebräischen Bibel: Der Sohn trägt nicht die Schuld des Vaters noch der Vater die Schuld des Sohnes, sondern jeder leidet für seine Sünde. Juden waren die Opfer der längsten, ungerechtesten Kollektivbeschuldigung der Weltgeschichte – *wir hätten alle Christus ermordet* –, auch die Nachgeborenen bis zum heutigen Tag. Daher wissen wir, daß Kollektivschuld sowie Sippenhaft faschistischer Denkart entstammen. Alle Deutschen unterschiedslos zu verurteilen wäre im Grunde ein *nachträglicher* Sieg für Hitler, denn solch ein pauschaler Antigermanismus wäre kein Rechtsspruch, sondern eine bibelwidrige Barbarei. Anders sieht es um die Verantwortung aus, aus der niemand aussteigen kann. Genau wie die Bundesrepublik mit dem Bau von Mauer und DDR-Grenzwall leben muß, die auch Folgen der Hitler-Zeit sind.

> „Mitglieder des Bundestages sollten nicht nur brillante Reden in Bonn halten, sondern auch in ihren Wahlkreisen Aufklärungsarbeit leisten, wobei Juden nicht nur *als Opfer* geschildert werden, sondern als Leuchten der deutschen Wissenschaft, der Technik, der Forschung und der Künste"

WELT: Schuld ist also etwas ganz Persönliches. Kann man dann offiziell versöhnen, kann man offiziell ausgesöhnt werden?

Lapide: Nein, so wie Schuld persönlich ist, muß ebenso auch die Aussöhnung auf menschlicher Ebene persönlich geschehen. Offizielle Institutionen mögen sie fördern, dazu anregen, Kontakte ermöglichen, aber echte Aussöhnung bleibt zwischenmenschlich, kann nur von Angesicht zu Angesicht bewerkstelligt werden.

WELT: Ihr amerikanischer Kollege Eli Wiesel *meinte zu diesem Thema* einmal, er glaube nicht an die Kollektivschuld, *deshalb könne* er auch nicht an die Kollektivunschuld *glauben. Ist das Sophistik?*

Lapide: Ich glaube nein. Er meinte jetzt höchstwahrscheinlich, daß Schuld eine sehr relative, nuancierte Sache ist. Es gibt Unterlassungssünden, eine Schuld des Wegschauens, des Mitlaufens, des Schweigens, wo reden am Platze gewesen wäre, des Nicht-wissen-Wollens, eine Art von Vogel-Strauß-Moralität. Für die meisten dieser Leute gilt wohl das Buber-Wort, 1953 in Frankfurt bei der Friedenspreisverleihung gesprochen: *Mein der menschlichen* Schwächen kundiges Herz bringt es nicht über *sich, jene zu verdammen, die zur Zeit* jener Gottesfinsternis nicht vermochten, Märtyrer zu werden.

WELT: Sind die Juden im Nachkriegsdeutschland zu spät energisch aufgetreten, so zum Beispiel wie in Frankfurt?

Lapide: Ich glaube nicht, denn die Juden in Frankfurt waren *keineswegs alleine*, viele, viele Christen sind mitgegangen, sowohl in der Reformationstagsfeier *im hiesigen Dom*, wo die beiden Kirchen eindrücklich für die Juden aufgetreten *sind*, als *auch* im Schweigemarsch danach und in der Demonstration vor dem Theater und im Theater.

WELT: Diffamierende Äußerungen einiger Politiker sind schlimm, wenn sie wohl auch nicht für die *Mehrheit* stehen. *Beunruhigender* scheint aber die Gleichgültigkeit zu sein, mit der gerade diese Mehrheit diese Auseinandersetzung an sich vorüberziehen läßt, trotz der Debatte im Bundestag. In der NS-Zeit hat ja Gleichgültigkeit die Menschen *zu Komplizen gemacht*.

Lapide: Mein Eindruck ist, daß man von keiner Gleichgültigkeit der Mehrheit sprechen kann, sondern eher von einem wachsenden Interesse an Themen des Judentums, jüdisch-christlicher Beziehungen, biblischer rabbinischer Einsichten zu aktuellen Fragen wie Umwelt, Feminismus, Abrüstung, Genetik und so weiter. Betreffs der Einzelaussagen, so rücksichtslos diese auch waren, würde ich davor warnen, die Profilierungssucht jedes Jungpolitikers oder Lokalnotablen zu unterstützen, indem man ihnen als Neonazis oder Antisemiten zu einer unverdienten Berühmtheit verhilft. Nüchternes Abbauschen sollte hier das Leitwort sein, nicht emotionell aufbauschen.

WELT: In der Fernsehserie „Shoah" fällt das Zitat, in der frühchristlichen Zeit habe es geheißen, ihr dürft als Juden nicht unter uns leben, im Mittelalter, ihr dürft nicht unter uns leben, im „Dritten Reich", ihr dürft nicht leben. Wo *stehen die Juden in Deutschland* 1986?

Lapide: *Es begann mit der Erfindung* der blasphemischen Vokabel „Gottesmord" anno 165 durch Bischof Melito von Sardes und seiner Losung, die in drei Worten bald die Einstellung des christlichen Europas für über tausend Jahre geprägt hat: Gott haßt Euch! Wobei es bald zur frommen Christenpflicht wurde, mitzuhassen und sich als Strafvollzieher Gottes aufzuspielen. Wer eines solch *ruchlosen Verbrechens* wie der Tötung Gottes fähig war, so schlossen *die Massen Europas, für den waren* Dinge wie Pestverbreitung, Hostienschändung und Brunnenvergiftung ein reines Kinderspiel. Erst nach der Gottesfinsternis, wie Buber den Holocaust nannte, das Golgatha unserer Zeit, wie der Papst es auf den Knien in Auschwitz genannt hat, begann ein kirchliches Umdenken. Vor allem gilt es *heute in fast allen* Kirchen, daß Judenhaß unchristlich ist, da Jesus ein Jude war und sein Volk bis zum letzten Atemzug liebte, daß alle prophetischen Verheißungen, die an Israel ergingen, unwiderruflich sind, daß die Juden Gottes Volk sind, daß *Gott zu seinen Verheißungen steht* und daß jede Kollektivschuld der Juden am Tode Christi weder theologisch noch historisch tragbar ist. Dies sind verheißungsvolle Anfänge eines Umdenkens, das lange noch nicht zu Ende ist.

> „Ich würde davor warnen, die Profilierungssucht jedes Jungpolitikers oder Lokalnotablen zu unterstützen, indem man ihnen als Neonazis oder Antisemiten zu einer unverdienten Berühmtheit verhilft."

WELT: Schriftsteller wie Lea Fleischmann („Dies ist nicht mein Land") oder Henryk Broder („Dankeschön, bis hierher und nicht weiter") haben Deutschland enttäuscht verlassen. Wie sie denken manche jungen Juden. Ist das typisch für die Haltung der jüdischen Jugend in Deutschland?

Lapide: Ich respektiere Lea Fleischmann und Herrn Broder. Sie taten, was sie schrieben, verließen Deutschland und gingen nach Israel. Sie scheinen mir aber keineswegs typisch für die zweite Generation der hier geborenen Juden, deren Muttersprache Deutsch ist, die deutsche Bürger sind, ihre Jugend in der Bundesrepublik verbracht haben und von denen heute viele hier als Richter, *Stadträte, Polizisten, Professoren*, Journalisten und so weiter fungieren. *Mehr noch, sie vertreten Deutschland* in internationalen Gremien, wie zum Beispiel der Makkabia, den jüdischen Olympischen Spielen, wo sie in *Tel Aviv* als „das deutsche Team" auftreten, in der weltweiten zionistischen Organisation, im Jüdischen Weltkongreß. Kurzum, wenn man heute in 56 Synagogen in diesem Lande betet, wenn es eine Hochschule des Judentums in Heidelberg gibt, die Judaisten ausbildet, *wenn ein jüdisches Museum* unlängst hier in Frankfurt eröffnet wurde, darf man wohl sagen, die neue jüdische Zukunft hat bereits begonnen. So manche meiner Glaubensgenossen, nicht alle, werden sich langsam der Tatsache bewußt, daß diese Bundesrepublik, mit all ihren Fehlern und Makeln, der freieste, demokratischste und selbstkritischste Staat ist, der je auf deutschem Boden existiert hat. Keine negative Randerscheinung sollte diesen grundsätzlichen Tatbestand verwischen oder in Vergessenheit geraten lassen.

WELT: In der Bundesrepublik Deutschland leben knapp 28 000 Juden. Man kann also fast von einem Antisemitismus ohne Juden sprechen. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Lapide: Der Antisemitismus in aller Welt ist *das Gerücht über die* Juden. Es ist wie alle Gerüchte ein Kind des Neides, aber vor allem des Unwissens. Es stellt eine klassische Form der Flucht vor politisch realem Denken dar, Flucht in die kindische Märchenwelt aller *Schwarz-Weiß-Malerei*, die nur Schurken und Helden, Engel und Teufel, Juden und Arier kennen will, weil ihre Phantasie nicht einmal bis Grau ausreicht. Solange aber die Massenmedien weiterhin „Auge um Auge, Zahn um Zahn" als „die jüdische Vergeltungsmoral" anprangern, die Pharisäer zum Inbegriff der Heuchelei mißbrauchen, Jesus als „den Erfinder" der Nächstenliebe preisen *und* den „christlichen Gott der Liebe" dem „jüdischen Rachegott" entgegenstellen, so lange wird die uralte Judenfeindschaft weiterschwelen, *auch ohne* konkrete Juden, da ja die abstrakten Judenkarikaturen ihre eigene *Dynamik* entwickeln.

WELT: Die Juden fordern von der *Umwelt Toleranz. Ist es da nicht* ein Paradoxon, wenn sich ein Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland gegen Mischehen ausspricht?

Lapide: Ich muß zunächst betonen, daß ich gegen den Begriff der Toleranz bin, aus drei triftigen Gründen. Weil Toleranz in unseren Tagen anrüchig geworden ist als etwas Elitäres und Überhebliches; weil die historische Erfahrung uns gelehrt hat, daß Toleranz zu Notzeiten von Mehrheiten *als Luxus empfunden wird*, sobald sich die Tolerierten erfrechen, sich wie Gleichberechtigte zu benehmen; weil ich als Jude allzu lange „toleriert" worden bin, mit all der Arroganz und den Demütigungen, die hinter diesem Deckmantel stecken. *Ich bin es satt, immer wieder mein* Gutsein und meine Tugenden beweisen zu müssen, nur um nicht als schlechter zu gelten als die anderen. Dulden heißt beleidigen. Also nicht Toleranz wäre mein Ziel für deutsche Juden, sondern Akzeptanz, die volle Ebenbürtigkeit mit einschließt. Mischehe ist eine Vokabel, die mich an Hitlers Wortschatz erinnert, ich würde lieber von religionsverschiedenen Ehen sprechen. Über zwei Drittel aller jungen Juden leben heute in der Bundesrepublik in solch einer religionsverschiedenen Ehe. Das Hauptmotiv jedoch des Widerstandes gegen solche Ehen ist keineswegs rassischer – so etwas gibt es gar nicht im Judentum –, sondern religiöser Natur. Und die Angst vor weiterem Substanzverlust, eine Angst, die nach dem Holocaust um so berechtigter geworden ist. Wenn bis heute katholisch-protestantische Ehen keine Kommunion gemeinsam feiern können, sollte es *auch Verständnis geben für religiöse* Restriktionen von jüdischer Seite.

WELT: Antisemitismus kommt ja in allerhand Masken daher. Bei den Linken als Antizionismus oder zum Beispiel als vorgebliche kulturelle Notwendigkeit, siehe Faßbinder-Skandal in Frankfurt. Kommt Antisemitismus von links oder von rechts?

Lapide: Sowohl als auch. Anno 1921 schrieb der deutsche jüdische Schriftsteller Jakob Wassermann über die denkfaule Minderheit: „Es ist vergeblich, das Volk der Dichter *und Denker im Namen seiner Dichter* und Denker zu beschwören. Es ist vergeblich, die rechte Backe hinzuhalten, wenn die linke geschlagen wird, es rührt sie nicht, sie schlagen auch die rechte. Es ist vergeblich, in das tobsüchtige Geschrei Worte der Vernunft zu werfen. Sie sagen, was, er wagt es aufzumucken. Es ist vergeblich, die Verborgenheit zu suchen, sie sagen, der Feigling verkriecht sich. Es ist vergeblich, unter sie zu gehen, sie sagen, was nimmt er sich heraus mit seiner jüdischen Aufdringlichkeit! Es ist vergeblich, ihnen die Treue zu halten, für sie zu leben und für sie zu sterben, sie sagen, er ist halt ein Jude." *Das gilt heute nur für die Unbelehrbaren und die ewig Gestrigen.*

> „Der Antisemitismus in aller Welt ist das Gerücht über die Juden. Es ist wie alle Gerüchte ein Kind des Neides, aber vor allem der Unwissenheit."

WELT: Die katholische Kirche ist seit dem Zweiten Vatikanum dabei, ihr Verhältnis zum Judentum neu zu bestimmen. Insbesondere die Karfreitagsliturgie wurde von einigen Passagen gereinigt, die einer Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen im Wege standen. Reicht das Ihrer Meinung nach aus für einen Neubeginn?

Lapide: Nein, aber ich muß hinzufügen, *daß es seit 1965* viele Schritte der katholischen Kirche und der Deutschen *Bischofskonferenz* gab, *um* schrittweise das kranke Verhältnis *zwischen Juden und Christen zu gesunden*. Das Pech will es aber, daß *die meisten dieser wohlgemeinten Erklärungen* – von Schleswig-Holstein bis Bayern – fast nie den Dorfpfarrer und den Religionslehrer erreichen. Nicht nur im Hinterland, in so mancher theologischen Fakultät, keineswegs in allen, wird hierzulande prinzipiell kein jüdischer Kommentar zur Schriftauslegung benützt, die hebräische Bibel wird studiert, ohne nach dem jüdischen Selbstverständnis zu fragen, die „Verwerfung Israels" wird ohne Berücksichtigung der historischen Umstände dieser Aussage fraglos übernommen, jedoch gleichzeitig wird „Tochter Zion, freue dich" als christliches Kirchenlied gesungen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, daß dieses Prophetenwort auf hebräisch von Juden für Juden gesprochen wurde und daß Zion ein Berg mitten in der Hauptstadt Israels ist.

WELT: Herr *Lapide, wie sehen Sie* sich im christlich-jüdischen Dialog *in Deutschland*, als *Mahner* oder als Brückenbauer?

Lapide: Eher als Brückenbauer, der eine Brücke des Verständnisses zwischen dem christlichen und dem jüdischen Ufer, zwischen dem deutschen und dem jüdischen Ufer mitbauen will. Das Pech ist, daß jeder Brückenbauer, wie die Architekten wissen, *mit einem Grundpfeiler* in der *Mitte* des Flusses beginnen muß, die gefährdetste Stelle, und so wird er von beiden Ufern angeschossen. Doch das gehört zum Brückenbau dazu. Eines ist sicher, nach dem Holocaust bedarf es nicht nur des Pontifex Maximus, wie der Papst heißt, des obersten Brückenbauers, sondern vieler kleiner Brückenbauer, die bei dieser Brücke der Verständigung mithelfen. Darin sehe ich meine Aufgabe.

Wilder Wein kühlt die heißen Wände

Die Begrünung von Fassaden wirkt als billige „Klimaanlage" in dichtbesiedelten Städten

Von H. de la CHEVALLERIE

In unseren Städten wächst der Anteil von Beton und Asphalt immer mehr. Klimatisch bewirkt dies eine Aufheizung der Stadt. Über Straßen und an Fassaden sind im Sommer schon Lufttemperaturen bis zu 70° C gemessen worden. Überhitzung und Staubanreicherung führen zu Dunstglocken über der Stadt. Schon heute beträgt die Klimadifferenz zwischen der freien Landschaft und dem Zentrum einer Großstadt bis zu sieben Grad Celsius.

Die zunehmende Dichte der Städte hat negative ökologische Konsequenzen. Die klimaausgleichenden Vegetationsflächen werden immer kleiner, es kommt zu gravierenden Beeinträchtigungen durch Staub und Lärm. Erkrankungen der Atemwege, Allergien und Migränen nehmen zu.

Pflanzen reduzieren die „Backofenhitze"

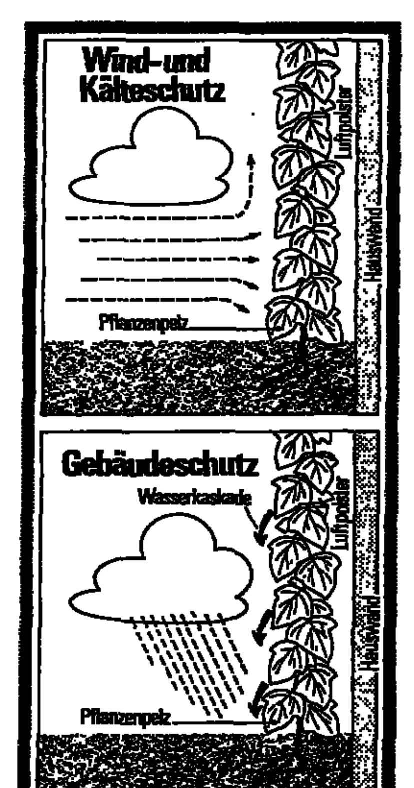
Eine Reduzierung der „Backofenhitze" einer Stadt ist allein mit Grün möglich. Pflanzen senken Temperaturen durch Schattenwurf und Verdunstungskälte um mehrere Grad, machen trockene Luft feuchter, verhindert das Aufheizen von Straßen und Gebäudeflächen, filtern Staub und Kohlendioxid und spenden Sauerstoff. Freiflächen, die man noch begrünen könnte, sind in den Städten knapp. Eine enorme Flächenreserve sind jedoch Häuserfassaden. Würde man systematisch alle freien Wände einer Stadt begrünen, entstünden viele Hektar biologisch wirksamer Grünflächen, ohne daß sich eine Stadt erweitern müßte.

Grüne Fassaden wirken nicht nur bioklimatisch, sie sind auch für das *einzelne Haus eine billige Klimaanlage*. Fassadengrün schützt den Wohnraum vor übermäßiger Hitze im Sommer und vor Wärmeverlust im Winter. Energiegewinne und Energieverluste sind also nicht nur von der Wahl der Baustoffe, sondern in einem ganz erheblichen Maß auch von der Begrünung größerer Bauteile abhängig.

Dichter Wandbewuchs hält selbst starken Schlagregen ab. Damit wird die Verwitterung der Fassade erheblich reduziert. Unterhaltungskosten wie Putzreparaturen und Anstriche werden erheblich gesenkt, weil die grüne Schutzhaut die thermischen Spannungen in den Bauteilen gewaltig verringert, was sich materialschonend auswirkt. Messungen haben ergeben, daß sich unbegrünte Fassaden bis zu 30° C mehr erhitzen als begrünte Wände.

Es ist erstaunlich, daß – trotz der vielen Vorteile – im Städtebau so wenig Gebrauch von grünen Fassaden gemacht wird. Weit verbreitet ist die irrige Annahme, daß Rankpflanzen Fassaden beschädigen. Auch die Vermutung, daß durch Pflanzen am Fundament oder an der Hauswand Feuchtigkeit ins Haus gelänge, ist falsch. Luft- und Haftwurzeln von Kletterpflanzen entziehen der Luft und auch den Oberflächen der Bauteile Wasser. *Und die Flüssigkeitsaufnahme* des Wurzelsystems der Rankpflanzen im Boden, in der Nähe der Fundamente, entzieht gerade diesem, für das Haus kritischen Bereich Wasser. Dies führt dazu, daß die Grundmauern trocken bleiben.

Auch der Wärmehaushalt der Bauteile wird positiv beeinflußt, denn Wärmeverluste bei trockenen Bauteilen sind viel geringer als bei nassen. Der eigentliche Wärmeverlust ergibt sich durch die unbewegte Luftschicht zwischen Gebäude und Pflanzenwand, die wie eine Thermohülle wirkt.



Die Senkung der Oberflächentemperatur von durch Pflanzen beschattete Bauteile führt zu einer Herabsetzung der äußeren Kühllast und Verringerung der Thermik. Pflanzen heizen sich nicht wie technische Sonnenschutzsysteme auf. Hinzu kommt die Transpiration der Pflanze, die der Luftschicht zwischen der Fassade und dem Blattwerk zusätzlich Wärme entzieht, was zu einer deutlichen Absenkung der Lufttemperatur im *unmittelbaren Gebäudebereich führt.*

Die Auswahl der Kletterpflanzen ist groß. Es gibt sommergrüne und wintergrüne Arten, es gibt solche, die selbst ranken und andere, die einer Rankhilfe bedürfen. Ehe man teure Lüftungs- und Klimaanlagen einbaut, sollte man überlegen, ob nicht Pflanzen besser und billiger sind. Bei der Beurteilung der Wirksamkeit einzelner Pflanzenarten ist vor allem ausschlaggebend, wie viele Strahlungsanteile reflektiert bzw. durchgelassen werden. Eine dichte Efeuwand mit ihren glänzenden, glatten Blättern reflektiert mehr Energie, als eine dünn belaubte Clematis-Rankwand.

An Südseiten von Häusern werden Pflanzen vor allem wegen ihrer Kühl- und Sonnenschutzwirkung eingesetzt. An Nordseiten dagegen, wo es kaum Strahlungseinfall gibt, ist mehr auf den Wärmeschutz zu achten. Hier empfehlen sich immergrüne Arten.

Für jeden Bedarf gibt es ein passendes Gewächs

Statt einer Monokultur kann man auch Mischkulturen anlegen, die ökologisch stabiler sind, z. B. eine Efeuwand, ergänzt durch Kletterhortensien oder – in Sonnenlagen – Rankrosen.

Am bewährtesten ist sicher der wilde Wein. Diese Gattung umfaßt hochwachsende, sommergrüne Schlinggehölze, von denen einige Arten auch ausgezeichnet klettern (10 bis 15 m hoch). Ebenso robust ist der Efeu, Hedera helix. Diese immergrüne Pflanze wächst zwar langsamer, dafür aber höher (20 bis 30 m).

Begrünte Fassaden sind auch Lebensraum und Nahrungsspeicher zahlreicher, meist kleiner Tierarten. Neben vielen Vögeln finden sich Bienen, Käfer und Schmetterlinge ein. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag für die bedrohte Natur in der Stadt geleistet.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zunahmerate abgeflacht

New York (dpa) – In New York ist in den letzten sechs Monaten die Zunahmerate der Immunschwächekrankheit Aids abgeflacht. Nach Angaben der Gesundheitsbehörden blieb die Zahl der Neuerkrankungen im letzten halben Jahr bei durchschnittlich 190 im Monat. Die Zeit, innerhalb derer sich die Zahl der Aids-Kranken verdoppelt, hat sich von zwölf auf schätzungsweise 20 Monate erhöht. Eine ähnliche Entwicklung war zuvor bereits in San Francisco beobachtet worden, der Stadt mit der zweithöchsten Krankenzahl. Die Zahl der neuen Fälle hat sich dort *zwischen Januar 1985* und Januar 1986 auf einen Durchschnitt von 60 bis 70 eingependelt.

Gefährlicher Hausmüll

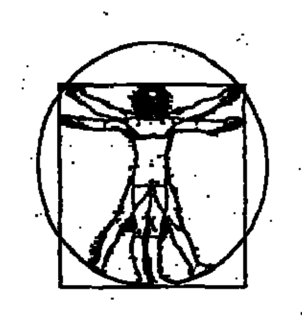
Hamburg (RHL) – Phenol und Salzsäure, zusammen fünf Minuten lang bei 550° C erhitzt, ergeben eine Ausbeute von 55 verschiedenen chlorierten Benzodioxinen und Benzofuranen, darunter auch das berüchtigte TCDD (Tetrachlor-dibenzo-dioxin). Das ist das in der Zeit*schrift „Nature" veröffentlichte* Ergebnis schwedischer Untersuchungen zur Entstehung chlorierter Kohlenwasserstoffe in Müllverbrennungsanlagen. Sowohl Phenol- als auch Chlorverbindungen in Haus- und Industriemüll kommen danach als Ausgangsstoffe für die Bildung der oft hochgiftigen Verbrennungs*produkte in Frage.*

Walsterben in China

Peking (dpa) – Sieben junge Pottwale sind in der vergangenen Woche an der Küste der südchinesischen Provinz Fujian tot aufgefunden worden. Wie die Überseeausgabe der „Volkszeitung" meldete, begingen die Tiere, von denen das größte drei Meter lang war und eine Tonne wog, gemeinschaftlich „Selbstmord", indem sie aus der offenen See in eine Bucht schwammen und dort auf dem Strand verendeten. Nach Angaben der Zeitung haben sich ähnliche Vorfälle am gleichen Küstenabschnitt in den vergangenen drei Monaten bereits zweimal ereignet.

Therapie-Empfehlungen

Heidelberg (DW.) – Fachärzte des *Tumorzentrums Heidelberg/Mannheim* haben neue Empfehlungen für eine standardisierte Diagnostik, Therapie und Nachsorge sowohl des Bauchspeicheldrüsenkrebses, wie *auch der bösartigen Tumoren von* Lunge, Brustfell und Thymusdrüse herausgegeben. Die Empfehlungen sollen dem Klinikarzt wie auch dem *niedergelassenen Arzt bei der Wahl* der zu treffenden Maßnahmen als Orientierungshilfe dienen. Interessierte Ärzte können die Empfehlungen kostenlos bei der Koordina-



tionsstelle des Tumorzentrums, Im Neumheimer Feld 110, 6900 Heidelberg, anfordern.

Nenes Stickstoff-Meßgerät

Bonn (DW.) – Ein neuartiges Meßgerät für die Feststellung der Stick*stoffkonzentration in Gülle hat* die Landwirtschaftliche Fakultät der Bonner Universität entwickelt. Mit dem Gerät (Bezeichnung „Quantofix") kann jeder Landwirt den Gehalt an Stickstoff in Gülle ermitteln. Das neue Gerät, so das nordrhein-westfälische Ministerium für Umwelt, *Raumordnung* und Landwirtschaft, *mache* unsichere Schätzmethoden überflüssig und koste mit etwa 270 Mark nur einen Bruchteil bisher bekannter Apparaturen. Zusammen mit der Nitratbestimmung im Boden ermögliche das Gerät eine bedarfsgerechte Düngung, die, so das Ministerium weiter, auch das Grundwasser schone.

Griff zum Hörer

Münster (DW.) In der Bundesrepublik sind etwa 300 000 Kinder schwerhörig. *Viele Eltern, aber auch* Ärzte, Erzieher und Lehrer beachten die kindliche Schwerhörigkeit oft zu wenig. Dabei könnte den meisten Kindern, so berichtet die jüngste Ausgabe der Zeitschrift „Therapie der Gegenwart", geholfen werden. Neue und nützliche Hilfe bietet ein Telefontest, der von Dr. Hans-Joa*chim Radü aus Münster entwickelt* wurde. Unter der Nummer 0251/ 11505 kann dieser Hörtest für Kinder ab drei Jahren abgerufen werden.

Ziehen Fabriken schon bald auf Mülldeponien?

Europäisches Forum befaßt sich mit der Biogas-Nutzung

Von HORST DALCHOW

Gefährliche Gase, die sich in Mülldeponien entwickeln, sollen künftig nicht nur verbrannt, sondern nach Möglichkeit industriell nutzbar gemacht werden. Um diese Entwicklung schneller als bisher voranzutreiben, trafen sich in München rund 250 Fachleute aus Europa und den USA zum ersten europäischen Deponiegas-Forum.

Nach der Statistik produziert jeder Bundesbürger pro Jahr rund 500 Kilogramm Müll. *Etwa 70 Prozent da*von gelangen auf Großdeponien. Der Rest wird in Müllverbrennungsanlagen vernichtet oder kleinen Deponien zugeführt. Die in den Müllbergen eingeschlossenen, rund 50 Prozent organischen Substanzen, zersetzen sich unter Luftabschluß größtenteils in Biogas, das – wie Erdgas – überwiegend aus Methan besteht. Die Vergasung beginnt schon wenige Wochen nach der Einlagerung und hält mitunter jahrzehntelang an.

Die damit verbundene Umweltbelastung wurde lange Zeit verkannt. Bürgerproteste gegen die Geruchsbelästigung führten lediglich zu einer mehr oder weniger dichten Abdekkung der Deponien. *Das Eindringen der Gase in die Keller von Häusern* führte nicht nur zu Gesundheitsschäden der Bewohner, sondern auch zu erheblicher Explosionsgefahr. Rohre in den Müll zu treiben und das austretende Gas „abzufackeln", erwies sich als wenig wirksam und belastete überdies die Umwelt durch nicht ver*brannte Schadstoffe.*

Permanente Gas-Analyse

Erst Anfang der siebziger Jahre wurde *in der Bundesrepublik damit* begonnen, die Gase abzusaugen und darüberhinaus ihre Energie zu nutzen. Die Firma Biogas-Systeme wendet auf einer Großdeponie bei Gießen seit sechs Jahren ein Verfahren an, mit dem die Probleme der rund 350 Großdeponien in der Bundesrepublik gelöst werden könnten: In die Müllberge versenkte „*Mammutbrunnen*" saugen die Biogase ab und führen sie einer Sammelanlage zu. Ob sie nutzbringend verwendet werden können oder vernichtet werden müssen, entscheidet zuvor ein computergesteuertes Meß- und Regelsystem.

In jedem der Zuführungsrohre wird die Zusammensetzung der Gase automatisch und präzise analysiert. *Die mit* Schadstoffen durchsetzten Quantitäten werden nicht wie bisher in offener Flamme, sondern in geschlossenen „Muffeln" bei Temperaturen um 1300° C nahezu rückstandslos verbrannt. In den zentralen Sammler gelangen nur die verwertbaren Gasmengen und werden von dort einer nutzbringenden Verwendung zugeführt.

Gas als Turbinen-Antrieb

Bei Energie-Großverbrauchern kann das Biogas vergleichbar mit Erdgas genutzt werden – vorausgesetzt, sie liegen nicht allzuweit von der Deponie entfernt. *Aber auch größere* Distanzen lassen sich überwinden: Mit dem Deponiegas können Motor- oder Turbinengeneratoren zur Erzeugung von Strom angetrieben werden, der industriellen Verbrauchern oder dem öffentlichen Netz zugeführt wird.

Fachleute halten es nicht für ausgeschlossen, daß sich energieintensive Betriebe künftig in der Nähe von großen Mülldeponien ansiedeln. Hauptinteressenten für das zukunftsträchtige System sind jedoch zunächst Gemeinden und Kreise, die bisher vergeblich gegen die von den Deponien ausgehenden Gefahren und Belästigungen angekämpft haben. Sie können *damit rechnen, daß sich die* Investitionskosten für die auch zu mietende Anlage in wenigen Jahren amortisieren. Sie liegen je nach Größe der Deponie zwischen einer und vier Millionen Mark.

Nach den neuesten Erhebungen entsteht in rund 350 Großdeponien der Bundesrepublik Biogas, das zumindest teilweise technisch genutzt werden könnte, bislang jedoch nur die Umwelt schädigt. In jedem Jahr kommen etwa 30 Millionen Tonnen Hausmüll hinzu. Unter einigermaßen günstigen Bedingungen produziert jede Tonne dieses Mülls innerhalb von 15 bis 20 Jahren eine Gasmenge, die 75 bis 100 Liter Heizöl ersparen könnte.

Der Präsident des bayerischen Landesamts für Umweltschutz, Wolfgang Pohl, wies darauf hin, daß durch die Nutzung der „Deponiegas-Felder" allein in Bayern jährlich etwa 14 000 Tonnen Öl weniger verbraucht würden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gegen Agitation hilflos

„Scholz widerspricht dem 116-Thesen Bie-denkopfs"; WELT vom 18. März

Sehr geehrte Redaktion,

die Gewerkschaften haben es verstanden, ihre Mitglieder an der Stange zu halten, indem sie das Streikrecht in das Zentrum ihrer Kampagnen stellten, das gar nicht zur Disposition stand: Wer das Streikrecht auch nur dem Anschein nach anzweifelt und fraglich macht, ist ein Klassenfeind. Die Regierungsparteien waren zu dumm, um diese recht mutwillig ausgesäten Klassenparolen zu entlarven. Sie führten einen Verteidigungskampf gegen die wütenden Angriffe der Gewerkschaften und fanden nicht den Zugang zu dem, was eigentlich das wichtigste auch in diesem Falle ist, nämlich der nervus rerum. Ich habe es nicht verstanden, warum die Regierungsparteien, wenn sie sich nun schon auf das Vorhaben der Änderung des Paragraphen 116 in recht dummer Weise zum politisch dümmsten Zeitpunkt einließen, nicht stärker auf die finanziellen Folgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber hinwiesen, die zwangsläufig sind, wenn der sogenannte Stellvertreterstreik nicht durch eine Änderung des Paragraphen 116 unterbunden oder unterlaufen wird. Würde das nämlich nicht geschehen, dann müßte das für die Unternehmen letztlich eine größere Lagerhaltung bedeuten. Das wiederum erhöht die Kosten der Unternehmen, die diese in den Preisen weitergeben. Diese Preise müssen die Konsumenten tragen. Diese Konsumenten sind auch die Arbeitnehmer.

Und wenn der Stellvertreterstreik nicht behindert würde, dann bedeutet das im übrigen auch, daß die Arbeitslosenversicherung teurer werden muß, die wiederum die Mitglieder dieser Versicherung zu zahlen haben, und zwar nicht nur die Arbeiter aus ihrer Lohntüte, sondern auch die übrigen Gruppen, die vom Stellvertreterstreik nichts haben.

Dr. Heinz Steincke,
Michelbach/Bilz

Von Ärzten und von Moral

„Ärzte fühlen sich in die kriminelle Ecke gedrängt"; WELT vom 11. März

Die zunehmenden Gerichtsverfahren gegen Ärzte und Apotheker wegen Rezeptbetrügereien oder falschen Abrechnungen seien „nur die Spitze eines Eisbergs" und hätten zu einer „kollektiven Verunsicherung des Gesundheitswesens" geführt!

Der daraus entstandene scharfe Konflikt zwischen Pflichtkrankenkassen und Kassenärzteschaft gipfelte nun in der Forderung des Vorsitzenden des AOK Bundesverbandes, Heitzer, auf Einrichtung von „Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Überwachung der Ärzte und Apotheker". Es ist ein Treppenwitz, wenn heute die AOK oder der Staat von den Ärzten und Apothekern Ehrlichkeit verlangt, nachdem er sie zunächst einmal zur Durchführung von Massenliquidationen von jährlich mindestens 300 000 ungeborenen Kindern ermutigt und dieses Verhalten zur offiziellen ärztlichen Leistung in der Gebührenordnung gemacht hat!

Woher nehmen diese Herrschaften eigentlich das moralische Recht, nun die zwangsläufigen Folgen der durch sie veranlaßten Zerstörung der Verhaltensnormen im Gesundheitswesen mit großem Geschrei anzuklagen?

Dr. med. Siegfried Ernst,
Ulm a. D.

Bärendienst für Frauen

„Erfolg für Bayerns Genossinnen?"; WELT vom 17. März

Ein Jahr vor der wichtigen Bundestagswahl bemühen sich Politiker in Bonn und anderswo wieder um bestimmte Wählergruppen. Gestern waren es noch die Bauern, nun geht es um die Stimmen der weiblichen Wahlberechtigten.

Daß mit der Methode, Listen nicht nach Fähigkeit, sondern nach Geschlechtern zu erstellen, den Frauen und ihrem Drang nach Emanzipation ein Bärendienst erwiesen wird, wird nicht beachtet. Wenn Frauen Sonderrechte eingeräumt werden, wird doch das Gegenteil einer Gleichberechtigung praktiziert; Schutzbestimmungen für weibliche Politikerinnen würden vielmehr den Begriff des „schwachen Geschlechts" untermauern. Weibliche Bundestagsabgeordnete würden bald mit Bemerkungen wie „Na ja, sie ist wohl hier, weil sie eine Frau ist" konfrontiert, die erfolgreiche Arbeit von qualifizierten weiblichen Politikerinnen würde noch weniger akzeptiert. Frauen, die sich erst einen Listenplatz erkämpft haben, dürften im allgemeinen den Ansprüchen des Stahlbads Bonn auch gerechter werden.

Mit freundlichen Grüßen
Markus Schubert,
Ostfildern 4

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Ein Urteil läßt sich widerlegen, aber niemals ein Vorurteil."

Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830–1916)

Begegnungen

„Im Gespräch: Gert Boysen"; WELT vom 14. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorschlag von Herrn Gert Boysen, zwischen Hamburg und Dresden engere Beziehungen aufzunehmen, findet den ungeteilten Beifall aller ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften in Hamburg. Allein das kulturelle Angebot beider Städte an der Elbe verlockt dazu, diese Initiative mit aller Kraft zu unterstützen.

Darüber hinaus liegt es auf der Hand, daß sich dann weitere Aussichten eröffnen, auf vielfältige Weise Begegnungsmöglichkeiten zwischen Landsleuten zu erreichen.

Nach unserer Kenntnis ist es in der Tat so, daß „die Bindungen bei den Menschen drüben zu uns viel stärker sind, als hier angenommen wird".

Unsere Verbände nehmen lebhaften Anteil daran, wenn Politiker Hamburgs unsere Landsleute östlich der Systemgrenze besuchen, und laden sie nach diesen Reisen regelmäßig zu Vorträgen ins „Haus der Heimat" ein.

Mit freundlichen Grüßen
Gunter Ziegler,
Pressesprecher der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften in Hamburg sowie LV der Mecklenburger

Ohne Recht

Sehr geehrte Damen und Herren,

laut WELT vom 1. März fordert der SPD-Vorsitzende Dr. Vogel den Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Diepgen samt Senat. Mit welchem Recht?

Ein Mann, (Vogel) der es in fünfeinhalb Monaten geschafft hat, Berlin fast auf den Nullpunkt zu bringen, hat weder die politische noch die moralische Legitimation, Berlin von außen Belehrungen zu erteilen.

Ist es für die Opposition nicht leichter, aus der jetzigen Angelegenheit eine Staatsaffäre zu machen, anstatt einzugestehen, daß die Stadt unter der CDU-Regierung wieder „wer ist"? Und die Berliner, die doch sonst so helle sind, sollen das nicht bemerkt haben?

Mit freundlichen Grüßen
Katharina Meisenberg,
Nideggen

Zu knapp

„Christdemokraten für das Leben"; WELT vom 17. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der gewohnten unabhängigen und vollständigen Berichterstattung der WELT hätten sich mit mir sicherlich noch viele andere Leser gewünscht, daß Sie ausführlicher als mit 22 Zeilen über die konstituierende Sitzung der Anti-Abtreibungsinitiative „Christdemokraten für das Leben" (CDL) berichtet hätten. Die Rede ihrer Vorsitzenden, Johanna Gräfin von Westphalen, verdient es, als historisches Dokument der Parteiengeschichte gewürdigt zu werden.

Zwei Abschnitte scheinen mir wegweisend: Wie ernst nehmen wir den Spruch des Bundesverfassungsgerichts, wonach das Leben des ungeborenen Kindes Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Frau hat? Die Rechtsprechung – man kann sie nur noch in Anführungsstriche setzen – geht ganz eindeutig dahin, das Kind zum Schadensfall zu erklären.

Das aber ist eindeutig verfassungswidrig ... Unser eigentliches Problem ist die Vermittlung von Werten an die nächste Generation, und das geht nur mit den Müttern und durch ihr Vorbild. Einer muß doch Opfer bringen. Wenn sich die Mütter weigern, für die Kinder da zu sein, sehe ich schwarz.

Mit freundlichen Grüßen
Hanjo-Christoph Kollmann,
Dormagen

Rentenpuzzle

Sehr geehrte Damen und Herren,

überall ist zu lesen: „Frauen- und ggf. auch Männer ab Jahrgang 1921 erhalten bei künftigen Rentenfällen für jedes Kind, das sie erzogen haben, rund 25 Mark monatlich an Rente mehr."

Diese 25 Mark haben sich in das Bewußtsein der Bevölkerung eingeprägt und sollten es wohl auch. Doch, wer sich näher mit der Materie befaßt, stellt fest: „Kindererziehungszeiten werden so berechnet, als wären immer 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes verdient worden. Das macht für die Rente nach heutigem Stand pro Kind etwa 25 Mark aus. Wer während des Erziehungsjahres gleichzeitig eine versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit ausübt, erhält den Wert der Beitragszeit auf 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes aufgestockt, wenn sein Einkommen darunter liegt.

Das heißt im Klartext: nur wer in dem Kindererziehungsjahr überhaupt kein versicherungspflichtiges Einkommen erzielt hat, erhält die angekündigten 25 Mark. Wer dagegen in dieser Zeit auch nur ein sehr geringes versicherungspflichtiges Einkommen erzielte, erhält weniger als 25 Mark. Wenn eine Frau aber selbst 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes oder mehr erreichte, geht sie leer aus.

Aber auch die Frau, die ihren Arbeitsplatz opferte, um sich ausschließlich der Erziehung ihres Kindes zu widmen, geht leer aus, wenn sie in dem Erziehungsjahr aus eigenen Ersparnissen freiwillige Beiträge in entsprechender Höhe entrichtet hat.

Das ist unverständlich, wird aber in einem Schriftwechsel, sowohl mit dem Bundesarbeitsminister als auch mit dem Bundesfamilienminister vollauf bestätigt.

Ich fürchte, viele Frauen und Mütter werden wieder von Rentenbetrug sprechen, wenn sie die ganze Wahrheit über die Kindererziehungszeiten erfahren.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Göttsche,
Peine

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Guido Heymer wird neuer deutscher Botschafter in El Salvador. Der Diplomat, Jahrgang 1937, ist in Bonn geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und trat nach anwaltlicher Tätigkeit 1967 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war in Saigon, in Prag und in La Paz tätig. Seit 1982 arbeitet Guido Heymer als stellvertretender Referatsleiter in der Zentralabteilung des Auswärtigen Amtes.

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem „Nasa Group Achievement Award" hat die amerikanische Raumfahrtbehörde Nasa den Braunschweiger Wissenschaftler **Günter Musmann** ausgezeichnet. Der akademische Oberrat am Institut für Biophysik und Meteorologie der Technischen Universität Braunschweig wurde zusammen mit drei anderen Wissenschaftlern für seine Mitarbeit an der seit elf Jahren erfolgreichen deutsch-amerikanischen Raumfahrtmission Helios geehrt. Hauptziel dieser Mission war die Erforschung des interplanetaren Raumes, wobei unter anderem bedeutende Erkenntnisse über den Sonnenwind, die kosmische Strahlung und den interplanetarischen Staub gewonnen worden sind.

*

Mit dem österreichischen Kinderbuchpreis wird in diesem Jahr in Bregenz **Gudrun Mebs** ausgezeichnet. Preiswürdig befand die Jury ihr Buch „Meistens geht's mir gut mit dir". In Kritiken zu dem Buch hieß es, Gudrun Mebs gehöre zu den Autoren, die „Spannung und psychologische Einfühlsamkeit vereinen und außerdem die aktuellen Lebensbedingungen von Kindern widerspiegeln". Das Buch erschien 1985 als Koproduktion der Verlage Nagel und Kimche in Zürich und Obelisk in Innsbruck.

KIRCHE

Ein seltenes Jubiläum feierte in Fulda Monsignore **Hugo Büchel**: Vor 60 Jahren wurde er im Fuldaer Dom durch Bischof **Joseph Damian Schmitt** zum Priester geweiht. Bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Anfang 1973 war er über 36 Jahre als Seelsorger in der Fuldaer St. Josephs-Pfarrei tätig und hat sich hier große Verdienste erworben. 1955 wurde Pfarrer Büchel in Anerkennung seiner Verdienste zum Geistlichen Rat ernannt. 1981 hat ihm Papst **Johannes Paul II.** den Titel „Päpstlicher Kaplan" (Monsignore) verliehen.

GEBURTSTAGE

Ehrensenator **Wilhelm Kraut**, Seniorchef der Bizerba Waagen- und Maschinenfabriken im schwäbischen Balingen, feierte seinen 80. Geburtstag. Der baden-württembergische Ministerpräsident **Lothar Späth** würdigte in seiner Laudatio die besonderen Verdienste dieses Wirtschaftspraktikers und betonte die unternehmerische soziale Bindung von Wilhelm Kraut. Der Regierungschef verlieh dem Waagenbau-Pionier für sein Engagement um die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg die Goldene Staufer-Medaille.

*

„Ich mache Bücher, bis ich umfalle", so hat der Münchner Verleger **Klaus Piper** einmal sein starkes Engagement für Gedrucktes umschrieben. Am Donnerstag feiert Klaus Piper seinen 75. Geburtstag. Der Sohn des Verlagsgründers **Reinhard Piper** kümmert sich nach wie vor um die Belange dieses renommierten deutschen Verlagshauses. Zwar hat der Verleger organisatorische Dinge inzwischen an seinen Sohn und designierten Nachfolger **Ernst Reinhard Piper** abgegeben, dennoch legt Klaus Piper weiterhin das Profil des mehr als 80 Jahre alten Verlages fest. Mit einem ausgeprägten Sinn für schreibende Persönlichkeiten und Talente hat der gelernte Buchhändler vor allem nach dem Tod seines Vaters (1953) das Unternehmen schon über mehrere Jahrzehnte hinweg durch die Krisen des Verlagswesens gesteuert. 1932 trat Klaus Piper in den Verlag des Vaters ein, 1941 wurde er Mitinhaber. 1960 gehörte er zu den Begründern des Deutschen Taschenbuch Verlages (dtv). Das Verlagsprogramm mit den Schwerpunkten Kunst, Literatur und Philosophie erweiterte er um zeitgenössische Literatur, Politik, Gesellschaft, Psychologie, Verhaltensforschung, Länderkunde sowie Sachkunde für Kinder. Piper gelang es, die Weltrechte an den Tagebüchern der **Cosima Wagner** zu erwerben. Der vielfach geehrte Verleger holte sich die Rechte an allen Werken von **Ludwig Thoma** und **Karl Valentin**, baute mit der „Serie Piper" sein eigenes Taschenbuchprogramm auf und ergänzte aus persönlichem Interesse das Angebot um kritische Theologie, Musik und Theater.



FOTO BRIGITTE FRIEDRICH

*

Der Bischofsvikar in Hannover, Weihbischof **Heinrich Pachowiak**, vollendet heute in der niedersächsischen Landeshauptstadt sein 70. Lebensjahr. Pachowiak leitet seit 1967 die kirchliche Region Hannover im Bistum Hildesheim, in der in 57 Gemeinden und elf Dekanaten rund 180 000 Katholiken leben. Seit 1965 ist er gleichzeitig Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Bundesgrenzschutzseelsorge. Das Amt des Bischofsvikars gibt er zum 1. Juli ab und wird künftig von Hildesheim aus Aufgaben als Weihbischof wahrnehmen. Pachowiak studierte Philosophie und Theologie bei den Jesuiten an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main und empfing am 15. Mai 1940 in Hildesheim die Priesterweihe. Wenige Tage später wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft (1945) war er bis Mai 1946 Kaplan in Celle. Dann berief ihn der damalige Bischof von Hildesheim, Dr. **Joseph Godehard Machens**, zu seinem Sekretär. 1952 wurde Pachowiak Subregens des Hildesheimer Priesterseminars und im Jahr darauf Diözesanjugendseelsorger. Papst **Pius XII.** ernannte Pachowiak 1958 zum Weihbischof. 1960 übernahm er die Leitung des Bischöflichen Seelsorgeamtes. Nach dem Rücktritt von Bischof **Heinrich Maria Janssen** 1982 wählte das Hildesheimer Domkapitel ihn zum Kapitularvikar. Diese Aufgabe nahm er bis zur Weihe und Amtsübernahme des neuen Bischofs Dr. **Josef Homeyer** im November 1983 wahr.

*

Morgen wird **Odo Ratza**, der Bonner Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehrkunde, 70 Jahre alt. Mit seiner Tatkraft und Rührigkeit hat der Brigadegeneral a. D. die Bonner Sektion zu einer der größten im Lande gemacht. In ihren Vortragsveranstaltungen zu vielen Themen im weitgespannten Feld der Sicherheitspolitik hat Ratza immer wieder bekannte Namen als Referenten gewinnen können. Daneben entfaltet der gebürtige Westpreuße eine Menge Tatkraft zugunsten der Kulturstiftung der Vertriebenen, deren Vorsitzender er ist. Gleichzeitig wirkt er als Bundessprecher der Landsmannschaft Westpreußen im Bundesverband der Vertriebenen.

UNIVERSITÄT

Die Mainzer evangelische Neutestamentlerin **Luise Schottroff** hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Biblische Theologie unter besonderer Berücksichtigung des Neuen Testaments an der Gesamthochschule Kassel erhalten. Die 51jährige Theologie-Professorin lehrt seit 1970 im Fachbereich Evangelische Theologie der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.

VERÄNDERUNG

Im weltberühmten Berliner Philharmonischen Orchester gab es personelle Veränderungen: Zum ersten Konzertmeister avancierte der 31jährige gebürtige Krakauer **Daniel Stabrawa**. Sein bekannter Vorgänger **Michael Schwalbé** trat in den Ruhestand. Stabrawas Kollegen sind **Leon Spierer** und der Japaner **Toru Yasunaga**.

Startet Amerikas Starjockey Bill Shoemaker bei der Derby-Woche in Hamburg?

Zu den Höhepunkten des Turfjahres 1985 zählte der erstmals ausgetragene Holsten-Jockey-Cup während der Derby-Woche in Hamburg-Horn. Pat Eddery aus England gewann, Lester Piggott wurde damals Letzter. Für die diesjährige Veranstaltung am 1. Juli soll ein noch hochkarätigeres Feld internationaler Jockeys verpflichtet werden, unter anderem der in Frankreich tätige Amerikaner Cash Asmussen (24), auch von Wladimir Tschugujewez aus der UdSSR liegt eine Zusage vor. Verhandelt wird noch mit US-Star Bill Shoemaker (55), der noch nie auf einer deutschen Rennbahn im Sattel war. Shoemaker ist mit über 8000 Siegen der weitaus erfolgreichste Jockey der Welt. Seine Verpflichtung ist wohl in erster Linie eine Frage des Geldes.

*

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hat kürzlich auf der amerikanischen Rennbahn Meadowlands, unweit des Giants-Stadions von Cosmos New York, die Vorzüge eines florierenden Pferderennsports kennengelernt. Motiviert von diesen Eindrücken, hat er ein Konzept in Auftrag gegeben, wie man den Galopp- und Trabrennsport in der Hansestadt für die Zukunft positiver gestalten könnte. Gedacht ist an eine kombinierte Trab- und Galopprennbahn auf dem großen Gelände von Hamburg-Horn.

*

Siege ausländischer Pferde auf deutschen Galopprennbahnen gehören eigentlich längst zum Alltag. Trotzdem gab es nach dem Erfolg des in der Nähe von Malmö trainierten siebenjährigen Wallachs Our Martin mit dem schwedischen Jokkey Dicka Persson (21) am Sonntag beim Grand-Prix-Aufgalopp (51 000 Mark, 30 000 Mark dem Sieger, 1900 m) in Köln enttäuschte Gesichter. Our Martin, 1985 schon Sieger des Damen-Preises während der Großen Woche in Iffezheim, siegte als 184:10-Außenseiter vor dem Favoriten New Moon und Animo aus dem Gestüt Schlenderhan, der insgesamt fast vier Längen von Our Martin geschlagen war. Animo soll seinen nächsten Start am 20. April in Mailand im Premio d'Aprilo (Europagruppe III, 2000 m, 67 500 Mark, 37 500 Mark dem Sieger) absolvieren. Hintergrund des Mailand-Plans: Der im Vorjahr in sechs Rennen in Deutschland siegreiche Hengst soll sich in einem Rennen der Europa-Gruppenkategorie plazieren, um später als Deckhengst zugelassen zu werden. Der Wettumsatz in Köln in acht Rennen: 830 205 Mark.

*

Auf der Neuen Bult in Langenhagen bei Hannover wurden am Sonntag bei der Saisonpremiere in neun Rennen nur 404 462 Mark umgesetzt, die Witterung verhinderte ein besseres Ergebnis. Das Experiment von Präsident Frank Ritter, die Pferdeführer nun auch als Starthelfer einzusetzen, ging schon beim ersten Rennen schief. Der Führer von Feldraute verletzte sich bei dem Versuch, sein Pferd in die Startmaschine zu führen. Auch die neuen Satteldecken fanden nicht den Gefallen des Publikums. Die rotaufgedruckten Nummern sind auf den schwarzen Decken nur schwer erkennbar. Zwei Rennen gewann in Hannover der Bremer Stall Wöhler. Trainersohn Andreas wird vorerst mit einer Sondergenehmigung das Unternehmen seines am 14. März verstorbenen Vaters Adolf Wöhler führen. Im Herbst soll der Trainersohn dann die notwendige Trainerlizenz erwerben. Zum ersten Mal nach ihrem schweren Sturz am 13. Oktober 1985 war die 23jährige Rennreiterin Carola Frobel in Hannover wieder auf der Rennbahn. Sie lag nach dem Unfall 58 Tage im Koma, noch ist sie auf den Rollstuhl angewiesen.

*

Saisonpremiere war auch in München-Riehm, dort verbuchte man einen Wettumsatz von 593 292,50 Mark.

*

Verkaufsverhandlungen finden derzeit um das Gelände des Gestüts Quellenhof in Radevormwald-Felsenbeck im Bergischen Land statt. Das früher als Trabergestüt genutzte hügelige Gelände wurde in den letzten Jahren von Waltraud und Rudi Richter aus Bremen als Vollblutgestüt verwendet, allerdings mit meist geringem Erfolg. Derzeit soll ein Interessent aus Witten als Nachfolger für Richters im Gespräch sein.

*

Umfangreich wie immer ist das Galopper-Programm über die Ostertage. Karfreitag wird in Bremen mit dem Großen Preis von Karlshorst (30 000 Mark) das erste große Jagdrennen der Saison gelaufen. Weitere Termine: Samstag: Neuss, Sonntag: Düsseldorf und Frankfurt/Main. Montag: Hannover, München-Riehm und Köln mit dem Frühjahrs-Ausgleich (30 000 Mark). Das Harzheim-Rennen für den Derby-Jahrgang ist allerdings wegen der bislang geringen Zahl an Nennungen ernsthaft gefährdet.

KLAUS GÖNTZSCHE

MOTORSPORT / Start zur Formel-1-Weltmeisterschaft in Rio gleich mit einem brutalen Zweikampf

Lebensgefährliche Positionskämpfe zwischen der „rollenden Schikane" Mansell und Ayrton Senna

K. Bl. Bonn

„Mein Sieg gehört Frank Williams", hatte der brasilianische Autorennfahrer Nelson Piquet in Rio de Janeiro gesagt, nachdem er am Sonntag den Grand Prix von Brasilien, das erste von 16 Rennen zur Formel-1-Weltmeisterschaft, gewonnen hatte. „Franks Unfall war ein großer Schock für uns. Ich hoffe, wir können etwas zu seiner Besserung beitragen, wenn wir ein traumhaftes Resultat in Rio erreichen", hatte Piquets englischer Teamkollege Nigel Mansell zuvor in jener Williams-Pressemitteilung geschrieben, die den Titel trug: „Racing for Frank."

Um ein Haar hätte es ein Resultat gegeben, das dem nach einem Autounfall bis zur Hüfte gelähmten englischen Teamchef Frank Williams alles andere als Linderung gebracht hätte. Um ein Haar hätte es nicht nur den Sieg für Williams-Honda durch Piquet gegeben, sondern auch einen folgenschweren Unfall durch Nigel Mansell.

Es trug sich in der ersten Runde zu, als alle Autos noch mit vollen Tanks (195 Liter Benzin) und obendrein dicht neben- und hintereinander fuhren. Es geschah überdies an der schnellsten Stelle des 5,031 Kilometer langen Jacarepagua-Kurses und somit an der schnellsten Kurve aller Formel-1-Rennstrecken: Ausgerechnet dort versuchte Mansell den Brasilianer Ayrton Senna (Lotus-Renault) innen (!) zu überholen. Beide Autos fuhren mit einer Geschwindigkeit von rund 360 Kilometer in der Stunde nebeneinander her. Senna wich keinen Millimeter nach außen, Mansell nahm nicht den Fuß vom Gaspedal. Das Ende: Mansell krachte in die Leitplanken, blieb aber unverletzt. Senna wurde Zweiter.

Was wäre aber passiert, wenn Mansell in eine der dichtbesetzten Zuschauertribünen geflogen wäre und sein Wagen mit 195 Liter Benzin explodiert wäre? Was Ayrton Senna (Niki Lauda: „Etwas mehr Selbstkontrolle könnte ihm nicht schaden") und Nigel Mansell (Lauda: „Die rollende Schikane") seit zwei Jahren bieten, sind fast ausnahmslos lebensgefährliche Manöver, die eines Tages furchtbare Folgen haben können.

Ayrton Senna (Lotus-Teamchef Peter Warr sagt: „Daß er Weltmeister wird, ist nur eine Frage der Zeit: nicht ob, sondern nur: wann") hat bereits im letzten Jahr die von dem Italiener Andrea de Cesaris und dem Franzosen René Arnoux praktizierte Brutalität in der Formel 1 um einige völlig unnötige und brandgefährliche Nummern bereichert. Übrigens nicht selten im Zweikampf mit Mansell.

Da war zum Beispiel das Training in Monte Carlo. Senna wollte unbedingt im Rennen die Pole-Position, also blockierte er alle Konkurrenten. Lauda damals: „Sein Lotus rollte im ersten Gang auf der Straßenmitte und ich mußte aus voller Fahrt abbremsen." Der Italiener Alboreto boxte ihn nach mehreren solcher Manöver außer sich vor Wut von der Piste ...

In Brands Hatch, beim englischen Grand Prix, fuhrwerkte Senna dann dermaßen lebensgefährdend zwischen Mansell und dessen damaligem finnischen Teamkollegen Keke Rosberg herum, daß selbst der abgebrühte Rosberg nach dem Rennen an einen förmlichen Protest dachte.

Beim letzten Saisonrennen in Adelaide (Australien) stieß Senna in der dritten Runde Mansell von der Strekke. Mansell schimpfte, der 26jährige Brasilianer sei noch immer nicht erwachsen: „He ist not a man, he's a boy." Oder wie es Sennas Manager Domingos Piedade erklärte: „Es gibt eben zwei Sennas, zwei völlig getrennte Persönlichkeiten – eine von Donnerstag bis Sonntag, eine von Montag bis Donnerstag." Worauf Frank Williams Piedade bestellen ließ: „Wenn wir überleben wollen, sollten wir deshalb sicherheitshalber die Rennen von nun an nur noch von Montag bis Donnerstag fahren."

Senna war vor dem Rennen in Rio von den Buchmachern in London am höchsten vorgewettet worden, obwohl sein Renault-Motor den Honda-Triebwerken von Mansell und Piquet klar unterlegen ist. Wahrscheinlich jagte er auch deshalb Mansell vorzeitig in die Leitplanken. Mansell wiederum kämpft in seinem Team gegen seinen neuen Kollegen Piquet, der in Rio gewonnen hat. Bisher stand Mansell stets unter dem persönlichen Schutz von Teamchef Frank Williams ...

SPORT-NACHRICHTEN

Lippmann: Heute Training

Nürnberg (sid) – Der geflüchtete Dresdner Fußballspieler Frank Lippmann wird heute das Training beim Bundesligaklub 1. FC Nürnberg aufnehmen. Mit Hilfe des Vereins fand Lippmann eine Wohnung und Betreuung durch eine Sportartikelfirma.

Peete Ranglisten-Erster

New Orleans (UPI) – Der Amerikaner Calvin Peete gewann mit 269 Schlägen (68+67+66+68) für den par-72-Kurs das Golfturnier von New Orleans. Er führt jetzt die Ranglisten der amerikanischen Saison an. Bernhard Langer (Anhausen) hatte die Qualifikation verpaßt.

Real Madrid Meister

Madrid (dpa) – Nach dem 2:1-Sieg über Valladolid vor 90 000 Zuschauern wurde Real Madrid zum 21. Mal spanischer Fußball-Meister.

Gunnarson nach Essen

Essen (sid) – Der Handball-Bundesligaklub TuSEM Essen hat den Isländer Johan-Ingi Gunnarson (32) als neuen Trainer verpflichtet. Gunnarson, bisher drei Jahre beim THW Kiel tätig, löst den Rumänen Ivanescu ab.

Erfolgreicher Deister

Hertogenbosch (dpa) – Das letzte Weltcup-Springen der Europazone in Hertogenbosch (Holland) gewann Paul Schockemöhle (Mühlen) auf Deister, der als erstes europäisches Springpferd die Gewinnsumme von einer Million Mark übertroffen hat.

Krafft in Solingen

Solingen (dpa) – Manfred Krafft (48) ist neuer Trainer beim Fußball-Zweitligaklub Union Solingen.

Die große Chance

Rodovre (sid) – Die Handballspielerinnen des VfL Engelskirchen besiegten im Halbfinal-Hinspiel um den Europapokal die dänische Mannschaft von HK Rodovre mit 18:15 (8:5).

Sieg für Frommelt

Bromont (UPI) – Der Liechtensteiner Frommelt und die Schweizerin Vreni Schneider gewannen in Bromont (Kanada) die Parallel-Slaloms zum Abschluß der Weltcupsaison.

Zweimal Lendl

Fort Myers (UPI) – Zwei Finalsiege für Ivan Lendl (CSSR) im mit 315 000 Dollar dotierten Tennisturnier von Fort Myers (US-Bundesstaat Florida): Im Einzel besiegte er den Amerikaner Connors 6:2, 6:0, im Doppel bezwang er mit Andres Gomez (Ekuador) die Australier Doohan/McNamee 7:5, 6:4.

TENNIS / Martina Navratilova wieder überlegen

„Wort Rücktritt gehört nicht zu meinem Sprachschatz"

dpa/sid, New York

In den amerikanischen Zeitungen heißt sie nur noch „Zehn-Millionen-Dollar-Frau". Dann weiß jeder Bescheid: Es geht um Martina Navratilova. Jetzt hat sie innerhalb von einer Woche ihr Konto um 125 000 Dollar erhöht. Sie gewann das Tennis-Turnier der weltbesten Damen, die „Virginia-Slims-Championchips", die dem Masters-Turnier bei den Männern entsprechen. In 105 Minuten besiegte Martina Navratilova die Tschechoslowakin Hana Mandlikova mit 6:2, 6:0, 3:6, 6:1. Ein Satz verloren, aber dennoch eine klare Angelegenheit.

16 108 Zuschauer feierten im Madison Square Garden die beste Spielerin der Welt mit lang anhaltendem Beifall. Sie ist jetzt 29 Jahre alt, sagt aber: „Das Wort Rücktritt gehört nicht zu meinem Sprachschatz". Wenn Wendy Turnbull, mit 33 Jahren die älteste unter den Weltbesten, recht behält, dann stehen der Konkurrenz noch sechs harte Jahre bevor. Die Australierin sagt: „Martina wird hier noch mit 35 gewinnen."

Die Zeitungen in New York griffen zu Superlativen. Der Begriff „historisch bedeutsames Ereignis" tauchte gleich zweimal auf, in der „Daily News" und der „New York Post", die der Siegerin „Schläge wie Geschosse" bescheinigte. Die „New York Times" sah bei ihr „eine Laufarbeit wie eine muntere Zugmaschine". Der „Star Ledger" schrieb: „Martina sicherte sich die Bewunderung von Freund und Feind. Sie zerstreute alle Zweifel, wer die Beste im Damen-Welttennis ist." Und Freund und Feind atmen jetzt erst einmal auf. Martina Navratilova macht bis zu den Internationalen Meisterschaften von Deutschland in Berlin (12. bis 18. Mai) eine Turnierpause, sie geht in Ski-Urlaub. Claudia Kohde: „Da kann man sich ja auf die Turniere in Florida richtig freuen."

Chris Evert-Lloyd, Nummer zwei der Weltrangliste, hat derweil bei ihren vielen Anhängern Kopfschütteln ausgelöst. Sie trat zum Spiel um Platz drei gegen Steffi Graf nicht an. Sie sei erschöpft, hieß es offiziell, hinter vorgehaltener Hand aber wurde getuschelt, sie sei sich zu schade, gleichsam das Vorspiel für Martina Navratilova zu bestreiten. So trat Steffi Graf, kampflos auf Platz drei vorgestoßen, noch einmal gegen Pam Shriver an. Sie gewann wie im Viertelfinale 7:6, 6:2.

ZAHLEN

REITEN

CHI in s'Hertogenbosch, Weltcupspringen, Großer Preis: 1. Schockemöhle (Deutschland) Deister 0 Fehlerpunkte/34,67 Sek., 2. Durand (Frankreich) Jappeloup 0/41,65, 3. J. Whitaker (England) Hopscotch 4/32,55, 4. Romp (Holland) Renville 4/33,13, 5. Skelton (England) Airbonne 4/36,16, ... 8. Sloothaak (Deutschland) Aviata 16/50,77, alle im Stechen. – Endklassement der Europazone im Weltcup der Springreiter: 1. Skelton 86 Punkte, 2. Durand 85, 3. Whitaker 82, 4. Schockemöhle 81, 5. Pyrah 60, 6. M. Whitaker (beide England) 59, 7. Vogt (Schweiz) 52, 8. MacVean (Australien) 43, 9. van Paesschen (Belgien) 42, 10. Gravemeier und Rüping je 40, ... 13. Sloothaak 33, ... 16. Kenn 31, ... 19. Reinacher 29, ... 21. Weinberg (alle Deutschland) 22. – Grand-Prix-Special der Dressur, außerhalb des Weltcups: 1. Stückelberger (Schweiz) Gauguin 1392 Punkte, 2. Klimke auf Pascal 1385, 3. Hinnemann auf Ideaal 1348, 4. G. Theodorescu auf Entertainer 1345, 5. Theodorescu auf Sunny Boy 1312.

FUSSBALL

WM-Testspiel in San Jose (Kalifornien): Mexiko – FC Santos 0:0.

EISHOCKEY

B-Weltmeisterschaft in Eindhoven, dritter Spieltag: Schweiz – Frankreich 8:2, Italien – „DDR" 4:3, Holland – Japan 3:4, Österreich – Jugoslawien 5:2.

MOTOR

Großer Preis von Brasilien, 1. Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft, 61 Runden = 306,92 km: 1. Piquet, Williams-Honda, 1:39:32,583 Std., 2. Senna (beide Brasilien), Lotus-Renault, 1:40:07,410, 3. Laffite, Ligier, 1:40:32,342, 4. Arnoux (beide Frankreich), Ligier, 1:41:01,012, 5. Brundle (England), Tyrrell, eine Runde zurück, 6. Berger (Österreich), Benetton, 7. Streiff (Frankreich), Tyrrell, beide zwei, 8. de Angelis (Italien), Brabham-BMW, drei, 9. Dumfries (Schottland), Lotus, vier, 10. Fabi (Italien), Benetton, fünf Runden zurück.

FECHTEN

5. Weltcup-Turnier der Damen im Florettfechten in Leipzig, Finale: Niklaus („DDR") – Weber (Bundesrepublik Deutschland) 8:3, um Platz 3: Z. Funkenhauser (Bundesrepublik Deutschland) – Hajzer (Ungarn) 8:5, 5. H. Funkenhauser (Bundesrepublik Deutschland), 6. Janosi (Ungarn).

TENNIS

Turnier der Damen in New York (Virginia-Slims-Championchips), Finale: Navratilova (USA) – Mandlikova (CSSR) 6:2, 6:0, 3:6, 6:1. – **Grand-Prix-Turnier in Rotterdam, Qualifikation:** Popp (Deutschland) – Nelson (USA) 6:2, 6:2, Jelen (Deutschland) – Depalmer (USA) 6:7, 6:2, 6:2. – **Internationales Herren-Turnier in Fort Myers, Finale:** Lendl (CSSR) – Connors (USA) 6:2, 6:0. – Doppel: Lendl/Gomez (CSSR/Ekuador) – Doohan/McNamee (Australien) 7:5, 6:4.

HANDBALL

Bundesliga, Männer: Dankersen – Weiche 23:22, Lemgo – Günzburg 16:16, Reinickendorf – Gummersbach 20:22, Hofweier – Göppingen 25:20, Essen – Dortmund 23:15, Schwabing – Düsseldorf 25:23.

1. Großwallstadt	376:315	28:4
2. Essen	327:261	25:7
3. Schwabing	386:350	25:7
4. Gummersbach	336:313	20:12
5. Düsseldorf	309:277	18:12
6. Kiel	336:312	17:13
7. Dortmund	305:292	16:16
8. Weiche	319:334	13:17
9. Göppingen	393:430	13:21
10. Dankersen	327:360	12:20
11. Günzburg	318:338	11:21
12. Lemgo	275:304	9:21
13. Hofweier	326:375	9:23
14. Reinickendorf	332:404	6:28

FUSSBALL / Heute Pokal und Nachholspiele

Herget will ins Ausland

sid, Uerdingen

Bayer Uerdingen, nach den Siegen über Dresden und den Hamburger SV zur Zeit einer der prominentesten Klubs der Fußball-Bundesliga, kommt nicht zur Ruhe. Zum dritten Mal innerhalb von vier Wochen forderte Nationalspieler Matthias Herget (30) die Freigabe aus seinem bis zum 30. Juni laufenden Vertrag. Herget: „Obwohl es im Verein und bei mir super läuft, hat sich an meiner Einstellung nichts geändert."

Vordergründig wird stets über Spannungen zwischen dem Spieler und Trainer Karlheinz Feldkamp gesprochen. Im Hintergrund aber steht offensichtlich ein lukratives Angebot für Herget aus dem Ausland. Der technisch versierte Abwehrspieler sagt: „Es tut sich was. So eine Chance bekomme ich in meinem Alter nicht wieder." Und daß sich da etwas im Ausland tut, deutet Herget mit dem Satz an: „In der Bundesliga wird kein Klub 1,5 Millionen Mark Ablöse für einen 30 Jahre alten Abwehrspieler bezahlen." Vereinspräsident Arno Eschler ist enttäuscht über die „atmosphärischen Störungen", für die sein Star nach einer Woche großer Erfolge sorgt: „Wenn ein Spieler etwas erreichen will, muß er den leisen und nicht den lauten Weg gehen."

Bayer Uerdingen spielt heute ohne Herget (nach vier gelben Karten gesperrt) gegen den 1. FC Kaiserslautern. In zwei weiteren Nachholspielen stehen sich Leverkusen und Frankfurt sowie Bochum und Köln gegenüber. Waldhof Mannheim spielt im Halbfinale des Pokals gegen Bayern München. Der private Fernsehsender SAT 1 überträgt das Spiel live ab 19.45 Uhr, Franz Beckenbauer gehört zum Team der Kommentatoren. Auch das zweite Halbfinale zwischen Stuttgart und Dortmund überträgt der Sender morgen live (ab 19.45 Uhr mit Uwe Seeler als Co-Kommentator).

Blonder Engel im Anflug auf Hamburg

Die Fußball-Bundesliga, das hat Uwe Seeler vor kurzem noch einmal voller Wehmut gesagt, leide darunter, daß ihr die großen Persönlichkeiten vergangener Jahre fehlten. Die Konsumenten haben es auch längst gemerkt, die Zuschauerzahlen sind weiterhin geradezu beängstigend rückläufig. Diese Entwicklung betrifft natürlich, und sogar mit am meisten, den Hamburger SV. Sportlich sind die Hamburger in eine Sackgasse geraten.

Doch jetzt soll ein blonder Engel wieder Farbe ins Geschehen bringen und die Zukunft zu bewältigen helfen – Bernd Schuster ante portas? Man kann nur wünschen, daß Netzer sein erstes Kontaktgespräch mit dem Mittelfeldstar des FC Barcelona letztendlich erfolgreich, das heißt mit einer Vertragsunterschrift, abschließen kann. Schuster – das wäre ein Mann, der der Bundesliga Impulse geben kann.

Und in der Tat, die Aussichten, das es klappt, sind gar nicht einmal so schlecht. Die wichtigste Voraussetzung ist ja gegeben: Schuster will unbedingt nach Deutschland zurück, und er hat gesagt (siehe nebenstehenden Bericht), daß der HSV ein

STAND ● PUNKT

Verein wäre, der seinen Vorstellungen durchaus entspräche.

Wie aber wollen die Hamburger den Transfer realisieren? Was berechtigt ihren Präsidenten zu dem „gedämpften Optimismus", den er verbreitet, obwohl er doch am allerbesten weiß, in welch große finanzielle Schwierigkeiten sein Verein geraten ist?

Sponsoren – so lautet das Zauberwort, mit dem das eigentlich Unmögliche möglich gemacht werden soll. Man kann wohl wirklich davon ausgehen, daß sich für solch einen Superstar wie Schuster Geldgeber finden lassen. Die Initiativen dazu wurden schon vor einiger Zeit in die Wege geleitet, aber die beziehen sich keineswegs nur auf den HSV.

Wie auch immer, auf Netzer kommt sicherlich noch eine ganze Menge Arbeit zu – und einige Reisen nach Barcelona. Netzers Nachfolger Felix Magath könnte der große Nutznießer des Coups werden. Denn ein Schuster im Mittelfeld, das wäre genau das spielerische Startkapital, das sich Magath wünscht. Zur WELT sagte er: „Hoffentlich klappt es."

Natürlich wird auch Franz Beckenbauer mitzittern, denn ganz ohne Frage hat die eingeleitete HSV-Aktion Schuster noch ein Stückchen näher an die Naionalmannschaft herangeführt. Doch darüber, ob er denn auch hier vor einem Comeback steht, schweigt er weiter. Beckenbauer ist bereit, nur muß sich Schuster bald erklären.

BERND WEBER

FUSSBALL / Hamburger SV wirbt um Schuster

Gespräch mit Günter Netzer

DW. Hamburg/Barcelona

Bayer Leverkusen sei an Bernd Schuster interessiert, sein alter Verein, der 1. FC Köln, und vielleicht auch Bayern München. So wurde in letzter Zeit über den ehemaligen Fußball-Nationalspieler spekuliert, der den FC Barcelona unbedingt verlassen will. Jetzt aber tritt ein ernsthafter Bewerber auf: der Hamburger SV. Am Sonntag abend war bekanntgeworden, das Manager Günter Netzer in Barcelona ein erstes Gespräch mit dem Mittelfeldspieler geführt hatte. Vereinspräsident Wolfgang Klein bestätigte das Treffen: „Netzer sollte erst einmal feststellen, ob Schuster überhaupt bereit ist, zu uns zu kommen."

Schuster sagte in einem Gespräch mit der WELT klipp und klar: „Nach sechs Jahren Spanien will ich unbedingt nach Deutschland zurück. Der HSV wäre durchaus ein Verein, der meinen Vorstellungen entsprechen würde. Allerdings, ich habe mit Netzer lediglich ein lockeres Informationsgespräch geführt. Konkrete Absprachen konnten wir schon deshalb nicht treffen, weil ich im Moment ja noch nicht einmal weiß, wie hoch die Ablösesumme sein wird, die mein derzeitiger Klub für mich verlangen wird." (Im Gespräch sind rund drei Millionen Mark).

Klein spricht davon, daß „zumindest gedämpfter Optimismus" bestehe, Schuster nach Hamburg zu holen. Der HSV hofft dabei auf Unterstützung durch eine Gruppe von Sponsoren, die sich zusammengefunden hat, um eine Rückkehr Schusters nach Deutschland möglich zu machen. Außer um Schuster bemüht sich der HSV auch noch um den polnischen Torjäger Miroslaw Okonski. Gestern war Netzer in Warschau. Dagegen gibt es Gerüchte, Mittelfeldspieler Wolfgang Rolff werde an Bayer 04 Leverkusen verkauft.

Zweigte Marcos US-Hilfsgelder privat ab?

DW. Washington

Der frühere philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat in den 80er Jahren vermutlich Millionen von Dollar amerikanischer Militär- und Wirtschaftshilfe privat abgezweigt. Das berichteten US-Parlamentarier nach der weiteren Durchsicht der Dokumente, die bei der Ankunft der Marcos-Familie auf dem Luftwaffenstützpunkt Hickam auf Hawaii Ende Februar beschlagnahmt worden waren.

Ein Mitarbeiter von Senator Edward Kennedy berichtete, Marcos könne keine Rechenschaft über Millionen von Dollar geben, die die US-Regierung an Manila gezahlt habe. Zwischen 1981 und 1985 hat Washington allein rund 186 Millionen Dollar Militärhilfe an die Philippinen gezahlt.

Nach Angaben der philippinischen Nachrichtenagentur PNA hat Marcos im November 1985 einem philippinischen Geschäftsmann mindestens 30 Millionen Dollar gezahlt, um sein Vermögen im Ausland zu vertuschen. Der Mann habe erklärt, er sei im Besitz „belastender Dokumente" über das „geheime Vermögen" des Ehepaares Marcos in Übersee, vor allem bei amerikanischen Immobiliengesellschaften in New York.

Marcos, ein Teil seiner Familie und einige seiner engsten Freunde halten sich weiter in Hickam auf. Die US-Regierung bemüht sich auf Bitten von Marcos weiter, für ihn und seine Gruppe einen Aufenthaltsort in einem anderen Land zu finden, nachdem sich die Weiterreise nach Panama zerschlagen hatte. Freunde des Ex-Präsidenten berichteten, es sei gut möglich, daß Marcos jetzt noch Wochen auf dem Luftwaffenstützpunkt auf Hawaii bleiben werde.

Moskau befriedigt über Äußerungen Lafontaines

Union: Bemerkenswert klares Bild der SPD-Sicherheitspolitik

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit sichtlicher Befriedigung ist in Moskau die Forderung der saarländischen SPD, die den Abzug der NATO-Mittelstreckenwaffen aus Deutschland ohne jede sowjetische Gegenleistung verlangt hatte, aufgenommen worden. Die Nachrichtenagentur Tass erklärte zu dem SPD-Verlangen, die Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine hätten eine „Panik unter den regierenden Kreisen der Bundesrepublik" ausgelöst.

Die Bereitschaft der Saar-SPD, den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der militärischen Organisation der NATO zu betreiben, wird in den Reihen der Union mit tiefer Sorge verfolgt und als Versuch gewertet, einen Ansatz zu schaffen, um das Land militärisch, aber auch politisch aus der Allianz zu lösen und in den Neutralismus zu führen.

„Rau zeigt Schwäche"

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte deren Parlamentarischer Geschäftsführer Rudolf Seiters, Lafontaines Aussagen zur Sicherheitspolitik müßten die Spitzen der SPD und vor allem Rau alarmieren. Aber nichts geschehe. Rau zeige sich abermals unfähig, den politischen Kurs seiner Partei zu bestimmen. Er finde nicht einmal die Kraft, auf seine in den USA gemachte Versicherung hinzuweisen, die SPD stehe fest zur NATO.

Seiters und auch der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Willy Wimmer, fragten danach, ob der SPD-Kanzlerkandidat seine Führungsaufgabe in der Partei wahrnehme. Rau sei offenbar lediglich ein „Täuschungskörper", der die Öffentlichkeit über den wahren sicherheitspolitischen Kurs seiner Partei im Unklaren lassen solle. Da Rau schweige, müßten die Erklärungen von Lafontaine als die „offizielle Position" der SPD aufgefaßt werden.

Die Forderung nach einem „de facto-Austritt" aus der NATO ergäbe zusammen mit der „Nebenaußenpolitik" der SPD, ihrer Forderung nach Abbau und Umwandlung der Bundeswehr in eine Milizarmee sowie der Streichung des Gebotes im Grundgesetz nach Wiedervereinigung „nunmehr ein bemerkenswert klares Bild sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik", meinten die Unionspolitiker.

„Künstliche Erregung"

Die Kräfte, die die Bundesrepublik Deutschland aus dem westlichen Bündnis herauslösen wollten, würden in der SPD immer stärker. Damit, so Wimmer, sei in der Sicherheitspolitik das „Tischtuch" der Gemeinsamkeit mit den anderen demokratischen Parteien in Bonn zerschnitten.

Das SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr erklärte zu den Äußerungen Lafontaines, daß dessen Auffassung bekannt sei. „Die künstliche Erregung darüber ist umso unverständlicher, als kürzlich in der Bundesrepublik allgemein Spanien beglückwünscht wurde zu einer Mitgliedschaft in der NATO außerhalb der militärischen Integration und frei von Atomwaffen", sagte Bahr. Die Lage der Bundesrepublik sei weder mit Spanien noch mit Frankreich vergleichbar. Die Stellung der Bundesrepublik in der militärischen Integration der NATO stehe nicht zur Disposition. Die entsprechende Erklärung von Johannes Rau in den USA gelte, sagte Bahr.

Frankreich wehrt sich gegen den Staub aus Hessen

rtr, Wiesbaden

Filterstaub aus den hessischen Müllverbrennungsanlagen Kassel, Darmstadt und Offenbach darf vorerst nicht mehr in Frankreich deponiert werden. Diese Maßnahme verfügten jetzt französische Behörden, obwohl das Verwaltungsgericht Straßburg Anfang des Monats einen entsprechenden Importstopp aufgehoben hatte. Der hessische Umweltminister Joschka Fischer teilte gestern mit, die Behörden lehnten eine Lagerung der Rückstände auf der lothringischen Deponie Montois-la-Montagne nunmehr mit einer neuen Begründung ab: Eine neue Untersuchung eines schwedischen Wissenschaftlers habe ergeben, daß die Stäube aus Hessen das hochgiftige Dioxin enthielten.

Die festgestellten Werte lägen mit 0,6 ppb (part per billion = ein Verhältnis von eins zu einer Million) und 0,2 ppb knapp über der Bestimmungsgrenze. Bei der Müllverbrennungsanlage Frankfurt-Nordweststadt sei hingegen kein Dioxin nachgewiesen worden, so daß Staub aus der Anlage voraussichtlich vom Mai 1986 an nach Montois gebracht werden könne.

Umweltminister Joschka Fischer ordnete an, daß die giftigen Stäube aus Kassel und Offenbach künftig in die Untertagedeponie nach Herfa-Neurode gebracht werden. Die Rückstände aus Darmstadt müßten auf einer anderen Deponie zwischengelagert werden.

Zwischen der hessischen Industriemüll GmbH (HIM) und dem Deponiebetrieb in Montois war ein Vertrag über die Lieferung von 100 000 Tonnen Filterstäuben abgeschlossen worden. Französische Umweltschützer hatten mehrfach gegen das grenzüberschreitende Müllgeschäft protestiert und waren deshalb vor Gericht gegangen.

Im 116-Streit appelliert Regierung Rau jetzt an Bundespräsident Weizsäcker

Früherer Verfassungsgericht-Präsident präzisiert Bedenken / Düsseldorf erwägt Anschlußklage

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische Landesregierung wird erst nach der Osterpause am 8. April entscheiden, ob sie sich der Normenkontrollklage der SPD-Bundestagsfraktion gegen das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) beim Bundesverfassungsgericht anschließen wird. In einer Pressekonferenz über das 350seitige Rechtsgutachten des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, betonte Landesarbeitsminister Hermann Heinemann (SPD), man werde alle rechtlichen Schritte unternehmen, um diese Gesetzesänderung zu stoppen. Vom Bundesrat sei keine Hilfe zu erwarten, doch appellierte er an den Bundespräsidenten, bei der Ausfertigung des Gesetzes „nicht so leichtfertig mit dem Grundgesetz umzugehen wie die Bundesregierung". Die Änderung des AFG sei „ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg in eine andere Republik". Heinemann: „Das Verhältnis der Bundesregierung zur Macht bereitet mir Angst."

Vehement wehrte sich Heinemann gegen den Vorwurf, Düsseldorf habe sich für den kommenden Wahlkampf „eine parteipolitische Unterstützung eingekauft". Benda betonte, die Landesregierung habe zu keiner Zeit Einfluß auf den Inhalt des im Januar in Auftrag gegebenen Gutachtens genommen. Benda: „Ich habe einen verfassungsrechtlichen Beitrag geleistet und mich hat allein das Thema interessiert."

Benda wiederholte im wesentlichen die aus seiner Bonner Anhörung vor dem Bundestagsbeschluß bekannten verfassungsrechtlichen Bedenken, in die er ausdrücklich auch



Ernst Benda FOTO: FRANZ E. MÖLLER

die nachträglichen Änderungen des Regierungsentwurfs einbezog. So hat Benda weiterhin Bedenken gegen die Neutralitäts-Anordnung des Gesetzes. Es wäre verfassungsrechtlich ebenso unbedenklich gewesen, wenn der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit eine Neutralitäts-Anordnung erarbeitet hätte, die anders als die von 1973 mit der gesetzlichen Ermächtigung übereinstimmt.

Das Gesetz verstoße jedoch gegen die vom Grundgesetz (Art. 9, Abs. 3) garantierte Koalitionsfreiheit, da ein Machtungleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht feststellbar sei. Selbst bei einem Machtungleichgewicht müsse sich der Gesetzgeber auf „organisatorische Regelungen" wie den Ausschluß einzelner Mittel des Arbeitskampfes beschränken. „Dies ist nicht die Aufgabe des Sozialrechts, sondern des Arbeitskampfrechts, das nach heutiger Rechtslage nicht gesetzlich geregelt ist, sondern von der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts wahrgenommen wird."

Selbst wenn die Ziele der Gesetzesänderung als legitim angesehen werden könnten, verstießen sie wegen der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gegen Art 14 GG (Eigentumsgarantie). Die einflußlosen Arbeitnehmer würden als „Faustpfand" benutzt, um andere Ziele zu verfolgen, selbst wenn diese legitim sein sollten. Dies habe erst vor wenigen Tagen das Bundesverfassungsgericht festgestellt.

Schließlich verstoße das Gesetz gegen den Gleichheitsgrundsatz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip, wenn zufällig von einem Streit betroffene Arbeitnehmer nicht nur ihren Lohnanspruch verlören, sondern auch keinen Lohnersatz erhielten. Projiziert auf die Streiks von 1971, 1978 und 1984 hätte dies bedeutet, daß etwa 500 000 Arbeitnehmer kein Kurzarbeitergeld erhalten hätten, wenn der jetzt geänderte Paragraph 116 AFG schon damals gegolten hätte.

Streit um steigende Kosten bei Wehr-Entwicklungen

Wimmer: Abstriche bei Rüstungsprojekten möglich

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zwischen der wehrtechnischen Industrie und den für die Ausrüstung der Bundeswehr verantwortlichen Bonner Politikern bahnt sich ein schwerwiegender Konflikt über eine angeblich nicht genügend sorgfältig geplante Verwendung von Steuergeldern an. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, beklagt, daß die Entwicklungskosten für große Waffensysteme unverhältnismäßig in die Höhe geschnellt seien. Es sei nicht mehr auszuschließen, daß Rüstungsprojekte aus Finanzgründen gestrichen werden müßten.

Die Hardthöhe habe bisher kein Instrument zur Verfügung, gegenüber der Industrie nachzuprüfen, ob deren Nachforderungen gerechtfertigt seien. So sind die Kosten für den Panzerabwehrhubschrauber der zweiten Generation innerhalb von zwei Jahren um 40 Prozent überschritten worden. Ursprünglich waren im Haushalt eine Milliarde Mark an Kosten eingeplant gewesen. Ähnliche Vorgänge sind nach Wimmers Worten bei anderen Waffenentwicklungen gleichfalls zu beobachten. Das Verteidigungsministerium müsse deshalb aufpassen, daß es in absehbarer Zeit nicht wie früher unter Minister Apel in die Gefahr gerate, in einer „Rüstungsklausur" wichtige Projekte streichen oder strecken zu müssen und dann wie damals unter der Verantwortung des SPD-Politikers Sicherheitslücken im Beschaffungsprogramm für die Truppe hinzunehmen.

Wimmer sagte, aus diesem Grunde unterstütze die CDU/CSU-Fraktion die gegenwärtig laufenden Bemühungen von Staatssekretär Manfred Timmermann, in einer Neuordnung der Rüstungsabteilung des Verteidigungsministeriums die Fähigkeit zur Überprüfung der finanziellen wie technischen Solidität von Entwicklungsofferten der Industrie zu schaffen. Parallel dazu sei eine Kommission der Fraktion unter Leitung des Abgeordneten Udo Ehrbar beauftragt, das Beschaffungswesen der Bundeswehr kritisch zu durchleuchten.

Reagan will den sandinistischen ‚Krebs' entfernen

AFP, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat ein „Herausschneiden" der sandinistischen „Krebsgeschwulst" gefordert. In einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin „Time" erklärte Reagan, die Machtübernahme der Sandinisten sei ein „Piratenakt" gewesen. Ebenso wie Castro auf Kuba hätten die Sandinisten nach dem Sturz des ehemaligen Regimes „ihre Verbündeten verjagt und ein totalitäres kommunistisches Regime errichtet".

Auf die Frage nach einer eventuellen amerikanischen Intervention in Nicaragua meinte der Präsident, die USA würden in diesem Falle all ihre Freunde in Lateinamerika verlieren. Diese wollten zwar, daß Washington den „Contras" helfe, jedoch ohne Entsendung eigener Truppen. Ganz ausschließen wollte Reagan ein militärisches Eingreifen nicht: Falls sich die „feindseligen Akte" der Sandinisten eines Tages gegen die USA selbst richten sollten, dann müßten die Amerikaner „sich schützen".

Verteidigungsminister Weinberger erklärte unterdessen, im Falle einer Bewilligung der von Reagan geforderten Hilfe für die antisandinistische Guerrilla werde Washington eventuell Militärberater nach Honduras schicken, um dort die „Contras" für den Kampf gegen das sandinistische Regime auszubilden.

Das Hilfspaket von 100 Millionen Dollar ist vorerst am Widerstand des Repräsentantenhauses gescheitert.

Moskau weiter für Atomtest-Stopp

AP, Moskau

Die Sowjetunion will trotz des neuen amerikanischen Atomversuchs an ihrem bis Ende März geltenden Verzicht auf die Erprobung eigener Atomwaffen festhalten. Die amtliche Nachrichtenagentur „Nowosti" meldete, die Versuchsreihen blieben wie angekündigt bis zum Ende des Monats unterbrochen. Ob sie anschließend wieder aufgenommen würden, hänge davon ab, ob Washington sich dem einseitig verkündeten Teststopp anschließen werde. Die Parteizeitung „Prawda" hatte den amerikanischen Atomversuch vom Samstag als eine unverschämte Herausforderung für die Weltöffentlichkeit und einen „kurzsichtigen Schritt" bezeichnet.

Volkskongreß beginnt in Peking

AFP, Peking

Die Verabschiedung des siebten Fünf-Jahres-Plans (1986–1990) steht im Mittelpunkt des Nationalen Volkskongresses Chinas, der heute in Peking beginnt. Der Plan wird als eine wesentliche Etappe auf dem Weg zur Verdoppelung der Industrie- und Agrarproduktion dargestellt, die sich die Führung der Volksrepublik bis zum Ende des Jahrhunderts zum Ziel gesetzt hat. Wegen der Konjunkturüberhitzung als Folge der Reformpolitik wurden die Wachstumsraten von mehr als zehn Prozent auf etwa sieben Prozent reduziert. Ministerpräsident Zhao Ziyang wird die zehntägige Parlamentstagung mit einem Rechenschaftsbericht der Regierung eröffnen.

‚Widersprüche der Justiz'

CDU/CSU: Rau muß sich zur Verantwortung bekennen

gba. Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, hat den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau aufgefordert, endlich den wahren Umfang der „politischen Einflußnahme" auf die Entscheidung zur Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Bundeskanzler preiszugeben. Es sei „schlimm, daß es öffentlichen Drucks bedurfte, damit wenigstens Bruchstücke der Wahrheit zutage kamen", erklärte Miltner in Bonn.

Der CDU-Politiker rief die widersprüchlichen Äußerungen aus der nordrhein-westfälischen Justiz und aus dem Kabinett Rau in Erinnerung: So habe Innenminister Schnoor versichert, die Bonner Staatsanwaltschaft habe „aus eigener Erkenntnis entschieden", sei aber zwei Tage später von Generalstaatsanwalt Schmitz öffentlich Lügen gestraft worden. Dieser habe eingestehen müssen, daß er die Bonner Staatsanwälte „angewiesen" habe. Danach habe Raus Justizminister Krumsiek noch bestritten, daß er selbst eine Weisung erteilt habe: „Der Generalstaatsanwalt ist von sich aus tätig geworden." Dieser allerdings mußte inzwischen wieder einräumen, daß er erst nach der „Entschließung" des Ministers tätig geworden war – aus Sicht Miltners der Beweis für die politische Einflußnahme.

Fest stehe trotz dieser Widersprüche, daß die Bonner Staatsanwaltschaft zu einem Ermittlungsverfahren gegen den Bundeskanzler gezwungen worden sei, „obwohl drei Staatsanwälte unabhängig voneinander nach sorgfältigster Prüfung zu dem schriftlich von ihnen fixierten Ergebnis gelangt sind, daß hierfür keinerlei Grund vorliegt", erklärte Miltner. Johannes Rau, der Krumsiek „politisch und persönlich auf das engste verbunden ist", werde die Frage nach seiner eigenen Beteiligung beantworten müssen. Die Öffentlichkeit habe einen Anspruch darauf, die ungeschminkte Wahrheit zu erfahren. „Der politische Anstand verlangt, daß Rau sich zu seiner Verantwortung bekennt, die ihm gestellten Fragen beantwortet und alle Fakten auf den Tisch legt."

Wenn eine Sekretärin Reden redigiert

dpa, Jerusalem

Israels Außenminister Yitzhak Shamir wäre um ein Haar wegen der heimlichen Änderung einer seiner Reden durch eine Sekretärin in ein sehr peinliches politisches Fettnäpfchen getreten. Die 29jährige Orna Korlanski hatte am Computer in der Kanzlei des konservativen Politikers dessen Parteitagsrede geändert, „ein wenig mit ihr gespielt, einige Passagen geändert", wie sie selbst sagte.

Schamir hätte – falls er dem Manuskript gefolgt wäre – seine rechtsgerichtete Cherut-Partei aufgefordert, „ja zu sagen zu einer stets irrenden Partei ... Wir müssen das nationale Lager verkleinern." In Wirklichkeit hatte Schamir sagen wollen, daß das nationalistische Lager gestärkt und vergrößert werden müsse. Die Änderungen waren durch einen Zufall entdeckt worden. Ob Frau Korlanski entlassen wird oder juristische Folgen ihres „Scherzes" fürchten muß, war nicht zu erfahren.

280 Reisende durften nicht nach Leipzig

AP, München

Die Grenzbehörden in der „DDR" haben im Reiseverkehr zur Leipziger Messe dieses Jahr bisher 280 Reisende zurückgewiesen. An den bayerischen Übergängen zur „DDR" waren es 132 Personen. Wie die Grenzpolizei berichtete, ist allein 124 Menschen am Übergang Hirschberg an der Autobahn München–Berlin die Einreise verweigert worden. Bei den Zurückgewiesenen handelte es sich fast ausschließlich um ehemalige „DDR"-Bürger, denen die Umsiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestattet worden war.

Überflüssige Steuer

Stü. – Wenn die Eigenkapitalschwäche der deutschen Unternehmen kein Dauerzustand bleiben soll, dann muß – darin sind sich die Experten einig – die Aktie als Finanzierungsinstrument attraktiver werden. Als Hindernisse auf diesem Weg gelten die Gesellschaftsteuer, die insbesondere die Umwandlung eines Unternehmens in eine Aktiengesellschaft verteuert und die Börsenumsatzsteuer. Die Bundesregierung hat deshalb schon vor Jahren verkündet, diese Steuern seien überflüssig.

Den Worten folgten aber bis heute keine Taten. Zunächst wurde der EG der Schwarze Peter zugeschoben. Eine Brüsseler Richtlinie schreibt die Gesellschaftsteuer zwar zwingend vor, läßt den Mitgliedstaaten aber freie Hand bei der Wahl des Steuersatzes. Das brachte die Bonner Steuerexperten auf die Idee, mit einem Steuersatz von null die rechtlichen Klippen zu umschiffen.

Doch mittlerweile dämpft etwas anderes den Elan der Steuerreformer: Mit der Aktienhausse und Rekordumsätzen an der Börse sprudeln auch die Einnahmen aus den beiden Kapitalverkehrsteuern spürbar kräftiger. Aus der Börsenumsatzsteuer kassierte der Bundesfinanzminister 1985 über eine halbe Milliarde Mark, 220 Millionen mehr als ein Jahr zuvor, und auch die Gesellschaftsteuer brachte mit 424 Millionen Mark rund 70 Millionen Mark mehr in die Kasse. So sorgt ausgerechnet der Höhenflug der Aktienkurse dafür, daß bessere Rahmenbedingungen für die Aktie noch länger auf sich warten lassen.

Behutsam

J. Sch. (Paris) – Trotz des forschen Auftretens ihres Premierministers Chirac hat die neue französische Regierung die Arbeit eher behutsam aufgenommen. Hochgespannte Erwartungen blieben zunächst unerfüllt. Es brauchte ja nicht gleich eine Paritätsberichtigung zu sein, aber immerhin war versprochen worden, „sofort nach den Wahlen" die totale Preisfreiheit herzustellen. Hiervon ist heute kaum noch die Rede, nachdem inzwischen selbst der hochliberale *Antoine Pinay, der „Retter des Franc"* von 1958, davon abgeraten hat. Und nicht zuletzt wurden die Denationalisierungspläne in Privatisierungsversprechen umgetauft, was keineswegs das gleiche ist. *Konkret geht es zunächst wohl* nur um die Beschäftigungsprobleme, zu deren Lösung auf dem Verordnungswege am 2. April eine Generalermächtigung des Parlaments beantragt werden soll.

HANDWERK / Ganz erhebliche Ausbildungsanstrengung und 250 000 Lehrstellen

Schnitker: Vorsichtiger Optimismus und Hoffnung auf die Steuerpolitik

ARNULF GOSCH, Bonn

Trotz vieler drückender Probleme blickt das Handwerk wieder hoffnungsvoller in die Zukunft. Wie der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Paul Schnitker, gestern bei Vorlage der Jahresbilanz 1985 vor der Presse in Bonn erklärte, sei nur „vorsichtiger Optimismus" angebracht, weil das Jahr 1986 zwar wieder Wachstum bei Umsatz und Beschäftigung, aber noch keinen Anschluß an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bringen wird.

Nach einem Rückgang des Umsatzes von real 2,5 Prozent im vergangenen Jahr erwartet das Handwerk für 1986 einen Umsatzanstieg von real 1,5 (nominal zirka drei) Prozent auf rund 397 Milliarden Mark. Die Zahl der Beschäftigten dürfte um rund ein Prozent auf wieder etwa 3,9 Millionen steigen. Das Handwerk setzt dabei auf eine spürbare Erholung der Investitionsbereitschaft seiner Betriebe: Ein Wachstum der Investitionen um real zwei bis drei (nominal vier bis fünf) Prozent auf rund 13 Milliarden Mark wird für möglich gehalten.

Nach Schnitkers Worten will das Handwerk auch seine „außerordentlichen" Ausbildungsanstrengungen fortsetzen und ebenfalls in diesem Jahr mit einem registrierten Angebot von rund 250 000 Lehrstellen an die Jugend herantreten. Man müßte sich aber schon darauf einrichten, daß in 1986, wie erstmals schon in 1985, nicht alle angebotenen Lehrstellen besetzt werden können. Darum will sich das Handwerk verstärkt um Mädchen, Abiturienten und ausländische Jugendliche bemühen. Zur Zeit würden neue Modelle entwickelt, *zum Beispiel zur Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Abiturienten.* Ganz generell will das Handwerk qualifizierte Ausbildung und ständige Weiterbildung als ein „Paket" zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Steigerung der Beschäftigung einsetzen.

Mit Nachdruck forderte der Handwerkspräsident eine Mittelstandskomponente in der Steuerpolitik und eine Senkung der explodierenden Lohnzusatzkosten. Denn bei allem vorsichtigen Optimismus sei die gegenwärtige wirtschaftliche Lage noch keineswegs zufriedenstellend. Zu groß sei noch der Nachholbedarf. So habe sich die Schere zwischen Kosten und Erträgen weiter geöffnet. Die Steuer- und Abgabenbelastung sei weiter gestiegen. Das hat mit dazu beigetragen, daß der Eigenkapitalmangel vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen – namentlich im Baugewerbe – bedrohliche Ausmaße angenommen habe. Durchschnittlich betrage der Eigenmittelanteil bei den kleineren und mittleren Unternehmen des Handwerks nur noch zehn Prozent und im Baugewerbe nur noch ein Prozent. Schnitker *kritisierte, daß auch bei staatlichen* Vergünstigungen mittelständische Unternehmen wesentlich benachteiligt seien. Bereits 1980 sei die relative Begünstigung der Großunternehmen durch Subventionen rund zehnmal so hoch wie die der Kleinunternehmen und fast doppelt so hoch wie die der mittleren Unternehmen gewesen. Diese Entwicklung und die ständige Zunahme von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft sollte nach Schnitkers Worten von der Politik als Alarmzeichen verstanden werden.

Wirksame Hilfe sei notwendig und letztlich nur durch eine nachhaltige Stärkung der Kapitalkraft und der Investitionsfähigkeit der Unternehmen möglich. Hier habe die Steuerpolitik ebenso anzusetzen wie die Sozialpolitik. Schnitker forderte zum wiederholten Male die Zulassung einer vorgezogenen Abschreibung in Form einer mittelstandsbezogenen steuerstundenden Investitionsrücklage, wie sie in Österreich erfolgreich praktiziert werde. Mit Ablehnung im politischen Raum (so zuletzt durch Bundeswirtschaftsminister Bangemann) könne sich das Handwerk auf Dauer nicht abfinden. Es erwarte konkrete Maßnahmen und nicht nur unverbindliche Betrachtungen. Schnitker warnte in diesem Zusammenhang vor einem Griff nach der Mehrwertsteuer. Wer diese Steuer als Manövriermasse zur Kompensation von Steuerentlastungen an anderer Stelle ansehe, verkenne die mit Mehrwertsteuerer*höhungen verbundene Problematik.*

WELTWIRTSCHAFT

Kieler Institut erwartet wieder gesundes Wachstum

GEORG BAUER, Kiel

Das reale Sozialprodukt in den Industrieländern wird nach Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft *in Kiel 1986 durchschnittlich* um deutlich mehr als drei Prozent wachsen. Das Institut, das die wirtschaftliche *Situation vor dem Hintergrund* des Ölpreisverfalls analysierte, kommt zu dem Schluß, daß die Ar*beitslosenquote dank* wachsender Beschäftigung sinken wird. Für den Welthandel wird, bedingt durch stei*gende Einkommen auf Grund* der expansiven Geldpolitik und des sinkenden Ölpreises, ein Wachstum von vier Prozent prognostiziert.

Vorsichtig äußert sich das Institut zur Entwicklung der Wirtschaft und der Inflationsrate im kommenden Jahr. Wenn der Wiederanstieg der Inflationsrate vor allem als Normalisierung nach dem ölpreisbedingten Sondereffekt verstanden werde und die Zentralbanken ihren Kurs bei der Geldpolitik nicht änderten oder erst im Verlauf des Jahres 1987, könnte das reale Sozialprodukt ähnlich wachsen wie 1986.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, schlägt das Institut den Notenbanken einen Kurs vor, der sich an mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten orientiert. Voraussetzung für einen solchen Wechsel sei aber, daß sich die Wirtschaftspolitik international *nicht „an so unwichtigen Größen* wie den Leistungsbilanzsalden" ausrichte. Deutliche Worte richet das In*stitut an die sieben führenden* Wirtschaftsnationen des Westens. Auf ihrem Gipfel in Tokio müsse Grundlage ihrer Diskussion eine gemeinsame Wachstumsoffensive sein, die auf eine Liberalisierung des Welthandels zielt und den Abbau von Eingriffen in die Märkte vorantreibt.

Zufrieden äußert sich das Institut über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Im vergangenen Jahr lag der reale Verbrauch erstmals wieder über dem Niveau von 1980. Auch würden die inländischen Konsum- und Investitionsausgaben in diesem Jahr auf Grund der Steuerpolitik der Bundesregierung vermutlich rascher steigen als im Vorjahr. Durch die Aufwertung der D-Mark rechnet das Institut damit, daß die deutschen Exporte 1986 kaum stärker steigen als der Welthandel. Für die Leistungsbilanz sagt Kiel ein Plus von 60 Mrd. Mark voraus.

Aus der Analyse geht hervor, daß die Entwicklung des Arbeitsmarktes ähnlich eingeschätzt wird wie im vergangenen Jahr. Zwar steige die Zahl der Beschäftigten um „reichlich 350 000", doch wirke sich diese Zunahme wegen der geburtenstarken Jahrgänge, die auf den Arbeitsmarkt drängten, und der nicht als arbeitslos registrierten Kräfte nur teilweise auf die Arbeitslosenzahl aus. Saisonbereinigt liegt die Zahl nach Einschätzung des Instituts Ende 1986 bei etwa *zwei Millionen. Erstmals seit 1982* könne aber damit gerechnet werden, daß die Quote im Spätsommer die Zwei-Millionen-Grenze unterschreite.

Traumziel Binnenmarkt

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Kleinvieh macht auch Mist, sagen die Europa-Pragmatiker und haben recht damit. Die Erfahrung zeigt, daß Detailbeschlüsse über den Abbau von Handelshemmnissen oft mehr wert sind als ein Dutzend politischer Sonntagsreden. Die Einsicht, daß der europäische Binnenmarkt nicht mit einem Federstrich verwirklicht werden kann, *sondern geduldiger Kleinarbeit* bedarf, zwingt allerdings noch lange nicht dazu, jedes Harmonisierungsproblem gleich zu einem Thema auf hoher politischer Ebene zu machen.

Die Tagesordnungen der Brüsseler Ministerräte beginnen allmählich auch die gutwilligsten Ressortchefs zu verschrecken. Nur zwei EG-Regierungen haben zum Beispiel zur jüng*sten Sitzung des „Binnenmarktrates"* noch einen Minister entsandt, die übrigen zehn einen Staatssekretär oder einen Beamten ihrer Ständigen Vertretung in Brüssel. Welcher Politiker fühlt sich schon angesprochen, wenn über Umsturzvorrichtungen und Zapfwellen für Schmalspur-Traktoren, über Schutzaufbauten für Spezialmaschinen oder über den zulässigen Geräuschpegel für Hydraulik-Bagger verhandelt wird.

Dabei war die Schaffung eines besonderen Ministerrates für Probleme des Binnenmarktes durchaus sinnvoll. Die Außenminister, die zuvor für diese Fragen zuständig waren, ließen *sich dafür nämlich noch weniger* sensibilisieren als ihre Kollegen vom Wirtschaftsressort. Sie sind quasi von Amts wegen eher *auf die Außenbeziehungen* der Gemeinschaft fixiert als auf den inneren Ausbau der EG. Die Befassung des *„Allgemeinen Rates"* mit technischen Problemen führte immer wieder dazu, daß die gleichen Experten, die den Ministern die Sprechzettel lieferten, auch die Empfänger der politischen Weisungen waren.

Nicht alles, was auf den ersten Blick „technisch" aussieht, ist freilich im Binnenmarktbereich von geringer Bedeutung. Hinter schwer verständlichen oder belanglos anmutenden Themen verbergen sich manchmal bedeutende wirtschaftliche *Interessen und widerstreitende* ordnungspolitische Grundsätze. Ein Beispiel dafür ist die Angleichung der technischen *Zulassungsbestimmungen* für Kraftfahrzeuge: Mit der Rechtsharmonisierung auf europäischer Ebene wird hier zugleich auch über die Öffnung des EG-Marktes für Drittlandsimporte entschieden.

Eigentlich könnte es längst das „Europa-Auto" geben. Jeder Wagen, der den gemeinsamen verabredeten Standards entspräche, erhielte dann in allen Mitgliedsländern automatisch die Betriebserlaubnis. Von den rund 60 erforderlichen EG-Richtlinien im Kfz-Bereich stehen jedoch seit Jahr und Tag drei aus (darunter die über Verbundglas für Windschutzscheiben). Grund dafür ist allein, daß sich die Regierungen nicht darüber einigen können, ob die EG-Zulassung nur für europäische oder auch für japanische Autos gelten soll.

Einen Schritt voran bei der Beseitigung technischer *Handelsschranken* bildet der Versuch, die Harmonisierung von Rechtsvorschriften und Normen nicht mehr bis in die letzten Details vorzunehmen, sondern sich auf Gemeinschaftsebene auf die Formulierung der wichtigsten sicherheits-, gesundheits- und umweltpolitischen Ziele zu konzentrieren. Grundsätzlich sollen Normen, die in einem EG-Land gelten, künftig auch in jedem anderen anerkannt werden, was der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes entspricht. Der Ehrgeiz, alles bis ins Detail genau in EG-Vorschriften umzusetzen, ist von jeher ein verlorener Wettlauf mit dem technologischen Fortschritt gewesen.

Auch der neue Ansatz der Kommission für die Rechtsangleichung kann freilich die Probleme nicht aus der Welt schaffen, wenn unter dem Einfluß der Lobby ständig perfektionistische Lösungen angestrebt werden. Der Richtlinienentwurf über die Baggergeräusche umfaßt immer noch 28 Druckseiten, obwohl er angeblich nur die allerwichtigsten Qualitätsziele umschreibt. Wenn der einheitliche Binnenmarkt erreicht werden soll, ist nicht mehr, sondern weniger Dirigismus erforderlich. Die Experten finden schon eine Lösung, wenn man ihnen die richtigen Vorgaben gibt. Wichtig ist allein die Bereitschaft, auf nationale Sonderregelungen zu verzichten, auch wenn diese historisch gewachsen sind. Für die Politiker reicht es aus, liberale Lösungen anzuvisieren und im übrigen die Sachverständigen zur Einigung anzuspornen.

AUF EIN WORT

»Angesichts der schwierigen Marktbedingungen, mit denen sich die Landmaschinenindu*strie konfrontiert sieht,* betrachten wir allein schon die Tatsache, daß schwarze Zahlen geschrieben wurden, als Erfolg. Allerdings kann uns eine Umsatzrendite von unter einem Prozent auf Dauer nicht befriedigen.«

Helmut Claas, Vorsitzender der Geschäftsführung der Claas oHG, Harsewinkel. FOTO: DIE WELT

Opec: Ohne Einigung vertagt

AP/rtr, Genf

Den Fachministern der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) ist es in tagelangen Verhandlungen nicht gelungen, sich auf Kürzungen der Produktion zur Stabilisie*rung der drastisch gesunkenen Öl*preise zu verständigen. Ein Opec-Sprecher sagte gestern, die Sonderkonferenz sei unterbrochen worden und werde am 15. April fortgesetzt. Es seien keine Abmachungen getroffen worden, sagte der Sprecher in Genf. Ein Delegationsmitglied faßte zusammen: „Keine Gesamtfördergrenze, keine Quoten, gar nichts."

AUSLANDSINVESTITIONEN

Gelder flossen vor allem in die Industrieländer

S. R. Bonn

Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland sind im vergangenen *Jahr ungewöhnlich stark gestiegen,* von 9,3 Mrd. DM in 1984 auf 13,6 Mrd. DM in 1985. Mit 13,2 Mrd. DM (1984: 7,9 Mrd. DM) entfiel davon der weitaus größte Teil auf Industrieländer. Die Nettotransferleistungen in Entwicklungsländer sind, wie das Bundeswirtschaftsministerium jetzt mitteilt, mit 0,4 Mrd. DM (1984: 1,4 Mrd.) auf einen sehr niedrigen Stand gesunken. Neben allgemeinen Trends wirken sich hierbei einige Großinvestitionen, insbesondere in den USA und in Europa, beziehungsweise größere Kapitalrückführungen aus Entwicklungsländern im Zusammenhang mit einigen Großprojekten aus.

Die wichtigsten Anlageländer waren 1985 die USA mit 7665 Mill. DM, Großbritannien mit 2616 Mill. DM und Italien mit 1222 Mill. DM. Die Investitionen in den USA waren damit doppelt so hoch wie in den Vorjahren. Getätigt wurden die Auslandsinvestitionen vor allem von der chemischen Industrie (4149 Mill. DM), den Kreditinstituten (2815 Mill. DM) und den Versicherungsunternehmen (2052 Mill. DM).

Die Nettotransferleistungen für ausländische Direktinvestitionen in der Bundesrepublik sind 1985 eben*falls gestiegen,* von 3,1 Mrd. DM in 1984 auf 3,6 Mrd. in 1985. Die wichtigsten Herkunftsländer waren die Niederlande (773 Mill. DM), *Großbritannien* (619 Mill. DM), Japan (588 Mill. DM), USA (572 Mill. DM) und die Schweiz (537 *Mill. DM*).

ROHÖLIMPORTE

Preis sank im Durchschnitt um mehr als ein Drittel

A. G. Bonn

Die Senkung der Rohölpreise durch die Förderländer, die durch den niedrigeren Wechselkurs des US-Dollar gegenüber der *D-Mark* zusätzlich verstärkt wurde, hat der Bundesrepublik eine kräftige Devisenersparnis beschert. Wie das Bundeswirtschaftsministerium unter Berufung auf vorläufige Berechnungen des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft (BAW) gestern mitteilte, fiel im Januar und Februar dieses Jahres die Rechnung für die deutschen Rohölimporte mit 4,7 Milliarden Mark um gut 2,5 Milliarden Mark niedriger aus als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Der mengenmäßige Rückgang der Rohöleinfuhren um 2,7 Prozent auf 10,4 Millionen Tonnen habe zu diesem Ergebnis nur unwesentlich beigetragen. Ganz anders dagegen die Ölpreisentwicklung: So verbilligte sich die Tonne Rohöl frei deutsche Grenze im Schnitt der ersten beiden Monate gegenüber der Vorjahresver*gleichszeit um 33 Prozent* auf nunmehr 452,73 Mark.

Die in diesem Februar eingeführten 4,7 *Millionen Tonnen Rohöl* (minus 5,1 Prozent) kosteten frei deutsche Grenze durchschnittlich sogar nur noch *401,83* Mark pro Tonne, was einem Rückgang um knapp 42 Prozent entspricht. Ähnlich niedrig war der Preis zuletzt im Februar 1980.

Die fünf größten von insgesamt zwölf Lieferländern waren im Januar und Februar Großbritannien (2,97 Millionen Tonnen), Nigeria (1,6), Libyen (1,3), Venezuela (1,1) und Norwegen (0,92). Auf den nächsten Plätzen folgten Saudi-Arabien, Algerien, die Sowjetunion, Iran, Ägypten, Syrien und Italien.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Dollar und Pfund notierten fester

Frankfurt (cd.) – Mit einem Anstieg um gut fünf Pfennig auf knapp 2,30 DM reagierte der Dollar gestern auf den Rücktritt des Fed-Vizepräsidenten Martin, der am Markt als Stärkung der Position von Notenbankchef Volcker, Gegner einer forcierten Zinssenkung und Dollarabwertung, interpretiert wird. Den Tageshöchststand konnte der Dollar, der amtlich mit 2,2887 (2,2513) *DM notiert wurde,* jedoch nicht behaupten. Fest tendierte auch das Pfund, das in Erwartung einer Einigung über eine Ölförderungsbeschränkung zunächst um gut sechs Pfennig auf 3,44 DM anzog, nach Vertagung der Genfer Opec-Konferenz aber auf 3,41 DM abrutschte. Der amtliche Kurs wurde mit 3,4220 (3,3780) DM notiert.

„Schärfere Aufsicht"

Bremen (dpa/VWD) – Die Mittelstandsvereinigung der CDU macht sich für eine Verschärfung der Kartellaufsicht zum Schutz des Einzelhandels stark. Die angestrebte Selbstbeschränkung der Wirtschaft habe nicht funktioniert, beklagte der Bundesvorsitzende der Vereinigung, Gerhard Zeitel. Die bisherigen Wettbewerbsgesetze seien zu wenig auf eine „Kontrolle der Verhaltensweisen" im Sinne eines „fairen Leistungswettbewerbs" abgestellt.

Autos teurer

Paris (AFP) – Die Preise für französische Autos werden nach den Angaben der Produzenten auf dem Binnenmark um rund zwei Prozent angehoben. Der staatliche Renaultkonzern kündigte einen Preisaufschlag von „durchschnittlich zwei Prozent" an. Die private Gruppe Peugeot SA wird die Citroen-Modelle um durchschnittlich 1,9 Prozent verteuern.

Baustoffe in der Krise

Bonn (A.G.) – Die Baustoffwirtschaft leidet weiterhin unter der schlechten Baukonjunktur. Angesichts der negativen Wohnungsbauindikatoren wird sich der Baustoffsektor auch 1986 „anpassen" müssen. Wie der Präsident des Bundesverbandes Steine und Erden, Peter Schuhmacher, mitteilte, verringerte sich die Baustoffproduktion 1985 um 8,5 Prozent, nachdem sie 1984 noch um ein *Prozent gestiegen war.*

UdSSR-Besuch

Bonn (dpa/VWD) – Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) fährt am 2. April an der Spitze einer Wirtschaftsdelegation nach Moskau. Bangemann wird sich nach Moskauer Informationen bis zum 8. April zu Gesprächen im Rahmen der 14. Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission in der UdSSR aufhalten. Den Verhandlungen kommt vor dem Hintergrund der großen Investitionsvorhaben im neuen sowjetischen Fünfjahresplan eine besondere Bedeutung zu.

Liberia privatisiert

Monrovia (AFP) – Zwölf öffentliche Unternehmen Liberias werden aus Gründen der „Rentabilität und der Wettbewerbsfähigkeit" teilweise oder gänzlich privatisiert, um besser zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beizutragen. Das Parlament dieses westafrikanischen Staates hatte einem Gesetzesentwurf zugestimmt, mit dem Präsident Samuel Doe die Genehmigung erhielt, die *Unternehmen der Elektrizitätswirt*schaft, der Wasserversorgung, des Fernmeldebereichs und die Erdölraffinerien zu privatisieren.

Whisky-Streit

London (fu) – Das bilang höchste Übernahmeangebot in der britischen Unternehmensgeschichte ist in den Verkaufsverhandlungen um den größten schottischen Whisky-Produzenten Distillers abgegeben worden. Die beiden konkurrierenden Gruppen – der britisch-irische Brauereikonzern Guiness und der britische Supermarktkonzern Argyll – bieten jeweils 2,5 Mrd. Pfund (acht Mrd. DM).

Hauptrolle für Jerry

Hdt. – Werbefachleute wissen, was beim Verbraucher ankommt, sie wissen auch, wer bei ihnen ankommt. Prominente Persönlichkeiten eignen sich besonders dafür, Schauspieler beispielsweise, die gerade „in" sind, und auch die Angehörigen des Hochadels. Wohl dem Produkt, für das eine Prinzessin wirbt, am besten eine aus dem Geschlecht der Grimaldis, dem Herrscherhaus von Monaco, denn die sind besonders fotogen.

Aber auch andere Lebewesen sind gefragt, und zu denen gehört neuerdings auch Jerry, ein Hund, aber nicht ein gewöhnlicher, sondern der aus der Fernsehserie „Schwarzwald-Klinik". Dort spielt er als vierbeiniger Begleiter von Professor Brinkmann zwar nur eine Nebenrolle, jetzt wird er Hauptdarsteller in einer TV-Werbekampagne, mit der ein führender Hersteller von Tiernahrung einem seiner Produkte zu noch größeren Umsatzsprüngen verhelfen will. Der Plan wird sicher gelingen, wetten, daß?

Selten gelesen, oft nicht verstanden

DW. Bonn

Gebrauchsanweisungen werden oft nicht gelesen, vielfach nicht verstanden und darum nicht umgesetzt. Das ist das Fazit einer Untersuchung der Hamburger Betriebswirtin Dörte Petersen. Gebrauchsanweisungen verfehlten folglich oft ihren Zweck, bewirkten Ärger und führten sogar gelegentlich zu Schäden.

Die Autorin führt das darauf zurück, daß Hersteller Gebrauchsanweisungen häufig nur als ein notwendiges Übel betrachteten. Fachleute, die die Anforderungen von Herstellern und Verwendern der jeweiligen Produkte und Nutzer der Gebrauchsanweisungen berücksichtigten, könnten einen Weg aus dem Dilemna zeigen und ein wirkungsvolles Instrument für das Marketing erschließen. Die Untersuchung (162 Seiten, 30 DM, für BDW-Mitglieder 15 DM) von Dörte Petersen ist unter dem Titel „Die Gebrauchsanweisung als kommunikatives Mittel" bei der BDW Service- und Verlagsgesellschaft Kommunikation mbH erschienen.

MARKETING

Oft zu weit weg vom Verbraucher

DW. Zürich

Die Hersteller geben heute zuviel Geld aus, um Waren in die Läden hineinzudrücken, aber zuwenig, damit die Produkte in den Läden auch verkauft werden. Diese Ansicht vertritt Helmut Mauchner, Delegierter des Nestlé-Verwaltungsrates in der neuesten Ausgabe der in der Schweiz erscheinenden Fachzeitschrift „Werbung-Publicité".

Mauchers plädiert dafür, daß die Werbung den Verbraucher emotionell anspricht. „Wir wollen keine gesellschftspolitische Werbung machen, sondern solche, die Produkte verkauft." Der Konsument wisse sehr wohl seine eigenen Interessen von seinen gesellschaftspolitischen Ideen zu trennen. Mit der zunehmenden Gesetzesflut in Zusammenhang mit dem Konsumentenschutz stiegen die Kosten. Das führe zu einem „Heissa-Marketing, und ein jeder nennt seine Läuse Gazellen". Vor allem bei Investitionen, aber auch in der Forschung müsse man sich an den langfristigen Wünschen der Konsumenten orientieren.

Oft seien die Marketing-Leute zu weit weg von den Konsumenten. Sie blickten zu viel in Marktforschungstabellen, statt direkt an die Front zu gehen, in die Läden, in die Warenhäuser, in die Einkaufscenter. Ohne diese eigene Marktforschung wüßten die Marketingleute aber nicht mehr, was die Konsumenten wollen.

Kritisch äußert sich der Top-Manager zu jungen Leuten, die ins Marketing wollen. Sie dächten häufig zu wenig unternehmensorientiert. „Ich suche bescheidene Leute, die mir schlicht und einfach helfen wollen, mehr zu verkaufen." Sie müßten von den Produkten überzeugt sein, dann könnten sie auch andere überzeugen.

Eine Lanze bricht Maucher für die Werbeagenturen. Zu Recht seien sie im Umgang mit ihren Kunden oft frustiert: „Dort gibt es sieben Stellen, die 'nein' sagen können, aber nur eine Stelle, die 'ja' sagen kann.

Im übrgen warnt der Nestlé-Chef vor globalem Marketing. Damit hätten einige Leute ein Mittel gefunden, um mehr Macht an sich zu reißen. Zwar wüchsen die Welten zusammen, und der Unternehmer brauche größere Märkte, „aber Global-Marketing kann ich mir eigentlich nur bei Computern oder bei Benzin vorstellen. In der Ernährung ist das unmöglich", meint Maucher.



MEDIEN / „freundin"-Kampagne von Burda zeigt ein neues Leitbild für die Frau von heute

„Lieber Karriere als Betten machen"

KAREN SÖHLER, Bonn

Mode, Stricken, Frisuren, Kochrezepte – diese Begriffe sprudeln aus dem Gehirn eines „Unbelesenen", wenn er auf Frauenzeitschriften angesprochen wird; mögen sie nun „Katrin" oder „Brigitte" heißen oder „freundin". Ja – bis vor kurzem hätte auch sie sich diese oberflächliche Einordnung gefallen lassen müssen. Doch das ist inzwischen alles anders.

Der Burda-Verlag und seine werbenden Köpfe haben erkannt: Die moderne Frau will anders angesprochen werden. Mit der neuesten Technik, die Locke zu kräuseln, oder dem Hit unter den Schweine(fleisch)-Gerichten läßt sich kein Kochtopf mehr gewinnen; dafür aber mit dem Slogan „Die Frauen von heute machen lieber Karriere als Betten". Dieser Satz prangt seit etwa vier Wochen auf zahlreichen Plakaten, auf denen außerdem eine Frau abgebildet ist, die diese Worte verkörpern soll. Sie wirkt selbstbewußt und attraktiv.

Dieses Plakat ist eins von sechs, die der Burda-Verlag etwa sechs Wochen lang in der Bundesrepublik streuen läßt. Während dieser Zeit blicken insgesamt an 7700 Stellen selbstbewußte Frauen (und wenn es nur mit dem Rückteil ist) auf die vorbeieilenden Menschen (Männer). Kleine Dörfer sind von dieser Kampagne, die sich der Verlag zwei Millionen Mark kosten läßt, freilich ausgeschlossen. Das Image der „freundin" erhält erst in Städten ab 50 000 Einwohner einen anderen Anstrich. Im Herbst soll noch einmal mit der gleichen Methode für die neue Linie geworben werden.

Nun wäre es falsch zu glauben, die Zeitschrift hätte sich in ein „Emanzenblatt" verwandelt. Neben den üblichen Themen (wie anfangs beschrieben) wird den Informationen über Berufe, über Rechtsfragen oder den Karrieretips lediglich etwas mehr Platz eingeräumt. Entscheidend ist nicht eine Veränderung des Inhalts, sondern die neue Ansprache.

Ihr liegt ein bestimmter Frauentyp zugrunde, den die Frankfurter Werbeagentur Lürzer, Conrad & Leo Burnett den Namen Alexandria gegeben hat. In einer Life-Style-Studie wird dieser Dame ein hübsches Äußeres, Selbstbewußtsein „eine deutlich überdurchschnittliche Bildung und eine gewisse materielle Unabhängigkeit" zugeordnet. Auf Grund dieser Faktoren hat sich die imaginäre Frau auf „selbstverständliche Weise emanzipiert".

Der hier beschriebene Frauentyp – der trotz Emanzipation seine Weiblichkeit nicht aufgibt – bleibt nach wie vor die Ausnahme. Doch die Zahl derer, die gerne so wären, ist in den letzten Jahren sehr gestiegen. Das belegt auch eine Untersuchung der Düsseldorfer Market Horizons Marketing- und Kommunikationsforschung. Die Ergebnisse zeigen, daß viele Frauen sich an einem neuen Leitbild orientieren, in dem die „Familienrolle" eine von vielen ist. Die individuellen Bedürfnisse und der Beruf sind in den Vordergrund gerückt. Selbstbewußtsein, Bildung werden großgeschrieben. Darauf müssen die auf Frauen gemünzten Marketingstrategien eingehen.

Burda hat das erkannt und macht sich diese Leitfigur zunutze. Wer schon in ihre Rolle hineingeschlüpft ist, fühlt sich durch die „freundin"-Kampagne bestätigt; wer noch wünscht und nacheifert oder schlicht bewundert, fühlt sich ermuntert.

WERBEBERUFE

Sprücheklopfer haben kaum Aufstiegschancen

hg. Bonn

„Die Zukunftsaussichten für Werbeberufe sind günstig." Dieses Fazit zieht der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW), Bonn, aus seiner Analyse der Arbeitsmarkt-Daten für Werbeberufe 1985. Kaum ein Unternehmen käme heute noch über die Runden „ohne die Werbeflagge im Markt hochzuhalten", stellt die Spitzenorganisation der Werbewirtschaft fest.

„Umfassende Spezialkenntnisse über Märkte, Medien und Verbraucher gekoppelt mit hoher Leistungsbereitschaft sowie beharrlicher Fortbildung" seien allerdings notwendige Voraussetzungen für gute Karrierechancen in der Werbung. Der ZAW warnt darum nachdrücklich vor Illusionen in bezug auf dieses Arbeitsfeld: Inbesondere berufliche Umsteiger wie Pädagogen, Psychologen oder Soziologen, die jetzt in die Werbewirtschaft drängten, würden vom hohen Anforderungsprofil in diesem Bereich überrascht, heißt es weiter.

Diese Umsteiger würden häufig „noch in der Probezeit" wieder arbeitslos, „weil sie nicht selten mit falschen Vorstellungen in diesen Spezialbereich der Wirtschaft hineingehen". Sie glaubten, daß dort die „Sprücheklopfer" das Sagen hätten:

„Tatsächlich steckt aber hinter den meisten gedruckten Anzeigen, den Werbespots oder Werbeplakaten eine Fülle zum Teil wissenschaftlicher Arbeiten mit dem Ziel, den anspruchsvollen deutschen Mediennutzer überhaupt zu erreichen." Berufliche Einsteiger und Umsteiger brauchten deshalb eine umfassende Ausbildung, sei es in Werbefachschule, Fachhochschule oder Universität, betont der Zentralausschuß. Empfehlenswert sei darüber hinaus ein frühzeitiger Kontakt mit der Werbepraxis.

Die höheren Anforderungen an die Werbeexperten – bedingt durch steigenden Wettbewerbsdruck auf den Märkten – habe im vergangenen Jahr den Arbeitsmarkt für Werbeberufe gespalten, teilt der ZAW weiter mit. Auf der einen Seite sei die Arbeitslosenquote für Werbefachleute gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent gestiegen, auf der anderen Seite hätten die Stellenangebote für diesen Wirtschaftszweig im selben Zeitraum einen Höchststand erreicht: „Danach dürfte es so gut wie keine arbeitslosen Werbefachleute mehr geben". Der Verband appelliert darum an die Werbewirtschaft, bei Neueinstellungen vor allem mit den Arbeitsämtern zusammenzuarbeiten, „damit nicht nur Arbeitsplätze in dieser Branche gewechselt, sondern auch Arbeitslose wiederbeschäftigt werden."

Bedeutendster Anbieter von Arbeitsplätzen in der Werbung war, wie der Verband weiter mitteilt, auch im vergangenen Jahr die werbungtreibende Wirtschaft selbst. Auf sie entfiel der größte Anteil der Stellenangebote (40 Prozent). Auf Platz zwei standen die Werbeagenturen mit 34 Prozent, und 26 Prozent der Stellenangebote kamen von den Medien. Für den ZAW spiegelt sich darin die Lage für Werbeberufe wider: Zwar seien die Agenturen nach wie vor der größte Arbeitgeber für Werbefachleute, aber mit wachsender Bedeutung des Wettbewerbsinstruments Werbung werde die werbungstreibende Wirtschaft selbst immer interessanter. Im vergangenen Jahr hätten vor allem die Ernährungswirtschaft, die Pharmaindustrie, Handel, Banken und Versicherungen sowie Hersteller von Mitteln der Körperpflege und von Waschmitteln Werbefachleute gesucht.

Stellenanbieter Werbung
Arbeitsplatzofferten 1985
26 % Medien: 937
34 % Werbe-Agenturen: 1206
40 % Produzenten: 1406
Quelle: ZAW-service

Auch die Medien hielten zunehmend Ausschau nach Fachleuten der Werbung, die ihnen bei der Vermarktung ihrer Erzeugnisse und Programme werblich zur Seite stehen, berichtet der Zentralausschuß weiter. Dies komme auch darin zum Ausdruck, daß die Werbeträger selbst mit knapp einer halben Milliarde Mark für ihre Publikationen und Sender Werbung betrieben.

PHILIPS

Philips High Tech:

Warum 14 Prozent der Philips Mitarbeiter in der Forschung und Entwicklung arbeiten.

Die Forschung bei Philips beruht auf zwei wichtigen Grundsätzen: Einerseits muß die Forschung auch dann freien Gestaltungsraum haben, wenn sie innerhalb eines Unternehmens stattfindet. Andererseits hat sie die Aufgabe, zu seinem Erfolg beizutragen.

Durch die ständige simultane Rückkopplung zwischen Forschung, Entwicklung, Produktion und Service verbindet Philips schöpferischen Freiraum mit Erfolgsorientierung und setzt die kontinuierliche gegenseitige Befruchtung in konkreten Innovationsnutzen um.

Allein in Deutschland investiert Philips rund 7 Prozent seines Gesamtumsatzes in Forschung und Entwicklung. Im Geschäftsjahr 1985/86 waren das 480 Millionen DM. 14 Prozent der Gesamtbelegschaft sind in diesen Bereichen tätig.

Eingebunden in die weltweiten Forschungsprojekte arbeiten rund 700 Mitarbeiter in den Forschungslaboratorien in Hamburg und Aachen vorwiegend auf dem Gebiet der Angewandten Forschung.

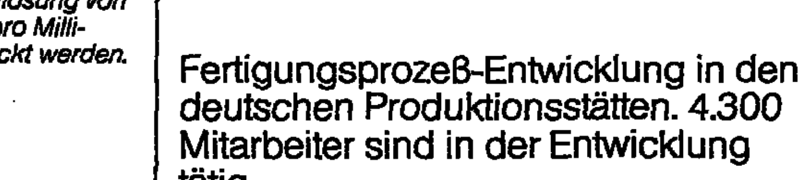
Hinzu kommen umfangreiche Aktivitäten für die direkte Produkt- und Fertigungsprozeß-Entwicklung in den deutschen Produktionsstätten. 4.300 Mitarbeiter sind in der Entwicklung tätig.

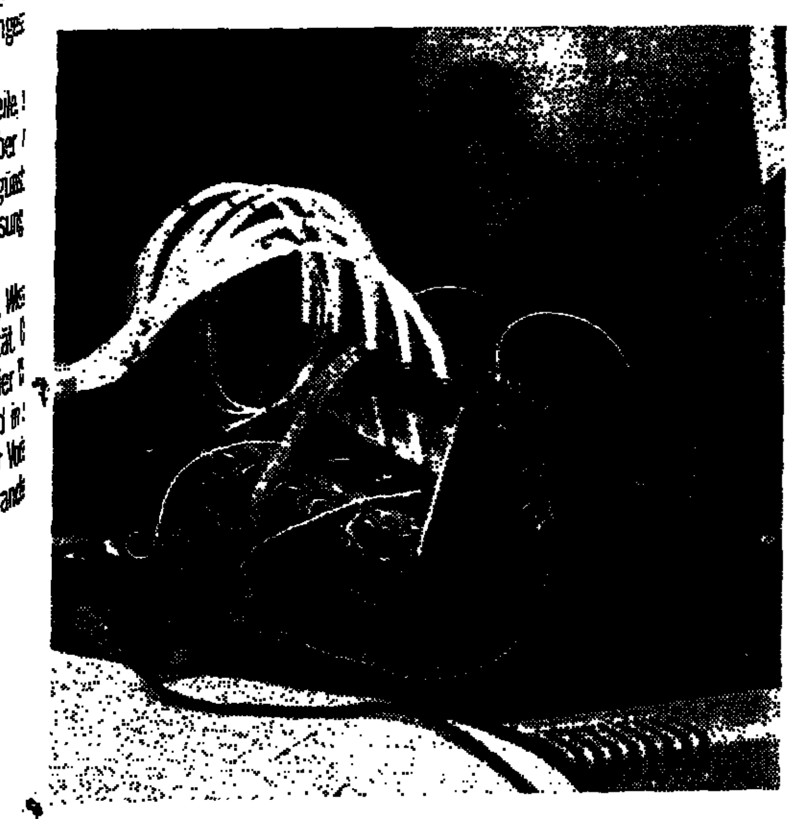
Außerhalb der Bundesrepublik unterhält Philips 6 weitere Forschungslaboratorien und 138 Entwicklungslaboratorien in 24 Ländern.

Die Resultate dieser Aktivitäten können sich sehen lassen: MR-Tomographie in der Medizintechnik, Submikrontechnologie in der Herstellung moderner Halbleiter-Bauelemente (Mega-Chips), digitale Übertragung von Signalen in der Telekommunikation, optische Speichermedien wie DOR-Platte und Compact Disc, Sensortechnik, Glasfasertechnologie, Radaranlagen, Systeme zur Prozeßautomation, um nur einige der wichtigsten zu nennen.



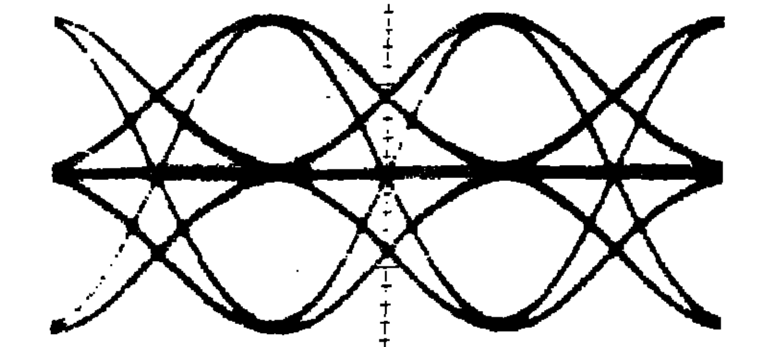
Die automatische Worterkennung ist eines der Forschungsthemen für die Kommunikationstechniken der Zukunft im Philips Forschungslaboratorium Hamburg. Schwerpunkte liegen gegenwärtig in der Entwicklung geeigneter Algorithmen zur Erkennung kontinuierlich gesprochener Wörter. Im Bild ein Laboraufbau eines sprachgesteuerten Telefons, das auf Mikroprozessoren 68000 und 8086 basiert.





Laboraufbau eines magneto-optischen Druckkopfes zur Mustererzeugung in elektrophotographischen Druckern. Mit dieser Komponente können bis zu 40 Seiten DIN A 4/min. mit einer Auflösung von 12 Punkten pro Millimeter gedruckt werden.

Das Engagement von Philips in Forschung und Entwicklung hat Tradition. Schon seit 1914 betreibt der Konzern naturwissenschaftliche Forschung. Heute ist die Umsetzung der Forschungsergebnisse in marktgerechte Systeme und Produkte wichtigstes Ziel: Innovation mit konkretem Anwendungsnutzen. Zum Einsatz in Industrie und Verwaltung, Technik und Wissenschaft, aber auch für den Haushalt und den Menschen ganz privat.



FORSCHUNG. INNOVATION. KOMPETENZ.

Alexander Demuth Corp. Com.



BRITISH LEYLAND

Enttäuschung über Gesprächs-Ende

fu. London

Der Vorstand des staatlichen Automobilkonzerns British Leyland (BL) ist zutiefst enttäuscht über den Zusammenbruch der Regierungsverhandlungen mit dem amerikanischen Autoriesen General Motors über den Verkauf der Nutzfahrzeug-Tochter Leyland Trucks. Das Angebot von General Motors zur Übernahme von Leyland Trucks einschließlich der Geländewagen-Tochter Land Rover habe „im besten Interesse sowohl für die beiden Konzern-Töchter als auch für die gesamte Belegschaft von British Leyland" gelegen, heißt es in einer *offiziellen Erklärung.*

Die Verkaufsverhandlungen scheiterten, weil sich die Regierung Thatcher nicht dazu durchringen konnte, General Motors zusätzlich zu Leyland Trucks auch Land Rover anzubieten. Der US-Konzern hatte aber wiederholt betont, ein Interesse an der Nutzfahrzeug-Fertigung von BL bestehe nur, wenn auch Land Rover eingeschlossen werde. Er beabsichtigte, Leyland Trucks einschließlich Land Rover mit seiner britischen LkW-Tochter Bedford zu verschmelzen. Eine Schließung der Bedford-Werke in Luton und Dunstable ist nun nicht mehr auszuschließen. Die Anstrengungen der Londoner Regierung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen werden als wenig aussichtsreich bezeichnet.

SALZGITTER / Gewinnzone wurde vorzeitig erreicht – Verarbeitungsbereich verhinderte noch besseres Ergebnis

An der Konzernstruktur wird weiter gebastelt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die gewaltigen Anstrengungen des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns zur wirtschaftlichen Gesundung beginnen erste Früchte zu tragen. Zum ersten Mal seit Ende der 70er Jahre weist der Konzern mit einem Überschuß von 51 Mill. DM im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) wieder ein positives Ergebnis aus. Noch im Vorjahr hatte sich ein Fehlbetrag von 422 Mill. DM ergeben.

Konzernchef Ernst Pieper sieht die Gründe für die positive Entwicklung in den umfangreichen Kostensenkungsprogrammen, in der Verbesserung der Konzernstruktur und in der *Modernisierung der Produktionsan*lagen und des Produktangebots. Verkauft wurden im Berichtsjahr der Hamburger Werftbereich von HDW, Teile von Rüterbau, der Kokereibau von C. Otto und die Mehrheit an der Luitpoldhütte; bei der Peiner AG wurde die Bautechnik aufgegeben. All das habe dazu geführt, daß „das Gewinnziel unseres Unternehmenskonzeptes ein Jahr früher als geplant" erreicht wurde, meinte Pieper dazu.

Bilanz nun bereinigt

Der Salzgitter-Chef ließ keinen Zweifel daran, daß die Beteiligungsstruktur des Konzerns auch künftig Änderungen unterliegen wird. Notwendige Anpassungen würden ständig überdacht. Dabei dürfte der Verarbeitungsbereich weiter im Vordergrund der Überlegungen stehen. Diese Sparte hat das Konzernergebnis im Berichtsjahr in erheblichem Maße belastet und wird auch im laufenden Jahr trotz der erwarteten Verbesserung noch keinen positiven Beitrag leisten. Für den gesamten Konzern aber rechnet Pieper für 1985/86 mit einem Ergebnis, das zumindest das Niveau des Vorjahres wieder erreichen soll.

Im Berichtsjahr wuchs der Konzernumsatz um gut 3 Prozent auf 11,9 Mrd. DM. Zuwachsraten wurden vor allem in den Bereichen Stahl und Handel erzielt. Der Exportanteil am *Fremdumsatz (8,9 Mrd. DM) nahm* auf 38 (40) Prozent ab. Der Auftragseingang stieg um 13 Prozent auf 12,1 Mrd. DM. Der Auftragsbestand erhöhte sich um 8 Prozent auf 6,8 Mrd. DM.

Die Investitionen erreichten 499 (314) Mill. DM und werden im laufenden Jahr erneut zunehmen. Die Abschreibungen wuchsen auf 553 (491) Mill. DM. Die Belegschaft reduzierte sich im Berichtsjahr weiter um 3800 auf 42 100 Mitarbeiter. Nunmehr sei aber der Personalabbau weitgehend abgeschlossen.

Nachdem der Bund als Eigentümer im Berichtsjahr 450 Mill. DM nach Salzgitter überwiesen hat, zeigt auch die Eigenkapitalstruktur ein günstigeres Bild. Die Bilanzbereinigung sei jetzt „mit einem gründlichen Frühjahrsputz" abgeschlossen. Dennoch rechnet Pieper auch im laufenden Jahr mit Zuschüssen aus Bonn, um die Eigenkapitalbasis weiter zu stärken.

Nachhaltig verbessert hat sich die Situation bei der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, die nach einem Verlust von 144 Mill. DM im Vorjahr diesmal einen Gewinn von 93 Mill. DM ausweist. Der Umsatz erhöhte sich um 14,2 Prozent auf 3 Mrd. DM. Auch 1985/86 werde wieder mit einem ähnlich guten Ergebnis gerechnet. Um eine gerechtere Quotenverteilung zu erreichen, habe P+S in Brüssel Klage eingereicht.

Probleme beim U-Boot-Bau

Die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, die im Berichtsjahr nur über außerordentliche Erträge zu einem ausgeglichenen Abschluß kam, verfügt über einen Auftragsbestand von 18 Schiffen mit einem Lieferwert von 2,4 Mrd. DM. Auslastungsprobleme gebe es allerdings beim U-Bootbau. Bei HDW-Elektronik wirke sich die Zusammenarbeit mit der US-Firma Solitron positiv aus. Die Hagenuk GmbH in Kiel stehe vor dem Abschluß eines weitreichenden Kooperationsvertrages mit einem deutschen Großunternehmen.

Sorgen bereite die in der Erdölförderung tätige Deutsche Schachtbau GmbH, die im Berichtsjahr noch einen Gewinn von über 50 Mill. DM erwirtschaftete. Das Unternehmen schreibe zwar noch schwarze Zahlen, gerate aber zunehmend in Bedrängnis. Pieper rechnet schon bald mit einer „fühlbaren und rückwirkenden" Reduzierung der Förderzinsabgabe, weil Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel „unsere Problematik sehr genau kennt". Die Beteiligung an Fichtel & Sachs will Salzgitter beibehalten. Vor allem dieses Engagement führte nun zu einer deutlichen Erhöhung der Beteiligungserträge auf jetzt 46,7 (25,9) Mill. DM.

Salzgitter-Gruppe	1984/85	±%
Gesamtumsatz (Mill. DM)[1]	11 945	+ 3
dav. Fremdumsatz	9 346	- 0,9
Exportanteil (%)	38	(40)
Belegschaft (30.9.)	42 094	- 8,3
Investitionen	499	+ 58,9
Abschreibungen	553	+ 12,6
Bilanzsumme	7 773	- 2,3
Eigenkap.-Anteil (%)	*16,6*	*(8,7)*
Jahresergebnis (Mill. DM)	+ 51	(- 422)
Bilanzergebnis	0	(- 80)
Umsatz der Bereiche		
Stahl	3 311	+ 15,7
Handel und Verkehr	4 981	+ 14,5
Schiffbau	707	- 56
Nachrichtentechnik	277	+ 7,4
Verkehrstechnik	281	- 2,4
Fördertechnik	604	+ 24
Bautechnik	435	- 1,4
Zubehör	199	- 45,5
Anlagenbau	645	- 11,5
Erdölförderung	433	+ 12,2

[1]) Abschluß 30.9.

LANGNESE-IGLO / Wachstum bei Eis und Tiefkühlkost

Verstärkt rationalisiert

JAN BRECH, Hamburg

Die Langnese-Iglo GmbH, Hamburg, Marktführer sowohl bei Eiskrem als auch bei *Tiefkühlkost, hat* im Berichtsjahr an dem Wachstum dieser beiden Marktsegmente teilgenommen. Nach Angaben des Geschäftsführers Jochen Kirsch stieg der Gesamtumsatz der Unilever-Tochter um 4,3 Prozent auf 1,33 Mrd. *DM, wobei das Absatzplus noch hö*her lag. Bei tiefgefrorenem Gemüse gab Langnese-Iglo die niedrigeren Rohwarenpreise an die Verbraucher weiter, der starke Wettbewerb im Handel führte zudem bei einigen Produkten zu Preissenkungen von durchschnittlich drei Prozent.

Der nicht genannte Ertrag hat sich, wie Kirsch betont, etwa proportional zum Wachstumssatz entwickelt. Die steigenden Kosten habe man durch verstärkte Rationalisierung aufgefangen. In diesem Zusammenhang ist die Produktion des Hamburger Werks *endgültig auf die modernen* Betriebe in Reken und Heppingen übertragen worden. Die Gesamtbelegschaft von Langnese-Iglo sank um etwa 200 auf 5800 Mitarbeiter.

Vom Gesamtumsatz des Unternehmens entfielen 1985 knapp 60 Prozent auf Tiefkühlkost. An diesem Markt ist Langnese-Iglo *mengenmäßig zu ei*nem Drittel beteiligt (wertmäßig dürfte der Marktanteil 40 Prozent überschreiten), wobei Kirsch einräumt, daß man im Berichtsjahr an dem Wachstum des Gesamtmarktes von elf Prozent nicht voll teilgenommen habe. Mit der Marke Iglo habe sich das Unternehmen auf die wachsenden Bereiche Produktzubereitungen und vor allem auf Fertiggerichte konzentriert. In preislich stark umkämpften Teilmärkten wie Pizzas und Kartoffelprodukten seien dagegen Anteile abgegeben worden. Mit der Serie von kompletten Mahlzeiten unter dem Begriff „Bistro-Menü" sei ein erfolgreicher Einstieg mit einer völlig neuen Produktgeneration gelungen. Es werde die Marktstrategie von Langnese-Iglo bleiben, die Innovationskraft des Marktführers für immer neue Produkte zu nutzen.

Stärker als der Markt ist Langnese-Iglo demgegenüber bei Eiskrem gewachsen, wo der Marktanteil gemessen an der Menge auf rund 35 Prozent stieg (wertmäßig liegt er auch hier über 40 Prozent). Das durchschnittliche Marktwachstum von sechs Prozent überschritt Langnese-Iglo vor allem durch eine Innovations-Offensive bei den sogenannten Impulsartikeln. Dabei hat sich die Politik des Marktführers bewährt, hochpreisige Kleinpackungen zu forcieren. Der Anteil von Kleinpackungen, die mehr als 1 DM kosten, ist bei Langnese-Iglo inzwischen auf 50 Prozent gestiegen. Im Bereich der Haushaltspackungen, die mehr als die Hälfte des Gesamtmarktes ausmachen, sind Langnese-Iglo durch neu eingeführte Sortimente ebenfalls Positionsverbesserungen gelungen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Pierburg-Kauf perfekt

Düsseldorf (J. G.) – Das Bundeskartellamt hat keine Einwände erhoben, daß die Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, 80 Prozent vom Kapital der Neusser Pierburg-Gruppe (gut 650 Mill. DM Umsatz mit 6000 Leuten in 1985) und dort die unternehmerische Führung übernimmt. Rheinmetall prophezeit darob für 1986 einen Gruppenumsatz von 2,8 (2,1) Mrd. DM mit 165 000 Leuten und betont, daß für die neue Konzerntochter die (sehr aufwendige) Entwicklung eines elektronischen Benzineinspritz-Systems für Motoren nun „eine innovative Hauptaufgabe" sei.

Kondensatoren gestoppt

Stuttgart (nl) – Der Stuttgarter Elektrokonzern Bosch wird seine Kondensatoren-Fertigung im Werk Stuttgart-Mühlhausen aufgeben. Die Produktion soll stufenweise bis Anfang 1987 auslaufen. Betroffen davon sind 370 Mitarbeiter, denen andere Arbeitsplätze in den Bosch-Werken im Raum Stuttgart angeboten werden.

Höhere Ausschüttung

Basel (DW.) – Die Verteilung einer um 25 auf 625 sfr erhöhten Dividende pro Aktie und pro Genußschein schlägt der Verwaltungsrat der Hoffmann-La Roche AG, Basel, der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1985 vor. Der Umsatz des zweitgrößten schweizerischen Chemie- und Pharmakonzerns stieg 1985 um 8,1 Prozent auf 8,94 Mrd. sfr (10,7 Mrd. DM). Das Mutterhaus F. Hoffmann-La Roche und Co. AG, Basel, schloß mit einem Reingewinn von 80,3 Mill. sfr (96,3 Mill. DM) gegenüber 75,1 Mill. im Vorjahr ab.

Keine Bakola-Dividende

Frankfurt (cd.) – Die Badische Kommunale Landesbank (Bakola), Mannheim, streicht für das Geschäftsjahr 1985 die Ausschüttung (in den beiden Vorjahren drei Prozent = 10,5 Mill. DM). Der Grund: Zusätzliche Risikodeckung von ca. 100 Mill. DM für die 1985 liquidierte Vereinsbank Heidelberg AG und für die HVK Handels- und Vermietungskontor GmbH, die Schwierigkeiten im inzwischen eingestellten Leasinggeschäft hatte.

Kapital wird aufgestockt

Walluf (DW.) – Die Verwaltung der Chemische Werke Brockhues, Walluf, schlägt der HV am 22. Mai vor, das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 4:1 um 297 000 auf 1,488 Mill. DM aufzustocken. Auf das erhöhte Kapital sollen für das Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) wieder 8 DM Dividende gezahlt werden.

Zusammenarbeit

Eindhoven (dpa/VWD) – Der niederländische Elektronikkonzern Philips will künftig mit den japanischen Unternehmen Nippon bei der Herstellung keramischer elektronischer Bauteile zusammenarbeiten. Am Kapital (8,48 Mill. Dollar) des Gemeinschaftsunternehmens werden Philips mit 40 und die *Japaner mit 60* Prozent beteiligt sein.

RHEINHYP / Trotz fallender Zinsen zögern die Kunden

Für „Ansturm" gut gerüstet

adh. Frankfurt

Mit Darlehensneuzusagen von 1,5 Mrd. DM bis Mitte März, rund 50 Prozent mehr als im Vorjahr, hat sich 1986 für die Rheinhyp Rheinische Hypothekenbank AG (so die von der Hauptversammlung am 7. Mai zu *beschließende Umfirmierung)* erfreulich angelassen. Anders als im Vorjahr liegen diesmal aber die Schwerpunkte zu drei Vierteln im Kommunaldarlehensgeschäft.

Der Grund: Die Hypothekenkunden warten in der derzeitigen Phase sinkender Kapitalmarktzinsen (die Rheinhyp hat ihre Konditionen in diesem Jahr bereits fünfmal verbilligt) noch ab. „Es ist immer wieder zu beobachten, daß viele Kreditnehmer in Phasen sinkender Zinsen zuwarten und erst dann einen Kreditabschluß tätigen, wenn sich bereits wieder Zinssteigerungen abzeichnen, selbst auf die Gefahr, damit den für sie günstigeren Zins zu verpassen", erinnert Vorstandsmitglied Horst Albig.

Für den bei einem sich ankündigenden Umschlag im Zinstrend zu erwartenden „Ansturm der Hypothekenkunden" sieht sich die Rheinhyp *mit einem Emissionsspielraum* von 2,5 Mrd. DM nach Einstellung von 50 (i. V. 40) Mill. DM aus dem Ergebnis 1985 in die offenen Rücklagen gerüstet; bei einer Geschäftsausweitung stärker als erwartet könnte auch noch auf 10 Mill. DM genehmigtes Kapital zurückgegriffen werden.

An dem „guten Jahr 1985" (vgl. Tabelle) beteiligt die Bank, die zu den größten Realkreditinstituten in der Bundesrepublik gehört, ihre Aktionäre wieder mit 10 DM Dividende je 50-DM-Aktie. Am Grundkapital von 85,3 Mill. DM ist die Commerzbank mit 94 Prozent beteiligt. Daß das Betriebsergebnis nicht so stark gewachsen ist wie Geschäft und Zinsüberschuß, erklärt Albig mit den relativ hohen Kosten bei der Bearbeitung des Hypothekenneugeschäfts. Hinter dem Darlehensneugeschäft der Rheinhyp stecken 15 400 (12 000) Einzeldarlehen, dazu kommen 5600 (8000) Prolongationen.

Die Entwicklung bei den (voll wertberichtigten) Zinsrückständen, die sich am Jahresende auf 20,4 (11,4) Mill. DM summierten, und bei den Zwangsmaßnahmen (818 Darlehensobjekte) sei aufgrund der im wesentlichen noch unveränderten Lage am Arbeitsmarkt und der schwierigen Situation am Immobilienmarkt noch unbefriedigend, betonte Albig, der auch nicht mit schneller Änderung in diesem Jahr rechnet.

Auch bei der Rheinhyp entfällt mit einem Anteil von 54 Prozent der größte Teil der neuen Hypotheken auf die Finanzierung bereits bestehender Objekte, ein Trend, der auch in diesem Jahr anhalten dürfte. Auf den Wohnungsneubau entfielen insgesamt 685 (625) Mill. DM oder 28 Prozent der Neuzusagen, die zu zwei Dritteln der Finanzierung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen dienten.

Angenommen haben die Kunden das *Angebot längerer Zinsbindungs*fristen: Zwei Drittel der neuen Darlehen laufen länger als zehn Jahre mit festen Konditionen; auch bei der Refinanzierung (überwiegend über Schuldverschreibungen) wurden die Laufzeiten entsprechend ausgeweitet.

Rheinhyp	1985	±%
Hypo-Zinsen (Mill. DM)	2 437	+ 32
Komm. Darlehnszusagen	2 773	+ 8,2
Darlehensauszahlung	5 105	+ 14,6
Darlehensbestand	29 425	+ 11,2
Eigenkapital	*614*	*+ 8,9*
Bilanzsumme	31 085	+ 10,9
Zinsüberschuß (incl. Einmal-Ertr./Aufwand	208	+ 7,2
Betriebsergebnis	148	+ 4,1
Jahresüberschuß	87	+ 17,5

BILFINGER + BERGER / Harter Wettbewerb am Bau

Inlandsaufträge steigen wieder

adh. Frankfurt

Harter Wettbewerb, ein zunehmender Preisdruck und die Finanzierungsprobleme der Opec-Staaten haben die Ertragslage des Unternehmens belastet, schreibt der Vorstand der Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft, Mannheim, seinen Aktionären im Zwischenbericht über das vergangene Jahr. Allerdings: Das drittgrößte deutsche Bauunternehmen kündigt bei ausgeglichenem Ergebnis im Inland und positiven Erträgen im Auslandsbau wieder die Ausschüttung einer „angemessenen" Dividende (1984: 10 DM) an.

Bei wieder 3,4 Mrd. DM Jahresbauleistung, davon 2,1 Mrd. DM im Ausland, holte das Unternehmen im vergangenen Jahr im Inland mit 1,4 (i. V. 1,3) Mrd. DM zehn Prozent höhere Aufträge herein. Dafür sorgten vor allem einige größere Aufträge im Tiefbau und im schlüsselfertigen Hochbau; auch der Sanierungsbau sei ausgeweitet worden. Weniger positiv entwickelten sich die Neuaufträge aus dem Ausland, die auf 1,2 (2,1) Mrd. DM zurückfielen. Neben den bekannten Schwierigkeiten am Weltbaumarkt, die die gesamten Auslandsaufträge an die deutsche Bauindustrie im vergangenen Jahr auf 2,7 Mrd. DM und damit den niedrigsten Stand seit 1973 schrumpfen ließen, spiegelt sich hierin auch der Kursrückgang des US-Dollars wider. Bilfinger will in diesem Jahr die Aktivitäten der US-Beteiligungen (Bauleistung 825 Mill. DM) straffen und den Marktgegebenheiten anpassen.

In das neue Jahr ging das Unternehmen mit 3,3 Mrd. DM Auftragsbestand, davon entfallen 1,17 (1,06) Mrd. DM auf das Inland und 2,15 (3,07) Mrd. DM auf das Ausland. Die Zahl der Mitarbeiter stieg im vergangenen Jahr auf 24 133 (22 332), wobei die Zahl der Inlandsbeschäftigten auf 7931 (8320) zurückfiel.

KLÖCKNER & CO. / Frühjahrsbelebung ist noch von Unwägbarkeiten überlagert – Verlust im USA-Stahlhandel

Nur „verhalten optimistische" Handelsprognose

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Im Gegensatz zum allgemein an Kraft gewinnenden Konjunkturaufschwung klingen die Erwartungen fürs laufende Jahr beim großen Duisburger Handels- und Holdinghaus Klöckner & Co. KGaA derzeit nur „verhalten optimistisch" und etwas gedämpfter als vor Jahresfrist. Wo die Preise, zumal bei Mineralölprodukten, abwärts gehen, spüre man einen deutlichen Attentismus der Kunden. Tröstend setzt Klöckner & Co. zwar hinzu, „die Rahmenbedingungen sollten eigentlich das generelle Wiederanspringen zu einer Frühjahrsbelebung ausreichend absichern", dies zumal im inländischen Konsumgüterbereich. Andererseits aber drohe an der Währungsfront beim Absinken des Dollarkurses unter 2,20 DM Kritisches für viele deutsche Exporte.

Zufriedener als mit der von solchen Unwägbarkeiten mitbestimmten aktuellen Lage zeigt sich das Handelshaus im ersten Rückblick mit 1985. Der Außenumsatz des Inlandskonzerns wuchs um weitere 6,4 (14,3) Prozent auf 11,5 Mrd DM. Nebst den um knapp 9 Prozent auf 2 Mrd. DM gesunkenen Gesamtumsätzen der Auslandstöchter kamen 13,1 (12,8) Mrd. DM Weltumsatz mit wiederum 48 Prozent Auslandsanteil zusammen.

Der Inlandskonzern wird keine Mühe haben, den Jahresüberschuß-Ausweis auf der Vorjahreshöhe von 41 Mill. DM zu halten, wovon damals 8,1 Mill. DM mit 3 Prozent Dividende für 270 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet wurden (zu 97 Prozent bei der gemeinnützigen Peter Klöckner-Stiftung).

Den stärksten Ergebnisbeitrag, allerdings weniger als 1984, leistete der mit 47 (48) Prozent am Konzernumsatz beteiligte Stahlhandel, wo Klöckner nebst Auslandstöchtern mit 8,7 (8,3) Mill. t Handelsmenge – davon nur konstante 2,4 Mill. t im Inland und nun bereits 2,9 (2,6) Mill. t im „intranationalen Handel" – noch vor Thyssens Handelsunion der Größte in Europa ist. Erstmals in (moderate) rote Zahlen rutschte wegen „schwerwiegender Marktstörungen" das große USA-Geschäft –, umgekehrt blühten zumal die Stahllieferungen nach China zu einer mit 0,6 Mill. t fast verdreifachten Menge auf.

In der Handelsgruppe „Rohstoffe" mit weiterhin 14 Prozent Umsatzanteil stärkte Klöckner seine (neben Thyssen Sonnenberg) führende Schrotthandelsposition mit Mehrheitserwerb an der größten holländischen Heuvelmann-Gruppe, deren Inhaber nach rasanter Expansion einen Partner brauchte.

In der Handelsgruppe „Mineralöl-/Chemie" mit 25 (26) Prozent Umsatzanteil und weiterhin etwa 3,7 Mill. t Heizölabsatz sei der Ertrag „zufriedenstellend" ausgefallen. Beim Chemiehandel freilich sei wegen der Preisunsicherheit der noch 1985 gut gewachsene Import petrochemischer Produkte derzeit praktisch tot.

Eine Mischung aus Licht und Schatten bieten auch die übrigen vielen Handelsfeldern des Konzerns. Zufriedenheit trotz noch härterem Wettbewerb beispielsweise im internationalen Kohlenhandel, Kummer daheim hingegen mit dem Baubedarfshandel, der weiter gestrafft wurde, 1986 aber die Überwindung der Baumarkt-Talsohle zu wittern meint.

Ausgesprochen „erfreulich" nennt der Konzern den 1985er Ergebnisbeitrag seines Industrieanlagengeschäfts, das abrechnungsbedingt auf 7 (4) Prozent Umsatzanteil anstieg. Der Auftragsbestand habe sich hier wieder auf 3,1 (2,7) Mrd. DM erhöht. Auch diese Trendwende wertet der Konzern insbesondere als Erfolg konsequenten Ausbaus eines „multinationalen" Firmennetzes, mit dem man sich noch längst nicht am Ende sieht.

LANDESBANK MAINZ

Auslandsgeschäft wird neu geordnet

cd. Frankfurt

Die Landesbank Rheinland-Pfalz hat von der Landesbank Saar deren 25,1prozentige Beteiligung an der gemeinsamen Luxemburger Tochter Landesbank Rheinland-Pfalz und Saar International übernommen und das Institut in Landesbank Rheinland-Pfalz International SA umbenannt. Die geschäftlichen Verbindungen zwischen dem Luxemburger Institut und der SaarLB sollen weiterhin eng bleiben, so daß sich aus der Neurordnung keine negativen Konsequenzen für die saarländischen Sparkassen und die Kunden der SaarLB ergeben.

Für die Rheinpfälzer ist die vollständige Übernahme der Luxemburger Tochter Teil einer Neuordnung der Auslandsaktivitäten. Das Auslandsgeschäft am Euromarkt und im Privatkundenbereich wird auf Luxemburg konzentriert, wo die Landesbank außerdem eine Niederlassung errichten will, während sie sich aus der Bankbeteiligung auf den Bahamas zurückziehen will, nachdem sie kürzlich ihren Anteil an der Zürcher BKA verkauft hatte. 1985 hat die Rhein-Saar-Lux-LB, deren Bilanzsumme hauptsächlich wegen des Dollarrückgangs um 8,9 Prozent auf 3,7 Mrd. DM gesunken ist, ihr Privatkundengeschäft besonders im Effektenbereich kräftig ausgebaut. Ihr Ergebnis nutzte sie zur Aufstockung der Wertberichtigungen um 47 auf 185 Mill. DM.

DYCKERHOFF & WIDMANN / Positives Gesamtergebnis

Bauleistung stark gesunken

sz. München

Mit neuen Ideen sowie Paketlösungen für große Bauprojekte hofft die Münchener Dyckerhoff & Widmann AG in Zukunft, die Auswirkungen der nach wie vor schlechten Baukonjunktur abmildern zu können. Gleichzeitig wird man aber auch weiterhin nicht um betriebliche und personelle Kapazitätsanpassungen herumkommen, schreibt der Vorstand in einem Aktionärsbrief zum Geschäftsjahr 1985. Noch kein Hinweis wird darin auf die mögliche Dividendenhöhe (1984: 7 DM nach 8 DM) gegeben. Wie es heißt, wird ein „positives Gesamtergebnis" nach Beachtung der notwendigen Risikovorsorge erwartet, obwohl vielfach unzureichende Preise und Kosten für Anpassungsmaßnahmen belasteten.

Die Gesamtleistung des fünftgrößten deutschen Baukonzerns sank 1985 um 14 (plus 7) Prozent auf 2,03 Mrd. DM. Der strenge Winter zum Jahresanfang und der frühe Wintereinbruch sowie die Baukrise führten dabei im Inland zu einem Minus von 10 (plus 4,8) Prozent auf 1,47 Mrd. DM. Keinen Ausgleich brachte diesmal der Auslandsbau, dessen Leistung um 23,9 (plus 11,6) Prozent auf 560 Mill. DM zurückging.

Als „erfreulich" bewertet der Vorstand vor diesem Hintergrund die Tatsache, daß der Auftragseingang um 6 Prozent auf 2,1 Mrd. DM gestiegen ist. Vor allem das Inlandsgeschäft verzeichnete dabei einen deutlichen Zuwachs von 23 Prozent auf 1,75 Mrd. DM. Aus dem Ausland konnten dagegen nur kleinere Order hereingenommen werden.

Dies führte insgesamt zu einem Auftragsbestand von 2,56 Mrd. DM (plus 4 Prozent), wovon 1,3 Mrd. DM (plus 28 Prozent) auf das Inland entfallen. Die Zahl der Mitarbeiter sank im Jahresdurchschnitt weiter um 7 (3) Prozent auf rund 15 000, von denen 10 140 (minus 8 Prozent) im Inland beschäftigt wurden.

Hannover-Papier stockt Dividende auf

dos. Alfeld

Die Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau AG, Alfeld, wird die Dividende für 1985 auf 12 (11) Prozent erhöhen. Dieser Vorschlag wird die Verwaltung der Hauptversammlung am 19. Juni unterbreiten. Wie es in einer Mitteilung heißt, soll aus dem Jahresüberschuß die freie Rücklage um 2,6 Mill. DM aufgestockt werden. Zahlen zur Ertragsentwicklung werden allerdings nicht genannt.

Der Umsatz der AG stieg nach Angaben des Vorstandes um 4,3 Prozent auf 426 Mill. DM. Die Produktion sei sowohl bei Papier mit knapp 190 000 Tonnen wie bei Zellstoff mit rund 70 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Der Exportanteil erhöhte sich auf 43,2 (39,2) Prozent. Der Konzernumsatz, also einschließlich der Töchter Sachsa und Landre, wurde auf 522 (495) Mill. DM ausgeweitet. Im laufenden Jahr rechnet Hannover-Papier mit einer weiteren Verbesserung des Ergebnisses.

LINDE / Im Geschäftsjahr 1986 wieder gut ausgelastet – Dividende auf elf Mark angehoben

Ertragsniveau ist schwer zu steigern

JOACHIM WEBER, Wiesbaden

„Wir werden schon froh sein, wenn wir das Ertragsniveau von 1985 in diesem Jahr halten können", meint Hans Meinhardt, Vorstandsvorsitzender der Linde AG, Wiesbaden. Das ist gar nicht so pessimistisch gemeint, wie es klingen mag: 1985 gelang dem Maschinenbaukonzern ein erneuter Ertragssprung, der es schwierig machen wird, noch wesentlich zuzulegen. Immerhin steigerte der Inlandskonzern seinen Jahresüberschuß um fast 28 Prozent auf 81 (63) Mill. DM, das Ergebnis je Aktie um 14 Prozent auf 27,54 (24,77) DM.

Angesichts der weiterhin lebhaften Investitonstätigkeit im Inland erwartet Linde auch für 1986 „gut ausgelastete" Kapazitäten und eine Umsatzsteigerung. In den ersten beiden Monaten des Jahres ist der Umsatz um gut 9 Prozent auf 369 Mill. DM gestiegen, der Auftragseingang freilich um knapp 8 Prozent auf 482 Mill. DM zurückgegangen. Wegen des Anlagenbau-Anteils (von etwa 20 Prozent) mit unregelmäßig verteilten „dicken Brocken" sind solche Kurzfrist-Vergleiche problematisch. So brachte ein 100-Millionen-Mark-Auftrag im März wieder den Ausgleich.

Aus dem – intern längst erstellten – Weltabschluß legt das Unternehmen nach wie vor nur einige Kennzahlen vor. Der weltweite Umsatz der Grupe mit ihren 18 730 (18 390) Mitarbeitern nahm 1985 um 0,4 Prozent auf 3,62 (3,60) Mrd. DM zu, der Auftragseingang um 15 Prozent auf 3,81 (3,31) Mrd. DM. Den Welt-Gewinn je Aktie nennt Meinhardt noch etwas vage mit 38 bis 39 DM.

Größter Bereich blieb – sogar mit wachsendem Abstand – die Sparte Gabelstapler und Hydraulik. Zum Wachstum um 21 Prozent auf 1,36 Mrd. DM Umsatz trug bereits die 1984 (nach Übernahme des heruntergewirtschafteten Stapler- Herstellers Fenwick) neu gegründete Fenwick-Linde S.A.R.L. in Frankreich bei. Ebenso wie die US-Tochter Baker Material Handling Corp. erwirtschaftete sie 1985 bereits ihr erstes positives Jahresergebnis.

Weiter aufwärts ging es auch mit dem Bereich der technischen Gase, der seinen Umsatz um gut 4 Prozent auf 998 Mrd. DM erhöhte. Der Anlagenbau dagegen machte mit einem Umsatzrückgang um 21 Prozent auf 722 Mill. DM eine seiner typischen abrechnungsbedingten Schwankungen durch. Auch die Kältetechnik hatte einen Rückgang um 7,3 Prozent auf 506 Mill. DM zu hinzunehmen.

Der Inlandskonzern steigerte den Auftragseingang um 15 Prozent auf 2,86 (2,5) Mrd. DM, den Umsatz dagegen nur um 4 Prozent auf 2,71 (2,6) Mrd. DM. Höhere Auslastung und straffe Kostenüberwachung ließen die Erträge überproportional wachsen. Das Betriebsergebnis stieg um fast 21 Prozent auf 209 Mill. DM. Die günstige Situation gestattete die Ausweitung der Eigenkapitalquote auf 42,9 (37,7) Prozent der Bilanzsumme.

Nach Einstellung von 30 (21) Mill. DM in die freien Rücklagen werden den Aktionären 11 (10) DM je Aktie als Dividende angeboten. Die Hauptversammlung am 27. Mai soll zudem die Wiederaufstockung des genehmigten Kapitals auf 50 (6) Mill. DM absegnen. Die Investitionen von 148 (93) Mill. DM flossen – bei Abschreibungen von 151 (116) Mill. DM – in erster Linie in die Bereiche technische Gase (87 Mill. DM) sowie Stapler und Hydraulik (46 Mill. DM).

Linde AG	1985	±%
Weltumsatz		
(Mill. DM)	3 617	+ 0,4
Mitarbeiter	18 734	+ 1,9
Sachinvestitionen	252	+ 78,7
Konzern (Inland)		
Umsatz	2 707	+ 4,0
dav. Export (%)	36,2	(39,9)
Brutto-Cash-flow [1]	406,1	+ 13,8
Netto-Cash-flow [2]	279	+ 17,0

[1] Jahresüberschuß + Zuf. zu Pensionsrückst. und Sonder-Posten + Zuf. zu Unterstützungskassen + Abschreibungen ± a.o. Positionen + EEV-Steuern; [2] Brutto minus EEV-Steuern und Ausschüttung.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Heinz Winkeljann, Riesbürg-Utzmemmingen; **Arnsberg:** Josef Alberts Verwaltungsges. mbH; Josef Alberts Bauunternehmung GmbH u. Co. KG; **Bonn:** Mohr Handels GmbH & Co. KG; **Düsseldorf:** St. Bastubba, Bachlaufreinigungs-GmbH; Heinz-Jürgen Coenen; **Frankfurt:** bb GmbH u. Co. Auto KG; **Fürth:** Gerd Pasemann, Uffenheim; **Husum:** Karl-Heinz Möller Bauunternehmen GmbH, Joldelund; **Langen:** Moto-Center Peter Discher KG; **Lüneburg:** Jürgen Kathmann GmbH, Bauunternehmen, Melbeck; **Pirmasens:** Karl Nic. Cronauer GmbH & Co. KG, Leimen; **Tostedt:** Nachl. d. Willi Hermann Heinrich Meyer, Buchholz; **Ulm/Donau:** SGU, Ges. f. gastronomische Betriebe mbH; **Waldshut-Tiengen 1:** Süd-West Holzhandels GmbH, Schopfheim; Bäumle-Verwaltungs-GmbH, Schopfheim.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Detmold: Hans Griese Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau GmbH, Blomberg.

Vergleich beantragt: Duisburg: K + H Beton Claus GmbH & Co. KG; Claus Beteiligungsges. mbH; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Sivia Reinhardt.

ARBED-SAARSTAHL / Fusion mit Dillingen noch offen

Sacilor meldet Vorbehalte an

J. Sch. Paris

Für die Sanierung der Arbed-Saarstahl sind letzte Woche in Bonn mit der Entschuldungszusage der Bundesregierung zwar wichtige Voraussetzungen geschaffen worden. In welcher Weise die notleidende Gesellschaft aber der florierenden Dillinger Hütte angenähert werden kann, ist nach Auffassung von deren 65prozentigem Mehrheitsaktionär, dem staatlichen französischen Stahlkonzern Sacilor, noch eine offene Frage. Das könne erst im Lichte der industriellen Zusammenarbeit zwischen Dillingen und Saarstahl entschieden werden, heißt es bei der Hauptverwaltung.

Nach den Vorstellungen der saarländischen Landesregierung sollen Arbed-Saarstahl und die Dillinger Hütte fusionieren und eine deutsch-französische Holding unter Beteiligung der Saarländischen Investitionskreditbank (SIKB) etwa 80 Prozent des Kapitals übernehmen. Zunächst muß der Treuhänder mit der Dillinger Hütte einen Geschäftsbesorgungsvertrag abschließen, was im Mai geschehen soll. Dann wird Dillingen für ein Jahr die industrielle Führung von Arbed-Saarstahl übernehmen. Wie das klappt, werde man sehen, heißt es bei Sacilor vorsichtig. Falls es zur „Fusion" kommen sollte, müßten aber mindestens 51 Prozent des Saarstahl-Kapitals bei „Sacilor" liegen, erklärte jetzt der Präsident Claude Dollé. Ob damit die staatliche Konzernholding oder der Konzern als solcher gemeint sind, ließ er offen. Diese Frage ist deshalb wichtig, weil eine Übernahme durch die Holding einer Verstaatlichung von Arbed-Saarstahl gleichkäme.

Dagegen könnte eine Fusion der Dillinger Hütte mit der Saarstahl den staatlichen französischen Einfluß auf unter 50 Prozent bringen, was den Wünschen der Bundesregierung entsprechen würde. Ob damit die neue französische Regierung einverstanden wäre, ist aber unwahrscheinlich.

Als Kompromiß wird von Paris in Betracht gezogen, daß Saarstahl zu einer Tochter von Dillingen wird oder daß man eine Zwischenholding für beide Unternehmen gründet. Auf jeden Fall möchte Sacilor ohne größeres finanzielles Risiko das Produktionspotential und die Marktanteile von Saarstahl nutzen. Sacilor ist mit einer Stahlproduktion von zwölf Mill. Tonnen jährlich der drittgrößte Stahlkonzern Europas.

Bürostadt mit 1000 Arbeitsplätzen

dos. Hannover

Auf 120 Mill. DM bis 150 Mill. DM schätzt Hans-Otto Nagel, Geschäftsführer der hannoverschen Unternehmensgruppe Ronstedt & Nagel, das Investitionsvolumen für die Bürostadt Hannover-Lahe, das „umfangreichste Gewerbeansiedlungsprojekt Deutschlands". Angesiedelt werden sollen nach den Worten Nagels rund 140 Firmen auf einer Fläche von 14 Hektar am Stadtrand von Hannover. In der Bürostadt würden etwa 1000 Arbeitsplätze geschaffen, zu einem erheblichen Teil neue Stellen. Ronstedt & Nagel ist für die Entwicklung, den Bau und die Vermietung der Bürostadt zuständig.

Zuversichtlich äußert sich Nagel zu der Ansiedlung der Thomson-Vertriebstochter European Consumer Electronics (ECE) mit 120 Arbeitsplätzen. Der japanische Elektronikkonzern Sony ist bereits seit September vergangenen Jahres in Lahe mit einer Niederlassung tätig. Weitere Firmen, die sich in der Bürostadt ansiedeln werden, sind das Speditionsunternehmen Dachser, Toshiba, Medical Systems, Hirschmann Elektronik, die Versicherungsgruppe Hamburg-Mannheimer, die Erdölfördergesellschaft BEB und acht weitere Betriebe.

BAYERISCHE VEREINSBANK / Höhere Ausschüttung für die Aktionäre

„Ohne Einschränkung ein gutes Jahr"

DANKWARD SEITZ, München

Der Bayerischen Vereinsbank AG, München, ist es 1985 gelungen, Anschluß an eine lange Reihe guter Jahre zu halten. Es dürfte wohl sogar eines der besten Geschäftsjahre der Nachkriegszeit gewesen sein. Bei seiner Charakterisierung kommt der sonst sehr zurückhaltende Vorstandssprecher Maximilian Hackl selbst nicht umhin, es „ohne Einschränkung als gut" zu qualifizieren. Auf den ersten Blick fiel zwar das Wachstum der Bilanzsumme diesmal etwas verhaltener aus, jedoch sei dies lediglich stichtagsbezogen, wie Finanzchef Dietrich Köllhofer versichert; im Durchschnitt sei man dagegen „stärker gewachsen".

Den Vorstand dürfte es da kaum Überwindung gekostet haben, die Aktionäre mit einer Dividendenerhöhung auf 12,50 (11) DM an dem guten Ergebnis partizipieren zu lassen. Denn inzwischen kann das Institut wohl zur Spitzengruppe der ertragsstärksten deutschen Banken gerechnet werden. Nicht nur das Teilbetriebsergebnis wurde deutlich verbessert. „Um mehr als ein Drittel" fiel auch das Betriebsergebnis, aus dem Hackl noch immer ein Geheimnis macht, höher aus als im Vorjahr. Und dies, obwohl für die Risikovorsorge nach „etwas stärkerer" Überkreuzkompensation mit 320,7 Mill. DM (plus 30,8 Prozent) erheblich mehr aufgewendet wurde. „Mehr als die Hälfte" entfiel davon auf das Inland.

Haupterfolgsquelle neben einem „außergewöhnlichen" Beitrag aus dem Eigenhandel war mit einem Anteil von 80 Prozent der um 9,5 Prozent auf 1,36 Mrd. DM gestiegene Zinsüberschuß. Im wesentlichen wurde dieses Wachstum vom Hypothekengeschäft (Zinsspanne unverändert 0,7 Prozent) getragen, wo die Darlehensbewilligung kräftig um 18 Prozent auf 5,2 Mrd. DM zunahm. Dagegen erfüllt, so Hackl, das Kreditgeschäft im Bankbereich (Zinsspanne 2,78 nach 2,75 Prozent) trotz des Konjunkturaufschwungs „noch nicht die Erwartungen". Dank des guten Emissions- und stark gewachsenen Effektenkommissionsgeschäfts verbesserte sich der Provisionsüberschuß um 23,2 Prozent auf 312,2 Mill. DM.

Durch die Ausnutzung „vieler steuerfreier Erträge" (u. a. Berlin-Darlehen) spiegelt sich die Ertragsverbesserung trotz höherer Ausschüttung, so Köllhofer, nicht in dem „periodenechten" EEV-Steueraufwand von 201,6 (183,4) Mill. DM wieder. Aus dem Jahresüberschuß 161,6 Mill. DM (plus 33,6 Prozent) wurden diesmal 30 (20) Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt, die nun mit fast 1,7 (1,4) Mill. DM zu Buche stehen. An eine Erhöhung des Grundkapitals (522 nach 454 Mill. DM) ist derzeit offensichtlich nicht gedacht, auch wenn die Hauptversammlung (30. April) ein genehmigtes Kapital von 250 Mill. DM schaffen soll.

Im Konzern der Bayerischen Vereinsbank – Hackl: „Mit unseren Töchtern sind wir sehr zufrieden" – stieg die Bilanzsumme um 6,6 Prozent auf 132,4 Mrd. DM. Zur Risikovorsorge wurden 530 (416) Mill. DM „nach gleichen Bewertungsmaßstäben wie bei der Mutter" aufgewendet. Der Jahresüberschuß erhöhte sich auf 222,7 (186) Mill. DM.

Bei unverändert positiver gesamtwirtschaftlicher Entwicklung zeigte sich Hackl für das Geschäftsjahr 1986 zuversichtlich. Zwar habe die Kreditnachfrage noch immer nicht angezogen, doch laufe das Hypothekengeschäft unverändert gut. Die ersten beiden Monate hätten ein gutes Ergebnis gebracht. So erscheine die Hoffnung „nicht unrealistisch", den erhöhten Dividendensatz nach Möglichkeit für das laufende Jahr beizubehalten.

Bayerische Vereinsbank	1985	±%
Bilanzsumme		
(Mill. DM)	77 335	+ 6,7
Eigenkapital	2 190	+ 18,3
Kundeneinlagen im		
Bankgeschäft	26 326	+ 6,5
Schuldverschreibungen	31 565	+ 10,9
Kundenforderungen im		
Bankgeschäft	23 538	+ 1,9
Darlehen im Hypothekenbankgeschäft	33 498	+ 9,8
Teilbetriebsergebnis		
aus lfd. Geschäft [1]	658	+ 23,7
a.o. Ergebnis [2]	- 295	+ 30,0
Gewinn vor Steuern	363	+ 19,3
Jahresüberschuß	162	+ 33,6
Bilanzgewinn	132	+ 30,4
Dividende [3]	12,50	(11)

[1] Zins- u. Provisionsüberschuß abzügl. Personal- u. Sachaufwand sowie Afa auf Sachanlagen; [2] Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Kredit- u. Wertpapierengagements abzügl. sonstige a.o. ERträge; [3] in DM je 50-DM-Aktie.

Aktien weiter nachgebend

Schwäche bei Siemens noch nicht überwunden

DW. – Bei schleppenden Umsätzen kam es auf dem Aktienmarkt zu weiter nachgebenden Notierungen. Allerdings hat sich die Abwärtsbewegung gegenüber der Freitagbörse verlangsamt. Auf Teilgebieten zeigte sich eine wachsende Stabilität. Dagegen blieb der Siemens-Kurs gedrückt. Hier werden Auslandsabgaben vermutet, deren Volumen jedoch insgesamt recht bescheiden blieb. Ausschlaggebend für die schwächeren Notierungen war die Zurückhaltung der Anleger, die wegen der Osterpause nicht ansprechbar sind.

In den Börsensälen gingen die Diskussionen über die Zukunft der Siemens-Aktien weiter. Rückläufige Gewinnschätzungen, Andeutungen über Dividendensenkungen in kommenden Jahren und die angekündigte Kapitalerhöhung haben die ohnehin in diesen Papieren herrschende Unsicherheit verstärkt. Gewinnmitnahmen sorgten bei den Bankaktien dafür, daß trotz möglicher positiver Dividendenüberraschungen auch hier die Abwärtsbewegung weiterging. Mit dem Stopp der Zinssenkung hat auch die Zinsphantasie auf die Kurse der Banken an Wirkung eingebüßt. Das trifft auch für die meisten Versorgungsaktien zu, die am Wochenbeginn teilweise deutliche Abschläge hinnehmen mußten. Bei Nixdorf hat sich der Kurs stabilisiert. Das Nachdenken über die Zukunft der Gesellschaft ohne ihren Gründer hat Gedanken über eine mögliche Angliederung an einen der Computerriesen freigesetzt.

Frankfurt: Kraft Rheinfelden zogen um 17 DM an. Aesculap verteuerten sich um 10 DM und Pfaff um 9 DM. Springer erhöhten um 18 DM. Nachgeben mußten Hutschenreuther um 9 DM und Bilfinger um 4,50 DM.

Düsseldorf: AEG-Kabel und Balcke-Dürr verminderten je um 0 DM. DAT und Küppersbusch legten jeweils 10 DM zu. Mauser verloren 2 DM, Schiess 4 DM und Sinn 8 DM.

Hamburg: HEW schwächten um 5,50 DM und Phoenix Gummi um 3 DM ab. Vereins- und Westbank lagen um 10 DM fester. Maihak gingen um 24 DM fester zu 545 DM aus dem Markt. Holsten Brauerei lagen um 1 DM besser.

Berlin: Jeweils um 1 DM wurden Orenstein + Koppel, DUB und Herlitz St. zurückgenommen. Kempinski verbesserten sich um 3,50 DM, Berthold zogen um 2 DM an. Springer wurden um 4 DM höher bewertet.

München: Aigner lagen um 3,50 DM und Audi AG um 19 DM fester. Bay. Lloyd stiegen um 7 DM und Grünzweig um 5,50 DM. Nachgegeben haben Süd Chemie um 14 DM und Patrizier um 8 DM.

Stuttgart: Aesculap verteuerten sich um 10 DM. Der Marktausgleich in DLW konnte erst 20 DM niedriger bei 450 DM vorgenommen werden. Gebe waren um 7 DM ermäßigt. Zeag Zement mußten 6 DM abgeben.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 285,78 (287,19)
WELT-Umsatzindex: 4187 (4565)
Advance-decline-Zahl: 81 (58)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



	Düsseldorf 24.3.	21.3.	24.3. Stücke	Frankfurt 24.3.	21.3.	Stücke	Hamburg 24.3.	21.3.	Stücke	München 24.3.	21.3.	24.3. Stücke
AEG	328-30-28-7G	331	11021	329-30,3-27-27	332G	42588	329-9-7-27	332	5115	330-0,5-26-26	332bG	11835
BASF	313-3-0-09,5	315	29919	311-12-09-09	315G	77388	310,5-5,5-09,5	315,5	12661	311,3-2-0-10	316	12148
Bayer	331,5-1-29-8,5G	335,5	33652	331-1,5-29-9,8G	335,5G	61144	331-1,5-29-29	334	17374	331-1-8-30	335	12762
Bayer. Hypo	635-5-1-2G	640	6505	635-8-5-35	641	14490	639,5-9,5-5-36	643	377	630-8-1bG-31bG	640	8783
Bayer. Vbk.	565-4	565G	2575	563—60-63	565G	11961	564-5-4-65	565	565	562,5-5-2,5-4,5	565	17199
BMW	511-4-0-09	511	7505	512-5-0-12	514	12611	518-15-10-15	517	850	512-8-2-14	515	2065
Commerzbk.	313-5-0-0	314	22554	310-11-08-08	314	25705	312-12-09-10	316	6750	310,5-9,5-0-18	314,5	8202
Conti Gummi	225-6-4,5-5G	225,5	7520	226-6-4,7-24,7	225G	24606	224-5,5-4-25	226	5902	227-7-5,5-26	229	4181
Daimler	1310-08-05-295G	1310G	3562	1300-5-291,5	1314	15222	1300-10-00-00	1310	976	1306-8-0-0	1315	2540
Dt. Bank	813-3-07-12	818	15051	806-13,5-06-08	816	50746	810-13-10-10	818	4028	812-4-0-11	820	12616
Dresdner Bk.	425-32-27-9	431,5	20447	427-31,5-27-29	431	46488	428-31-27-29	431,5	14851	424-30-24-28	430	22331
DUB	305-308G	305G	279	305—	—	1034	302G—	—	unverb.	302-2-1-1	302bG	104
GHH	245-5-4-6	244	12253	245-6-5-46	244	11523	244-4-4-44	241	4147	241-4-1-45bG	241bG	1336
Harpener	351-4-3-3G	352G	564	355-55-55-55	355	5022	356-6-0-80	357	182	356G-5bG-5-5bG	355	13
Hoechst	312-7-09,5-8	315G	35729	311,5-1,8-06-07	315	29208	311-12-08-08	315	12850	312-2-07-07	315	13026
Hoesch	175-7-6-6G	180G	7413	176-7,2-5,5-6,5	180	9070	177-8-5,5-77	180	2278	177,5-7-7-77,5	180	3495
Holzmann	595G-3G	599G	8	598-8-3-95	605	4145	595—	—	25	600-0-0-0	598bG	261
Horten	234,5-6-8	236	4973	236-36-35-36	236	6841	237,5-7,5-6-36	237	522	230G-3-3-33	240	31
Kali u. Salz	325-1-1G	327G	418	323-4,5-3-24,5	329	3128	324-24-24-24	330	312	326-6-4-25	331	538
Karstadt	399-400-396-09	405	6224	399-400-392-2bG	405	10800	397-400-395-395	400	1731	399-400-390-390	400bG	1094
Kaufhof	486-80-80G	491	984	488-8-5-85bG	489bG	20757	488-88-84-84	489	358	488-8-2-82	472	457
KHD	307-5-4	318,5G	3382	—302-302	307,5	4197	302-5-2-305	306	583	304-4-1bG-1bG	307	288
Klöckner-W.	95,1-6-5,5-6G	97,5G	11301	96,2-6,2-6-96	97,5	13965	95,1-4,5-5-95	—	2912	—96,5-6,5-6,5	100	4763
Linde	633-1bG	635	755	633-35-30-30	635G	8291	630-30-30-35G	630	128	—630-0-0bG	617bG	232
Lufthansa St.	265-70-65-3	273	1497	271,5-1,5-68-68	274	3079	—	—	152	276-6-2-75	275	490
Lufthansa VA	252-2-0-0G	254	2686	258-50-58-50	253	2268	253,5-3,5-3,5	257	333	254-4-0-50	254	1082
Mannesmann	265-9-6-7G	271G	25794	269-69-67-67	270,5	37278	267-9,5-7-67,5	271	1600	267-9-7-68	271	6850
MAN	200bG-0-199G	204	1492	203-4-3-283	284	2181	—	—	477	285-5,5-5-5,5	285	411
Mercedes-H.	1110-25-05-05	1130G	1535	1105-18-05-10G	1133	5487	1105-12-05-12	1140	76	1125-25-10-10	1145	1470
Metallges.	340-3G	334G	469	340-4,5-0-40G	340	2918	—	—	48	345G-3-3-43	345	84
Nixdorf	580-4-77-5G	578G	3564	584-5,5-75-78	570	11419	586-6-6-86	578	2292	576-84-76-84	578	675
Porsche	•	—	•	1167-80-67-75	1165G		•	•	*	1160G-80-80-80	1160	*
Preussag*	241,5-1	241	1858	242-2,5-1-42	240	3932	243-3,5-0-40	243,5	888	242-2-2-2	242	635
RWE St.	231-5-2-1	236G	10448	231-3-0,5-30,5	235	36933	251-3,5-1-83,5	257,5	680	228-34-20-31	238	6250
RWE VA	223-5-0,5-0,5G	226,5	7642	220-3-19,5-9,5G	226	12892	226-6-2-22	229	1515	224-4-0-20	224bG	830
Schering	—542G	575,5	6637	563-70-62-66	563G	8890	570-70-65-70	568	620	568-9-8-69	564	1845
Siemens	675-8-70-69	682	52164	672—68-69,5	633G	188725	674-8-0-70	684	26457	677-9-8-70	686	36521
Thyssen	189-3-0,5-3,5	190,5	54475	182-4-2-83,2	190,8	154107	181-3,5-1-83,5	190,5	18471	190-0-80,5-83	190,5	19749
Veba	297-308,5-298,5	302,5	14816	300-0,8-300	302	40877	297-300-290-299	303	2209	299,7-301-300	305	5205
VEW	187-8,5-7G	195,5G	1318	188-90-88-90	195,8	9646	188-8-8-8	193	1919	185-90-85-85bG	198	318
VW	577-81-75-6G	588	25050	574,5-80-76-4,5	580,5	84951	578-81-76-76	582	20780	575,5-88,5-77	582	46024
Philips**	57,5-7,5-7,1-57	56,6	105966	57,5-7,5-7,2	56,4	38902	57,4-7,5-57,1	56,5bG	45188	57,4-7,4-7,2bG	56,6bG	13379
Royal D.**	168,5-9	165bG	34990	169,5-9,5-8,7	165,5	9978	168,5-9-8-68,5	145,9	10720	168,4-8,5-8,5bG	165,8	1825
Unilever**	366,5-6	368G	170	367-9-7-69	370	1540	—	—	104	368G-70-70-70	368bG	10
DM-Total: in 1000 DM			187269			490315			76221			126453

Aktien-Umsätze

Düsseldorf	24.3.	
Allianz Vers.	3932	2577
Dt. Babcock	3583	3619
Degussa	2905	784
Girmes	2611	7090
Hamborner	55	700
Henkel	3059	4471
Hussel	1725	3381
IKB	1355	532
Philips Komm.	750	1470
Salamander	2461	349
Frankfurt	21.3.	
Allianz Vers.	5830	7904
BBC	5054	4787
BHF	792	4047
Contigas	1329	105
Degussa	7955	5885
DLW	1125	1127
Dt. Babcock	2668	3995
Dt. Babc. Vz.	2330	5850
IWK	2415	7785
Varta	8951	13146
Hamburg	24.3.	
Allianz. Vers.	520	560
Beiersdorf	778	1761
Belafa	780	180
Br. Vulkan	1070	1422
Dt. Babcock	526	602
HEW	1972	2886
Hussel	612	5
Phoenix	1430	2256
Reichelt	602	1365
Salamander	178	69
München	24.3.	
Ackermann	390	697
Allianz Vers.	913	635
Diadig	599	1275
Dywidag	403	350
Energ. Ostb.	105	148
Isar-Amper	48	250
Münch. Rück	392	235
PWA	4975	3742
Salamander	17	20
Südchemie	118	39

Ausland

Amsterdam

	24.3.	21.3.
ACF Holding	294	294,5
Aegon	108	108,3
Akzo	168,5	169,45
Alg. Bk. Nederl.	585	585,5
Amev	76	78
Amro Bank	105,9	105,5
Berkel's Patent	36,5	37,7
Bijenkorf	79	79
Bols Lucas	136	137
Bredero	202,5	201,5
Buehrmann	150	149
Dessaux	154	155
Fokker	82,4	83,8
Gist Brocades	269	270
Océ-v. d. Grinten	445	445
Hagemeijer	55,2	55,2
Heineken Bierbr.	241,8	242
KLM	51,4	51,8
Hoogoven Kon.	94	95,5
Nationale Ned.	75,8	78,1
Ned. Lloyd Groep	175,5	176
Ommeren van	30,5	31,1
Pakhoed	66,3	66,9
Philips	64,9	64,1
Rijn-Schelde	8,9	8,9
Robeco	92	92,1
Rolinco	75	78,8
Royal Dutch	189	186,6
Credit Lyonnais Bk.N	101	102
Unilever	413	415,65
Ver. Masch.	305	302,5
Volker Stevin	—	34,1
Westland Utr. Hyp.	49,9	49,8
Index: ANP/CBS	262,90	263,50

Brüssel

Arbed	3350	3300
Brux. Lambert	3000	3105
Cockerill Ougrée	161	160
Ebes	4645	4730
Gevaert	6820	6790
Kredietbank	—	—
Petrofina	7190	7150
Soc. Gen. d. Belg.	2920	2880
Sofina	8750	8700
Solvay	7940	8090
UCB	7100	7090
Index	3447,83	3466,70

Hongkong

	24.3.	21.3.
China Light + P.	15,3	15,4
Hongkong Land	5,9	5,8
Hongk. + Sh. Bk.	7,7	7,6
Hongk. Teleph.	9,75	9,55
Hutch. Whampoa	25,8	25,5
Jard Matheson	11,8	11,6
Swire Pac. + A +	33	32

Kopenhagen

	24.3.	21.3.
Den Danske Bank	378	364
Jyske Bank	785	785
Kopenh. Handelsbk.	325	322
Novo Industri	—	259
Privatbanken	293	295
Ostasiat. Komp.	289	287
Dan. Sukkerfabr.	410	415
For. Bryggerier St.	—	1170
Kgl. Porc. Fabr.	375	375

London

	21.3.	20.3.
All. Lyons	335	330
Anglo Am. Corp.$	15	14,875
Anglo Am. Gold $	80	79
Babcock Int.	221	216
Barclays Bank	569	587
Beecham Group	383	378
Bowater	340	333
B.A.T. Industries	401	410
BL	51	50
BLOC Int.	367	367
British Petroleum	571	580
British Aerospace	595	586
British Telcom	226	226
Britoil	176	186
BTR	495	486
Burmah Oil	354	352
Cable Wireless	698	690
Cadbury Schweppes	187	185
Charter Cons.	268	273
Cons. Gold. Fields $	5,12	5,17
Cons. Murchison	200	206,25
Courtaulds	291	290
De Beers $	7,5	—
Distillers	683	638
Driefontein $	18,5	18,5
Free St. Geduld $	—	—
General Electric	192	198
Guinness	308	298
Hawker Siddeley	615	613
ICI	994	996
Imperial Group	343	342
Lloyds Bank	659	674
Lonrho	289	280
Marks & Spencer	216	216
Midland Bank	539	554
Nat. Westminster	910	935
Plessey	224	226
Reckitt & Colman	785	790
Rio Tinto-Zinc	724	719
Rustenburg Plat. $	11,28	11,25
Shell Transp.	775	783
Thorn Emi	479	479
TI Group	509	548
Trusthouse Forte	285	206
Unilever	1588	1580
Unitech	263	—
Vickers	475	468
Woolworth	640	621
Financial Times	1416,80	1414,10

Am Donnerstag, dem 20. März 1986, starb im 80. Lebensjahr

Professor Dr. med., Dr. med. h. c.

Rudolf Thauer

Emeritiertes wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Physiologische und *Klinische Forschung, W. G. Kerckhoff-Institut*

Mit Professor Thauer verliert die Max-Planck-Gesellschaft einen bedeutenden Forscher und akademischen Lehrer, der mit seinen bahnbrechenden Erkenntnissen die Regulationsphysiologie in Deutschland zur Weltgeltung führte. Darüber hinaus hat er als Institutsdirektor und als wissenschaftspolitischer Berater die biomedizinische Forschung entscheidend gefördert.

Rudolf Thauer hat der Max-Planck-Gesellschaft über drei Jahrzehnte angehört. Im Jahre 1951 wurde er zum wissenschaftlichen Mitglied und Direktor des William G. Kerckhoff-Herzforschungs-Instituts, des späteren Max-Planck-Instituts für Physiologische und Klinische Forschung in Bad Nauheim berufen, das er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1974 leitete.

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt in Trauer und Dankbarkeit Abschied von Rudolf Thauer, der er über Jahrzehnte in Freundschaft verbunden war.

Heinz A. Staab
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft *zur Förderung der Wissenschaften* e. V.

München 2, den 21. März 1986
Residenzstraße 1 a

Auf einer Geschäftsreise in Taiwan verstarb, für uns alle unfaßbar, unser Verkaufsdirektor

Diplom-Kaufmann

Wolfgang Hilgert

kurz nach Vollendung seines 58. Lebensjahres.

Mehr als 30 Jahre hat Herr Hilgert mit unermüdlichem Einsatz, großem Sachverstand und Weitsicht die Entwicklung unseres Unternehmens maßgeblich mitbestimmt. Dem Vertrieb hat er vor allem im Ausland eine Prägung gegeben, die weit in die Zukunft wirken wird. Seine menschliche Art und sein umfangreiches Fachwissen brachten ihm Freundschaft und Achtung bei Geschäftsfreunden und Mitarbeitern.

Herr Hilgert hat sich um unser Unternehmen verdient gemacht. Wir verlieren mit ihm eine Persönlichkeit, der wir in Dankbarkeit stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

FIRMA CARL STILL GMBH & CO. KG
Geschäftsleitung Betriebsrat Mitarbeiter

Das Requiem findet am Mittwoch, 26. März 1986, um 9.00 Uhr in der St. Pauluskirche zu Recklinghausen statt. Im Anschluß daran erfolgt um 10.15 Uhr die Beisetzung von der Trauerhalle des Nordfriedhofes aus.

e Gräber.
gehörigen.
en
d Frieden.

Inlandszertifikate

	Ausg. 24.3.	Rückn. 24.3.	Rückn. 21.3.
AAR-UNIV.F.I	174,59	164,71	164,71
Adifonds	68,85	65,57	65,91
Adirenta	24,93	24,20	24,13
Adirewa	101,07	98,31	97,27
Aditec	99,67	94,92	94,66
Adiverba	176,52	168,11	168,17
Aegis Ertr.-Fds.	39,50	37,61	37,82
Aegis Wachst.-Fds.	63,50	60,38	60,52
AGI Fonds	177,81	168,58	168,58
Aktiumula	200,40	190,85	191,79
Albingia Rendite Fds.	51,60	49,61	49,65
Alfa Kapital Fds.	38,08	35,41	35,55
Allianz-Rentenfonds	125,59	120,57	120,52
Analytik Fonds	35,17	32,70	32,79
Aro-Rendit.	58,59	56,55	56,48
AriDeka	55,37	53,15	53,37
Assecura I	90,77	90,32	90,32
Austr. Pazifik	52,38	50,86	50,28
Berenberg-U-Fonds	423,05	410,73	413,17
Berenberg-U-Renten	125,18	120,18	120,36
BW-Renta-Univ.	54,12	52,80	52,80
BW-Wartberg-Univ.	135,35	130,44	130,44
Colonia Rentenfonds	51,39	49,64	49,65
Concentra	38,87	37,92	38,10
dbi-Fonds V I	–	58,33	58,33
DekaFonds	53,86	51,16	51,61
DekaRent	33,69	32,71	32,48
DekaSpezial	246,19	233,89	233,93
DekaTresor	61,20	59,71	59,48
DespaFonds	83,27	79,11	79,11
DEVIF-Invest	102,90	97,90	98,78
DEVIF-Rent	56,20	54,56	54,56
DIFA-Fonds	185,50	176,20	176,20
DIFA GRUND	103,72	98,53	98,53
DIT Fonds f. Verm.	69,95	68,24	68,73
DIT Rohstoffonds	77,51	75,25	73,49
DIT Pazifikfonds	105,44	100,43	98,06
DIT Technologiefonds	80,99	78,63	77,75
DIT Fds.f Wdl.u.Opt.A	132,73	129,00	127,89
Dt. Rentenfonds	84,25	82,58	82,54
Dt. Vermögensb. Fds. A	unerh.	unerh.	58,88
dgl. I	unerh.	unerh.	50,65
dgl. R	27,80	26,99	26,97
DWS Bayern Spezial	unerh.	unerh.	95,42
DWS Energiefonds	87,00	84,84	84,76
DWS Provesta	unerh.	unerh.	74,95
DWS Rohstoff Fds.	83,39	81,25	80,59
DWS Technologie Fds.	89,35	87,16	87,76
Fondak	73,04	69,56	69,96
Fondirent	87,73	85,17	84,36
Fondis	61,37	58,45	57,94
Fondra	115,61	110,10	110,65
FT Accuzins	141,95	137,80	137,49
FT Am Dynamik	24,46	22,58	22,51
FT Frankf. Eff. F	142,27	135,16	136,29
FT Interspezial I	29,19	26,71	26,83
FT Interspezial II	33,79	30,92	31,10
FT Interzins	45,32	44,00	43,99
FT Nippon Dynamik	83,73	76,71	75,56
FT Re-Spezial	190,29	180,78	180,99
Gerling Dynamik	69,45	66,46	66,78
Gerling Rendite	55,95	54,32	54,32
GKD-Fonds	unerh.	unerh.	71,78
Gotharent	100,23	96,75	96,54
Grundbesitz-Invest.	72,98	69,37	69,25
Grundwert-Fonds	131,42	124,57	124,57
Hbg.-M. Rentenfonds	58,59	56,34	56,32
Hansainternational	55,02	53,16	52,97
Hansaprofit	–	28,59	28,66
Hansarenta	48,70	47,05	47,05
Hansasecur	68,95	65,67	66,49
Hansazins	49,78	48,18	47,76
Haus-Invest	71,18	67,68	67,61
iii-Fonds Nr. 1	119,40	113,60	115,68
dgl Nr. 2	77,40	73,60	73,60
Industria	61,70	59,90	59,71
INKA-Global	86,40	82,40	85,28
INKA-Rent	55,00	53,38	53,30
INKA-Re-Invest	136,10	132,00	132,18
Investa	73,05	71,23	71,28
Interglobal	146,48	142,21	141,58
Inter-Renta	39,63	38,46	38,42
Intervest	101,15	96,33	96,84
Interkapital	28,50	26,80	27,80
Int. Rentenfonds	85,81	85,72	82,57
Investa	unerh.	unerh.	68,58
Investors Fds.	16,38	15,23	15,32
Iverafonds	62,26	56,96	57,15
Japan-Pazifik-Fds.	74,53	72,56	72,60
Kapitalf. Spezial	139,56	129,10	129,43
Magdeb. W.-Fd.DIT	85,57	81,26	80,76
Medico-Invest	124,37	118,30	117,30
Merkur I	50,60	50,60	50,60
NB Rent	57,36	55,58	55,56
Nordcumula	76,89	74,65	76,42
Nordrenta Int.	60,41	58,65	58,41
Nordstern-F. RK	51,82	50,06	50,07
Nürnberger Rentenfds.	49,70	47,45	47,46
Oppenh. Int. Rent.	101,50	98,57	98,52
Oppenh. Priva-Rent	115,74	110,42	110,48
Oppenheim-Privat	57,89	54,36	54,67
Oppenheim-Spez. I	129,41	125,63	125,84
Oppenheim-Spez. II	97,47	92,82	92,66
Plusfonds	75,69	72,89	72,38
Privatfonds	70,75	67,35	68,31
Re-Inrenta	165,70	161,66	161,40
Renditdeka	35,16	34,14	34,14
Rentak	162,71	154,57	154,51
Rentex	109,68	106,39	106,35
Rentensparfonds	57,21	55,54	55,50
Ring Aktien-Fds. DWS	unerh.	unerh.	46,95
Ring Renten-Fds. DWS	47,65	45,47	45,46
Sälzer-U-Fonds	155,59	151,06	151,06
SMH-Rentenfonds	52,97	51,43	51,43
Südinvest I	71,95	68,52	69,50
dgl. II	82,53	78,60	78,96
dgl. III	26,97	26,18	26,18
dgl. IV	89,85	86,39	87,36
Thesaurent	70,71	68,99	68,04
Thesaurus	239,28	233,44	234,99
Transatlanta	32,65	31,70	31,46
Unifonds	33,50	31,82	31,99
Uniglobal	97,10	94,30	94,60
Unirak	90,30	85,96	86,96
Unirenta	42,30	41,05	40,95
Unispezial I	–	64,69	64,16
Universal-Eff.-F.	92,89	91,07	91,97
Unizins	113,25	109,95	109,94
Verm.-Aufbau-F.	124,49	118,56	118,45
Verm.-Ertrag-F.	102,43	98,49	97,74
VICTORIA Rent-Adig	73,54	71,05	71,10

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,35	31,50	31,50
Bond Valor DM	110,62	108,59	108,64
Convert Fund A DM	–	32,30	32,30
Convert Fund B DM	–	92,90	92,90
CS Money Market DM	1077,00	1076,00	1076,08
Eurinvest DM	89,30	85,60	85,00
Eurunion DM	189,25	174,39	174,46
Formular Sel. DM	82,47	77,11	77,11
GT Inv. Fund DM	64,48	61,80	60,30
Interspar DM	29,59	27,92	28,01
Japan Sel. DM	375,80	350,65	350,65
Unico DM	78,00	75,66	75,53
Amerika-Valor sfr.	522,00	494,00	498,75
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	119,50	111,00	112,00
Bond-Invest sfr.	65,00	65,50	65,50
Bond Valor Yen	10480,00	10478,00	10479,00
Bond Valor $	121,38	119,13	118,88
Bond Valor sfr.	107,05	105,05	105,05
Bond Valor Ster.	107,06	105,07	104,20
Conasec	682,00	649,00	640,00
CSF-Bonds sfr.	78,00	75,25	75,25
CS Money Market $	1129,00	1128,00	1127,00
CS Money Market Ster.	1081,00	1080,00	1080,00
CS Money Market Yen	102115,0	102114,0	102100,0
Convert Valor sfr.	133,15	130,46	130,40
Convert Valor $	144,14	141,44	141,36
Dreyfus $*	14,59	13,35	13,45
Dreyfus Internat. $*	50,30	47,28	47,28
Dreyfus Intercont. $*	47,87	46,90	47,28
Dreyfus Leverage $*	22,20	20,31	20,41
Energie-Valor DM	166,80	159,44	159,15
Europa Valor sfr.	202,00	192,25	193,00
Fonsa sfr.	195,00	188,50	188,50
Founders Growth $*	9,59	9,57	9,68
Founders Mutual $*	10,95	10,95	11,11
Goldaloes Inf.	–	234,80	225,80
Intercont. Tr. sfr.	–	356,50	358,25
Interswiss sfr.	171,00	170,50	170,50
Intervalor sfr.	91,75	88,50	89,00
Japan Portfolio sfr.	1114,75	1052,00	1054,25
Kemper Growth $*	14,61	13,37	13,56
Pacific-Valor sfr.	178,75	167,75	164,50
Pharmafonds sfr.	324,00	308,50	301,50
Pioneer Fund $*	25,37	23,40	23,57
dgl. II $*	21,22	19,42	19,44
Schweizeraktien sfr.	512,25	485,50	485,75
Sicl-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Sict 63 sfr.	1380,00B	1370,00G	1370,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2675,00	2550,00	2550,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1375,00	1310,00	1310,00
Swissvalor sfr.	413,25	401,50	401,25
Technology $*	14,80	13,54	13,75
Technogrowth Fd.	109,76	105,56	105,54
Templeton Growth $*	14,31	13,09	13,08
Universal B.S sfr.	79,75	74,75	74,75
Universal Fund sfr.	126,33	121,80	122,62
Ussec	835,00	795,80	882,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 24. 3. 1986

3504 Optionen = 184 450 (171 850) Aktien, davon 345 Verkaufsoptionen = 18 080 Aktien.

[illegible]

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 180,05 (181,80); Elektrowerte: 318,67 (318,48); Autowerte: 754,01 (758,02); Maschinenbau: 176,87 (177,15); Versorgungsaktien: 173,99 (175,59); Banken: 411,64 (415,61); Warenhäuser: 162,75 (162,24); Bauwirtschaft: 487,08 (485,72); Konsumgüterindustrie: 164,72 (165,45); Versicherung: 1479,37 (1472,99); Stahlpapiere: 179,51 (184,67)

Kursgewinner (Frankfurt):

Georg	140,00	+10,00	+7,6%
Kraft Rheinfeld.	330,00	+17,00	+5,4%
Deut. Conti Rück NA	1098,00	+45,00	+4,2%
Pfaff	249,00	+9,00	+3,7%
Stumpf St.	171,80	+6,00	+3,6%
Reichelbräu	600,00	+20,00	+3,4%
Wanderer	600,00	+20,00	+3,4%
Buderus	548,00	+18,00	+3,3%
Gerling NA Vz.	485,00	+15,00	+3,1%
Contigas	399,50	+11,50	+2,9%

Kursverlierer (Frankfurt):

Koepp	210,00	-20,00	-8,6%
Badenwerk	160,50	-10,50	-6,4%
Hanf Oberach Vz.	190,00	-10,00	-5,0%
Lahmeyer	391,00	-21,00	-5,0%
Colonia Vers.	778,00	-40,00	-4,8%
Binding Vz.	296,00	-14,00	-4,5%
DAT	860,00	-40,00	-4,4%
Flachglas	320,00	-14,90	-4,4%
Hemmoor Zement	220,00	-10,00	-4,3%
Mainkraft	520,80	-20,00	-3,7%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1900B, VAB 3050G. Düsseldorf: BASF 299, Bayer 317, BHF 480G, Contigas 360, Dresdn. Bk. 418, Metallges. 330T, Nixdorf 550, Rütgers 425G, Salamander 302, Schering 540, VEW 177. Frankfurt: Adt 51,1, Allweiler St. 290, Allweiler Vz. 285G, BASF 301, Bayer 317, BHF 500T, Commerzbk. 305, Contigummi 220T, Dresdner Bk. 418,5, Hoechst 300G, IWK 305, KSB 193T, KSB Vz. 185T, Linde 607, Magdeburger Feuer NA 675, Mainkraft 500T, Metallges. 334,5, Moto Meter 267,5, Pfaff 230, Rütgers 420G, Salamander 295,5, Schering 543, VEW 179, Wella 795, Ymos Vz. 179. Hamburg: Doag 398, Schering 540. München: BASF 300, Bayer 315, Bay. Hdlbk. 450bG, Br. Wolk. 225G, Contigas 388G, Dresdn. Bk. 419, IWK 305bG, Linde 605, Metallges. 330G, Nixdorf 568bG, Rütgers 420bG, Salamander 300G, Schering 555G, Stumpf 160Gr, VAB 3000B, VEW 168, Wanderer 595TG.

Bezugsrechte: Frankfurt: Kolbenschm. 16,5, RWE 5,1, Olivetti 0,02. Düsseldorf: Mannesm. 4,5. München: Vbk. Nürnbg. 45bG, Stuttgart: Gehe 17.

Devisenmärkte

Der US-Dollar eröffnete am 24. März bei 2,26 in Europa und lag damit 1 Pfennig über seinem New Yorker Vorwochenschluß. Man beachtet, daß der japanische Ministerpräsident das Kursniveau von 174 bis 175 Yen pro Dollar für übertrieben ansieht. Eine weitere Nachricht aus Japan sorgte in der ersten Handelsstunde für eine sensationelle Aufwärtsbewegung bis 2,3. Japanischen Stimmen zufolge sieht die Fed den Dollarrückgang als beendet an. Im Verlauf des Morgens wurden diese Ansichten allerdings wieder unter Hinweis auf alte Äußerungen des Fed-Präsidenten berichtigt. Er notierte amtlich mit 2,2887 und wurde auch zum Schluß auf dieser Basis gehandelt. Meldungen über eine Einigung auf neue Fördermengen ließen die Ölwährungen Englands und Norwegens 1,3 bzw. 0,7 Prozent steigen. Die Höchstkurse wurden allerdings nicht gehalten, als am Nachmittag eine Verlegung der Opec-Konferenz auf den 15. 4. 86 bekannt wurde. US-Dollar in: Amsterdam 2,5840; Brüssel 46,8425; Paris 7,028; Mailand 1556,00; Wien 16,045; Zürich 1,9147; Ir. Pfund/DM 3,026; Pfund/Dollar 1,4966; Pfund/DM 3,422.

Devisen und Sorten

24.3.1986	Frankf. Devisen Geld	Devisen Brief	Wechs.-Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	2,2847	2,2927	2,2744	2,23	2,33
London[2]	3,415	3,429	3,384	3,35	3,52
Dublin[2]	3,019	3,033	2,953	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6354	1,6434	1,6137	1,58	1,68
Amsterd.	88,485	88,705	88,37	87,50	89,25
Zürich	119,32	119,52	119,36	118,00	120,75
Brüssel	4,877	4,897	4,818	4,72	4,92
Paris	32,485	32,645	31,975	31,75	33,50
Kopenh.	27,05	27,15	26,85	26,25	28,00
Oslo	31,86	31,98	31,295	31,25	33,00
Stockh.**	31,49	31,65	31,045	30,75	32,50
Mailand[3]**	1,4655	1,4755	1,452	1,41	1,51
Wien	14,226	14,266	14,204	14,16	14,38
Madrid**	1,586	1,596	1,557	1,535	1,655
Lissabon**	1,523	1,543	1,448	1,25	1,90
Tokio	1,279	1,282	–	1,24	1,30
Helsinki	44,43	44,63	43,94	43,50	45,50
Buen.Air.	–	–	–	–	3,90
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,614	1,668	–	1,20	1,90
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,633	1,652	–	1,54	1,69
Johannbg.*	1,078	1,112	–	0,95	1,28
Hongkong *	29,19	29,47	–	26,50	32,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Renten bröckelten weiter

Die Umsatztätigkeit blieb auf dem Rentenmarkt auch zu Beginn der neuen Woche gering. Inländische Großanleger scheinen vor Ostern keine Anlageentscheidungen mehr treffen zu wollen und aus dem Ausland lagen kaum Kaufaufträge vor. Da sich die Kreditinstitute andererseits mit Abgaben aus ihren Beständen zurückhielten, brauchten die kurspflegenden Stellen diesmal die Notierungen nur bis 0,20 Prozentpunkte zurückzunehmen. Ebenfalls leicht nachgebend die Pfandbriefe. In diesem Bereich blieb die Geschäftstätigkeit ebenfalls schleppend.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz
Orte und Hotels in Deutschland empfehlen sich.



Niedersachsens modernes Kongreß- und Tagungszentrum: im größten deutschen Seebad, 100 Meter hinter dem Nordseestrand, mitten im Kurpark. Mit Raum für 100 bis 1200 Tagungsgäste. Neueste Konferenztechnik. Komfort und maritime Atmosphäre. Mit dem umfassenden Service-Angebot des attraktiven Nordseeheilbades. – Fordern Sie unser unverbindliches und detailliertes Angebot an!

Veranstaltungszentrum Nordseeheilbad

CUXHAVEN

Veranstaltungszentrum, Strandstraße, 2190 Cuxhaven, Telefon (04721) 46077

②



⑦ Burghotel Dinklage

Ideal für Tagungen und Betriebsfeste

Nur 1400 m von der Autobahn AL Hansalinie, Abfahrt Lohne/Dinklage

Burgallee 1, 2843 Dinklage/Oldb., Tel. 0 44 43 / 10 25

③ **Apart-Hotel Upstalsboom**

Friesische Gastlichkeit direkt am Nordsee-Deich

Eine Alternative mit Pfiff:
Erfolgreich arbeiten, wo andere Urlaub machen!

Unser Pauschal-Angebot
Ubernachtung im geraumigen Einzelzimmer
Fruhstuck, Kaffeepause, Menu am Mittag und Abend
Benutzung von Technik und Raumen
nur DM 85,- pro Tag

Sie erreichen uns uber die BAB 29, Richtung WHV, Abfahrt Horumersiel-Schillig. Parkplatze am Haus vorhanden.
Bitte fordern Sie den Tagungsprospekt an!
Apart-Hotel Upstalsboom
Schillighorn, 2949 Nordseebad Horumersiel
Telefon 04426/88-0



„See-Seminare" im Nordseebad St. Peter:

Für erfolgreiche Tagungen bieten wir Meer: 5 Räume für Seminare, Tagungen, Festlichkeiten bis zu 250 Personen, modernste Konferenztechnik, 90 Zimmer, Swimmingpool, Fitness-Center, direkt am Meer.

Bitte fordern Sie unsere Hotel- und Tagungsunterlagen an

Best Western ★★★★ AMBASSADOR International

④

Im Bad 26 · 2252 St. Peter-Ording · Tel. 04863/1091 · Tlx. 28420 ambad

Die Tagungsorganisation sollten Sie nicht irgend jemandem überlassen:

⑤



- * Wir sind Tagungs- und Seminarprofis
- * mit optimal ausgestatteten Konferenzräumen
- * mit komplettem Tagungsequipment
- * mit ruhiger Lage, mitten in Deutschland
- * mit seminargerechter Ernährung
- * mit Tennishalle, Schwimmbad, Sauna
- * mit Kegelbahnen, Solarium, Massage

Lassen Sie uns Ihr Partner sein!

Best Western - SPORTHOTEL VOGELSBERG
Kneippstraße 1, 6320 Alsfeld/Romrod, Telefon (06636) 890

⑥



ALLES UNTER EINEM DACH

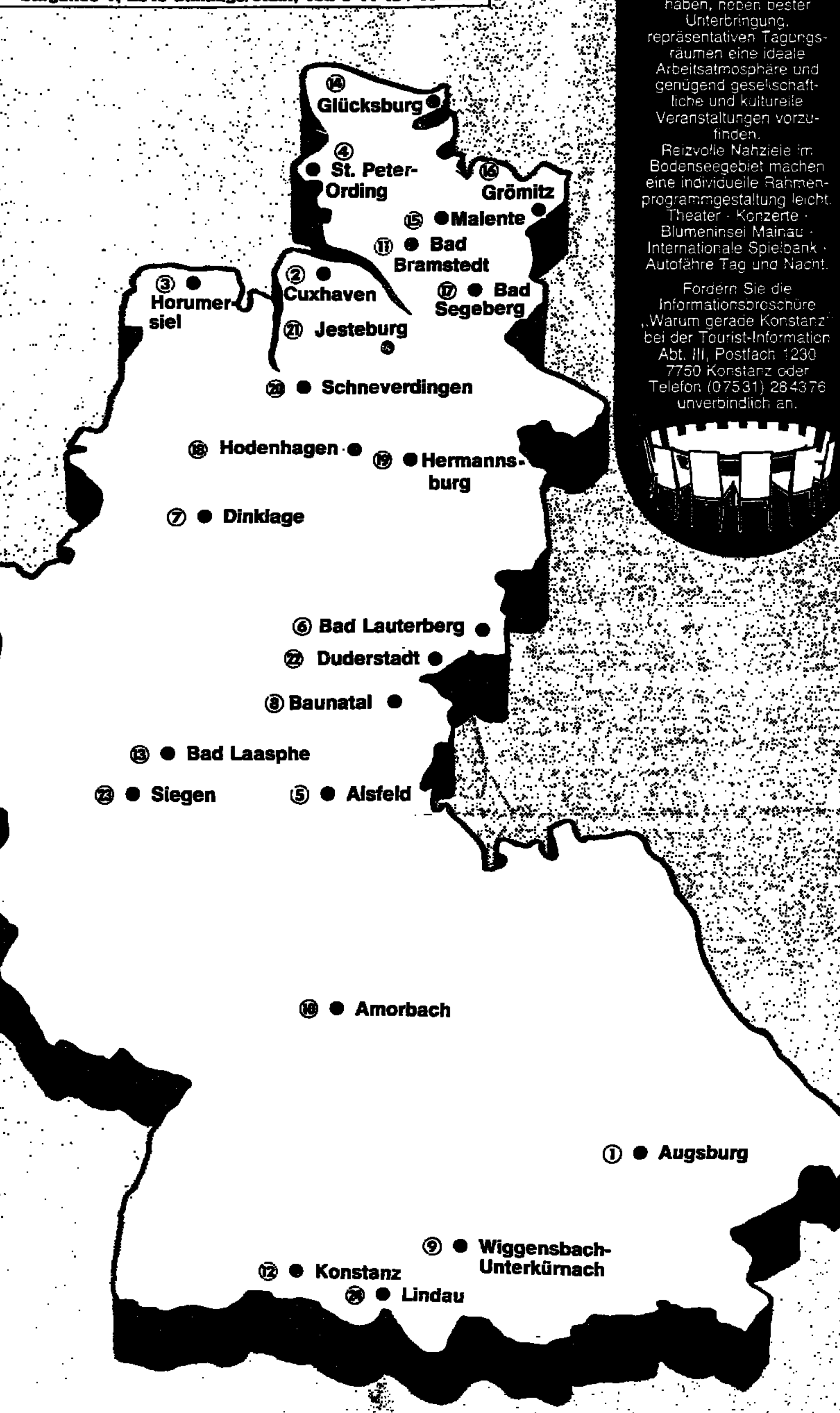
600 Betten – 15 Konferenzräume von 6 bis 600 Personen

- ● gemütliche Restaurants ● Nachtbar
- ● Bierstube mit Kegelbahnen ● Fitness-Räume
- ● Hallenbad, Sauna ● Tennishalle und Freiplätze

Wenn Sie in absolut ruhiger Lage auf nichts verzichten wollen, so sollte Ihr nächster Tagungsort das revita – Tagungs- und Kongreßzentrum sein.
Gern senden wir Ihnen unsere Info-Mappe, der auch ein interessantes Freizeit-Programm beiliegt.
LASSEN SIE SICH ÜBERZEUGEN Sprechen Sie mit Frau Western oder Herrn Seela

revita Tagungs- und Kongreßzentrum
EIN FAMILIENBETRIEB
SYMPATHISCH – PRIVAT – PERSÖNLICH
3422 Bad Lauterberg im Harz Telefon (0 55 24) 8 31





⑧



Tagen mit Garantie

Einzigartig in Deutschland

Ihr Tagungserfolg ist unsere Maxime. Für alles, was wir dazu beitragen können, verbürgen wir uns: Übernachtung in großzügigen 32 qm-Zimmern. Moderne Veranstaltungsräume, von 40 bis 1200 qm, mit Tageslicht und ergonomischer Bestuhlung. Professionelle Konferenzausrüstung. Sauna, Solarium, Fitness-Raum und... und... und.

Wenn Sie mit den von uns garantierten Leistungen nicht zufrieden sind, sorgen wir für adäquaten Ersatz oder erstatten Ihnen die Kosten zurück. Nehmen Sie uns beim Wort.

Möchten Sie mehr wissen über die einzigartige AMBASSADOR-Tagungsgarantie? Anruf genügt!

Ambassador International
Friedrich-Ebert-Allee 3, 3507 Baunatal/Kassel
Tel. 0561/49930 Telex 992240

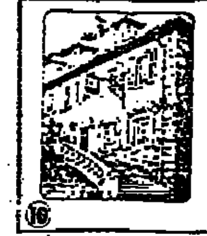
AMBASSADOR

⑨



Hotel **Hofgut Kürnach**

HALLENBAD – SAUNA – SOLARIUM
Tennis – Reiten – Kegeln – Ski – Wassersport
70 Komfortzimmer, 4 Seminarräume, 15–80 Personen.
Für Tagungsmappe + Angebot
Telefon 0 83 70 - 12 11
D-8961 Wiggensbach-Unterkürnach



DER SCHAFHOF
Gutsschänke & Gästehaus

Im romantischen Otterbachtal außerhalb der Barockstadt Amorbach liegt das außergewöhnliche Haus! Lamm- und Forellenspezialitäten. Für Ihre individuelle Tagung bis 15 Pers., Tagungsarrangements, hauseigener Tennisplatz.
8762 Amorbach, Tel. (0 93 73) 80 88, Telex Nr. 689 293 amor d

⑯



Ihr Tagungshotel nach Maß

⑪ liegt in schönster Natur – inmitten eines Buchenwaldes in Bad Bramstedt
Sie wohnen first-class, genießen professionellen Tagungs- und Konferenz-Service.
Und nach der Tagung bietet unser Hotel Fitness- und Entspannungsprogramm.
Fordern Sie die Tagungsmappe an!
Hotel-Köhlerhof,
Am Köhlerhof
2357 Bad Bramstedt,
Tel. 04192/5050, Telex 218 010 4

⑫



Das heißt: die Gewißheit haben, neben bester Unterbringung, repräsentativen Tagungsräumen eine ideale Arbeitsatmosphäre und genügend gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen vorzufinden.
Reizvolle Nahziele im Bodenseegebiet machen eine individuelle Rahmenprogrammgestaltung leicht.
Theater · Konzerte · Blumeninsel Mainau · Internationale Spielbank · Autofähre Tag und Nacht.

Fordern Sie die Informationsbroschüre „Warum gerade Konstanz" bei der Tourist-Information Abt. III, Postfach 1230 7750 Konstanz oder Telefon (07531) 284376 unverbindlich an.

⑬



Topangebot zum Jahresbeginn für die Monate Januar–April + November–Dezember

Tagungspauschale pro Pers./Tag DM 85,-

- ✱ Komfortzimmer + Schwimmbad + Sauna
- ✱ Tagungsräume inkl. hauseigener Technik
- ✱ Reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✱ Mittags- + Abendmenüs oder Buffets
- ✱ 2 Kaffeepausen inkl. Gebäck

Der Rothaar-Treff, Höhenweg 1
5928 Bad Laasphe
Tel. 0 27 52/10 50

DER ROTHAAR TREFF

⑭ ⑮ ⑯ ⑰



intermar
Glücksburg Malente Grömitz Bad Segeberg

Tagungen im Intermar-Stil

Tagungen Konferenzen Seminare im Intermar-Stil sind zu einem Begriff geworden

Fordern Sie bitte unseren Prospekt an

Wir sind auch Ihr Partner für Urlaub, Wochenend und Freizeit. Ihre Buchung nimmt jedes Intermar-Hotel entgegen oder informieren Sie sich bei der
Zentralen Reservierung,
Kl. Reichenstr. 28
2000 Hamburg 11
Tel. 040/327 457-58, Tx. 214 915

⑱ **Heidehotel Hudemühle**

Verbinden Sie Ihre Tagung mit einem schönen Aufenthalt. Das Heidehotel Hudemühle liegt im Grünen und pflegt die familiäre Atmosphäre. Das Heidehotel Hudemühle ist dafür Ihr Hotel. 51 Zimmer mit Dusche/WC, Radio, Farb-TV, Telefon, Schwimmbad, Sauna und Solarium, gemütlich rustikales Restaurant, Heidschnuckenkeller, Kaffeegarten und Grillplatz. 5 Seminar- und 4 Gruppenräume, ausgestattet mit modernster Konferenztechnik, Pauschalpreis schon ab 94,– DM pro Person. Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gern und schaffen den persönlichen Rahmen für Ihre Tagung.

Für Ihr Freizeitprogramm bieten sich ausgedehnte Wander- und Radfahrwege, Kutschfahrten und der nahe gelegene Safari- und Vogelpark an.

Silencehotel
3035 Hodenhagen
☎ 0 51 64 / 5 01

⑲ **HOTEL HEIDEHOF** Ringhotel Hermannsburg

Hallenbad 7×12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium

Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube. 90 Betten, alle Zimmer mit Du., WC, Telefon, Radio, z. T. mit Südbalkon, Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.
Neu, nur 3 km entfernt:
2 komplette Ferienappartements
und 6 Pferde-Gastboxen. Ideales Reitgelände.
3102 Hermannsburg, Lüneburger Heide
Tel. (0 50 52) 34 81 < 80 81 >



Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE HOTEL

Modernste Konferenzräume mit neuzeitlicher Technik

Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten

80 Betten. Hallenschwimmbad (9×18), Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg–Hannover–Bremen (je 45 Minuten).

⑳ Fragen Sie uns – wir informieren Sie gern.

3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031 Telex 924153

㉑



Vor den Toren Hamburgs in der Nordheide
Ringhotel Jesteburg
2112 Jesteburg, Lüneburger Heide, Tel. 04183/2044
Zimmer mit Bad/WC/Radio/Tel., 70 Betten, Lift.
Konferenzräume: 10–80 Personen
Hallenbad, mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlift.

㉒ **DUDERSTADT/Eichsfeld**

Idealer Tagungsort im Landkreis Göttingen, eine der schönsten Fachwerkstädte Deutschlands.

Gesellschaftsräume für Tagungen jeder Art. Eichsfeld-Halle mit 731 Plätzen.

Aufenthaltsprogramme und Zimmervermittlung:
Städt. Verkehrsbüro im Rathaus, 3408 Duderstadt 1
Tel. (0 55 27) 84 12 00

㉓



Seminare + Tagungen in der Mitte der Bundesrepublik

Siegerlandhalle

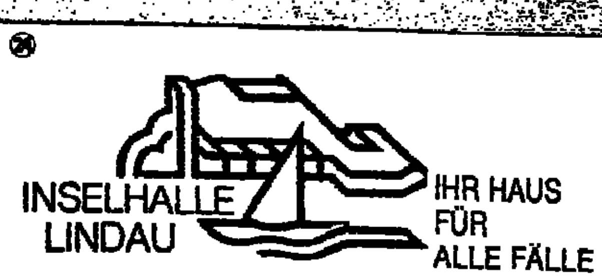
... ab September 1986 mit dem

Park Hotel Siegen
180 Betten

- 11 Kongreßsäle nach Maß für 20 – 2300 Personen
- Modernste Kongreßtechnik
- Bewirtschaftung in allen Räumen und Sälen
- 3 Restaurants · 10 Kegelbahnen
- Tagungsstadt im Grünen
- Direkter Autobahnanschluß A 45 (Sauerlandlinie)

Verwaltung der Siegerlandhalle, Koblenzer Str. 151, 5900 Siegen, ☎ (02 71) 23 20-0, Tx. 8 72 875

㉔



Unser neues Schmuckstück, direkt am See
in Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halle in 3 Sälen teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen,
Restaurant-Café, Seeterrasse (Pächter: Hubert Hübler)
Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz.

LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen,
Ferienwohnungen und Privatzimmern

Auskunft:
Verkehrsverein, 8990 Lindau (B), Tel. 0 83 82 / 40 35

LINDAU

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Nur knapp behaupten konnte sich dagegen Silber. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	21.3.	20.3.
Mai	310,00	310,50
Juli	253,00	257,75
Sept.	245,00	250,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	284,50	280,00
Am. Durum	281,44	276,94

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

März	98,50	98,50
Mai	101,10	101,10
Juli	104,50	104,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)

März	95,00	95,00
Mai	91,30	91,50
Juli	89,80	90,10

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	111,00	113,50
Juli	113,25	115,00
Sept.	114,25	116,25

MAIS Chicago (c/bush)

Mai	231,00	232,50
Juli	226,25	228,50
Sept.	208,75	209,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

März	99,70	99,70
Mai	101,60	102,00
Juli	101,70	102,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	21.3.	20.3.
Mai	241,00	245,25
Juli	245,25	249,00
Sept.	249,25	253,25

KAKAO New York ($/t)

	21.3.	20.3.
Mai	1952	2148
Juli	1999	2021
Sept.	2040	2058
Umsatz	3739	4049

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Mai	7,58	7,23
Juli	7,85	7,50
Sept.	7,90	7,55
Okt.	8,02	7,70
Jan.	8,00	7,80
Umsatz	9841	7326

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 7,01 6,94

KAFFEE London (£/t) Robusta

	21.3.	20.3.
März	2385-2405	2420-2425
Mai	2444-2446	2485-2490
Juli	2492-2500	2545-2550
Umsatz	4782	4134

KAKAO London (£/t)

März	1412-1420	1507-1513
Mai	1427-1429	1510-1511
Juli	1453-1454	1541-1543
Umsatz	6791	3120

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	21.3.	20.3.
Mai	189,60-190,00	182,40-182,60
Aug.	195,80-196,00	189,00-190,00
Okt.	198,40-199,00	192,40-195,40
Umsatz	305	162

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	24.3.	21.3.
schw. Saraw.spez.	825,00	845,00
weiß.Saraw.	1330,00	1340,00
weiß.Munt.	1345,00	1355,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	21.3.	20.3.
Mai	87,50	85,50
Juli	86,50	85,10
Sept.	84,50	85,10
Nov.	84,70	83,50
Jan.	84,90	83,50
Umsatz	700	1300

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	21.3.	20.3.
	25,00	25,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 17,75 17,42

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,53	17,50
Juli	17,88	17,85
Aug.	18,10	17,98
Sept.	18,10	18,10
Okt.	18,25	18,20
Dez.	18,65	18,60
Jan.	18,75	18,70

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk 15,00 15,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	12,00	12,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,25	9,25

TALG New York (c/lb)

top white	11,75	11,75
fancy	11,25	11,25
bleichf.	11,00	11,00
yellow max. 10% fr.F	10,50	10,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

April	41,20	41,50
Juni	45,00	45,25
Juli	45,90	45,65

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

März	59,10	59,70
Mai	60,75	60,80
Juli	61,35	61,25

HÄUTE Chicago (c/lb)

	21.3.	20.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	57,00	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	50,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Mai	534,75	532,75
Juli	535,00	536,50
Aug.	533,00	534,25
Sept.	517,00	529,50
Nov.	512,25	515,25
Jan.	522,00	524,75
März	531,50	534,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Mai	161,00	160,90
Aug.	160,10	160,40
Sept.	159,80	160,10
Okt.	155,00	155,40
Dez.	150,30	150,00
Jan.	150,50	150,50
März	151,20	151,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	21.3.	20.3.
März	288,80	288,50
Mai	292,20	292,50
Juli	299,00	299,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

21.3.	20.3.
12,00	12,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif

24.3.	21.3.
575,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 460,00 465,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 260,00 255,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk 95,00 96,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 290,00 292,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif 222,00 222,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2

	21.3.	20.3.
Mai	64,35	63,55
Juli	64,89	64,10
Okt.	40,78	40,75
Dez.	40,65	40,98
März	41,40	41,75
Mai	42,05	42,50

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 41,50 41,50

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.

	24.3.	21.3.
März	–505	495-505
Mai	507-510	–
Okt.	525-529	–
Umsatz	57	11

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	24.3.	21.3.
März	40,50	40,80
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	24.3.	21.3.
März	615,00-620,00	625,00-645,00
Mai	625,00-634,00	619,00-620,00
Dez.	609,00-615,00	–
Umsatz	6	15

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	24.3.	21.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	24.3.	21.3.
März	12475	geschl.
April	12400	geschl.

KAUTSCHUK London (p/kg)

	21.3.	20.3.
RSS 1 Mai	56,50-57,50	57,50-58,50
RSS 1 Juni	57,00-58,00	–
RSS 2 Mai	55,50-56,50	–
RSS 3 Mai	54,25-55,25	–

Tendenz: stetig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	24.3.	21.3.
April	193,50-195,50	195,00-197,00
Mai	194,50-196,50	196,00-198,00
Nr. 2 April	193,50-194,50	194,50-195,50
Nr. 3 April	191,00-192,00	192,00-193,00
Nr. 4 April	186,00-187,00	187,00-188,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	24.3.	21.3.
BWC	390	390
BWD	356	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	24.3.	21.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	276,72-277,06	272,83-273,00
dritt. M.	284,61-284,95	279,60-279,94
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	84,01-84,18	84,29-84,46
dritt. M.	86,41-86,58	86,66-86,83
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	934,40-957,83	932,57-934,26
dritt. M.	961,84-965,55	952,88-954,57
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	137,16-138,88	132,02-135,40
Prod.-Pr.	153,61	151,11
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

24.3.	21.3.
unerh.	unerh.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	24.3.	21.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	343,24-345,44	332,87-334,44
BLEI in Kabeln	91,75-92,75	92,00-93,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	24.3.	21.3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	302-308	295-301
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	344-345	336-338
MS 63	323-328	317-321

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	24.3.	21.3.
Leg. 225	335-335	335-340
Leg. 226	337-342	337-342
Leg. 231	372-375	372-375
Leg. 233	382-385	382-385

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	24.3.	21.3.
PLATIN (DM/g)	33,75	32,80
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26420	25970
Rückn.-Pr.	25670	25220
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26460	25990
Rückn.-Pr.	25770	25318
verarbeitet	27760	27270
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25860	25465
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	430,70	426,80
Rückn.-Pr.	417,70	413,90
verarbeitet	449,60	445,50

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	24.3.	21.3.
10.30	352,40	351,35
15.00	350,20	352,90
Zürich ab.	352,50-353,00	350,50-351,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	79950	78650

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse	381,35	382,55
3 Mon.	391,85	392,65
6 Mon.	401,15	401,90
12 Mon.	419,75	420,10

PLATIN (£/Feinunze) London

	21.3.	20.3.
fr. Markt	285,15	281,95

PALLADIUM (£/Feinunze) London

	21.3.	20.3.
1. Händl.-Pr.	76,60	76,50

New Yorker Metallbörse

	21.3.	20.3.
GOLD H & H Ankauf	352,90	350,65
SILBER H & H Ankauf	576,00	573,00
PLATIN		
1.Händl.-Pr.	416,00-418,00	416,00-418,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
1. Händl.-Pr.	114,00-115,00	114,00-115,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)

März	576,00	575,00
April	576,30	577,80
Mai	578,50	581,00
Juli	585,50	588,00
Sept.	593,50	596,00
Dez.	605,50	607,00
Jan.	609,40	610,90
Umsatz	15000	9000

KUPFER (c/lb)

	21.3.	20.3.
März	68,15	67,05
Mai	68,25	67,15
Juli	68,55	67,50
Sept.	68,95	67,80
Dez.	69,10	68,05
Jan.	69,40	68,50
März	69,50	68,55
Umsatz	11000	5000

Londoner Metallbörse

	24.3.	21.3.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	807,00-808,00	809,00-810,00
3 Mon.	830,00-831,00	829,00-830,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	245,00-245,50	248,00-249,00
3 Mon.	252,00-252,50	255,50-256,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	982,50-983,00	962,00-963,00
3 Monate	1003,50-1004,00	986,00-986,00
ab. Kasse	–	972,00-973,00
3 Monate	–	991,50-992,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	982,00-984,00	972,00-974,00
3 Monate	998,00-1000,00	994,00-996,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	423,50-424,00	418,00-419,00
3 Monate	435,00-434,00	430,50-431,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	230-240
WOLFRAM-ERZ ($/t-Einh.)	–	45-50

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	21.3.	20.3.
April	52,70-52,90	50,40-50,60
Mai	45,51	43,40-43,60
Juni	42,33	40,25-40,35
Juli	41,87	39,75-40,00

GASÖL – London ($/t)

	21.3.	20.3.
März	155,50-157,00	163,50-164,00
April	143,00-143,50	144,50-145,00
Mai	134,25-134,75	136,50-137,00
Juni	–133,00	135,50-135,75
Juli	135,00-136,00	136,00-138,00
Aug.	137,00-139,00	138,00-142,00
Sept.	138,00-144,00	138,00-143,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	21.3.	20.3.
April	44,00-44,50	42,15-42,45
Mai	43,00-43,85	41,80-41,90
Juni	45,25-43,79	41,75-41,90
Juli	43,00	41,90
Aug.	43,10	41,50

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	21.3.	20.3.
April	13,75-14,05	12,75-12,90
Mai	14,10-14,24	13,00-13,08
Juni	14,20-14,35	13,20-13,30
Juli	14,45-14,50	13,33-13,40
Aug.	14,60-14,69	13,50

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	21.3.	20.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	unerh.	14,50N
N. Sea Brent	unerh.	14,45
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)

	21.3.	20.3.
April	100,70	98,00
Mai	117,00	115,90
Nov.	81,00	81,30
Febr.	88,00	88,00

New York (c/lb)

	21.3.	20.3.
März	1,86	1,90
April	2,11-2,12	2,15-2,16
Mai	3,36-3,37	3,36-3,38
Nov.	3,55-3,62	3,55-3,58

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	21.3.	20.3.
Mai	195,50	188,50
Juli	188,10-188,70	183,80
Sept.	179,50-180,00	176,50
Nov.	170,00-171,00	168,80

Devisenterminmarkt

Der Rücktritt des Fed-Vizepräsidenten löste am 24.3. keine Reaktionen am Zinsmarkt aus.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,65-0,55	1,75-1,65	3,40-3,30
Pfund/Dollar	0,55-0,53	1,32-1,29	2,18-2,13
Pfund/DM	2,80-1,40	6,20-4,80	13,5-9,10
FF/DM	34-18	73-59	112-96

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24.3.: Tagesgeld 5,40-5,50 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,40 Prozent.
Privatdiskontsätze am 24.3.: 10 bis 29 Tage 3,85 G-3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,85 G-3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24.3.: 3,5 Prozent; Lombardsatz: 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24.3.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 24.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00, Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25, Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1070,30	–
5 US-Dollar (Indian)**	772,00	950,90
5 US-Dollar (Liberty)	410,00	545,70
1 £ Sovereign alt	197,50	247,95
1 £ Sovereign Elizabeth II	187,25	236,27
20 belgische Franken	153,75	203,78
10 Rubel Tscherwonez	195,50	247,95
2 südafrikanische Rand	179,00	225,72
Krüger Rand, neu	799,00	952,76
Maple Leaf	814,75	971,00
Platin Noble Man	1014,00	1395,86
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	227,25	287,57
20 schweiz. Franken „Vreneli"	169,00	221,16
20 franz. Franken „Napoléon"	168,25	220,31
100 österr. Kronen (Neuprägung)	756,00	925,48
20 österr. Kronen (Neuprägung)	152,50	196,65
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,25	106,51
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	364,25	458,05
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,75	117,14

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/3 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/4 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,15). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,85, 2 Jahre 4,55. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,30, Rendite 5,68.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 24.3.	Rendite in %
BW-Bank E 69	100,00	1.7.95	56,767	4,40
BW-Bank E 70	192,16	1.7.95	108,126	4,40
Berl. Bk. E 54	100,00	1.7.95	54,28	4,40
Berl. Bk. E 55	100,00	1.7.00	39,91	4,65
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,75	4,58
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,25	4,54
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	134,00	8,90
DSL-Bank R.264	157,01	2.7.90	108,32	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,06	5,65
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,72	6,45
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,35	6,60
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,40
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,29	4,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,98	6,49
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,80	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,28	6,58
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,19	6,48
SGZ-Bank 007	100,00	17.6.95	56,46	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	56,85	6,40
WestLB 601	100,00	2.5.00	40,86	4,56
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,10	4,56
WestLB 602	100,00	3.10.05	28,80	6,59
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,10	4,70
WestLB 501	137,01	16.2.90	112,60	5,18
WestLB 503	115,76	3.10.88	103,70	4,46
WestLB 504	141,85	2.10.91	105,50	5,52
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,34
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,50	8,02
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,50	10,83
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,25	8,86
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,125	8,91
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,25	8,12
Comp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,75	9,23
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,125	9,11
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,125	8,53
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,59
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,50	8,16

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* am %(Vortag)		Emissionspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45	(4,45)	100,6	101,4	102,4	103,5	104,5	105,2
2	4,80	(4,80)	100,4	102,1	103,9	105,8	107,7	109,5
3	5,22	(5,23)	99,40	101,9	104,6	107,3	110,0	112,7
4	5,56	(5,58)	97,70	101,2	104,7	108,2	111,7	115,2
5	5,82	(5,82)	96,15	100,8	104,6	108,8	113,0	117,2
6	6,02	(6,01)	94,50	99,90	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,29	(6,27)	92,35	98,40	103,4	108,9	114,4	119,9
8	6,53	(6,51)	90,15	96,30	102,3	108,3	114,4	120,4
9	6,68	(6,65)	88,50	94,85	101,5	108,0	114,6	121,2
10	6,75	(6,70)	86,90	94,00	101,8	108,2	115,2	122,3
15	6,94	(6,90)	81,45	90,55	100,6	108,7	117,8	126,9

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,854 (112,896)
Performance-Rentenindex: 239,314 (239,391)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	21. März	7,075-7,725
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,20
	60-270 Tage	6,90
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,20
	60 Tage	7,15
	90 Tage	7,125
Certificates of Deposit	1 Monat	7,00
	2 Monate	7,00
	3 Monate	7,00
	6 Monate	7,00
	12 Monate	7,00
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,44
	26 Wochen	6,52
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,78
	30 Jahre	7,97
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	10. März	637,6 Mrd. $ (+ 5,7 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Juni	137,65	138,45
Sept.	139,30	–

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	21.3.	20.3.
9¾ EEC 90	104,625	104,5
11¾ dgl. 90	109,875	109,75
13¾ EIB 95	108,625	108,5
11 dgl. 97	111,5	111,375
11¾ dgl. 98	112,625	112,5
11¾ dgl. 93	117,875	117,75
12 dgl. 95	120,875	120,625
12½ dgl. 90	115,25	115,125
12¾ dgl. 95	124	123,875
13 dgl. 96	120,5	120,25
10¾ Wld Bk 95	112,75	112,5
10¾ dgl. 88	105,5	105,375
10¾ dgl. 90	109,25	109
10¾ dgl. 93	115,125	115
11 dgl. 92	113,125	115
11¾ dgl. 88	107,25	107,125
11¾ dgl. 90	111,75	111,625
11¾ dgl. 89	109,25	109,125
11¾ dgl. 95	112,125	112
12 dgl. 93	119,125	119
12¼ dgl. 94	122,125	121,875
12¾ dgl. 94	124,875	124,625
6¾ Sears 91	104,25	104,125
6¾ Swed.Ex.91	102,375	102,75
7 TRW 94	102,125	102,125
6¾ Un.Tech.92	102,75	102,25
6¾ World Bk90	103,25	103,25
6¾ dgl. 94	104,625	104,625
7 dgl. 94	106,75	106,75
7¾ dgl. 95	109,25	109,25
8 dgl. 95	110,625	110,375

Euro-Yen

	21.3.	20.3.
6¾ Al.Corp 91	101,875	101,875
6¾ Allied 93	99,75	99,75
7¾ ADB 94	107,875	107,875
7 Austria 95	106,25	106,25
7 BP 97	104	104,125
6¾ Denmark 92	103	103
7 Denm.Bk. 92	104,125	104,125
7 Dow Chem.94	101,875	101,875
6¾ EDF 95	106	106
6¾ Eurofima86	99,75	99,75
6¾ dgl. 92	102,875	102,875
6¾ dgl. 93	102,75	102,75
7¾ dgl. 94	106	106
6¾ Fannie 92	103,625	103,75
6¾ Fol.Rep90	103	103
6¾ GMAC 90	101,75	101,75
7¾ Goodyear95	102,5	102,5
6¾ dgl. 94	102,125	102,125
6¾ ITT 92	101,25	101,25
6¾ McDonal.92	101,75	101,75
6¾ Montreal95	102,75	102,75
7¾ N.Bruns.95	106,625	106,625
7¾ N.Zeald.90	105	105
7¾ dgl. 89	105,875	105,75
7 Pac.Gas 94	102,5	102,5
6¾ Penney 92	100,875	100,875
6¾ Procter 92	102,75	102,75
6¾ Sallie 92	102,75	102,75

Lux. Franc Bonds

	21.3.	20.3.
9¾ Akzo 87	100	100
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asea Dv87	97,5	97,5
10¾ BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 90	102	102
9 dgl. 95	102,5	102,5
10¾ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 9?	101	101
12¾ Conseil97	105,5	105,5
8 Coptel 88	98,75	98,75
8¾ dgl. 89	99	99
11 Cr.Lyon.88	100,25	100,25
13 dgl. 89	100,5	100,5
7¾ Den.Mrg 88	97,5	97,5
10¾ Euratom86	106	106
11 dgl. 93	106	106
12¾ dgl. 88	100,75	100,75
12¾ dgl. 92	101	101
9 Eurofima 95	103	103
10 dgl. 91	105	105
10 dgl. 94	105	105
11¾ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	98,25	98,25
9¾ dgl. 95	103,75	103,75
9¾ dgl. 88	102,25	102,25
9¾ dgl. 93	103,5	103,5
10¾ dgl. 94	108	108
11¾ dgl. 88	102	102
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
9¾ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¾ Ind.B.F.95	104	104
11 Kredbk.95	107	107
7¾ dgl. 87	99	99
10 dgl. 90	102	102
11¾ dgl. 89	102	102
8 Luxair 87	98,75	98,75
8¾ dgl. 87	99	99
10¾ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Mez.Chim 95	102	102
10¾ N.Lx.A92	105	105
12¾ Nord LB9	101	101
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8¾ dgl. 87	99,25	99,25
9 Paribas 92	100	100
10¾ Paribas89	102	102
8 Philips 89	99	99
7¾ Renault 88	97,75	97,75
9¾ Sogenal 92	103	103
10¾ Solvay 87	100,5	100,5
10¾ Stockh.86	99,75	99,75
8 Sveriges 88	98	98
9¾ Volvo 87	101	101
9¾ WorldBk.96	102,75	102,75
10¾ dgl. 89	104,5	104,5

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	21.3.	20.3.
8¾ Cop City91	97	97
12¾ dgl. 92	103	103
8¾ CCA 91	97	97
11¾ Ned. G.88	101	101
9¾ Queb. P.94	99	99
8¾ SDR 94	96,25	96,25

ECU

	21.3.	20.3.
10¾ Af.Dbk89	104,375	104,5
10¾ dgl. 91	106,625	106,375
9¾ ABN 92	107,625	107,5
Ak Nippon 95	107,25	107,125
9¾ ANZ 92	107,375	107,375
10¾ Austria93	112,875	112,875
10 BNDA 92	104,125	104,125
9 M.+Hope 92	105,625	105,75
9 Bk.Hels.96	102,25	102,5
9¾ Bk.Tok.90	104,625	104,5
10¾ dgl. 91	103,25	103,5
10¾ dgl. 91	103,5	103,5
8¾ BNP 95	105,375	105,25
8¾ Bay.Vbk.86	103	103
8¾ BFCE 95	102,5	102,5
9¾ dgl. 92	108,5	108,5
9¾ dgl. 95	108,625	108,625
9¾ Bull 92	103,375	103,5
9¾ CNT 92	108,625	108,375
9¾ dgl. 95	108,75	108,75
8¾ Cargill 95	104,625	104,875
10¾ Ceca 89	108,5	107,625
11¾ dgl. 94	111	111
9 Cariov. 93	102,5	102,5
9 Chrysl. 92	98,875	98,75
10 dgl. 91	102,125	102,25
10¾ dgl. 95	102	102,25
9 ClubMed 88	102,625	102,625
9¾ Consol 92	106,375	106,25
9½ dgl. 95	112,125	112,25
9¼ CCF 95	105,875	105,75
9¾ CrdNord 91	105,375	105,125
11¼ CrdFonc90	107	107
11¼ dgl. 90	107	107
8¾ CrdNat 95	107,25	107
10¾ dgl. 94	111,875	112
8¾ Crdanst.94	104,625	104,875
9¾ Credito 92	104,375	104,375
9¼ Denmark 90	–	–
10¾ Denmark91	104,25	106
9¾ Dresd.bk95	105,125	105,125
9 EDF 97	106,875	106,875
8¾ EEC 95	107,25	106,875
8¾ EFAqu. 88	101	100,875
9 Enso Gut 91	102,625	102,5
9¾ dgl. 93	102,875	102,625
10 Euratom 97	110,375	110,25
9¾ Eurofima95	108,75	108,875
11 dgl. 92	108,75	108,875
8¾ EIB 92	104,75	106,375
8¾ dgl. 95	–	–
9¾ dgl. 95	110,625	110,5
10¾ dgl. 94	111	110,75
10¾ dgl. 94	110,875	111
10¾ dgl. 90	109,875	109,875
11¾ dgl. 92	108,75	109
11¼ dgl. 94	112,125	112,375
9 Esteinacs 95	102,375	102,625
8¾ Fiat 90	102,875	103,25
9 SBKFinal 95	102	102
8¾ Ford C.93	103,75	103,75
10¾ Girozt. 95	110,75	110,75
10¾ GTE 92	108,125	108,375
10 IADB 93	111,25	111,5
8¾ IBM 90	104,375	104,5
9 Imatran 96	102,875	103,25
11 III 89	107,25	107,25
9¾ Italia 89	103,5	103,5
10¾ dgl. 92	108,625	109
11¾ dgl. 90	108,875	108,875
9¾ Kansai 92	104,625	104,625
9¾ Kubota 92	107,75	107,75
11¾ LTCB 90	107	107
10¾ Megal 95	107,75	107
8¾ Mitsu.Tr.93	103,75	103,875
9 MontHen.91	106,125	106,375
9¾ Moi 90	103	102,75
8¾ Morgan 90	105,25	105,25
8¾ Motorola92	105,875	106,25
9 Nerza 95	103,25	103,5
9¾ N.Zeal. 90	104,625	104,75
9¾ N.Zeal.92	107,25	107,375
11 Nipp.Crb91	–	–
9 OstLbk. 89	102,5	102,5
8¾ Olivetti93	107,375	107,375
10 Pechin.90	106	105,625
9 Peuroc.95	100,5	100,375
9¼ Peugeot 90	104,5	104,5
10¼ dgl. 90	105,625	105,625
9 Philips 95	107,875	107,875
9¾ Pisa 92	107,375	107,5
10 Prvbk. 92	105,625	105,5
11¼ Queb.Pr87	110,5	110,5
10¾ RATP 92	107,25	107,25
9¾ Rabobk. 95	108,625	108,375
8¾ Reynolds91	105	105
10¾ Roybk.Ca89	104,125	104,25
9 SAS 95	105,875	105,75
9 Sanwa 95	103,625	103,625
8¾ Secpac 90	101,5	101,5
11¼ SNCF 94	110,25	110,75
9 SNCI 95	105,5	105,5
10¾ Spartas91	103,75	103,75
9¾ Sumitcorp95	107	107,125
9 Sumitfin 95	107	107,125
9 Unbk.Nor 95	104,75	105
9¾ WestLB 90	104	103,75
9¾ Westpac92	107,875	108
8¾ Worldbk 93	106,375	106,625
9¾ dgl. 95	–	–
9½ dgl. 92	108,25	108,75
10¼ dgl. 89	108,125	108,25
10¾ dgl. 88	105,625	105,625
10¾ dgl. 94	110	110
11 dgl. 95	109,125	109,375

ECU-Tageswerte

	21.3.	20.3.
Dollar	0,96288	0,960816
Bfr	44,3551	44,5368
DM	2,16552	2,16472
Hfl	2,44427	2,44307
£	0,64192	0,644194
Dkr	7,99046	7,98246
FF	6,66313	6,66057
Lira	1474,41	1472,21
I.£	0,716479	0,716225
Sfr	1,81676	1,81854
ÖS	15,2135	15,2001
Peseta	136,103	135,984
Skr	6,9053	6,90490
Nkr	6,83212	6,82131
Kan-$	1,34967	1,34054
Esc	142,025	142,075
Fmk	4,89143	4,88623
Yen	169,467	169,248
Drachme	134,601	134,312

SZR-Wert

	21.3.	20.3.
Dollar	1,15682	1,15674
DM	2,60435	2,60256

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1986

Humanmedizin
1. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Göttingen
3 Bonn	Heidelberg
4 Bonn	Hamburg
5 Bonn	Kiel
6 Bonn	Mannheim
7 Bonn	Münster
8 Bonn	München
9 Bonn	München
10 Bonn	Tübingen
11 Berlin	Bonn
12 Berlin	München
13 Hannover	Bonn
14 Hannover	Hamburg
15 Hannover	Köln
16 Heidelberg	München
17 Heidelberg	München
18 Marburg	Bonn
19 Tübingen	Düsseldorf

Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Aachen
2 Bonn	Freiburg
3 Bonn	Hannover
4 Bonn	Heidelberg
5 Bonn	Lübeck
6 Bonn	Münster
7 Bonn	München
8 Bonn	Tübingen
9 Bonn	Würzburg
10 Berlin	Hamburg
11 Düsseldorf	Münster
12 Erlangen	Kiel
13 Erlangen	München
14 Erlangen	München
15 Göttingen	Hamburg
16 Heidelberg	Freiburg
17 Heidelberg	Hamburg
18 Heidelberg	Münster
19 Heidelberg	München
20 Heidelberg	München
21 Heidelberg	Tübingen
22 Hamburg	Freiburg
23 Hamburg	Köln
24 Hamburg	Münster
25 Hamburg	München
26 Lübeck	Köln
27 Köln	Aachen
28 Köln	Münster
29 Köln	München
30 Köln	Tübingen
31 Marburg	Aachen
32 Marburg	Freiburg
33 Marburg	Heidelberg
34 Marburg	Hamburg
35 Marburg	Lübeck
36 Marburg	Köln
37 Marburg	Mainz
38 Mainz	Bonn
39 Mainz	Düsseldorf
40 Mainz	Essen
41 Mainz	Erlangen
42 Mainz	Frankfurt
43 Mainz	Hannover
44 Mainz	Heidelberg
45 Mainz	Hamburg
46 Mainz	München
47 Saarbrücken	Mainz
48 Würzburg	Erlangen
49 Würzburg	Hannover
50 Würzburg	Münster

Humanmedizin
3. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Heidelberg
3 Aachen	Tübingen
4 Bonn	Bochum
5 Bonn	Berlin
6 Bonn	Erlangen
7 Bonn	Frankfurt
8 Bonn	Freiburg
9 Bonn	Göttingen
10 Bonn	Hannover
11 Bonn	Heidelberg
12 Bonn	Hamburg
13 Bonn	München
14 Bonn	München
15 Bonn	Mainz
16 Bonn	Tübingen
17 Bonn	Würzburg
18 Berlin	Freiburg
19 Berlin	Hamburg
20 Berlin	Marburg
21 Essen	Bonn
22 Essen	Berlin
23 Essen	Hamburg
24 Essen	Münster
25 Frankfurt	Hamburg
26 Frankfurt	Lübeck
27 Frankfurt	Kiel
28 Göttingen	Heidelberg
29 Heidelberg	Freiburg
30 Köln	Bonn
31 Köln	Frankfurt
32 Köln	Hamburg
33 Köln	Lübeck
34 Köln	München
35 Köln	München
36 Köln	Mainz
37 Marburg	Freiburg
38 Münster	Mainz
39 Tübingen	Heidelberg
40 Tübingen	Lübeck
41 Tübingen	Mannheim
42 Tübingen	Mainz
43 Ulm	München
44 Ulm	München
45 Würzburg	Freiburg
46 Würzburg	Gießen
47 Würzburg	Lübeck
48 Würzburg	Münster
49 Würzburg	München
50 Würzburg	München
51 Würzburg	Tübingen

Humanmedizin
4. klinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Hamburg
2 Bonn	Tübingen
3 Berlin	Gießen
4 Berlin	Göttingen
5 Berlin	Heidelberg
6 Berlin	Hamburg
7 Berlin	Lübeck
8 Berlin	Kiel
9 Berlin	Tübingen
10 Berlin	Ulm
11 Essen	Freiburg
12 Essen	Heidelberg
13 Essen	Mannheim
14 Essen	Mainz
15 Essen	Tübingen
16 Essen	Ulm
17 Frankfurt	Freiburg
18 Frankfurt	Heidelberg
19 Frankfurt	Tübingen
20 Heidelberg	Bonn
21 Heidelberg	Münster
22 Lübeck	Freiburg
23 Köln	Essen
24 Köln	Freiburg
25 Köln	Göttingen
26 Köln	Hamburg
27 Köln	Lübeck
28 Köln	Kiel
29 Marburg	Berlin
30 Marburg	Frankfurt
31 Marburg	Göttingen
32 Marburg	Hannover
33 Marburg	Hamburg
34 Marburg	Lübeck
35 Marburg	Kiel
36 Marburg	Münster
37 Marburg	München
38 Marburg	Würzburg
39 Mainz	Bonn
40 Mainz	Frankfurt
41 Mainz	München
42 Mainz	München
43 Würzburg	Freiburg
44 Würzburg	Hannover
45 Würzburg	Tübingen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1985/86

Konzelmanns Variationen seines arabischen Themas

Ein Geschichten-Erzähler

Wenn man den neuen Konzelmann liest, kommt einem Vieles bekannt vor. Bei einer Fleißproduktion von jährlich mindestens einem Wälzer über Nahost, kann der Autor natürlich wenige neue Gedanken bieten, daher hat man so manches schon in seinen früheren Büchern gelesen. Diesmal beginnt er mit dem Propheten Mohammed und Khadhafi und endet mit Opec und Khadhafi, es ist also eine weitläufige Geschichte der arabischen Welt, ihrer ewigen Konflikte und Kriege, ihrer Zerrissenheit und Mißgunst. Golfkrieg und Libanon eingeschlossen. Im Grunde also eine bekannte und langwierige Angelegenheit, wenn es nicht Konzelmanns Vorliebe für Einzelheiten, dramatische Höhepunkte oder gefällige „Stories" gäbe.

Sicher ist es richtig, daß der arabische Nationalismus, wie er noch von den Baath-Regimen in Syrien und Irak gepredigt wird, in den letzten Jahren durch eine fanatische



Rückkehr zum orthodoxen Islam abgelöst wurde, wie es in Iran, in Saudi-Arabien, Ägypten oder Libyen zu beobachten ist. Heilung und neuer Kitt für die arabische Welt? Von Allahs neuem Weltreich oder Allahs neuer Weltmacht sprechen die Verlagsanzeigen, der Klappentext erkennt sogar: die Zeichen stehen auf Sturm, die Zeitbombe tickt...

Ein bißchen mehr Gelassenheit, bitte. Konzelmann, sicherlich ein Kenner des Themas, schreibt selbst: Die Araber setzen, als Auftakt für die neue Runde der Auseinandersetzung mit Israel, ihre Anstrengung fort, sich gegenseitig umzubringen. Und er zeichnet nach, daß das eh und je so *gewesen ist und daß die „arabische* Einheit" eine Vision ist.

Man denke nur an den blutigen Golfkrieg, die Kämpfe in Libanon seit elf Jahren, den heillosen Zustand der Opec oder der PLO. Arabische Einheit hat es nur unter den Türken 400 stumpfe Jahre lang gegeben, das arabische „Weltreich" löste sich schon hundert Jahre nach dem Tod des Propheten (632 n. Chr.) in Teilreiche auf, die sich oft bitter bekämpften. Heute ist es nicht anders.

Schade, daß Konzelmann keine Analysen bietet. So erfährt man nur wenig über die Hintergründe, die 1961 nach drei Jahren zum Scheitern der Union zwischen Ägypten und Syrien führten. Der Jemen-Krieg der Ägypter von 1962–1967, in dem Araber ja Araber zu Tausenden umbrachten, ist dem „großen Kenner der arabischen Szene" (Buchumschlag) nur sieben Zeilen wert. Dafür brandmarkt er den „jüdischen Terror" im Palästina-Mandat, vergißt aber den arabischen Aufstand von 1936, den gräßlichen „Großmufti" aus dem Husseini-Clan (wie Arafat) und die arabische Blockade des jüdischen Jerusalems *noch vor der* Staatsgründung Israels 1948.

Genauigkeit ist bei dem großen Aufwasch der jüngeren arabische Geschichte kaum zu erwarten. Aber wenn nun immer wieder erzählt wird, der Anlaß des Sechstage-Krieges 1967 sei ein israelischer Panzer-Aufmarsch gegen Syrien gewesen, dann muß man ihm doch ein besseres Quellen-Studium empfehlen. Auch der Libanon-Krieg 1982 spielte sich in vieler Hinsicht anders ab, als Konzelmann schreibt. Der durchaus kritische Bericht „Israel's Lebanon War" von Schiff und Ya' Ari, eine weit bessere Quelle, liegt seit zwei Jahren vor.

Der Verlag spricht bei Konzelmann von einer „brisanten Studie" – aber der Autor verzichtet auf jede Quellenangabe. So hätte man gern Näheres über die fantastische Begegnung zwischen dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein und dem Carter-Berater Brzezinski 1982 (muß heißen 1980) an der jordanisch-irakischen Grenze erfahren, nach der der Amerikaner eine „wohlwollende Position" zum irakischen Angriff gegen Iran am 22. November 1980 (muß heißen September) eingenommen haben soll.

Aber genug. Wer es nicht so genau wissen will, wird mit Konzelmann gut bedient. Er ist schließlich ein erfahrener *Schreiber* und *Geschichten*-Erzähler, der aktuelle Ereignisse für seine Leser emsig zusammenkocht und historisch aufbereitet. Allah als Bestseller.

PETER M. RANKE

Gerhard Konzelmann: „Allahs neues Weltreich – Der Kampf um die arabische Einheit". Herbig Verlag, München. 495 S., 44 Mark.



Erinnerungen an Florenz und Cézanne: Hans Purrmanns einziges aquarelliertes Stilleben (um 1935), aus der Ausstellung in Speyer FOTO: KATALOG

Bilder, die nur wenige kannten: Der Maler Hans Purrmann als Aquarellist

Der Ruhm holte ihn von der Leiter

Der Sohn des Malermeisters Purrmann aus Speyer hatte natürlich das ehrbare Handwerk des Vaters gelernt. Auch während der Akademieferien arbeitete er noch zu Hause, um sich das Geld fürs Studium zu verdienen. Als er wieder einmal auf der *Leiter stand, um ein Ladenschild zu* malen, rief ihm ein Bekannter zu: „Hans, du bist berühmt, du stehst in der Frankfurter Zeitung!" Julius Meier-Graefe hatte in dem renommierten Blatt Lobendes über den jungen Stuck-Schüler geschrieben. Seither ist noch viel Rühmliches über Hans Purrmann veröffentlicht worden, und als die deutschen Zeitungen über ihn schwiegen, konnte man es in italienischen und französischen Blättern lesen. Er hatte seinen festen Platz in der Kunstgeschichte.

Nach dem Krieg sprach sich das allmählich auch hierzulande herum, konnte sich in einer Reihe von eindrucksvollen Ausstellungen einem größeren Publikum auch unmittelbar mitteilen. Naturgemäß lag dabei das Schwergewicht auf den Gemälden, die in der Tat die „Hauptsache" seines Schaffens bildeten. Arbeiten auf Papier haben die Ölmalerei immer nur sporadisch begleitet und sind in*folgedessen auch in der Präsentation* seines Werkes bislang zu kurz gekommen. Hier bleibt noch ein kostbarer Schatz zu heben, vor allem im Hinblick auf seine Aquarellkunst, die auch das durch die Gemälde vermittelte Persönlichkeitsbild des Künstlers korrigieren könnte.

Aus seinen Gemälden kennt man Hans Purrmann als bedachtsamen, von selbstkritischen Zweifeln immer wieder zu Korrekturen, Übermalungen, Veränderungen getriebenen Arbeiter, der kein Bild leichthin aus dem Atelier entließ. Das Aquarell aber verlangt vom Künstler schnelle Entschlußkraft, rasche Ausführung und läßt für Korrekturen keinerlei Möglichkeit; und so lernen wir in seinen Aquarellen einen ganz anderen Purrmann kennen.

Seine Blätter zeugen von ungewöhnlich sicheren Reflexen und verraten in Strich und Farbe eine erstaunliche Unmittelbarkeit des Gefühls und der Anschauung. Freilich verzichtete er auch hier nicht auf Deckfarben und nur selten auf eine zugrundeliegende Bleistiftskizze, doch seine schönsten Wirkungen erzielte er durchaus im „reinen" Aquarell, das vom Hellen ins Dunkle arbeitet und die höchsten Lichter als rei*nes Papierweiß stehen läßt. Fast wie* ein Gemälde wirkt dagegen ein großes Blatt in Deckfarben aus Trient als Zeugnis für den unorthodoxen Umgang Purrmanns mit dem Aquarell, der sich souverän jeder Technik bediente, wo er sie brauchte. Was das „reine" Aquarell durch beigemischte *Deckfarben an Transparenz verliert*, gewinnt es an Dichte und Glanz.

Zu solchen Beobachtungen gibt jetzt eine Ausstellung des Kunstvereins Speyer Anlaß. Mit nahezu 100 durchweg großformatigen Blättern ist sie die bislang erste geschlossene Präsentation von Purrmann-Aquarellen überhaupt; die meisten stammen aus dem Nachlaß. Die Ausstellung, zum 20. Todestag Purrmanns von Friedrich Seel in enger Zusammenarbeit mit Robert Purrmann, dem Sohn des Künstlers, zusammengestellt, darf als repräsentativ für die Entwicklung der Purrmannschen Aquarellkunst und ihrer Thematik gelten. Angesichts der schwierigen Datierung ist sie nach Aufenthaltsorten gegliedert, beginnend 1916/18 in Berlin und endend 1958 auf Ischia, wo Purrmanns Aquarellkunst, nach Venedig und Florenz, ihren endgültigen Höhepunkt erreicht hat.

EO PLUNIEN

Bis 31. März; Museum Langenargen/Bo*densee: 13. 4. bis 28. 5., Katalog 30 Mark.*

Bonn: Charles-Ives-Workshop mit Gary Bertini

Drei Hände fürs Metrum

Ein Charles-Ives-Workshop hat in Bonn ein Wochenende lang den komponierenden Eigenbrötler aus den Staaten in Konzerten, Film und Ausstellung präsentiert und versucht, *Rezeptions-Defizite* abzubauen. Im Ohr des durchschnittlichen Konzertkonsumenten klingt in der Tat beim Namen Ives wenig oder gar nichts an. Oder bestenfalls die biographische Absonderlichkeit, daß da einer als Versicherungskaufmann sein Geld machte, den die Amerikaner *heute als ihren ersten nationalen* Komponisten von Rang betrachten.

Sie tun es noch nicht lange. Als Ives 1954 achtzigjährig starb, hatte er zwar das Komponieren schon seit 30 Jahren drangegeben, aber seine eigentliche Entdeckung als Komponist stand noch aus – drüben, aber auch hüben, wo Europas Avantgardisten Schrittmacher seines postumen Ruhmes wurden. Heutzutage leistet es sich ein Eliteorchester wie das Cleveland Orchestra sogar, Ives' Fünf-Minuten-Stück „The Unanswered Question" ins Programm seiner Europa-Tournee zu nehmen.

Die Bonner haben den Titel als *Motto ihren Workshop-Anstrengun*gen vorangestellt, ihn aber auch Gary Bertini und seinem Kölner Rundfunk-Sinfonie-Orchester zu spielen aufgegeben. Fast ein philosophisches Kurzprogramm in Sachen Ives: Emerson, Thoreau und der ganze Transzendentalismus neuenglischer Prägung stehen Pate, wenn sich über kaum bewegter Streicher-Klangfläche fünf Flöten und eine Trompete in ein ergebnisloses Frage-und-Antwort-Spiel verstricken. In den unwirklichen Geigenklängen darf man irgendwo Emersons Weltenseele orten, die sich von allem irdischen Bläser-Geschwätz unbeeindruckt zeigt.

Es ist aber auch ein früheres Experiment von Musik auf verschiedenen Ebenen, von Mehrfach-Orchester und Polymetrik. So schwankt auch Ives' Bild. Die Amerikaner sahen in ihm lange Zeit nur den naiven Autodidakten. Nicht weniger einseitig hatten die Europäer nur offene Ohren für seine oft rüden Klangexperimente, die tatsächlich zwischen Atonalität und Zufallsoperator, Collage und Reihe nichts unprobiert ließen.

Für Ives' Hauptwerk, die vierte Sinfonie (1916), hat Bertini dann den ganzen riesigen sinfonischen Apparat auf das Podium der Beethovenhalle gezwungen, dazu noch drei Flügel und den Rundfunk-Chor. Das Komplexe und Widersprüchliche an Ives, seine Vorläufigkeit und seine Rückwendungen, offenbart das viersätzige Werk wie kaum ein anderes. Das Parodie-Verfahren reflektiert wie in einem Brennspiegel den ganzen Ives. Seine Träume konnten ja in einem Atemzuge sozial-visionär sein und zugleich die Kleinstadt-Demokratie der amerikanischen Anfänge zurücksehnen. Er handhabte avantgardistische Techniken, wie andere erst 50 Jahre später. Er komponierte Clusters und gewaltige Attacken auf die Gehörgänge, beschwor aber auch in neupuritanischen Hymnen amerikanische Ursprungsidentifikationen.

Mit einem Wort, er ist der amerikanischste unter den amerikanischen Komponisten, nur daß seine Landsleute erst spät darauf kamen. Nicht von ungefähr war es um 1960 die junge Generation, die in Ives einen der Ihren entdeckte. Thoreaus „Walden" wurde die Bibel auf dem Universitäts-Campus, und die überlebensgroße „Concord"-Sonate (nach dem Emerson-Zentrum Concord in Massachusetts und mit „Emerson" und „Thoreau" überschriebenen Sätzen) wurde Ives' Durchbruch.

Man kann nicht sagen, daß er es den Seinen leichtmachte: Die Klaviersonaten sind von geradezu prohibitiver Unspielbarkeit. Es dürfte wenige wie den Kölner Herbert Henck geben, dessen schlüssige Bravour davon so wenig ahnen ließ. Probleme auch sonst: Boulez, weiß man, *schlägt mit jeder Hand ein anderes* Metrum, aber bei Ives braucht man gleich drei Hände. Oder nimmt sich wie Bertini einen zweiten Dirigenten. Auch die Editoren klagen über zahllose Fassungen des Ivesschen Work in progress. Ives-Archivar und -Interpret John Kirkpatrick gab zu einer Ausgabe des Klaviertrios ein 20seitiges Fehlerverzeichnis heraus.

Henck war auch der ideenreiche Programmacher. Das 2. Streichquartett mit dem Londoner Arditti-Quartet, das Klaviertrio vom Clementi-Trio, Lieder mit Jan DeGaetani und Gilbert Kalish und Stücke unterschiedlicher Besetzung mit dem Ensemble Modern – ein aufschlußreicher Bruchteil von Ives' Hinterlassenschaft. Strawinskys scheeles Ives-Dictum („Er machte sich ruhig daran, den zeitgenössischen Kuchen zu verzehren, ehe überhaupt sonst jemand am Tisch Platz genommen hatte") fand seine substantiellen Belege.

DIETER SCHÜREN

Boleslaw Barlog wird 80

Thalias robuster Liebhaber

Er ist ein Theaterquirl. Er ist der dienstlängste Generalintendant, den man in der sonst hektisch wechselnden Szene erlebt hat. Er war: der Familienvater als Prinzipal. Er hat Schloßpark-, Schiller-Theater und Schiller-Werkstatt (die er seinen Bühnen fast gegen den Willen der städtischen Vorgesetzten, 1959, noch hinzufügte) geführt wie einen musischen Familienbetrieb. Der Prinzipal als *munter-vitale Vaterfigur.*

Dieser Boleslaw Barlog war nie ein künstlerischer Prinzipienreiter. Er verfocht keine „Richtung". Er hat immer versucht, möglichst allen Zeiterscheinungen, waren sie nur halbwegs vertretbar, an seinen Bühnen Auslauf zu geben. Er führte seine drei Großbetriebe wie ein fröhlicher, intelligenter, munter aufgeweckter „Striese", verliebt, vergafft, schier vernarrt in seine Schauspieler. Seine Autobiographie, die er jüngst erschienen ließ, hat er „Theater – lebenslänglich" genannt. Der Titel stimmt genau.

Geboren ist dieser waschechte Berliner, wie so viele, in Breslau. Aufgewachsen ist er an der Spree. Das hört

Zeugen des Jahrhunderts – ZDF, 23.40 Uhr

man wahrlich bis heute. Er brach seine Schulentwicklung in der Obersekunda ab, ging (sein Leben lang ein Büchernarr) in den Buchhandel, wechselte zum Theater und wurde bis 1933 Regieassistent bei Heinz Hilpert und Carlheinz Martin in der alten Volksbühne. Als die Nazis kamen, war seine Karriere abgebrochen. Er wurde Bademeister im Freibad Wannsee. Während der Olympischen Spiele an der Spree konnte er sich in *den Film einfädeln, wieder als Assi*stent. Bis er selber noch einige Kinostücke, kurz vor Kriegsende, fertigen konnte. Als alles gründlich zu Ende war, kannte ihn noch keiner.

Da nahm er, sozusagen im Handstreich, das kleine Schloßpark-Theater in der Vorstadt. Er sammelte *Schauspieler, die er liebte, um sich.* Er spielte von Shakespeare bis zu amerikanischen Possen und russischen Komödien alles, was gut und spielbar war. Er brachte in seinem kleinen, alten Vorstadtkino die Muse Thalia wieder zum Sprechen und Tanzen, dergestalt erfolgreich, daß *man ihn*, als das alte Schiller-Theater in Charlottenburg endlich wieder aufgebaut war, als Intendanten vorschlug.



Berlins fröhlicher „Striese": Boleslaw Barlog FOTO: TELEBUNK

Barlog hat sich damals, 1951, geziert. Er fragte: „Habt Ihr denn keenen bessan?" Man hatte ihn nicht. Er ließ sich überreden, als „Trockenmieta" die große städtische Bühne auf Zeit zu übernehmen. Er hat sie erfolgreich bis 1972 geführt. Und wenn er zuweilen sagte: „Ich will nur der geringste meiner eigenen Regisseure sein," dann hat er deutlich kokettiert und untertrieben.

Er hat Beckett in Deutschland als erster spielen lassen. Er hat den blutjungen Amerikaner Edward Albee, als den zu Hause noch kein Mensch kannte, eigentlich erst erfunden, hat Harold Pinter für die deutsche Szene entdeckt. Er hat Shakespeares Lustspiele so oft zauberisch interpretiert, hat dem zurückgekehrten Zuckmayer treu gedient, hat die großen französischen Farcen von Feydeau inszenatorisch endlich wieder entdeckt.

Barlog hat Fritz Kortner am Schiller-Theater die meisten seiner unvergeßlichen Inszenierungen machen lassen. Er hat im Lauf der Jahre an seine Häuser all die großen Namen gefesselt: die Dorsch, die Mosheim, den Werner Krauss, Ernst Deutsch, *den Steckel, den Martin Held, den* Minetti, den blutjungen, genialen Klaus Kammer. Er ließ Erwin Piscator freie Hand. Er hat Rudolph Noelte und dessen große Entwicklung gefördert.

Er hat aus voller, meist fröhlicher Hand für Berlin Theater gemacht. Auch *wenn uns Kritikern oft die* Haare zu Berge standen ob Barlogs scheinbare „Richtungslosigkeit". Er hat recht behalten. Dieser hemdsärmelige Prinzipal der frühen Jahren, – am 28. März wird er 80. Er ist immer noch bei besten Kräften. Die Berliner (und nicht nur die) haben diesem robusten und geschickten Liebhaber Thalias gerade jetzt viel zu danken. Hoffentlich tun sie's auch!

FRIEDRICH LUFT



KRITIK

Überfließendes Füllhorn

Einen ganzen Tag braucht das Fernsehen schon, um die Eröffnung von Herbert von Karajans Salzburger Osterfestspielen frei Haus zu liefern. Und auch dann noch kann das ZDF nicht vor 21.30 Uhr beginnen. Reichlich spät also, so daß man bis in den frühen Montag vor dem Bildschirm ausharren mußte. Aber es lohnte sich: Verdis **Don Carlos**, vom Maestro dirigiert und inszeniert, wurde zu einem wahren Stimmenfest, an dem auch nicht auszusetzen ist, daß die „Neuinszenierung", genau besehen, eine Wiederaufnahme aus dem Jahr 1975 ist. Selbst den elf Jahre alten Bühnenbildern von Günther Schneider-Siemssen sah man das nicht an.

Es grenzt ans Ungeheuerliche, was alles der Festspielchef an Sängern verpflichten konnte. So wie man staunt darüber, daß Karajan, der im April 78 Jahre alt wird, noch immer genau über die Spitzenkräfte der Welt informiert ist. Für den Titelhelden gibt es nun einmal, auch von der Erscheinung her, gegenwärtig keinen besseren als José Carreras, für die Eboli ist Agnes Baltsa wahrlich die ideale Besetzung. Daß er aber auch, wie ein Zauberer, Ferruccio Furlanetto als überwältigenden König Philipp aus dem Hut zog, als José van Dam kurzfristig absagte, grenzt ans Wunderbare – nicht anders als die schon physisch enorme Leistung der erst 22jährigen Sopranistin Fiamma Izzo d'Amico in der großen Partie der Königin. Und auch Piero Cappuccilli (Posa) und Matti Salminen (Großinquisitor) demonstrierten Perfektion.

Auf dem Bildschirm erlebt man die Aufführung, wie sie auf der Cinemascope-Bühne im Salzburger Festspielhaus von niemandem gesehen werden kann – es sei denn, er benutzte ständig einen Feldstecher (nicht nur ein Opernglas). Den Ort der Handlung in der Totalen sah man immer nur *für* Sekunden. Dann *engte die Kamera den Blick ein: Wie so* oft gab es nur Brustbilder und Großaufnahmen der Solisten in Schnitt und Gegenschnitt, leider auch in den Dialogen zwischen König und Kardinal, zwischen der Königin und der Eboli. Das dramatische Gegenüber und Gegeneinander entfiel und kam nur ins Bild, wo es sich wirklich nicht vermeiden ließ: im Autodafé-Akt und beim Volksaufstand an den Gittern des Gefängnisses.

Der inszenierende Dirigent denkt eben von den Sängern her. *Sie* setzt er in Szene, nach den Rezepten der klassischen Oper. Die faszinierende Aufführung lehrt: Sie sind die einzig *angemessenen.*

HORST ZIERMANN

Justitias muntere Streiche

Eines ist jetzt klar. Thekla Carola Wied als flotte Berliner Rechtsanwältin Hanna Thaler hat ihr biederes aber lernfähiges Pendant, den Dr. Arnulf Rehberg alias Christian Quadflieg, nicht geheiratet.

Das heißt: noch nicht. So genau weiß man das eben nicht. Denn vielleicht sitzt beim ZDF schon wieder ein munterer Schnellschreiber an der Maschine und puzzelt aus den Versatzstücken des Unterhaltungsgenres eine Fortsetzung. Dann war es freilich nicht der letzte Advokatenstreich dieser Sozialarbeiterin in Anwaltsrobe, der mit dem Ende des Dreiteilers Alles was recht ist über den Bildschirm ging.

Wünschen mag man das dem wenig amüsierten Zuschauer kaum. Die Erfahrung lehrt indes, daß kaum Hoffnung auf Unterlassung besteht. Warum sollten die Programm-Macher beim ZDF denn auch ihren anscheinend unbezwingbaren Drang mäßigen, die Skala für gehaltvolle Fernsehunterhaltung nach unten zu erweitern?

Und das, wo die Rezepturen solch schneller Muntermachermixturen doch beinahe auf der Straße liegen und sich mit dem geringsten Aufwand herunterdrehen lassen. Zumal, wenn stets so ein mediales Multitalent wie Regisseur Peter Weck zur Hand ist, der die Fernsehmutter Thekla Carola Wied, mit der er ja bisweilen selbst vor die Kamera tritt, unverdrossen ins neue klischeeträchtige Bild führt.

Da braucht sich in Mainz wirklich keiner mehr Sorgen zu machen, was die Rezeption beim Zuschauer angeht. Denn dort hat man mittlerweile ohnehin gelernt, Wunsch und Willen des Konsumenten vornehmlich an Einschaltquoten zu messen. Bei bester Sendezeit ist diesbezüglich auch wohl für die Geschichten zwischen Amor und Justitia nichts schiefgegangen: Weit über 18 Millionen Zuschauer hatten Felix Hubys Geschichte eingeschaltet.

Die Zahl sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch Unterhaltungsserien eine Handlung brauchen, die nicht an den Haaren herbeigezogen ist. Und nicht zuletzt auf den Witz kommt's an: Auf den sollte man nämlich auch nicht verzichten.

WOLFGANG WISCHMEYER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.03 Liebling – Kreuzberg
10.50 Umschau
11.10 Ibras Heimkehr
Fernsehfilm
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Liebe, Schmerz und Tod
Kleine Lieben mit großen Hindernissen
Film von Reinhold Böhm
Claudia, Melanie und Birgit stellen hohe Ansprüche an sich selbst, aber auch an andere. Sie versuchen, langsam selbständig zu werden, ihre Mütter und Väter nehmen die Töchter aber immer noch nicht richtig ernst.
16.55 Spaß am Dienstag
Tom & Jerry
Zeichentrickfilm und Flip-Flop. Spielshow mit Claus Kruesken
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Donnerlippchen
Spiele ohne Gewähr mit Jürgen von der Lippe
Mehr als 13 Millionen Zuschauer verfolgten Jürgen von der Lippes Start mit „Donnerlippchen". Sie reagierten überaus freundlich.
21.00 Monitor
Berichte zur Zeit
21.45 Dallas
Jennas Schicksal
Hat Jenna Naldo Marchetta wirklich nicht getötet? Das Gericht ist von ihrer Schuld überzeugt, nur Bobby sucht weiter nach Unschuldsbeweisen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Mies van der Rohe
In Aachen wurde Ludwig Mies von der Rohe am 27. 3. 1886 geboren. Er starb 1969 in Chicago. Zu Ehren der 100. Wiederkehr seines Geburtstags sendet der WDR ein Porträt dieses großen Architekten.
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Für alle Computer-Freunde!
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
Icht will fahren!
Jugendliche und Autofahren
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
Regie: Ferry Olsen
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Davids Ohnmacht
Reportage von Renate Juszig
Kamera: Rolf Schneider
Unfallopfer kämpfen oft jahrelang um eine angemessene Entschädigung. Doch den Anwälten der Versicherungen und Berufsgenossenschaften sind die meist gerichtsunerfahrenen Geschädigten nicht gewachsen.
20.15 Träume zerrinnen wie Sand
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Mit Melissa Gilbert, Cyril O'Reilly, Ned Beatty, Eva Marie Saint u. a.
Regie: Richard C. Sarafian
21.45 heute-journal
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Transitträume
Buch: Hartmut John und Peter Wensierski
Mit Marita Marschall, Pascal Lavy, Gerald Uhlig u. a.
Die Freundinnen Anne aus Ost- und Marie aus West-Berlin sind sich ähnlich wie Zwillingsschwestern. Mit dem Austauschen ihrer Identität beginnen sie ein gewagtes Spiel.
23.40 Zeugen des Jahrhunderts
Boleslaw Barlog im Gespräch mit Hans-Christoph Knebusch
0.40 heute

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Taxi
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Spezialauftrag
Die schmutzigen Geschäfte des Mr. Morrison
19.45 DFB Halbfinal-Pokalspiel SV Waldhof Mannheim gegen FC Bayern München
Live-Übertragung aus dem Südwest-Stadion in Ludwigshafen
21.45 APF blick
22.30 F. A. Z. etten
23.00 S. T. E. P. IN
John Denver – Thank God I'm a country boy
23.45 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Na, sowas!
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Der alte Richter
12. Das Denkmal
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Sierra
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die Katze
Franz.-ital. Spielfilm (1970)
Mit Simone Signoret und Jean Gabin
22.01 RTL-Spiel
22.07 Porträt einer Legende: James Brown
22.32 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Cresa-Run-Schlittenrennen mit Snob-Appeal
20.45 Rückblende
... nicht gelehrt, doch wohl verständig
Der Kampf um Mädchenbildung
21.00 Formel Eins
21.45 Zwischen Leben und Tod
24 Stunden Intensivstation
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Der Pastor und das „Aschenputtel"
Dänemarks Tourismus-Bosse
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – Die Baltas (10)
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
Faßberg – ein Heeresflieger-Standort in der Heide
21.00 Kurzer Prozeß
Fernsehspiel von Michael Kehlmann und Carl Merz
22.35 Der Mann mit dem Goldhelm
Rembrandts Gemälde
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Frauen-Fragen
Auf eine halbe Stunde – bei Ina Deter
19.05 Formel Eins
20.00 Nur du allein
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Rock Hudson, Cornell Borchers, George Sanders u. a.
Regie: Jerry Hopper
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Leipziger Buchmesse 1986

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Neunmalklug
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Shoah (2)
Französischer Dokumentarfilm (1985)
Von Claude Lanzmann
23.10 Englischkurs
23.40 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red i
20.00 Wallfahrten in Europa
Im Lande der Pardons: Die Bretagne
20.45 Die Sprechstunde
Tranquilizer
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der Prinz und die Tänzerin
Englischer Spielfilm (1957)
Mit Marilyn Monroe, Laurence Olivier u. a.

Und abends die Provinz

H. B. – Immer wieder befremdend für Deutschlandbesucher: die Trauer, die tiefe Verlassenheit, die sich über Deutschlands Innenstädte legt, sobald der Abend hereingebrochen ist. Die Fremden rätseln darüber, welche Macht das Kunststück fertigbringt, dieses sonst so emsige Volk früh wie die Hühner auf die Stange vor der häuslichen Glotze zu jagen.

Nun, jene Macht heißt 18.30-Uhr-Ladenschuß. Ihn hat die zuständige Gewerkschaft erkämpft und will ihn jetzt gar noch fester in den Tarifverträgen verankern. „Humane Arbeitszeit" heißt der Vorwand, der für dieses gegen den behördenfrommen Otto Normalverbraucher verhängte Diktat herhalten muß.

Da fragt sich jeder, der nicht ständig in Deutschland lebt und hier schon allzu oft vor geschlossenen Ladentüren stand, wie lange Otto sich das noch gefallen lassen wird. Wie wäre es mit einer humanen Schlußzeit für ihn selbst? Wieso erhebt er sich nicht gegen die behördlich-gewerkschaftliche Willkür einer Minderheit, die mit einer angeblich sozialen Gesetzgebung den Konsumenten zu einem widersinnig eingezwängten Tagesablauf verurteilt? Teilzeitbeschäftigte und Arbeitswillige, vor allem auch Frauen, gäbe es genug, eine abendliche Tätigkeit nicht für so unmenschlich zu halten, wie es Funktionäre behaupten, die ihre Daseinsberechtigung nachweisen müssen.

In Ladenpassagen von Bahnhöfen und Flughäfen erweisen sich Ausnahmeregelungen als ein längst überfälliger Erfolg, der anderswo Schule machen sollte. Man braucht ja nicht gleich so kundenfreundlich zu werden wie in Palermo und anderswo ums Mittelmeer oder in Amerika, wo die meisten Rolläden erst gegen Mitternacht heruntergehen.

Aber schön wäre es gewiß, wenn unserer passionierten Engstirnigkeit, die alles regeln möchte, endlich ein Licht aufgehen würde, was sie anrichtet, wenn sie das tagsüber glanzvolle Bild blühender Städte, kaum daß es Abend wird, mit einer deprimierenden Schicht von Provinzialismus überzieht.

Der Mann, der die Natur nicht abbilden, sondern begreifen wollte: Mannheim zeigt die erste große Retrospektive von Carl Schuch

Wie das Malen unter den Farben vor sich geht

Warum denken wir vor den Spargel-Stilleben Carl Schuchs unwillkürlich an das „Spargelbündel" von Manet? Warum nicht umgekehrt, wo doch die einen dem anderen in keiner Weise nachstehen? Warum kommt es uns so vor, als gehörten die „Äpfel auf Weiß" eigentlich in Cézannes Atelier und die „Wildenten" stammten aus der Jagdbeute Courbets? Es kommt wohl daher, daß unsere Kunsthistoriker seit Meier-Graefe maßgebliche und exemplarische Leistungen hauptsächlich in der französischen Kunstgeschichte vermutet und festgestellt haben. Die Frage, ob das Œuvre eines bedeutenden Künstlers in der Geschichte abhanden kommen kann, die im Katalog der Mannheimer Carl-Schuch-Ausstellung gestellt wird, ist deshalb rein rhetorisch. Der „Fall Schuch" beweist es.

Carl Schuch wurde, wie sein Freund Wilhelm Leibl von sich selber sagte, frühzeitig „in den Skat gelegt". Seine Bilder sind in zahlreichen Museen und Sammlungen „gut aufgehoben", über ihre Qualität bestehen keine Zweifel, sein Name ist keineswegs unbekannt, aber seine Malerei in ihrer Bedeutung kaum begriffen. Ihn selber hätte sein dürftiger Nachruhm wenig angefochten; es war ihm niemals um Wirkung, Erfolg, Publizität zu tun, und das Interesse des Kunstmarkts kümmerte ihn überhaupt nicht. Er hat bei Lebzeiten ein einziges Mal ein einziges Bild ausgestellt. Finanziell unabhängig, konnte er es sich leisten, ohne nach Beifall und Entgelt zu schielen, sich ganz seiner grüblerischen Malerei zu widmen, die, schon bevor Leibl seine Freunde dazu aufrief, aus eigener Erkenntnis das „Wie" über das „Was" stellte und ihre höchste Aufgabe darin sah, „nicht den Schein der Natur abzubilden, sondern sie zu begreifen" und „die Wirklichkeit auf ihre ätherische Essenz hin zu besehen".

Schuch arbeitete mit am Neubeginn der Malerei, und der Vergleich mit Cézanne, den Arnold Gehlen „sich ein erstes Mal anzuregen getraute", erscheint uns weniger gewagt als in vieler Hinsicht beziehungsvoll und berechtigt. Wer Schuchs Briefe liest und dabei seine Bilder vor Augen hat, findet ihn in einer Reihe mit Künstlern und Theoretikern seiner Generation, von denen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts Erkenntnisse und Impulse ausgingen, die weit in unser „modernes" zwanzigstes hineinwirkten.



War der Kunstwelt abhanden gekommen: „Geröll am Ufer des Hintersees" (1882) von Carl Schuch, aus der Ausstellung in der Mannheimer Kunsthalle FOTO: KATALOG

Dabei empfand sich dieser selbstkritische Künstler keineswegs als Neuerer, sondern war einzig und allein mit seiner eigenen Arbeit beschäftigt, an die er absolute Ansprüche stellte. Möglicherweise ist sein Geist auch daran, an ihrer Unerfüllbarkeit nämlich, zuletzt zerbrochen.

In aller Kürze seine Vita: Geboren 1846 in Wien, studierte ab 1865 dort an der Akademie, kurze Zeit Schüler des Landschaftsmalers Ludwig Halauska. Eine reiche Erbschaft ermöglicht ein „lebenslanges Studium" auf ausgedehnten Reisen.

In München Freundschaft mit Trübner und Leibl, zählt eine Zeitlang zum sogenannten Leibl-Kreis. Aufenthalte in Holland, Brüssel, Rom, sechs Jahre Venedig, dann Wohnsitz in Paris, dazwischen drei Sommer in der Mark Brandenburg und immer wieder in München und Umgebung. Eine unheilbare Krankheit verdunkelt die letzten Jahre, zwingt 1894 zur Rückkehr nach Wien. Dort ist Carl Schuch 1903 in geistiger Umnachtung gestorben.

Neun Jahre nach seinem Tod zeigte die Berliner Galerie Schulte eine vielbeachtete Retrospektive. Dabei ist es geblieben. Die derzeitige Ausstellung der Mannheimer Kunsthalle ist seitdem die erste Präsentation des Schuchschen Œuvres und der Katalog, worin dieses Œuvre von mehreren Seiten gründlich durchleuchtet wird, die erste umfassende Publikation seit der 1913 erschienenen Biographie von Karl Hagemeister.

Ausstellung und Katalog sind in enger Zusammenarbeit mit dem Morat-Institut für Kunst und Kunstwissenschaft, Freiburg, zustande gekommen, das auch zu den zahlreichen Leihgebern zählt. Insgesamt 124 Arbeiten (darunter 16 Zeichnungen) sind ausgestellt, durchweg Landschaften und Stilleben und neben einem Selbstbildnis des Dreißigjährigen auch mehrere Porträts, die zeigen, wie die Freunde (Trübner, Leibl, Hirth du Frênes) Carl Schuch gesehen haben.

Die reiche Auswahl aus allen Schaffensperioden gewährt einen guten Überblick über die Entwicklung von anfänglicher Stimmungsmalerei zur rein malerischen Erfassung der „ätherischen Essenz der Erscheinungen" (ein Ausdruck, der leitmotivisch in den Briefen und Notizen immer wiederkehrt). Schuch sagt auch – und seine Bilder machen es anschaulich –, was damit gemeint ist: Nicht Abbilden der Natur, nicht optische Impression, sondern Malen aus dem reinen Wahrheitsgehalt der Farbe; ausgehend von malerischen Vorstellungen eine Bildordnung „parallel zur Natur" gestalten (was ebenso Cézanne anstrebte); „die Sichtbarkeit in ihrer Gesamtheit als einen schwebenden Schein" fassen (wie es Wölfflin einmal, in anderem Zusammenhang, formulierte). In der Tat scheinen die Dinge trotz ihrer körperlichen und räumlichen Struktur in den Bildern Schuchs schwerelos zu schweben, ihrer Materialität entkleidet durch Licht, Distanz und Ton, dem Plastik und Lokalfarben sich unterordnen.

Immer wieder stellte Schuch sein Tun in Frage, wollte von Bild zu Bild neue Erkenntnisse, neue Erfahrungen, neue Einsichten gewinnen. Den stärksten Eindruck der Ausstellung hinterlassen deshalb die Wiederholungen und Varianten, mit denen er stets von neuem die Wiedergabe eines Stillebens, einer Landschaft anging, die Farbfolgen modulierte, die konstitutive Kraft der Farbe erprobte. Der Betrachter erlebt hier gewissermaßen mit Rilke, „wie sehr das Malen unter den Farben vor sich geht". Das hat nichts mit L'art pour l'art zu tun; das ist, was Konrad Fiedler postulierte, „Produktion der Wirklichkeit aus der Farbe". Carl Schuch gehört zu den ersten, die damit begonnen haben. Ob er jetzt wieder aus dem Skat geholt wird? Mit der Mannheimer Ausstellung wird in diesem Sinn immerhin, um im Jargon zu bleiben, überzeugend gereizt.

EO PLUNIEN

Bis 19. Mai, München (Lenbachhaus): 11. 6. bis 11. 8., Katalogbuch 35 Mark.

Ein bißchen Avantgarde im Revier: Das 2. „Ruhr-Jazz-Festival" in Bochum

Die Trompete, scharf wie ein Schwert

Das „Ruhr-Jazz-Festival", das am Wochenende zum zweiten Mal im Museum Bochum stattfand, dürfte sich nun endgültig als das Avantgarde-Ereignis im Revier etabliert haben, auch wenn Ulli Blobel, der künstlerische Leiter, das leichte Defizit der Kasse mit den bittersüßen Worten kommentierte, so ein Festival sei nun mal ein Spaß und nicht zum Geldverdienen.

Eines der Mottos lautete „Industrial Folksongs", ein Oberbegriff, der nahezu frei von den einzelnen Musikern gefüllt wurde. Während sich Martin Theurer einfallsreich einem präparierten Steinway widmete, bot das Trio Joe Sachse, George Louis und der Sänger Phil Minton ein witzig und spritzig angemachtes Gemisch improvisierter Musik, denen die wunderlichen Gerüche aus tausendundeinem Klang anhafteten. Was man von dem „Industrial Folksong Orchestra" nicht behaupten kann, das es auf die kammermusikalische Art versuchte – mit trockenem, ja, sterilem Ergebnis.

Ganz anders der Gitarrist Hans Reichel mit dem Drummer Sven Ake Johansson: Zwitschernde Spielzeugtiere gaben den Rhythmus, über dem sich die beiden dialogisch vergnügten. Visuelle Eindrücke spielten dabei eine ebenso große Rolle wie der Schall(-druck). Verhalten, spannungsreich und konzentriert dann der Auftritt des „String Trio of New York", eine zwischen Improvisation und Komposition schwebende Musik voller Swing mit europäisch-klassisch anmutenden Akzenten. Schließlich, zu mitternächtlicher Stunde, Hollands Jazz-Kapelle Nummer eins: das „Willem Breuker Kollektief", eine Big Band, die mit rasanten Rhythmen, Ulk und artistischen Einlagen im Ruckzuckverfahren sich in die Herzen der Zuhörer katapultierte.

Peter Kowald spielte zum ersten Mal seit 17 Jahren wieder im Trio mit der Pianistin Irene Schweizer und Pierre Favre am Schlagzeug. Ihre Musik hat sich von der puren Lust am Erzeugen von Geräuschen wegbewegt und, wie es Irene Schweizer nannte, zu einem partnerschaftlichen Spielen hinentwickelt, das genügend Freiräume auch für solistische Glanzleistungen läßt. Von dieser Gruppe hätte man gerne noch mehr gehört, doch auch die Herren Albert Mangelsdorff und John Surman wollten natürlich zu ihrem Recht kommen.

Schon in Berlin galt ihre nachdenkliche, von einer stillen Heiterkeit geprägte Sprache als einer der Höhepunkte. So auch in Bochum. In gewohnter Manier grummelte Albert bassige Linien in seine Posaune, über denen dann Surman mit Sopran oder Bariton improvisierte, Spannungsfelder schuf, die wiederum von Mangelsdorff aufgegriffen, variiert und angereichert wurden.

Das „Globe Unity Orchestra" gebärdete sich zum 20. Geburtstag dagegen immer noch wie ein unreifes, störrisches Kind, das sich dem lieben Besuch verweigert. Obwohl mit George Louis und Kenny Wheeler hochkarätig besetzt, bot die Gruppe höchstens für abgebrühte Fans mit Lederohren noch einen zweifelhaften Genuß.

Beim Abschlußabend, diesmal in der Bochumer „Zeche", ging es dann noch einmal richtig zur Sache. Erst die Schweizer Band „Donkey Kong's Multi Scream" als Anheizer, gefolgt von der „Lester Bowie Brass Fantasy", der Abräumer-Band der Saison. Bowie bezieht seine Anregungen nicht zuletzt aus den Quellen der Spirituals, seine schneidend scharfe Trompete legt sich wie ein Schwert über den kompakten Sound seiner Blechbläser, die, hübsch gelborange gewandet, pusten, was Lunge und Fantasie hergeben. Klar, daß bei solchem grandiosen Abschluß das Festival im Gedächtnis haften bleibt. Verdient hat es jedenfalls einen Ehrenplatz im Kulturbetrieb des Ruhrgebiets.

SVEN THIELMANN

Wahnideen oder „La Paloma"? – Arthur Millers „Hexenjagd" in Frankfurt

Bitte sich bei der Regie zu erkundigen

Arthur Miller wollte mit seiner „Hexenjagd" die Kommunistenjagd der McCarthy-Kommission treffen. Kurz darauf trug er selbst einen Sieg über diese Kommission davon: er weigerte sich, Bekannte zu denunzieren, die eventuell mit dem Kommunismus symphatisierten. Dafür wurde er zu Gefängnis und Geldstrafe verurteilt, legte Berufung ein und wurde freigesprochen.

Das Stück, das auf den historischen Fall in Salem zurückgeht, wo 1692 einige Dutzend Menschen wegen Hexerei hingerichtet wurden, ist mit dem bizarren mittelalterlichen Pastoren- und Richterzeremoniell allerdings wenig geeignet zur Verdeutlichung heutiger Massenwahnideen: die Denunziantinnen sind Mädchen, die sich durch die vom Pastor suggerierte Hexenidee aus einer peinlichen Lage freikaufen. Sie haben zwar nackt im Wald getanzt, aber sie waren eben von der und jener angesehenen Bürgerin verhext.

Erst recht ungeeignet für die Erhellung moderner Phänomene ist die klamaukerfüllte Frankfurter Regie Dietrich Hilsdorfs. Zum Beispiel wird das Ende einer Gerichtssitzung unter den Klängen von „La Paloma" mit einer kollektiven Tanzerei gefeiert. Der Hexenteufel mag wissen, was das soll.

Das Gericht sitzt mitten im Zuschauerraum, und ein Schriftstück, das der Richter anfordert, muß vom Publikum Bank für Bank zu ihm hingereicht werden. Mit diesen ollen Mätzchen wird das Publikum beteiligt.

Gegen Ende taucht aus einer Versenkung, die eifrig Theaternebelschwaden auspufft, eine feierliche Prozession auf. Es sind die Mädchen, die in weißen Gewändern und, königlich gekrönt, einmal quer über die Bühne ziehen, die Rädelsführerin in leckeres, rotes Trikot gekleidet. Unterdessen steht ein Verurteilter, der gleich gehenkt werden wird, nackt an ein Andreaskreuz gebunden im Hintergrund. Bedeutung? Bitte sich bei der Regie zu erkundigen.

Für diese bunt aufgemotzte Aufführung gab es Beifall, aber immerhin haben einige wise guys gepfiffen und buh gerufen. Wer Millers Stück kennt, war völlig baff über diese peinliche Verhunzung. Seine Schärfe war nicht nur der McCarthy-Ära entwachsen, sondern zusätzlich mit Brimborium zugedeckt.

Daß die Schauspieler gut waren, ist kein Trost. Wir brauchen keinen der verdienstvollen Namen aufzuführen, denn dem Arthur Miller geht es nicht um gute Schauspieler, sondern um gnadenloses Aufwecken des Bewußtseins im Zuschauer.

Das Maß der Fehlgriffe wurde im Programmheft schließlich ganz voll. Da haben die Unternehmer des Abends einen vermeintlichen Kenner zu Wort kommen lassen, der sage und schreibe den Hexenwahn auf die Gier zurückführt, aus den sogenannten Hexen die Kunst des Fliegens (Stichwort Blocksberg) herauszukriegen, und siehe da, als die Menschen mit Hilfe der Technik schließlich wirklich zu fliegen gelernt hatten, war es aus mit dem Hexenwahn. Steht im Programmheft. Langt das?

Zufällig schreibe ich gerade an einer größeren Arbeit, in der ich der christlichen Kirche vorrechne, durch wieviel Blut sie mit Kreuzzügen, Hexenmorden, Judenmißhandlung, Inquisition, Ketzer- und Marranenverbrennungen gewatet ist (und sich heute mit der unverfrorenen Rede salvieren will: „Die Kirche ist durch eine wahre, wenn auch unvollkommene Heiligkeit ausgezeichnet und birgt Sünder in ihrem Schoß") – und da kriege ich in Frankfurt Albernheiten wie Fliegenkönnen und „La Paloma" vorgesetzt.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Nächste Vorstellungen: 26. 3. und 5. 4., telefonische Kartenvorbestellungen: 069 / 2562435

Aus der Zauberkiste des Kinos: Astrid Lindgrens „Ronja Räubertochter"

Romeo und Julia unterm Wasserfall

Wenn man aus dem Kino wieder ins Freie tritt, inmitten einer Gesellschaft von Sechs- bis Zwölfjährigen, die zwei Stunden lang zwischen Bangen und Gelächter hin und her gerissen waren, hat man ebensolange in einer verwunschenen poetischen Welt gelebt.

„Ronja Räubertochter" nach dem Roman und dem Drehbuch von Astrid Lindgren – man beachte den unverkennbar schwedischen Tonfall, der durch das Weglassen des bestimmten Artikels sich auch in den deutschen Filmtitel hinübergerettet hat! – spielt im tiefsten Mittelalter in einer völlig unangetasteten Urlandschaft. Die besteht aus einem riesigen Waldstück, aus Seen und Flüssen, von Wasserfällen unterbrochen, in denen zwei konkurrierende Räuberscharen leben, die hin und wieder durchreisende Edelleute überfallen, aber hauptsächlich damit beschäftigt sind, unter homerischen Beschimpfungen sich gegenseitig das Leben schwerzumachen.

Zwei Kindern unter ihnen fällt die Rolle von Romeo und Julia zu: Erst ahmen sie mit Prahlerei und wechselseitiger Herabsetzung das Verhalten der älteren Generation nach, dann wetteifern sie in Mutproben, bei denen sich die Veranlassung ergibt, einander das Leben zu retten, sei es an steiler Felswand oder in Stromschnellen.

Allmählich wächst aus der Dankbarkeit und der Bewunderung für diese kleinen Heldentaten eine keusche Kinderliebe, die aus dem gleichen Quell hervorbricht wie ihr Mitgefühl mit allen Kreaturen des Waldes, zu denen sie sich immer mehr hingezogen fühlen, weil sie aus der engstirnigen Feindschaft der beiden Banden ausgeschert sind.

Sie leben zu zweit in der freien Natur, ernähren sich von Fischfang und Stutenmilch, nachdem sie die Wunde des Muttertieres, das ein Fohlen eingebüßt hat, mit einem Verband aus Moos versorgt haben. Die kesse kleine Räubertochter gerät darüber ins Sinnieren und wird zu einer richtigen Friedenskämpferin. Man sieht kommen, daß sie ihren ganzen Familienclan noch auf den Pfad der Tugend zurückführt und ihm das Rauben abgewöhnen wird.

Der Regisseur, Tage Danielson, hat mit Fug und Recht für diesen Bilderbuchfilm auf den Berliner Filmfestspielen den Silbernen Bären bekommen, denn der Streifen ist trotz all seiner (oder auch wegen seiner) Harmlosigkeit ein abgerundetes kleines Kunstwerk.

Sicherlich wird es auch noch manchen Erwachsenen geben, der sich in die dunkeläugige Hanna Zetterberg genauso verliebt wie ihr rothaariger Spielgefährte. Für die Eindringlichkeit, mit der die Kamera das Waldesdickicht und das Blau der Seen eingefangen hat, besitzen Kinder ohnehin kein Organ, sie erfreuen sich lieber an den tapsigen Räubern mit ihren üppigen Bärten und der ebenso üppigen Pracht ihres Haupthaars, besonders bei den großen Nacktbadeszenen im Schnee, und noch mehr an den winzig kleinen Gnomen mit ihren ältlichen Gesichtern – der einzigen Durchbrechung der reinen Naturhaftigkeit des Ganzen durch einen Trick aus der Zauberkiste des Kinos.

Wem fielen bei diesen Wichteln nicht Selma Lagerlöf und der kleine Nils Holgerson ein? Auch wenn nicht obendrein gerade ein Zug Wildgänse in der charakteristischen Winkelformation über den Himmel streifte.

HELLMUT JAESRICH



Aus edlem Holz geschnitzt: Hanna Zetterberg als „Ronja Räubertochter" in dem gleichnamigen Film von Astrid Lindgren FOTO: DIE WELT

Polen: Die Angst der Obristen vor kritischen Filmen

Sex für den Sozialismus

Polens Medien warteten unlängst mit einer Rekordmeldung auf: 39 Unterhaltungsfilme wurden 1985 produziert, das sind acht mehr als 1984. Doch Quantität ist nicht gleich Qualität. Davon zeugen die Besucherzahlen der Kinos, die im Vergleich zu 1984 um ein Fünftel auf 108 Millionen zurückgegangen sind. Kassenschlager waren amerikanische Produktionen wie „Superman", „Krieg der Sterne" oder „E. T.". Bergmanns „Fanny und Alexander" stieß dagegen auf wenig Interesse. Das Kino ist für die Polen vor allem eine Stätte der Unterhaltung. Danach richtet sich der Verleih und setzt beispielsweise kaum sowjetische Filme ein, weil die vor leeren Häusern laufen. Deshalb neigen die polnischen Produzenten dazu, die Agitationsfilme durch zahlreiche Sexszenen interessant zu machen. Aber all der Sex rettet den Sozialismus im Kino auch nicht.

Von dem Ruhm, den der polnische Film wegen seiner kritischen Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse im eigenen Land einmal besaß, ist nichts übriggeblieben. Ungarn hat auf diesem Gebiet den Polen längst den Rang abgelaufen. Das zeigte sich auch beim letzten Danziger Festival, wo Gegenwartsthemen nur simple Propagandafilme wie „Würde", eine Polemik gegen die Solidarność-Gewerkschafter, aufgriffen. Der Film, der auf namhafte Schauspieler verzichten mußte, erntete bei der Vorführung ungewollte Lacherfolge. Er lief dann auch nur im Fernsehen.

Erfolge bekannter polnischer Filmregisseure im Westen werden kritisiert oder von den Medien ganz verschwiegen. „Das Jahr der ruhigen Sonne" von Krzysztof Zanussi, Preisträger in Venedig 1984, wurde verrissen, ebenso „Yesterday" von R. Piwowarski oder der in Mannheim prämierte Film „Kontrolle" von W. Saniewski. Den Filmen wird vorgeworfen, sie versuchten Politik zu machen.

Die jungen Filmeregisseure wurden deshalb bereits 1981 in einem Team zusammengefaßt. Sie konnten zwar eine Reihe von Filmen drehen, aber sie haben noch keinen ihrer Filme in den Kinos gesehen. Künftig soll es für Filme, die „in alten Wunden rühren", also die Ära der Solidarność behandeln, kein Geld geben. Denn die Obristen sind noch immer überzeugt, daß der Film das Bewußtsein prägen und verändern könne.

JOACHIM G. GÖRLICH

JOURNAL

Deutsche Akademie stellt Preisfrage

DW. Darmstadt

„Ist eine internationale Gemeinsprache auch in den Geisteswissenschaften möglich und wünschenswert?" So lautet die 14. Preisfrage, die die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung ausgeschrieben hat. In den Naturwissenschaften und in der Technik bedient man sich – zuungunsten des Deutschen – vor allem der englischen Sprache. Eine ähnliche Tendenz ist mittlerweile auch in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen zu beobachten. Für die beste der eingehenden Arbeiten (einen 40- bis 60seitigen Essay) ist eine Prämie von 5000 Mark ausgesetzt. Einsendeschluß: 31. März 1987. Teilnahmebedingungen: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Alexandraweg 23, 6100 Darmstadt.

Zum elften Mal: Die Mülheimer Theatertage

lnw, Mülheim/Ruhr

Die Stadt Mühlheim hat für ihre zum elften Mal veranstalteten Theatertage „stücke '86" vom 15. bis zum 31. Mai fünf deutschsprachige Erstaufführungen der laufenden Bühnensaison ausgewählt. Das sind „Gust" von Herbert Achternbusch (München), „Heinrich oder Die Schmerzen der Phantasie" von Tankred Dorst (Düsseldorf), Elfriede Jelineks „Burgtheater" (Bonn), „Bauern sterben" von Franz-Xaver Kroetz (Hamburg) und Felix Mitterers „Besuchszeit" (Innsbruck).

Siebenbürger Brauchtum im Spielzeugmuseum

dpa, Nürnberg

Um die Erinnerung an das Brauchtum ehemaliger deutscher Volksstämme in Osteuropa wachzuhalten, soll im Nürnberger Spielzeugmuseum eine „Ostdeutsche Galerie" entstehen. Dies erklärte die Leiterin des Museums, Lydia Bayer, anläßlich der Übergabe einer Puppengruppe in Trachten der Siebenbürger Sachsen. Die sechs Puppen, deren Trachten bis zur sehr aufwendigen Stickerei Originalen nachgearbeitet wurden, sind ein Geschenk der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen.

Literarische Bilanz einer Rheinreise

DW. Rolandseck

Im Sommer 1984 trafen sich, von der „Stiftung Bahnhof Rolandseck" (bei Bonn) eingeladen, 60 Schriftsteller aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden zu einer viertägigen Reise auf dem Rhein (vgl. WELT v. 13. 6. 84). „Das Narrenschiff" hieß das Unternehmen, es führte von Basel nach Rotterdam. Grundgedanke war die Begegnung verschiedener Kulturen, Sprachen und Temperamente. Nun ist, von der Stiftung herausgegeben, eine Anthologie erschienen, die – gewissermaßen als Bilanz – alle die Gedichte und Prosatexte enthält, die vor, während und nach dieser Reise entstanden sind: „Die Vergeßlichkeit ist das Ende von allem" (Pfälzische Verlagsanstalt, Landau, 154 S., m. vielen Abb., 25 Mark).

Bestandsverzeichnis des Schwitters-Archivs

DW. Hannover

Parallel zur großen Kurt-Schwitters-Retrospektive des Sprengel-Museums Hannover (vgl. WELT v. 18. 2.) hat die Stadtbibliothek Hannover nun ein Bestandsverzeichnis ihres Schwitters-Archivs veröffentlicht. Zu dem eigenen Besitz als Grundstock war letztes Jahr als Leihgabe von Ernst Schwitters ein großer Teil des bisher in Oslo aufbewahrten Nachlasses dazugekommen. Somit enthält das Verzeichnis mehr als 2000 Nennungen: 290 Manuskripte, 779 Briefe von und an Kurt Schwitters mit kurzer Inhaltsangabe sowie Primär- und Sekundärliteratur (244 S., 24 Mark). Bestellungen an: Stadtbibliothek, Hildesheimer Str. 29, 3000 Hannover 1.

A. J. P. Taylor 80

DW. London

Alan John Percival Taylor, einer der bekanntesten und oft umstrittenen Historiker Großbritanniens, wird heute 80 Jahre alt. Taylor, der mehr als dreißig Bücher publiziert hat, beschäftigte sich anfangs mit der Geschichte Mitteleuropas im 19. Jahrhundert, wandte dann jedoch sein Interesse der Zeitgeschichte zu. Zu seinen bekanntesten Werken gehören eine Geschichte Großbritanniens vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Ende des Zweiten und die Abhandlung „Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges". Darin vertritt er die These, daß Europa in den Zweiten Weltkrieg hineingeschlittert sei, was heftige Diskussionen auslöste, weil man darin eine Entschuldigung Hitlers zu sehen glaubte. Taylor hat seine Skepsis gegenüber der Vernunft in der Politik auch in zahlreichen Zeitungsartikeln und im Fernsehen publik machte, womit er wiederholt heftige Auseinandersetzungen heraufbeschwor.

Die Töchter des Zaren erobern den Laufsteg







Aparte Kreationen bestimmen die Pariser Prêt-à-Porter-Schauen. Dietmar Sterling hüllte seine Mannequins in Mäntel im Schiwago-Look (l.). Kenzos Modelle stiefelten als „Cowgirls" über den Laufsteg (r. u.). Eine neue Interpretation des „kleinen Grauen" bei „Comme des garçons" (r. o.)

Im Ehrenhof des Pariser Louvre weht eisiger Ostwind. Dort zeigen seit Mitte vergangener Woche Frankreichs Couturiers und Kreateure ihre Prêt-à-porter-Kollektionen für den Winter 1986/87. Der Blick der französischen Modemacher ist nach Osten gerichtet, seitdem Frau Gorbatschow im vergangenen Herbst in Paris weilte. Ihr Besuch in einigen Modesalons hinterließ Spuren: Sowjetischer Chic ist seither „in".

Die Folklore entfernter Länder hat die Modedesigner schon immer inspiriert. Auch der Military-Look ist nichts Neues im weiblichen Modebild. Thierry Mugler, Trendsetter der Modemacher, sieht in der nächsten Saison die Frau als Zarentochter, als Eisprinzessin, als Kolchosenmädchen oder als Raumfahrerin. Für seine Schau ließ Mugler eine Landschaft aus Eisbergen aufbauen, in der sich die Mannequins in eisblauen und silbernen Jumpsuits aus metallisiertem Leder, in Uniformmänteln und Mantelkleidern wie zur Parade auf dem Kalinin Prospekt bewegten. Sie trugen Schaftstiefel und hängten sich rote Sowjetsterne als Schmuck um Hals und ans Revers. Muglers junge Kolchosenbäuerinnen trugen hautenge Minikleider. Auch Kollege Jean-Paul Gaultier, „enfant terrible" der Pariser Modeszene, ließ sich vom Konstruktivismus im Rußland der zwanziger Jahre inspirieren. Er bestickte seine Kasackkleider und Kosakenblusen über ausgestellten Röcken mit kyrillischen Buchstaben.

Die japanischen Designer – sie beherrschten in der ersten Hälfte der Modetage die Szene – haben sich mit ihren neuen Kreationen mehr dem westlichen Modebild angepaßt. Kenzo, der pariserischste aller Japaner, schielte nach dem amerikanischen Westen und ließ seine Mädchen als Texasgirls mit Cowboyhüten, Trapperjacken und weiten Röcken auftreten – Reminiszenzen an die 150-Jahr-Feiern zur Unabhängigkeit des US-Bundesstaates Texas. Kenzo sieht die Damen im kommenden Winter jedoch auch in Dandy-Anzügen, sehr maskulinen Glencheck-Kostümen und Gabardine-Trenchcoats. Mit Farben spielt der Japaner wie die Jungen Wilden der Kunstszene: Seine Kollektion war eine Mischung aus Rot, Himbeer, Orange, Blau, Grün, Flieder und Gelb.

Jean Charles de Castelbajac mischte Farben und Muster verschiedener schottischer Clans. Er holte sich Anregungen aus der Welt der Wildkatzen und entwarf zauberhafte gefleckte, gestreifte und getigerte Modelle. Karl Lagerfeld, der für den Winter riesige Capes für seine Kollektion entwarf, führte außerdem einen leicht glockigen, kniekurzen Redingote (ein taillierter, nach unten ausgestellter Mantel) mit Gürtel vor.

Der gebürtige Berliner Dietmar Sterling, Meister des Farbmix, sieht die moderne, selbstbewußte Frau in einer langen schmalen Silhouette. Sie trägt knöchellange, schmale Jerseykleider mit Volants am Rocksaum, Jersey-Trenchcoats, siebenachtellange gerade Jacken über Hosenanzüge oder lange Jacken zum kurzen, engen Rock. „Komfort" heißt die Devise des Berliners. Seine Farbenpalette zeigt Rot, Fuchsia, Safran, Anthrazit, Schwarz und Brauntöne.

Die Figur strecken auch die wiederentdeckten Hochfrisuren. Ihr Haar trugen die Mannequins phantasievoll aufgetürmt, punkig als „Hahnenkamm" hochfrisiert oder brav als Dutt im Nacken. Turbane und Hüte setzten exotische Akzente.

Generell bleibt die Pariser Winterlinie schmal, lang und figurbetont. Die Eieruhr-Silhouette mit betonten runden Schultern, schmaler, durch Gürtel markierter Taille und runder Hüfte bleibt en vogue. Die Kleider waren entweder hauteng oder von einer wahren Stoffülle. Die Geschmeidigkeit des fließenden Materials (bevorzugt Jersey, Flanell – Samt, Crêpe de Chine und Lamé für den Abend), oft asymmetrisch gerafft, kunstvoll gewickelt oder drapiert, läßt die Figur immer schlank und schmal erscheinen. Auch für junge Mädchen kündigt der Trend knöchellange Kleider und lange Schiwago-Mäntel an.

CONSTANCE KNITTER

Auch an der Saar wird nach Giftwein gesucht

dpa, Mailand

Italiens Weinskandal hat das siebte Todesopfer gefordert. In der Nacht zum Montag starb der 48jährige Paolo Baruca in Lecco am Comersee an den Vergiftungen, die ihm der Barberawein des Abfüllbetriebes „Odore" zugefügt hatte. Diesen Wein hatten auch die fünf anderen Männer getrunken, die in der vergangenen Woche starben. Das Getränk enthält einen lebensgefährlichen Anteil von Methylalkohol. Vincenzo und Carlo Odore, die Besitzer des Abfüllbetriebes, sind in Haft, genauso wie Giovanni und Daniele Ciravegna aus Norzole in Piemont, bei denen der Wein aus verschiedenen Rebensorten zusammengemischt wurde. Die Ermittler halten es jedoch für möglich, daß der Methylalkohol schon von einem der Weinproduzenten beigemischt wurde, der die Ciravegnas in Piemont beliefert.

Mit Methylalkohol angereicherte italienische Weine sind mittlerweile in Frankreich aufgetaucht und könnten durchaus auch in die Bunderepublik gelangt sein. Das gab die saarländische Sozialministerin Brunhilde Peter (SPD) bekannt. Im Saarland wird auf Anordnung der Ministerin bereits in Geschäften und bei Händlern nach dem italienischen Giftwein gefahndet. Es handelt sich dabei nach Mitteilung des Saar-Ministeriums um folgende methylalkoholhaltigen italienischen Weine: Barbera del Piemonte, Barbera d'asti Doc, Barbera del Monferrato Doc und Cortese d'asti der Kellerei Casa Vinicola, Vincenzo Odore, C. di Incisa, Scapacciono.

Drei Deutsche getötet

dpa, Château-Chinon

Beim Absturz eines Sportflugzeuges vom Typ Dakota-Piper sind am Sonntag nachmittag bei Château-Chinon in Mittelfrankreich drei Deutsche ums Leben gekommen. Nach Angaben der Behörden stammen die Opfer aus Nordrhein-Westfalen. Augenzeugen sagten, sie hätten gesehen, wie die Maschine eine Tragfläche verloren habe und an einem Berghang zerschellt sei.

Aidskranker sprang in Tod

AFP, Dallas

Ein aidskranker 32jähriger Innenarchitekt ist am Sonntag aus einem Fenster im sechsten Stockwerk des Krankenhauses Parkland Memorial in Dallas (Texas) gesprungen. Er war auf der Stelle tot. Nach Angaben des Krankenhauses war Rodney Selfs seit einer Woche in Behandlung. Er habe sich in einem sehr kritischen Zustand befunden und sei sehr deprimiert gewesen, erklärte die Sprecherin Mary Layman.

Führt ein Expolizist auf die Spur?

Belgische Polizei meldet einen Erfolg bei der Fahndung nach den „Killern von Nijvel"

HELMUT HETZEL, Brüssel

Bei der groß angelegten Fahndung nach der in ganz Belgien berühmt-berüchtigten Bande „Bende van Nijvel" scheint der Polizei nun ein erster spektakulärer Erfolg gelungen zu sein. Die Sicherheitskräfte nahmen am Wochenende den ehemaligen Polizisten Michel Cocu (35) fest. Er wird beschuldigt, an mehreren der insgesamt 14 mit menschenverachtender Grausamkeit ausgeführten Raubüberfällen auf belgische Supermärkte beteiligt gewesen zu sein. Dabei starben allein in den letzten vier Jahren 29 Menschen im Kugelhagel der Gangster, die mit ihren Schnellfeuerwaffen und mit umgebauten Jagdgewehren während ihrer Raubüberfälle auf alles schossen, was sich bewegte. Ganze Familien wurden von ihnen ausgelöscht.

Die Verhaftung kommt zu einem wichtigen Zeitpunkt, denn trotz zahlreicher Hinweise aus der Bevölkerung tappte die Polizei bei der Fahndung nach den „Killern von Nijvel", wie man sie im ganzen Land nennt, weil die Gangster ihren ersten Überfall in dem südlich von Brüssel gelegenen Städtchen Nijvel verübten, monatelang im dunkeln.

Die Ermittlungen konzentrierten sich nämlich hauptsächlich auf die Fahndung nach dem „Riesen", jenem nach Augenzeugenberichten fast zwei Meter großen Mann, den man als eigentlichen Anführer der Bande ansieht und der bei den zahlreichen Raubüberfällen immer besonders kaltschnäuzig und rücksichtslos auftrat. Selbst hilflos am Boden kauernde Menschen, so Augenzeugen, seien von ihm eiskalt liquidiert worden. Von dem „Riesen" und den anderen Mitgliedern der Bande, so hieß es dazu in Brüssel, fehle aber nach wie vor jede Spur.

Die Verhaftung des Expolizisten, der sogar schon ein Geständnis abgelegt haben soll, könnte nun der Auftakt für den großen und endgültigen Schlag gegen das gefürchtete belgische Killerkommando sein. Die Bande, so sollen erste Aussagen des Verhafteten Michel Cocu ergeben haben, sei wesentlich größer, als die Polizei vermute. So sollen nach einem ausgeklügelten System immer andere Täter an den Überfällen teilgenommen haben.

Dieses „Rotationssystem" bei den Raubüberfällen sollte dazu beitragen, daß von der Polizei als Mitglieder der „Bende van Nijvel" Verdächtigte für die jeweilige Tatzeit abwechselnd über ein hieb- und stichfestes Alibi verfügen konnten. So sei beispielsweise am 1. Dezember 1983 ein Raubüberfall auf ein Juweliergeschäft geplant worden – bei dem zwei Menschen ums Leben kamen. Der Zeitpunkt sei bewußt gewählt worden, um Cocu, damals wegen anderer Delikte gerade in Untersuchungshaft saß – ein Alibi zu geben.

Durch die Inhaftierung des Ex-Polizisten kann jetzt auch ein weiteres Rätsel als aufgelöst gelten. Immer wieder nämlich wunderten sich die Polizeibeamten, daß man sie „ausgetrickst" hatte. So beispielsweise bei einem Überfall auf einen bewachten Supermarkt, der genau in der 15 Minuten dauernden Phase der polizeilichen Wachablösung stattfand.

LEUTE HEUTE

Frau Hauptmann

Von fast allen 130 Kursusteilnehmern unterstützt und ermutigt, absolvierte die 21jährige Israelin **Ronit Ben-Soshan,** Leutnant der Infanterie, einen der schwierigsten Lehrgänge, den die israelische Armee bietet. Sie bestand den Kursus für Kompaniekommandanten und ist jetzt die erste Frau, die diesen bisher den Männern vorbehaltenen Militärrang erworben hat. Jetzt wird sie Operationsoffizier in einer Kompanie mit dem Rang eines Hauptmanns.

Sippen-„Haft"

Sechs von zehn „Golden Raspberries" konnte eine amerikanische Schauspieler-Familie einheimsen. Der alljährlich von der „Golden Raspberry Award Foundation" gestiftete Preis wird für die schlechtesten Filmproduktionen und darin mitwirkende Schauspieler verliehen. Und so bekamen diesesmal **Sylvester Stallone** („Rambo", „Rocky"), seine Frau **Brigitte Nielsen** und Stallones Bruder **Frank** die zweifelhafte Auszeichnung, eine herausgestrecke Zunge.

Indien nicht mit Bhopal-Vergleich einverstanden

rtr, New York

Die indische Regierung ist nach Angaben eines ihrer amerikanischen Anwälte nicht mit dem am Wochenende bekanntgewordenen Vergleich zwischen dem US-Chemiekonzern Union Carbide und den Anwälten der Opfer des Giftgasunglücks im indischen Bhopal einverstanden. In New York erklärte Rechtsanwalt Bruce Finzen, die indische Regierung sei der Ansicht, daß es ohne ihre Zustimmung oder ohne ihre Beteiligung keinen Vergleich in diesem Rechtsstreit geben könne. Am Sonntag hatte ein Firmensprecher erklärt, Union Carbide werde eine Entschädigung von 350 Millionen Dollar leisten.

Nach Angaben Finzens ist die indische Regierung der Auffassung, daß die Anwälte der etwa 100 einzelnen Kläger die Opfer der Katastrophe vom Dezember 1984 nicht repräsentieren können. Die Regierung werde jede Summe ablehnen, die nicht fair und angemessen sei, um alle Opfer von Bhopal zu entschädigen.

Sindonas Tod wird immer rätselhafter

dpa, Mailand

Im rätselhaften Todesfall des italienischen Bankiers Michele Sindona sind inzwischen auch die wenigen Fakten, die als gesichert galten, fraglich geworden. Möglicherweise war das tödliche Gift gar nicht in seinem Frühstückskaffee. Gestern wurde bekannt, daß der Kaffeerest aus Sindonas Tasse erst am Sonntag abend analysiert wurde. Das Ergebnis soll heute vorliegen.

Italienische Zeitungen berichteten gestern, daß nach Sindonas Zusammenbruch am Donnerstag um 8.30 Uhr mehr als fünf Stunden vergangen seien, bis die zuständigen Justizbehörden eingeschaltet wurden. Als der erste Ermittlungsrichter schließlich im Hochsicherheitsgefängnis von Voghera bei Mailand eintraf, sei Sindonas Zelle allem Anschein nach schon aufgeräumt und gereinigt worden. Es sei höchst merkwürdig, daß auf dem Fußboden keine verschütteten Kaffeereste gefunden wurden und der Abfallbehälter leer war.

Güterzug entgleist

dpa, Schramberg

Auf der Bundesbahnstrecke Schramberg–Schiltach in Baden-Württemberg ist gestern ein Güterzug entgleist und in einen Fluß gestürzt. Nach ersten Feststellungen der Polizei entstand ein Sachschaden von einer Million Mark. Der Lokführer konnte sich mit einem Sprung in Sicherheit bringen. Die Unfallursache ist noch unklar.

Kohl zum „Abspecken"

dpa, Salzburg

Bundeskanzler Kohl hält sich zu einem zweiwöchigen Diäturlaub in Bad Hofgastein bei Salzburg auf. Von seinen rund 100 Kilo Körpergewicht möchte der Kanzler mindestens sieben loswerden. Im Vorjahr hatte Kohl in Hofgastein neun Kilo „abgespeckt".

Schneestürme in Tokio

dpa, Tokio

Drei Menschen haben in Tokio bei heftigen Schneestürmen in den vergangenen Tagen den Tod gefunden. Sie wurden von herabstürzenden Schneemassen erschlagen. Weitere 125 Menschen wurden bei Unfällen verletzt, die durch den Schnee verursacht wurden. Der Verkehr kam praktisch zum Erliegen. Der Luftverkehr auf zwei Flughäfen mußte vorübergehend eingestellt werden. Das Schneechaos brach nach dem offiziellen Winterende herein.

Im Rettungsfloß erfroren

rtr, Stockholm

Sechs finnische Seeleute sind nach dem Kentern ihres Schiffes in der Ostsee ums Leben gekommen. Elf konnten mit dem Hubschrauber gerettet werden. Mitarbeiter der schwedischen Seenotrettung teilten mit, das Frachtschiff sei gekentert, nachdem bei sechs Meter hohen Wellen die Ladung verrutscht sei.

WETTER: Naßkalt

Lage: Auf der Südwestseite eines Sturmtiefs über dem Süden Skandinaviens strömt kühle Meeresluft nach Mitteleuropa.

Vorhersage für Dienstag: Wechselnde, vielfach auch starke Bewölkung und Schauer, zum Teil mit Schnee und Graupel vermischt, im höheren Bergland als Schnee. Tageshöchsttemperaturen 2 bis 6 Grad. Nächtliche Tiefstwerte nahe dem Gefrierpunkt, in höheren Lagen leichter Frost. Frischer bis starker, in Böen auch stürmischer Wind aus Südwest bis West, im Tagesverlauf etwas nachlassend.

Weitere Aussichten: Naßkaltes Schauerwetter.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.12 Uhr*, Untergang: 18.45 Uhr; **Mondaufgang:** 19.24 Uhr, Untergang: 6.31 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. März, 7 Uhr

Hochdruckzentren, Tiefdruckzentren, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	7	bd
Bielefeld	2	Sr
Braunlage	-1	S
Bremen	3	R
Dortmund	5	R
Dresden	4	R
Düsseldorf	5	R
Erfurt	3	R
Essen	5	R
Feldberg/S.	2	Sr
Flensburg	4	R
Frankfurt/M.	7	R
Freiburg	13	R
Garmisch	12	bw
Greifswald	7	bd
Hamburg	4	R
Hannover	3	R
Kahler Asten	-1	S
Kassel	1	Sr
Kempten	9	bw
Kiel	4	R
Koblenz	8	R
Köln-Bonn	7	bd
Konstanz	8	R
Leipzig	3	R
List/Sylt	3	R
Lübeck	5	R
Mannheim	8	R
München	6	bd
Münster	4	R
Norderney	3	R
Nürnberg	5	R
Oberstdorf	11	bw
Passau	4	R
Saarbrücken	9	R
Stuttgart	9	R
Trier	9	bd
Zugspitze	-5	bw
Ausland:		
Algier	24	wl
Amsterdam	10	Rs
Athen	15	he
Barcelona	19	he
Belgrad	12	bw
Bordeaux	14	R
Bozen	9	bw
Brüssel	9	R
Budapest	9	bw
Bukarest	12	bw
Casablanca	16	he
Dublin	12	bw
Dubrovnik	17	he
Edinburgh	3	bw
Faro	18	bw
Florenz	8	Sp
Genf	10	R
Helsinki	0	Sp
Hongkong	16	bd
Innsbruck	11	bw
Istanbul	9	he
Kairo	22	he
Klagenfurt	9	he
Konstanza	13	bw
Kopenhagen	4	he
Korfu	15	bw
Las Palmas	20	he
Leningrad	3	R
Lissabon	15	bd
Locarno	–	–
London	9	bw
Los Angeles	–	–
Luxemburg	9	R
Madrid	17	bw
Mailand	7	bd
Malaga	24	he
Mallorca	17	he
Moskau	1	bd
Neapel	14	Sp
New York	–	–
Nizza	14	he
Oslo	4	he
Ostende	10	he
Palermo	12	bw
Paris	13	R
Peking	11	bw
Prag	3	R
Rhodos	17	he
Rom	14	he
Salzburg	11	bw
Singapur	31	bw
Split	14	bd
Stockholm	3	bw
Straßburg	11	R
Tel Aviv	19	he
Tokio	13	bw
Tunis	21	he
Valencia	23	he
Varna	15	bw
Venedig	9	bw
Warschau	7	bw
Wien	8	bw
Zürich	11	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; [illegible]

U-Boot auf Rädern sucht Wrack-Teile

WOLFGANG WILL, New York

Die Flotte, die seit Wochen in den Küstengewässern Floridas vor Cape Canaveral nach „Challenger"-Wrackteilen sucht, ist zwei Monate nach der Raumflugtragödie noch einmal verstärkt worden. Zu den zehn Überwasserschiffen stießen das ozeanographische Forschungsschiff „Edwin Link" und die „Kittiwake", Mutterschiff eines weiteren Mini-Unterseebootes, das vier Mann befördern kann. Damit sind auch, abgesehen von drei Robot-U-Booten, die unbemannt sind, drei Mini-Unterseeboote mit Besatzungen im Einsatz – das raffinierteste dieser U-Boote ist die „NR"-1, das Atom-Unterseeboot auf Rädern.

Dieses Schiff, das strengster Geheimhaltung unterliegt, ist der „Star" der Unterwasserflotte. Es wird von der US-Marine als „Forschungs-U-Boot" deklariert.

Bis zu sechs Wochen unter dem Wasser

Es ist nuklear betrieben, kann eine Besatzung bis zu zwölf Mann aufnehmen, mit der es dank des Atomreaktors an Bord theoretisch unbegrenzte Zeit unter Wasser bleiben kann. Bei anderen Missionen, so verlautet an Floridas Start-Kap, ist die „NR-1" mit fünf Mann bis zu sechs Wochen lang nicht aufgetaucht.

Das 400-Tonnen-Boot ist mit Super-Scheinwerfern und Super-Kameras ausgerüstet. „NR-1" ist zudem mit zwei Achsen und vier Rädern bestückt, so daß das Boot auch auf dem Meeresgrund – wenn es die Beschaffenheit erlaubt – fahren kann. Das „Radfahren" erleichtert die Arbeit, wenn der an Bord mitgeführte Kranarm betätigt wird – um etwa ein Wrackteil zu ergreifen und vor einer der Kameras zu wenden.

Im Blickpunkt der Öffentlichkeit standen bisher stets die Ermittlungen der präsidentiellen Untersuchungskommission und die Verlautbarungen der Nasa zum Unglück. Dabei sind gerade die Bergungsaktionen der kombinierten Flotte aus Schiffen von US-Marine, Küstenschutz und Nasa – die Weltraumbehörde unterhält auch einige Schiffe – für die Aufklärung des Unglücks von herausragender Bedeutung.

Daß die Aktivitäten der Flotte bisher so wenig Beachtung fanden, ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß auf Anordnung der Nasa regelrechte Nacht- und Nebelaktionen vorgenommen wurden. Größere Wrackteile und Leichenteile wurden stets nur im Schutz der Nacht an Land gebracht wurden: Die Bergungsschiffe fuhren „verdunkelt", hatten nur ihre Positionslichter gesetzt, und das Pier im Hafen von Cape Canaveral, im streng geheimen militärischen Teil gelegen, war zusätzlich hermetisch abgesperrt.

Noch immer, so verlautete am Wochenende am Start-Kap von Florida, werden in den Wrackteilen des Cockpits – ihnen „widmet" sich vor allem die „NR-1" – „remains" gefunden: Nur mit diesem Wort umschreiben Nasa und US-Marine die „sterblichen Überreste", die gefunden wurden und noch gefunden werden.

Pathologen untersuchen diese menschlichen Teile, von denen der New Yorker Gerichtsarzt, nachdem er die Fotos und Filme von der „Challenger"-Explosion noch einmal gesehen hat, meint: „Explosion und Feuersturm waren so gigantisch, daß da nicht viel zu erwarten ist – vielleicht liegen nur Gewebeteile vor."

Auch 1987 kein US-Raumflug?

Inzwischen steht nahezu mit Sicherheit fest, daß ein Leck der rechten Feststoffrakete – von ihr hatte die „NR-1" einige Teile bergen können – die Katastrophe auslöste. Daß die Verbindungsstücke und vor allem die Dichtungen dieser Raketen zu wünschen übrigließen und möglicherweise zu einer Explosion führen könnten, war der Nasa seit vier Jahren bekannt – Korrekturen aber wurden nicht für erforderlich gehalten.

Wahrscheinlich wird es notwendig, Teile der Rakete einem völlig neuen Design zu unterziehen. Das würde bedeuten, daß nicht nur in diesem Jahr, sondern auch 1987 kaum ein US-Raumflugzeug zu einer Mission starten dürfte. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Eine erstaunliche Entdeckung machte eine Bonner Urlauberin im fernen Neuseeland: „W. Germany – Bonn, 20 197 Kilometer" lautet der Eintrag auf einer mannshohen Tafel im Naturpark „Rainbow Springs" in der Nähe der Stadt Rotorua. Auf dieser Tafel werden die Entfernungen zu einer Reihe von „Weltstädten" angegeben. Für Europa sind London und Bonn als „Entfernungsmesser" dieser Qualität aufgeführt und nicht etwa Paris, Rom oder Madrid.

